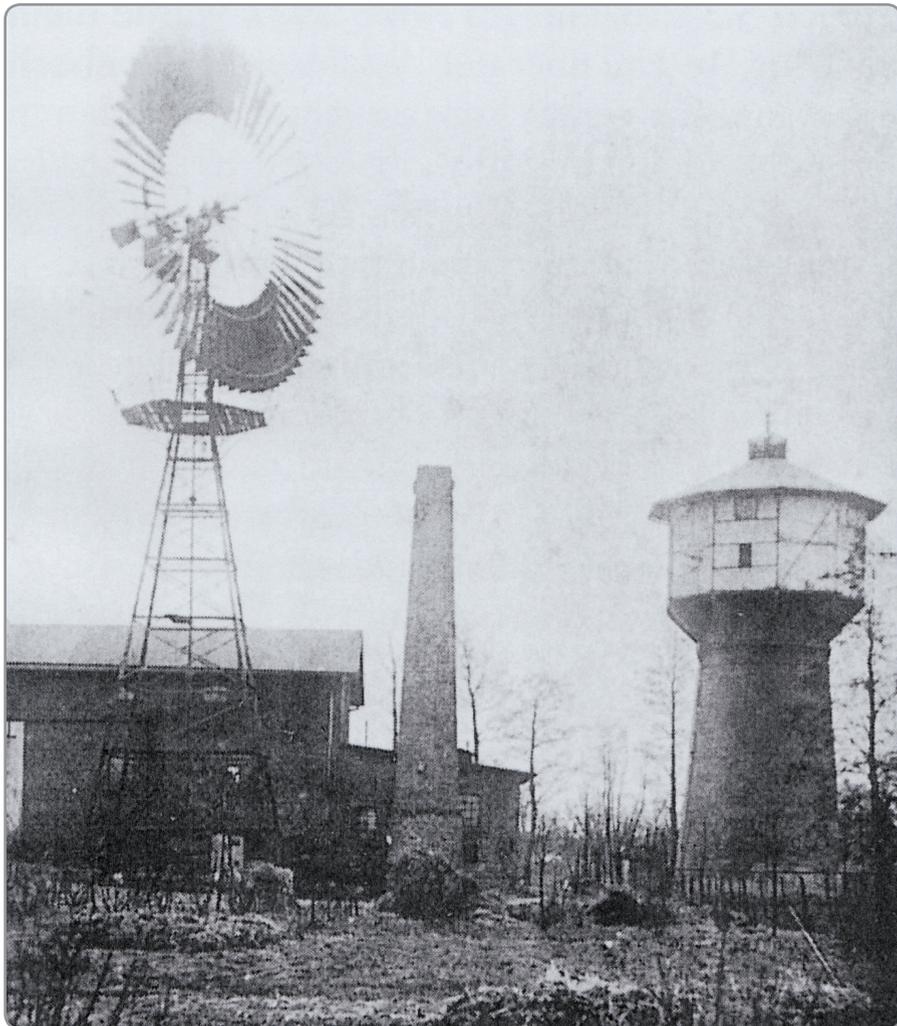


Ländliche Genossenschaften

Beiträge zur 5. Tagung zur
Genossenschaftsgeschichte (2010)



Ländliche Genossenschaften

**Beiträge zur 5. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
am 5. und 6. November 2010 im Warburg-Haus in Hamburg**

Herausgegeben von der Heinrich-Kaufmann-Stiftung
des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V.,
Baumeisterstraße 2, 20099 Hamburg, Telefon 040 – 235 19 79 0
www.kaufmann-stiftung.de

Bildnachweis:

Das Titelbild wurde dem von der Gemeinde Stelle 1997 herausgegebenen Heimatbuch
“Wir an der Elbe. Chronik der Dörfer Achterdeich, Fliegenberg, Rosenweide und
Wuhlenburg” entnommen.

Bildunterschrift: 1914: Eine Dampfmaschine im Kesselhaus
und ein Windrad treiben die Pumpe an.

Satz und Layout: Silke Wolf, Hamburg

Herstellung und Verlag: Books on Demand GmbH,
Norderstedt 2012

ISBN: 978-3-842-38353-1

Inhalt

2010 Hamburg: Ländliche Genossenschaften

Vorwort	S. 5
GÜNTHER RINGLE: Anfänge, Entwicklung und Struktur des ländlichen Genossenschaftswesens	S. 7
MARTIN KLEINFELD: „Gute Butter aus Salzhausen“ - Molkereigenossenschaften in den Landkreisen Harburg und Lüneburg	S. 23
DETLEF MÖLLGAARD: Der Tilsiter und die Genossenschaften	S. 37
BURCHARD BÖSCHE: Das genossenschaftliche Krankenhaus Salzhausen	S. 42
FOLKERT MOHRHOF: Ländliche Genossenschaften in Lateinamerika	S. 49
JÜRGEN SAUER: Naturata Logistik in Grünsfeld	S. 57
HEINRICH TÖDTER: Über 100 Jahre Wasserleitungs-genossenschaften in der Lüneburger Heide	S. 61
HOLGER BLISSE: Deutschland und Österreich im Dialog: Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Gustav Marchet und die ersten ländlichen Genossenschaften in Österreich	S. 66
KAI RUMP: Ländliche Genossenschaften und ihr Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Lüneburger Heide (1890-1930) Zwischenbericht eines Dissertationsprojektes	S. 75

DIETER HOEFER: „Das Netz muss engmaschig sein“ Die Kreditabteilungen (Bankabteilungen) der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften	S. 83
VOLKER J. PETERSEN: Die ländlichen Genossenschaften in der Wende 1989/1990	S. 94
CORNELIA WUSTMANN: Genossenschaftliches Leben in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) der DDR – innerbetriebliche Organisation und Arbeitsweise	S. 99
BURGHARD FLIEGER: Elektrizitätsgenossenschaften im ländlichen Raum, dargestellt am Beispiel Teutoburger Energie Netzwerk eG (TEN eG)	S. 106
WOLFGANG SCHULZ: Der Haushaltsverein und die Konsum-Genossenschaft in Wennigsen 1886 – 1994	S. 118
PETER GLEBER: Lebensbilder der ländlichen Genossenschaftsgründer Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Wilhelm Haas	S. 141
FABIAN ENGEL: Vom Bauernverein zum genossenschaftlichem Banking in NRW- die ländlichen Wurzeln der WGZ BANK	S. 147
MICHAEL STAPPEL: Ländliche Kreditvereine des 19. Jahrhunderts am Beispiel Obernburg am Main	S. 155
Kurzbiographien der Autorinnen und Autoren	S. 162

Vorwort

Das Thema der fünften Tagung zur Genossenschaftsgeschichte waren die ländlichen Genossenschaften. Als Veranstaltungsort wurde erneut der eindrucksvolle Lesesaal des Hamburger Warburg-Hauses gewählt.

Der originäre Nährboden für genossenschaftliche Aktivitäten ist der ländliche Raum. Die oft schwierige Versorgungsstruktur auf dem Lande prädestiniert ihn für Selbsthilfeorganisationen in der Gesellschaftsform der Genossenschaft. Die Veranstalter der historischen Tagung haben diese Tatsache zum Anlass genommen, sich dem Thema der ländlichen Genossenschaften näher zu widmen.

Für die fünfte Tagung konnten wieder zahlreiche Referenten aus verschiedenen Genossenschaftsbereichen gewonnen werden. Die Vorträge konzentrierten sich keineswegs, wie man vermuten könnte, auf landwirtschaftlich geprägte Genossenschaften. Vielmehr wurde die Vielfalt der genossenschaftlichen Aktivitäten auf dem Lande deutlich. Neben der Darstellung von auf dem Lande typischerweise zu erwartenden Genossenschaften, wie Molkerei- und Bezugs- und Absatzgenossenschaften wurde auch die Entwicklung von Genossenschaften auf dem Gebiet des Kreditwesens, des Gesundheitswesens sowie die Entwicklung von Elektrizitäts- und Wassergenossenschaften vorgestellt. Die Biographien von tragenden Persönlichkeiten der Genossenschaftsgeschichte und die wichtige Rolle, die sie in der Entwicklung von ländlichen Genossenschaften spielten, wurden eindrucksvoll wiedergegeben. Die Teilnehmer wurden auch zu einem Blick über den Tellerrand eingeladen, indem Sie Vorträge über die zapatistische Kaffeegenossenschaften in Mexiko, die Vermarktung genossenschaftlicher Gewürzprodukte aus dem Kongo oder über die ersten ländlichen Genossenschaften in Österreich hörten. So hat die Tagung die Fülle der genossenschaftlichen Aktivitäten auf dem Lande aufzeigen können.

Die Herausgeber danken den Autorinnen und Autoren dieses Tagungsbandes, ohne deren Engagement die Illustration der Vielfalt der unterschiedlichsten Genossenschaften im ländlichen Raum nicht hätte in einem Band zusammengetragen werden können.

Die Herausgeber
Hamburg im September 2011

Anfänge, Entwicklung und Struktur des ländlichen Genossenschaftswesens

*„Was dem einzelnen nicht möglich ist,
das vermögen viele.“*

Friedrich Wilhelm Raiffeisen

- I. Aus dem Leben des F. W. Raiffeisen**
- II. Anfänge der ländlichen Genossenschaften**
 - 1. Karitative Einrichtungen
 - 2. Die ersten ländlichen Genossenschaften
- III. Grundzüge der weiteren Entwicklung**
- IV. Zahlenmäßige Entwicklung der ländlichen Genossenschaften seit 1950**
 - 1. Anzahl der Genossenschaften
 - 2. Mitgliederzahlen
 - 3. Weitere Daten
- V. Die heutige Raiffeisen-Organisation**
 - 1. Wirtschaftliche Organisation
 - 2. Verbandswesen
- VI. Fazit und Ausblick**

I. Aus dem Leben des F. W. Raiffeisen

Wer denkt, wenn es um ländliche Genossenschaften geht, nicht spontan an *Friedrich Wilhelm Raiffeisen*, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten unter den Gründervätern und Gestaltern der modernen Genossenschaftsbewegung? *Raiffeisen bedeutet ländliche Genossenschaft schlechthin.*¹ Er „entwickelte in schwieriger Zeit eine Idee und verstand es, sie überzeugend zu vermitteln. Er hielt Menschen dazu an, sich auf die eigene Kraft zu besinnen und mit anderen gemeinsam ihr Schicksal zu gestalten.“²

Wer war Friedrich Wilhelm Raiffeisen?³ Er kam am 30. März 1818 als siebtes von neun Kindern des Landwirts und Bürgermeisters Gottfried Friedrich Raiffeisen in der kleinen Westerwald-Gemeinde Hamm an der Sieg zur Welt. Nach dem Besuch der Volksschule wurde er durch seinen Paten, Ortspfarrer Georg Wilhelm Heinrich Seippel, weiter schulisch ausgebildet. Die finanzielle Situation der Familie erlaubte es nicht, ein Gymnasium zu besuchen.

Als Beruf wählte Raiffeisen zunächst die *militärische Laufbahn*. Mit 17 Jahren trat er als Freiwilliger in die 7. Preußische Artillerie-Brigade zu Köln ein. Zum Unteroffizier befördert, setzte er 1838 seine Offizierslaufbahn an der Inspektionsschule in Koblenz fort. Nach bestandener Prüfung zum Oberfeuerwerker wurde er 1840 als Militärinspekteur für Eisenmunition in die staatliche Geschützgießerei in Sayn, heute ein Stadtteil von Bendorf, beordert.

1843 zwang ihn ein beginnendes Augenleiden, den Militärdienst zu quittieren und in den *zivilen Verwaltungsdienst* zu wechseln. Nach kurzer Ausbildung in Koblenz und Mayen wurde er 1845 *Bürgermeister* der 25 Gemeinden umfassenden Amtes *Weyerbusch* im Westerwald. Es folgten Versetzungen in größere Amtsbürgermeistereien: 1848 nach *Flammersfeld* und 1852 nach *Heddesdorf* bei Neuwied, wo er 13 Jahre wirkte.

Als seine Gesundheit sich weiter verschlechterte, musste Raiffeisen sein Amt aufgeben und – erst 47 Jahre alt – in den *Ruhestand* treten. Doch seine wichtigste Lebensleistung lag noch vor ihm: Der Aufbau und die Verbreitung des ländlichen Genossenschaftswesens. Seine Erfahrungen, die er insbesondere mit der *Gründung von Darlehnskassen-Vereinen* gemacht hatte, schrieb er in

1 Vgl. Helmut Faust: *Geschichte der Genossenschaftsbewegung*, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1977, S. 323 und 367.

2 Willi Croll: *Begrüßung und Eröffnung des Festaktes Raiffeisentag 1988 in der Alten Oper, Frankfurt/Main*, in: *Friedrich Wilhelm Raiffeisen 1818 – 1888 – 1988*, hrsg. vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V., Bonn o. J., S. 7.

3 Zum Leben Friedrich Wilhelm Raiffeisens vgl. Helmut Faust, a.a.O., S. 325 ff.; Ulrich R. Beyer/Axel Kehl: *Was dem einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele. Zum 100. Todesjahr von Friedrich Wilhelm Raiffeisen*, hrsg. vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V., Wiesbaden 1987; Walter Koch: *Friedrich Wilhelm Raiffeisen – Herkunft, Leben, Wirken und seine Bedeutung für den Westerwald, Dachau 1994*; Deutscher Raiffeisenverband e.V.: *Raiffeisen*, Bonn o. J., S. 2 ff.

seinem im März 1866 erschienenen wegweisenden Buch nieder, dem er den umfänglichen Titel gab: *„Die Darlehnskassen-Vereine als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter. Praktische Anleitung zur Bildung solcher Vereine, gestützt auf sechszehnjährige Erfahrung als Gründer derselben.“*

Raiffeisen starb am 11. März 1888 in Heddesdorf. Sein Name ist zum universalen Symbol für die ländlichen Genossenschaften in Marktwirtschaften⁴ und zu einer internationalen Marke geworden. Das in acht Auflagen erschienene Buch fand eine weltweite Verbreitung.

II. Anfänge der ländlichen Genossenschaften

1. Karitative Einrichtungen

Deutschland in der Mitte des 19. Jahrhunderts: Die sozialen Initiativen Raiffeisens erwuchsen aus seinen drastischen Erfahrungen als Landbürgermeister mit der akuten Not nicht allein der Bauern, sondern der gesamten ländlichen Bevölkerung in der Westerwald-Region. Die *damaligen Verhältnisse* schildert ein Auszug aus einem zeitgenössischen Bericht:

*„Das Dorf war vollständig vernachlässigt, die Häuser verfallen, die Höfe und Gerätschaften verwahrlost, die Felder und Ställe schlecht versorgt, die Bewohner zerlumpt, alles durch den Wucher, welcher (...) sich eingenistet hatte (...). Die Bauern hoffnungs- und mutlos, weil jeder Aussicht beraubt, die Früchte ihrer Arbeit genießen zu können.“*⁵

Zielpunkt seines Handelns war zunächst die Wohltätigkeit.⁶ Als Bürgermeister war Raiffeisen kein bloßer Verwalter. Vielmehr erwies er sich als ein fallsreicher, nach Beseitigung der schier unerträglichen Lebensumstände strebender Sozialreformer, wie das folgende Schlüsselerlebnis belegt:⁷

⁴ Horst Seuster: *Die Genossenschaften im ländlichen Bereich (In der Marktwirtschaft)*, in: Jubani Laurinkari: *Genossenschaftswesen. Hand- und Lehrbuch*, München/Wien 1990, S. 578f.

⁵ Volksbank Mittelbessen eG (Hrsg.): *1858–2008. 150 Jahre Volksbank Mittelbessen eG*, Gießen 2008, S. 32.

⁶ Vgl. dazu Walter Koch: *Die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens bei Dr. h.c. Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen*, in: *Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften e.V., München/Genossenschaftsverband Bayern e.V., München (Hrsg.): Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte Bd. 1*, München 1998, S. 14–16.

⁷ Vgl. dazu Helmut Faust, a.a.O., S. 328; Michael Klein: *Prediger der Solidarität*, in: *DIE ZEIT* Nr. 48 vom 19. November 1998.

„Der Verein bestand ausschließlich aus wohlhabenden „Gönnern“, mit deren Hilfs- und Verantwortungsbereitschaft der Verein stand und fiel. Die Bedürftigen selbst durften nicht Mitglied des Vereins werden; sie übernahmen lediglich die Rolle von passiven Almosenempfängern.“ Katja Bauer: *Der Beitrag der Raiffeisengenossenschaften zur Überwindung des Wuchers*, Münster 1993, S. 103.

Nach zwei Missernten und Teuerung war dem Bezirk Weyerbusch im Hungerwinter 1846/47 eine Ladung Getreidemehl aus den königlichen Magazinen zugeteilt worden. Raiffeisen bildete aus Vertretern der zur Amtsbürgermeisterei gehörenden Gemeinden eine Armenkommission, die für die Verteilung zuständig war. Das Mehl sollte gegen Barzahlung an die Bevölkerung ausgegeben werden. Über diese Anweisung setzte sich Raiffeisen hinweg. Arme, nicht zahlungsfähige Einwohner erhielten Mehl „auf *Vorschuss*“.

Die Kommission setzte danach ihre Arbeit mit dem Weyerbuscher „*Verein für Selbstbeschaffung von Brod und Früchten*“ fort. Darin hatten sich relativ wohlhabende Bürger – u. a. Großbauern und Gutsbesitzer – mit dem Ziel zusammengeschlossen, die herrschenden Notstände zu mildern. Mit den in einen Fonds eingezahlten Barmitteln wurde 1847 Mehl gekauft, ein *gemeinschaftliches Backhaus* in Betrieb genommen und das hergestellte Brot weit unter dem üblichen Preis an die Not leidende ländliche Bevölkerung abgegeben. Besonders bedürftige Mitbewohner erhielten *Mehl und Brot auf Vorschuss*. Zu zahlen war erst nach dem Abebben der Hungersnot.

Der Erfolg dieses „Brodverein“ (auch: Dorfbäckerei) genannten Konsumvereins ermutigte Raiffeisen, zwei weitere Wohltätigkeitsvereine zu errichten: 1849 nach seiner Berufung zum Amtsbürgermeister in Flammersfeld den „*Flammersfelder Hilfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirthe*“ und 1854 in Heddesdorf bei Neuwied den „*Heddesdorfer Wohltätigkeitsverein*“. Ähnlich wie zuvor in Weyerbusch wurden wohlhabende Einwohner dafür gewonnen, benötigte Finanzmittel einzuschießen oder für Anleihen solidarisch zu haften.⁸ Beide Hilfsvereine beschafften Lebensmittel, Saatfrucht und Setzkartoffeln – und sie gewährten bereits Darlehn.

Hauptaufgabe des Flammersfelder Hilfsvereins war, für die Bauern Vieh anzukaufen, um sie nicht in die Abhängigkeit von wuchernden Viehhändlern und Kredithaien geraten zu lassen. Den Kaufpreis konnten sie innerhalb von fünf Jahren zu einem mäßigen Zinssatz abzahlen.⁹ Der Heddesdorfer Wohltätigkeitsverein dagegen nahm außer dem Geldverleih an unbemittelte Landwirte auch soziale Aufgaben wahr, indem er für die Erziehung verwahrloster Kinder sorgte, arbeitsscheuen Personen und Straftentlassenen Beschäftigung verschaffte und eine Volksbibliothek aufbaute.¹⁰ Die letzteren Aktivitäten wurden jedoch bald wieder eingestellt.

⁸ Vgl. Helmut Faust, a.a.O., S. 332.

⁹ Vgl. Katja Bauer, a.a.O., S. 104.

¹⁰ Vgl. Friedrich Wilhelm Raiffeisen: *Die Darlehnskassen-Vereine als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter*, Neuwied 1966, S. 11; Hans Maier *Festvortrag (ohne Themenangabe) anlässlich des Festaktes Raiffeisentag 1988 in der Alten Oper Frankfurt*, in: Friedrich Wilhelm Raiffeisen, *hrsg. vom Deutschen Raiffeisenverband*, Bonn 1988, S. 29; Walter Koch (1998), S. 15

Diese drei Vereine waren nach Konstruktion und Zwecksetzung karitative Einrichtungen, folglich noch keine Genossenschaften. Allenfalls handelte es sich um vorgenossenschaftliche Zusammenschlüsse. „Es fehlten die Grundsätze der genossenschaftlichen Selbsthilfe und Selbstverantwortung; Gebende und Nehmende waren nicht identisch.“¹¹ Doch liegen hier die Wurzeln der ländlichen Genossenschaften.

Da sich die begüterten Bürger nach und nach aus ihrem wohlthätigen Engagement zurückzogen, musste Raiffeisen zu der Einsicht gelangen, „daß man den guten Willen der Menschen, ihre Hilfsbereitschaft ohne Gegenleistung auf die Dauer nicht in Anspruch nehmen könne.“¹² In das Blickfeld rückte nun die Notwendigkeit, die gemeinsamen Ziele durch Zusammenarbeit aller von wirtschaftlichen und sozialen Problemen Betroffenen zu verfolgen, d.h. die individuelle Lebens- und Leistungsfähigkeit aus eigener Kraft zu sichern.

2. Die ersten ländlichen Genossenschaften

In einem schmerzhaften Prozess trennte sich Raiffeisen, der tief christlich geprägt war,¹³ von der auf Christenpflicht und Nächstenliebe gegründeten Wohltätigkeit.¹⁴ Er hatte sich dazu auch durch den Briefwechsel mit Hermann Schulze-Delitzsch und dessen Schriften anregen lassen. Einfluss auf das Umdenken Raiffeisens dürfte ebenso Wilhelm Haas, der in der Genossenschaft vorrangig ein Instrument zur Verwirklichung ökonomischer Ziele (mit nachfolgender Verbesserung der sozialen Zustände) sah, genommen haben.

Raiffeisen hatte bereits 1862 mit dem *Spar- und Darlehnskassen-Verein zu Anhausen* im Westerwald eine ländliche Kreditgenossenschaft gegründet. Nachdem noch im selben Jahr durch seine Initiative drei weitere Darlehenskassenvereine entstanden waren, entschloss er sich 1864 zum Schritt von der wohlthätigen Fremdhilfe zur *gemeinschaftlichen Selbsthilfe*.

Als deutliches Zeichen der Zuwendung zu einem von wirtschaftlichen Grundsätzen geprägten Modell zu werten war die Umgründung des Heddesdorfer Wohltätigkeitsverein in den „Heddesdorfer Darlehnskassen-Verein.“¹⁵

11 Robert Deumer: *Das deutsche Genossenschaftswesen*, Berlin und Leipzig 1919, S. 49.

12 Vgl. Helmut Faust, a.a.O., S. 334.

13 Vgl. Michael Klein: *Friedrich Wilhelm Raiffeisen, die Genossenschaftsbewegung und der deutsche Protestantismus*, in: *Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften e.V., München/Genossenschaftsverband Bayern e.V., München (Hrsg.): Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte Bd. 2, München 2000, S. 172 ff.; Holger Blisse: Friedrich Wilhelm Raiffeisen – ein Manager im Auftrage Gottes*, in: *Raiffeisenzeitung* Nr. 26-27 vom 25. Juni 2009, S. 20 f.

14 Vgl. *Evangelium des Matthäus* 25, 40: „Wahrlich, ich sage euch: Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“

15 Raiffeisen (a.a.O., S. 10) verwendete in diesem Zusammenhang erstmals den Begriff „Volksbanken“, er bevorzugte aber die Bezeichnung „Darlehnskassen-Vereine“.

So entstanden die ersten Kreditgenossenschaften, die sich an die gesamte ländliche Bevölkerung wandten, und zugleich die ländlichen Genossenschaften modernen Typs.¹⁶

Es darf nicht übersehen werden, dass Raiffeisen für seine Spar- und Darlehnskassen zunächst noch kein tragfähiges Unternehmenskonzept besaß. Diese Vereine wurden erst dauerhaft lebensfähig und erfolgreich, als er 1862 das von Dr. Anton Bernhardi (Arzt und Fabrikant) und Schneidermeister Bürmann aus Eilenburg bereits 1850 entwickelte Konzept übernahm, das u. a. auf den Prinzipien Solidarhaftung aller Mitglieder, Beschränkung auf das Mitgliedergeschäft und Kreditvergabe nur gegen Sicherheiten beruhte.¹⁷

Die 1866 in seinem eingangs erwähnten Buch formulierten Grundsätze waren „unbedingteste Selbsthilfe“ und solidarische Haftung der Mitglieder.¹⁸ Das heißt: Bedürftige mussten selbst am Verein interessiert sein und ihre schwachen Kräfte in der Genossenschaft zur Stärke der Gesamtheit verbinden. Zum anderen hielt es Raiffeisen für nötig, dass die Mitglieder „alle für eines und eines für alle haften.“¹⁹ Diese Prinzipien bahnten der neuen Organisationsform den Weg.

Die vorrangige Aufgabe der Darlehnskassen-Vereine als Genossenschaften bestand darin, zwecks Verbesserung der ländlichen Verhältnisse den Kreditbedarf ihrer Mitglieder zu decken. Es galt, die Spargroschen der Bauern und die Pfennige der Armen zusammenzutragen. Auf die Frage, wer kreditwürdig ist, musste eine neue, genossenschaftliche Antwort gefunden werden.²⁰ Die Darlehnskassen wurden zum allgemeinen Nutzen „der gemeinsame Geldschrank der Gemeinde.“²¹

Mit fairen Konditionen für Kredite kämpften die Kreditgenossenschaften gegen den verbreiteten Zinswucher an. In zäher Arbeit gelang es, den Einfluss der Wucherer im ländlichen Raum zurückzudrängen und die bäuerliche

16 Vgl. Joseph Hönekopp: *Vom Wohltätigkeitsverein zur Genossenschaft – Ein Bürgermeister wird Genossenschaftsgründer (1845–1864)*, in: *Freiheit und Ordnung, Festschrift für Theodor Sonnemann*, Bonn 1970, S. 16; Ulrich R. Beyer/Axel Kehl, a.a.O., S. 6.

17 Vgl. Wolfgang Harbrecht: *Die Zukunft der Genossenschaftsidee im 21. Jahrhundert im Lichte ihrer historischen Entwicklung*, in: *Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften e.V., München/Genossenschaftsverband Bayern e.V., München (Hrsg.): Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte Bd. 2*, München 2000, S. 321 f.

18 Vgl. Friedrich Wilhelm Raiffeisen, a.a.O., S. 14 und 23 f.

19 Vgl. ders., a.a.O., S. 23.

20 Dazu ist nach Raiffeisen (zitiert bei Werner Ziegenfuß: *Deutsches Genossenschaftswesen*, Leipzig 1938, S. 44) nötig, ein kreditsuchendes „Vereinsmitglied nicht allein dem Vermögenstande nach, sondern in seinem Verhalten, in seinem Gesamtcharakter zu beurteilen und hiernach die nötig scheinende Hilfe zu gewähren oder an die Erfüllung gewisser Bedingungen zu knüpfen.“

21 Vgl. Sibylle Obrecht: „Geld öffnet nicht die Himmelsporte“ – *Die ersten Jahrzehnte der schweizerischen Raiffeisen-Genossenschaftsbewegung zwischen Traditionalismus und Modernismus*, in: *Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften e.V., München/Genossenschaftsverband Bayern e.V., München (Hrsg.): Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte Bd. 2*, München 2000, S. 277.

Wirtschaft selbständig und lebensfähig zu machen. Raiffeisen lehrte die Bauern rechnen und wirtschaften. „Er fand eine neue Form genossenschaftlichen Zusammenlebens, die den Schwachen stärkte, ohne ihn in alte Abhängigkeiten zurückzuführen. Indem er den Bauern Wege zur wirtschaftlichen Selbstbehauptung wies, hat er die Bauernbefreiung erst real wirksam werden lassen.“²²

Neben der Befriedigung des Kreditbedürfnisses übernahmen die Darlehnskassen-Vereine die *Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln, Geräten, Vieh und Futtermitteln*.²³ In seinem späteren Wirken dehnte Raiffeisen die warenwirtschaftlichen Aufgaben auf den *Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse* aus. Insgesamt stabilisierte das Förderprinzip die wirtschaftliche Lage der Mitglieder, verbesserte die Lebensqualität auf dem Lande und stärkte den Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft.

III. Grundzüge der weiteren Entwicklung

Als sich nach der Gründerzeit die Genossenschaftsbewegung in den 1880er Jahren in Deutschland stark ausbreitete, entstand im ländlichen Genossenschaftssektor eine Vielfalt von Genossenschaftsarten. Das Warengeschäft löste sich aus den Spar- und Darlehnskassen heraus. Zunehmend wurden *spezielle Genossenschaften* errichtet: für das Bezugs- und Absatzgeschäft, Molke- und Viehverwertungsgenossenschaften, Eier- und Geflügelverwertungsgenossenschaften, Winzergenossenschaften, Elektrizitäts-, Maschinen- und Dreschgenossenschaften.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass Raiffeisen 1872 11 Darlehnskassen-Vereine zur „Rheinischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank eG“ zusammenfasste. Aus dieser ersten ländlichen Zentralbank entstand 1874 die „Deutsche Landwirtschaftliche Generalbank eG zu Neuwied“. Weiterhin gründete Raiffeisen 1877 mit dem „Anwaltschaftsverband Ländlicher Genossenschaften“ in Neuwied den ersten Spitzenverband der ländlichen Genossenschaften. Daraus ging dann 1889 der „Generalanwaltschaftsverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland“ hervor.²⁴

²² Hans Maier, a.a.O., S. 32.

²³ Raiffeisen setzte sich für die Universalgenossenschaft in Form der „gemischtwirtschaftlichen“ Kreditgenossenschaft in der Verbindung von Geld und Ware ein, während Wilhelm Haas, ebenfalls Gründer ländlicher Genossenschaften, die Spezialgenossenschaft bevorzugte. Vgl. Hans-Jürgen Wick: Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, ländliche, in: Eduard Mändle/Hans-Werner Winter (Hrsg.): Handwörterbuch des Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1980, Sp. 1656.

²⁴ Vgl. dazu Reinhold Henzler: Genossenschaftliche Zeittafel, 5. Aufl., Hamburg 1970; Deutscher Raiffeisenverband e.V., a.a.O., S. 5f. und 15.

Das Genossenschaftsgesetz von 1889 verhalf der gesamten Genossenschaftsbewegung zum *Aufschwung*. Die erleichterte Haftung ließ ebenso wie in anderen Genossenschaftszweigen auch bei den ländlichen Genossenschaften in kurzer Zeit neue Primärgenossenschaften, Zentralunternehmen und Verbände entstehen.

Weitere Gründungswellen folgten vor dem Ersten Weltkrieg (1910 bis 1914) und in den zwanziger Jahren (1923 bis 1932). Während des Krieges war die Wirtschaft durch Zuteilung gesteuert, deren Maßstäbe die Behörden setzten. Doch in dieser Phase bewährte sich das ländliche Genossenschaftswesen.²⁵ Für die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ihre Vorratswirtschaft und Sicherung der Versorgung der Bevölkerung erfuhren die Warengenossenschaften neue Anerkennung, und besonders die Bezugsgenossenschaften verzeichneten einen starken Zulauf an Neumitgliedern.

Zu Beginn des Jahres 1933 existierten 40.225 ländliche Genossenschaften.²⁶ Im Nationalsozialismus wurden sie organisatorisch „gleichgeschaltet“, d.h. dem neuen Ordnungssystem einverleibt, zum Beispiel die ländlichen Warengenossenschaften dem Reichsnährstand zugeführt. Zum Teil traten ehrgeizige Parteigenossen in den Vorständen und Aufsichtsräten von Genossenschaften an die Stelle verdienter Genossenschafter. Maschinennutzungsgenossenschaften ausgenommen, hatten Neugründungen zu unterbleiben. Die Absatzkooperative für Obst und Gemüse waren in allgemeine Sammelstellen umgewandelt worden.

Im *Wiederaufbau nach 1945* wurden die genossenschaftlichen Förderleistungen für weite Bevölkerungskreise zu einem dringenden Bedürfnis. Den im Dritten Reich abgeschafften Genossenschaftsprinzipien (Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung) galt es wieder Geltung zu verschaffen. Fortschreitende Technisierung und Rationalisierung der Landarbeit sowie die allmählich steigende Anzahl von Fusionen ließen die *Betriebsgrößen wachsen*. Das bis dahin überwiegend kleine, örtlich eng begrenzte Geschäftsfeld der Primärgenossenschaften war nun nicht mehr zeitgemäß.

IV. Zahlenmäßige Entwicklung der ländlichen Genossenschaften seit 1950

Wer die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftszweiges der letzten Jahrzehnte nachzeichnet, wird vorrangig an der Ausprägung quantitativ er-

²⁵ Vgl. Robert Deumer, a.a.O., S. 108.

²⁶ Vgl. Kurt Pilgrim: *Wege und Probleme der Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens*, Diss. Hamburg 1936, S. 104.

fassbarer Merkmale ansetzen. Entsprechend wird im Weiteren auf die Anzahl der Genossenschaften, deren Mitgliederzahl, Umsatz und Zahl der Mitarbeiter Bezug genommen.

1. Anzahl der Genossenschaften

Die Zahl der genossenschaftlich organisierten ländlichen Unternehmen in Deutschland unterlag in den letzten 60 Jahren – weiter zurück soll der Blick in die Vergangenheit an dieser Stelle nicht gehen – einem enormen Wandel. Und zwar sowohl die Gesamtzahl der ländlichen Genossenschaften als auch die Zahl der diesem Genossenschaftszweig zugehörigen *Primär-genossenschaften* mit lokalem und zunehmend regionalem Aktionsfeld.

Genossenschaftsarten	Anzahl der Genossenschaften						
	1950	1960 ¹	1970	1980	1990 ²	2000	2009
Kreditgen. mit Warengeschäft	8.766	8.896	4.920	2.572	1.474	434	165
Bezugs- und Absatzgen.	2.710	2.270	1.740	1.056	645	515	339
Molkerei- und Milchverwertungs-gen.	5.726	5.267	3.705	1.493	846	404	281
Obst-, Gemüse- und Gartenbaugen.	205	195	201	154	114	130	100
Winzergen.	508	541	500	342	310	260	216
Vieh- und Fleischgen.	329	272	263	251	205	122	108
Sonstige ländliche Gen.	2.976	3.407	2.345	1.872	1.552	1.947	1.460
Gesamt	21.220	20.848	13.674	7.740	5.146	3.812	2.669

Abb. 1: Anzahl der ländlichen Genossenschaften der Primärstufe

Quellen: Statistischer Bericht des Deutschen Raiffeisenverbandes, Folge 4, Bonn 1955, S. 49; DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank: Genossenschaften 1950-1990 (Sonderausgabe), Frankfurt am Main o. J., S. 16, 21 und 24; Deutscher Raiffeisenverband e.V. (drv): Raiffeisen. Statistischer Bericht 2010, Bonn 2010, S. 4 f.; www.raiffeisen.de/presse/statistische_daten/index.htm – abgerufen am 24.08.2010. ¹ Ab 1957 mit Saarland; ² ab 1990 mit den neuen Bundesländern

Bei allen Arten von Raiffeisengenossenschaften vollzog sich nahezu permanent ein *Schrumpfungsprozess*. Die Zahl der ländlichen Genossenschaften verringerte sich im Zeitraum 1950 bis 2009 von 21.220 auf 2.669. Diese Reduktion auf 12,6% des Ausgangsbestandes geht auf die zunehmende *Stilllegung* landwirtschaftlicher Betriebe und die zahlreichen *Fusionen* ländlicher Genossenschaften zurück.

Soweit die rückläufige Entwicklung verschmelzungsbedingt ist, kann dies nicht als Zeichen abnehmender Bedeutung oder gar des ökonomischen Niedergangs dieses Genossenschaftszweiges gewertet werden, hat doch der Zusammenschluss zu größeren, leistungsfähigeren Gebilden gerade zum Ziel, die wirtschaftliche Effizienz zu stärken. Auch Genossenschaften müssen dem Trend zum Größenwachstum folgen, um sich im Wettbewerb erfolgreich behaupten zu können – als Voraussetzung für die Erfüllung ihres mitgliederbezogenen Förderauftrages. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die seit Jahrzehnten anhaltende Unternehmenskonzentration zu nachteiligen Konsequenzen für die Genossenschaften als Personenvereinigung führt.²⁷

Erklärungsbedürftig erscheint die vorletzte Zeile der Abb. 3 „*Sonstige ländliche Genossenschaften*“. Zu dieser Position werden in der Statistik Bioenergie-, Brennerei-, Elektrizitäts-, Fischerei-, Lagerhaus-, Maschinen- und Dreschgenossenschaften, Grünfüttertrocknungs-, Wasserleitungs-, Weidegenossenschaften, forst- und holzwirtschaftliche, weitere Waren- oder Dienstleistungsgenossenschaften sowie seit dem Jahr 2000 die *Agrargenossenschaften*²⁸ in den ostdeutschen Bundesländern zusammengefasst. In der Summe handelt es sich um eine beträchtliche Anzahl verschiedenartiger genossenschaftlicher Unternehmen.

2. Mitgliederzahlen

Auch als *Personenvereinigungen* unterliegen die ländlichen Genossenschaften einem geradezu zwangsläufigen Prozess des Wandels. Bisherige Mitglieder, die ihre Betriebe nicht mehr führen können oder wollen, beenden die Mitgliedschaft, und junge Mitglieder treten als Neumitglieder bei. Die Zu- und Abgänge beleben die Personenvereinigung von innen heraus; der sich ständig verändernde Mitgliederkreis stellt eine Genossenschaft vor neue Probleme – und es werden von ihr neue Lösungen erwartet.

²⁷ Vgl. Rainer Gömmel/Margarete Wagner-Braun: *Zur historischen Gesamtbeurteilung des Genossenschaftswesens und die Entwicklung ländlicher Genossenschaftsformen bis zur Frühen Neuzeit – Die Frage der Kontinuität und Diskontinuität des Genossenschaftsgedankens*, in: *Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften e.V., München/Genossenschaftsverband Bayern e.V., München (Hrsg.): Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte Bd. 2, München 2000, S. 29.*

²⁸ Die in Abb. 3 ausgewiesene Anzahl der sonstigen ländlichen Genossenschaften enthält in den Jahren 2000 1.211 und 2009 885 *Agrargenossenschaften*. Vgl. Michael Stappel: *Die deutschen Genossenschaften 2010. Entwicklungen – Meinungen – Zahlen*. Wiesbaden 2010, S. 46.

²⁹ Zur Herkunft und zum Zweck der Agrargenossenschaften vgl. Gunther Aschhoff/Eckart Henningsen: *Das deutsche Genossenschaftswesen. Entwicklung, Struktur, wirtschaftliches Potential*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1995, S. 101 f.

Die folgende Übersicht zeigt entlang der ländlichen Genossenschaftsarten eine seit dem Jahr 1950 unterschiedlich starke rückläufige Entwicklung der absoluten Mitgliederzahlen.²⁹ Insgesamt nahm die absolute Zahl der Mitglieder ländlicher Genossenschaften ab. Da sich die Anzahl der Landwirtschaftsbetriebe schon seit Jahren deutlich verringerte, sank die Mitgliederzahlen bei fast allen ländlichen Genossenschaftsarten.

Genossen- schaftsarten	Mitgliederzahl (Tsd.)						
	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2009
Kreditgen. mit Warengeschäft	1.022	1.381	1.991	2.925	3.283	1.976	1.061
Bezugs- und Absatzgen.	375	341	288	224	177	152	114
Molkerei- und Milchverwertungs- gen.	828	894	721	452	297	165	100
Obst-, Gemüse- und Gartenbaugen	38	104	114	79	69	44	29
Winzergen.	36	55	62	68	68	61	50
Vieh- und Fleischgen.	98	93	114	149	153	111	199
Sonstige ländliche Gen.	328	530	580	583	440	352	133
Gesamt	2.725	3.398	3.870	4.480	4.487	2.861	1.686

Abb. 2: Anzahl der Mitglieder ländlicher Genossenschaften der Primärstufe

Quellen: Deutscher Raiffeisenverband e.V. (drv): Raiffeisen. Statistischer Bericht 2010, Bonn 2010, S. 4 f.; DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank: Genossenschaften 1950-1990 (Sonderausgabe), Frankfurt am Main o. J., S. 22 und 24 www.raiffeisen.de/presse/statistische_daten/index.htm – abgerufen am 24.08.2010.

Zu dem in den Abbildungen 1 und 2 erfassten Zahlenmaterial ist anzumerken: Außer der Angliederung des Saarlandes (1956) und der neuen Bundesländer (1989), die sich auf die Angaben ab 1960 bzw. 1990 auswirken, ergaben sich im Betrachtungszeitraum Verlagerungen zwischen den ausgewiesenen ländlichen Genossenschaftsarten. So unter anderem durch die allmähliche Ausgliederung des Warengeschäfts

²⁹ Da zur Mitgliederzahl der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr für 1950 keine Angabe auffindbar ist, erfolgte ausgehend von den bekannten Werten (vgl. dazu Hans-Jürgen Wick, a.a.O., Sp.1663 f.) für 1949 (990 Tsd.) und 1957 (1.250 Tsd.) durch Interpolation. Ein Schätzwert von 1.022 Tsd. Dieser Wert dürfte der gesuchten tatsächlichen Mitgliederzahl recht nahe kommen. Alle übrigen Daten sind durch die angegebenen Quellen zuverlässig nachgewiesen. Die Ausnahme einer steigenden Mitgliederzahl bei den Vieh- und Fleischgenossenschaften liegt in einer Umstellung der statistischen Erfassung begründet: Seit 2005 wird diese Genossenschaftsart einschließlich der Zuchtgenossenschaften ausgewiesen. Vgl. Michael Stappel, a.a.O., S. 45 (Fußnote 2).

schäftes aus Raiffeisenbanken mit Warenverkehr und die Entstehung spezieller Waren-genossenschaften, den Zusammenschluss des Deutschen Raiffeisenverbandes mit dem Deutschen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) 1972, die Zuordnung der Zuchtgenossenschaften seit 2005 zu den Vieh- und Fleischgenossenschaften sowie neuere Veränderungen in der statistischen Erfassung³⁰, die einzelne Genossenschaftsarten des ländlichen Genossenschaftssektors betreffen.

3. Weitere Daten

Als Unternehmensgruppe sind die Raiffeisengenossenschaften ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber im ländlichen Raum. In den betrachteten sechs Jahrzehnten ist der *Gesamtumsatz* ständig gestiegen, zuletzt auf 43,2 Mrd. Euro im Jahr 2008. Im Krisenjahr 2009 kam es dann zu einem Umsatzeinbruch in Höhe von 11,1 Prozent auf 38,4 Mrd. Euro.

Schließlich ist der ländliche Genossenschaftszweig ein bedeutender Arbeitgeber. Ende 2009 wurden 97.174 *Beschäftigte* gezählt, darunter zahlreiche Spezialisten und hochqualifizierte Fachleute.³¹ Davon entfallen 60% auf Primär-genossenschaften, 17% auf Zentralen und 23% auf Agrargenossenschaften.

V. Die heutige Raiffeisen-Organisation

1. Wirtschaftliche Organisation

(1) Wie andere Genossenschaftszweige in Deutschland präsentieren sich die ländlichen Kooperative als demokratisch aufgebaute Organisation.³² Das Fundament des mehrstufigen, aus rechtlich selbständigen Primär-genossenschaften und Zentralen bestehenden *Unternehmensverbundes* der Raiffeisen-Organisation³³ bilden die *Primär-genossenschaften*, deren Geschäftstätigkeit sich auf einen Ort oder mehrere Orte eines räumlich zusammenhängenden Bereichs konzentriert. Neben klassischen *Universalgenossenschaften*³⁴ (z.B. Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, Bezugs- und Absatzgenossenschaften) und *Spezialgenossenschaften* des Warenbereichs (z.B. Vieh- und Fleisch-, Obst- und Gemüse-, Winzergenossenschaften) und Dienstlei-

³⁰ Vgl. dazu Michael Stappel, a.a.O., S. 46, Fußnote 2.

³¹ http://www.raiffeisen.de/presse/statistische_Daten/index.htm - abgerufen am 24.08.2010.

³² Vgl. Hans-Jürgen Wick, a.a.O., Sp. 1665.

³³ Ab 1872 waren durch Raiffeisen für die Betreuung der lokalen Darlehnskassen und den Geldausgleich (Geldüberschuss bzw. Geldbedarf) regionale ländliche Zentralbanken errichtet worden, 1874 die Deutsche landwirtschaftliche Generalbank e.G.m.u.H. in Neuwied als oberstes Institut in einem dreistufigen Aufbau. Vgl. Theodor Sonnemann: Raiffeisen, Friedrich Wilhelm, in: Eduard Mändle/ Hans-Werner Winter (Hrsg.): Handwörterbuch des Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1980, Sp. 1398 f. Schließlich gründete Raiffeisen 1881 eine Handelsgesellschaft und damit die erste Warenzentrale.

³⁴ Vgl. dazu Gunther Aschhoff/Eckart Henningsen, a.a.O., S. 89 ff.

³⁵ Wegen ihrer „kombinierten“ Geschäftsausrichtung (Geld und Ware, Beschaffung und Verwertung) werden diese Genossenschaften auch als Mehrzweck- oder gemischtwirtschaftliche Genossenschaften bezeichnet.

stungssektors (z.B. Maschinen-, Wasser- und Brenneigenossenschaften)³⁵ zählen dazu *neuere*, in den letzten 10 Jahren gegründete ländliche Genossenschaften in den Bereichen ökologische Landwirtschaft, alternative Energieerzeugung, Landschaftspflege und Umweltschutz.

In der Beziehung dieser Primärgenossenschaften zu ihren Mitgliedern wird der im Genossenschaftsgesetz verankerte Auftrag unmittelbar erfüllt: Arbeit und Leistungen der Genossenschaften sollen ausschließlich dem Ziel dienen, ihre Mitglieder in ihrer wirtschaftlichen Situation zu fördern.³⁶ Die Raiffeisen-Organisation zählte Ende 2009 bundesweit 2.669 ländliche Basisgenossenschaften mit 1,686 Mio. Mitgliedern. Eine wichtige Rolle für den Raiffeisen-Verbund spielen die 885 Agrargenossenschaften, bei denen es sich um Nachfolgebetriebe der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der ehemaligen DDR handelt.

(2) Die mittlere Ebene des dreistufigen Unternehmensverbundes nehmen fünf als *regionale* Warenzentralen tätige *Hauptgenossenschaften* ein: AGRAVIS Raiffeisen AG (Hannover und Münster), BayWa Aktiengesellschaft (München), Warenzentrale Kurhessen-Thüringen GmbH (Kassel), Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG (Köln) und ZG Raiffeisen eG (Karlsruhe).³⁷ Diese Zentralen unterstützen die örtlichen Genossenschaften in ihrem Bezugs- und Absatzgeschäft durch Bündelung von Nachfrage bzw. Angebot sowie durch zentrale Übernahme beschaffungs- und verwertungswirtschaftlicher Funktionen.

(3) Auf der obersten Stufe des Unternehmensverbundes finden wir als Zentraleinrichtung mit weitem Aktionsbereich die *Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale GmbH*, Frankfurt am Main. Bei diesem Unternehmen handelt es sich um eine Gemeinschaftseinrichtung der regionalen Hauptgenossenschaften. Mit einigen Geschäftsfeldern ist sie auf nationaler Ebene, im Übrigen als Handels- und Dienstleistungsunternehmen auf internationalen Märkten tätig.³⁸ Wichtige Aufgaben sind: Überregionaler Marktausgleich, Koordination des Ein- und Verkaufs auf nationalen und internationalen Märkten, weltweiter Im- und Export sowie die Entwicklung gemeinsamer Handelsmarken.

35 Zur Differenzierung nach Universal- und Spezialgenossenschaften des ländlichen Genossenschaftszweiges vgl. Horst Seuster, a.a.O., S. 578f.

36 www.raiffeisen.de/genossenschaften/genossenschaften/index.htm – abgerufen am 05.08.2010.

37 Weitere Zentralinstitute, wie Molkerei-, Vieh- und Fleischzentralen sowie Zentralkellereien, die auch Einzelhandelsgeschäfte betreiben, werden in der Statistik mit den jeweiligen Warengenossenschaften der Primärstufe erfasst.

38 Näheres dazu unter <http://www.raiffeisen.com/webedit/drwz/web>, abgerufen am 30.07.2010.

Weitere Einrichtungen auf Bundesebene der ländlichen Genossenschaftsparte wurden aufgelöst (Deutsches Milch-Kontor, Hamburg; Deutsche Winzer eG, Bonn) bzw. außer Genossenschaften werden auch nichtgenossenschaftliche Mitglieder betreut (Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e.V., Bonn).

	Unternehmensbereich	Verbandsbereich
Bundesebene	Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale GmbH (DRWZ)	Deutsche Raiffeisenverband e.V.
Regionalebene	Regionale Hauptgenossenschaften	Regionalverbände; Fachprüfungsverband Halle
Ortsebene	Ländliche Primärgenossenschaften Dienstleistungsgenossenschaften, Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr	

Abb. 3: Struktur der Raiffeisen-Organisation in Deutschland

2. Verbandswesen

Die Verbände erfüllen unterstützende Funktionen der Prüfung, Beratung, Betreuung und Interessenvertretung für ihre Mitglieder, die ländlichen Genossenschaften.

(1) Spitzenverband der gesamten ländlichen Genossenschaftsorganisation in Deutschland ist der Deutsche Raiffeisenverband e.V. (DRV) mit Sitz in Bonn. Zusammen mit anderen Bundesverbänden³⁹ ist er Träger des genossenschaftlichen Dachverbandes DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. Gemäß seiner Satzung ist der Zweck des DRV u. a. „die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen.“⁴⁰ Das heißt: Vertretung von Interessen der Regionalverbände sowie der ländlichen Genossenschaften gegenüber Regierung, Parlament, Verwaltung, Verbänden und Öffentlichkeit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Der DRV versteht sich als Kompetenz- und Service-Center für die vielfältigen Gesamtbelange der ländlichen Genossenschaften.⁴¹

(2) Sechs Regionalverbände und der Fachprüfungsverband von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e.V., Halle, führen die gesetzlichen Prüfungen durch. Mit dem Prüfungsrecht unterstreicht der Staat den An-

³⁹ Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Zentralverband Gewerblicher Verbundgruppen e.V. (ZGV) und Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZdK).

⁴⁰ Vgl. dazu § 4 (Zweck und Aufgaben) Ziff. (1) der Satzung des DRV; zu weiteren Aufgaben vgl. Hans-Jürgen Wick, a.a.O., Sp. 1673 f.

⁴¹ www.raiffeisen.de/genossenschaften/genossenschaften/index.htm – abgerufen am 05.08.2010.

spruch der Genossenschaften auf Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Durch umfassende Betreuung und Beratungstätigkeit auf betriebswirtschaftlichem, steuerlichem und rechtlichem Gebiet sowie mit Schulungsmaßnahmen unterstützen diese Verbände als moderne Full-Service-Unternehmen die ihnen angeschlossenen Kooperative und tragen maßgeblich zu deren Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit bei.⁴²

(3) Leistungsempfänger der Genossenschaftsverbände sind neben den in Abb. 3 angegebenen Basisgenossenschaften die Zentralen des ländlichen Genossenschaftssektors.

VI. Fazit und Ausblick

Die Herausbildung des *Systems der Darlehnskassen-Vereine* in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das aus dem Raiffeisen Werk herausragt, erleichterte der ländlichen Bevölkerung wesentlich den Zugang zu Krediten. Auch das erfolgreiche Wirken der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften verbesserte das Leben der Menschen auf dem Lande durchgreifend. Aus den frühen Hilfs- und Wohltätigkeitsvereinen und den darauf entstandenen Selbsthilfegemeinschaften haben sich *moderne, leistungsfähige Unternehmen* im Bankensektor und in der Agrarwirtschaft entwickelt.

Der ländliche Raum Deutschlands ist heute von einem starken *Strukturwandel* betroffen, der sich nach wie vor primär als Größenproblem der landwirtschaftlichen Betriebe darstellt.⁴³ Parallel zu den strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft geht der *Konzentrationsprozess* im ländlichen Genossenschaftssektor voran. Neben einer weiteren Bündelung der wirtschaftlichen Kräfte ist wichtig, dass sich die einzelne Genossenschaft in ihrem Umfeld angesichts stärkerer Spezialisierung landwirtschaftlicher Betriebe und ihrer steigenden Ansprüche optimal aufstellt. Im Interesse der Landwirte wird entscheidend sein, dass die Raiffeisen-Organisation weiterhin den Großteil der Wertschöpfungskette im Agrarbusiness⁴⁴ abdeckt und neue Vermarktungsmodelle entwickelt.

⁴² Vgl. Gunther Aschhoff/Eckart Henningsen, a.a.O., S. 103; www.raiffeisen.de/genossenschaften/genossenschaften/index.htm – abgerufen am 05.08.2010.

⁴³ Die „Giebelkreuz“-Genossenschaften sehen sich in der Pflicht, durch Strukturanpassungen, stärkere markt- und umweltbezogene Ausrichtung ihrer Tätigkeit, Ausbau der Dienstleistungen, verstärkte Exportförderung und internationale Zusammenarbeit ihre Leistungsfähigkeit weiter zu erhöhen.

Vgl. <http://www.zg-raiffeisen.de/verbund/index.htm> – abgerufen am 05.08.2010

⁴⁴ Die Wertschöpfungskette im Agrarbusiness beginnt bei Vorprodukten wie Saatgut, Dünge- und Futtermitteln. Sie umfasst erst- und weiterverarbeitende Unternehmen wie Molkereien, Schlachthöfe und Mühlen, ebenso Garten- und Landschaftsbauunternehmen. Die Kette endet bei der Erfüllung von Absatzfunktionen.

Die fortschreitende *Liberalisierung der Agrarmärkte* setzt Warengenossenschaften mit hohen Export- bzw. Importraten einem harten internationalen Wettbewerb aus. Strukturanpassung, Rationalisierung und Kostensenkung werden für die Raiffeisen-Genossenschaften zu einer überlebensnotwendigen Aufgabe, und für Landwirte, Gärtner und Winzer wächst das Erfordernis, ihre wirtschaftlichen Interessen gemeinsam zu verfolgen.

Ohne das Genossenschaftswesen wäre die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft nicht denkbar gewesen. Die ländlichen Genossenschaften sind in die Jahre gekommen, aber nicht gealtert. Nach wie vor ist die *partnerschaftliche Beziehung* zu ihren Mitgliederwirtschaften *unverzichtbar*. Sie wird es auch weiterhin besonders dort sein, wo die regionale landwirtschaftliche Erzeugung auf die weltweit entstehenden Absatzmärkte auszurichten ist.

„Gute Butter aus Salzhausen“

Molkereigenossenschaften in den Landkreisen Harburg und Lüneburg

Der Rindviehbestand in der Provinz Hannover war seit 1875 kontinuierlich gestiegen, jedoch in den einzelnen Landkreisen naturgemäß unterschiedlich stark. So gab es auf 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche im Altkreis Winsen nur zwischen 39 und 44 Stück Rindvieh, im Altkreis Harburg zwischen 44 und 49 Stück, im Kreis Lüneburg nur zwischen 28,8 und 34 Stück, im Kreis Bleckede zwischen 34-39 Stück. Im damaligen Kreis Jork lag dagegen der Rindviehbesatz zwischen 68 und 74,5 Stück.¹

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Großstädte enorm gewachsen. Gleichzeitig stieg die Nachfrage nach Milchprodukten. Der Fortschritt in der Molkereitechnik führte zur Abtrennung der Milchverarbeitung von den bürgerlichen Betrieben hin zu rationalisierten Spezialbetrieben. Eine sogenannte Sammelmolkerei hatte Ende der 1870er Jahre in Dahlenburg den Betrieb eröffnet. 1879 folgte die erste Molkerei in genossenschaftlicher Rechtsform in Wendischthun im damaligen Amt Bleckede. Ausschlaggebend dafür war die große Entfernung zum Hauptabsatzgebiet Hamburg. Die näher an Hamburg und Harburg liegenden milchwirtschaftlich geprägten Gebiete der Elbmarsch sahen zunächst noch keine Veranlassung, ihre Wirtschaftsweise zu ändern. Sie brachten ihre Frischmilch auf schnellstem Wege nach Hamburg, entweder zu Schiff über die Elbe oder über Lüneburg - Winsen - Harburg per Bahn. Die noch stadtnäheren Höfe setzten aufs Pferdefuhrwerk. In Hamburg konnte die Milch für 12 Pfennig je Liter verkauft werden. Dieser für die Landwirte gute Preis führte bald zu einer Überschwemmung des Hamburger

¹ *Besitzverteilung, Bodennutzung, Viehbestand in der Provinz Hannover am Ende des 19. Jahrhunderts, brsg. bei Gelegenheit der 17. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Hannover 1903, Arbeiten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover VI. Heft, bearbeitet von Heinrich Steiger, Blatt XVIII.*

Milchmarktes, gefolgt von einem Preisdruck, den die Erzeuger im unerfreulichen Geschäftsgebaren von Milchhändlern und Abnehmern zu spüren bekamen.² Nachdrücklich warben die Landwirtschaftlichen Vereine für die Errichtung von Molkereien, insbesondere in Form von Genossenschaften. Von Anfang an hatte sich der 1879 gegründete Artlenburger Viehzuchtverein nicht nur um die Verbesserung der Viehzucht gekümmert, sondern auch um den verbesserten Absatz der Produkte, besonders der Milch. Eine zentralisierte Molkerei, konzipiert als Genossenschaft,³ war das Thema einer besonderen Sektion des Vereins. Auch die mittlerweile entstandenen landwirtschaftlichen Winterschulen warben beim bäuerlichen Nachwuchs für die Idee der Molkereigenossenschaft.

Im Vergleich zur heutigen „Hochleistungskuh“ mit etwa 6.000 Litern pro Jahr war die Milchmenge der Kühe vor 100 Jahren noch recht bescheiden. 1905 war eine durchschnittliche Jahresmilchleistung von 3.594 kg erreicht, die etwa 110 kg Fett enthielt. Bis 1913 konnte diese Milchleistung auf 3.990 kg mit 130 kg Fett gesteigert werden.⁴

Eine erste Sammelmolkerei im damaligen Kreis Winsen entstand 1880 in Salzhausen. Sie stellte ihren Betrieb jedoch schon bald wieder ein: Offenbar war der gezahlte Milchpreis von neun Pfennig je Liter zu hoch, eine Preisreduzierung für die Lieferanten nicht annehmbar.⁵ Als der Betrieb deshalb schloss, mussten die Landwirte einen erheblich höheren Verlust als den durch einen reduzierten Milchpreis in Kauf nehmen. Dennoch war diese Molkerei möglicherweise auch noch Anfang 1883 in Betrieb, wie man aus einem Brief des Reichskanzlers von Bismarck schließen kann. Eine Gruppe Salzhausener Bürger unter Führung der Brennereibesitzerin Auguste Harms hatte dem Reichskanzler zum Geburtstag ein „Haidmärker - Frühstück“ übersandt, das neben anderen Köstlichkeiten sicher auch einen „Haidmärker“-Kornschnaps der Brennerei enthielt. Der Kanzler bedankte sich in einem Brief vom 9. April 1883.

„Das 'Haidmärker Frühstück' ist vorzüglich in allen seinen Bestandtheilen, namentlich aber ist die Butter von so ausgezeichnete[r] Qualität, wie sie hier auch zu den höchsten üblichen Preisen nicht zu kaufen ist. Wenn in Salzhausen so gute Butter nicht nur zum eigenen Verbrauch sondern auch zum Verkauf fabriziert wird, so würde es mich interessieren, zu erfahren, welches dort der durchschnittliche Preis für

² O. zur Linden: *Die Entwicklung des Molkereigenossenschaftswesens im Reg.-Bez. Lüneburg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart*. Uelzen 1934, S. 29f.

³ *Vergleiche zur Linden*, S. 20 und die *Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Milchkontrollvereins Lüneburg-Winsen*, 2004, S. 12f.

⁴ *Vergleiche 100 Jahre Milchkontrollverein*, S. 33.

⁵ *Zur Linden*, S. 25. Zur Linden beruft sich auf den *Jahresbericht der Königlichen Landwirtschaftsgesellschaft zu Celle von 1881*, S.74. Dort wird die Salzhausener Sammelmolkerei ausdrücklich als Genossenschaft bezeichnet.

so feine Tafelbutter ist, und wie sich rechnermäßig die Ergebnisse Ihres Molkereibetriebes dabei stellen; ich würde, weil ich selbst Landwirth bin, sehr dankbar sein wenn Sie, ohne Wirthschaftsgeheimnisse zu verletzen, mir darüber Auskunft geben könnten.“

Zwar könnte es sich dabei auch um eine hausgemachte Butter gehandelt haben, doch legt die Reaktion Bismarcks nahe, dass er die gelieferte Butter als Molkereierzeugnis erkannt hatte.⁶

1881 gründeten neun Landwirte mit zusammen 160 Milchkühen in Ebstorf eine Molkereigenossenschaft, im Juli 1882 nahm eine Dampfmolkerei ihren Betrieb auf. Damit hatte die Ackerbauschule in Ebstorf einen Vorzeigebetrieb, der die Landwirte stark beeindruckte. Es war die Molkerei, die bei der Milch zu einer Qualitätssteigerung führte, vermehrte Erträge brachte, damit einhergehend eine laufende Verbesserung der Fütterung und steigende Milchmengen.⁷

Der Gründung einer ersten Sammelmolkerei in der Stadt Harburg 1882 folgte 1888 eine zweite. Die ersten Molkereigenossenschaften in den damaligen Landkreisen Winsen und Harburg wurden 1883 in Winsen und Pattensen, 1884 in Tostedt ins Leben gerufen. Die Winsener Molkereigenossenschaft gründeten 35 Bauern mit 600 Kühen, wohingegen die Pattensener Molkerei nur 30 Landwirte mit 125 Kühen gewinnen konnte. In Tostedt traten 44 Landwirte als Gründer auf. Die 1889 gegründete und 1891 in das Genossenschaftsregister eingetragene Molkereigenossenschaft in Garlstorf schloss die erste Gründungswelle von Genossenschaften zunächst ab. Damit veränderte sich das herkömmliche Wirtschaften, wandelten sich Traditionen, die gerade bei der Einführung der Molkereien ein großes Hindernis waren. Milchverarbeitung, Buttererzeugung und Eierverwertung standen bislang unter der Obhut der Bauersfrau, die es oft als geradezu heiliges Vorrecht betrachtete, die daraus erzielten Erlöse als eigenen Verdienst zu behalten, der nicht in die Wirtschaft des Mannes gehörte.

Dem „heftigen Widerstand“ der Bauersfrauen gegen den Beitritt zur Molkereigenossenschaft wollte man gegensteuern. Schon 1878 richtete der landwirtschaftliche Zentralverein des Herzogtums Braunschweig auf dem Rittergut Rethmar bei Sehnde ein Institut zum Unterricht für junge Bauerntöchter ein. Auch hier setzte man auf die größere Aufgeschlossenheit der nachwachsenden Generation, die durch Schulung auf rationellere Wirtschaftsweisen orientiert werden sollte. Das reichte offenbar noch nicht. Der von der König-

⁶ Denkbar wäre es auch, dass die Salzhausener von einer anderen Molkerei Butter gekauft und dem Präsentkorb als vermeintlich eigenes Produkt zugefügt hatten.

⁷ Vergleiche zur Linden, S. 28.

lichen Landwirtschaftsgesellschaft Hannover beauftragte Wanderlehrer August Fricke veröffentlichte 1898 ein kleines Buch zur Gründung von Molkereigenossenschaften, in dem er sich mit den Problemen bei der Durchsetzung neuer Betriebsmethoden in der Milchwirtschaft befasste. Darin ging er den konservativen und unökonomischen Geist der Bäuerinnen direkt an:

„Die Frau ist die Gehülfin des Mannes, sie soll auf dem Hofe keine Nebenregierung einführen, wenigstens nichts treiben, was dem Manne das Aus- und Fortkommen erschwert. So sehr schätzenswert das Festhalten an den von unseren Vätern ererbten Sitten und Gebräuchen ist, so nachteilig muß aber das eigensinnige Hängen und Kleben an veralteten wirtschaftlichen Dingen werden. Es stände um manchen Hof besser, wenn sie vorwärts geblickt hätten, anstatt hinter sich zu sehen. Das trifft besonders auch bei der Milchwirtschaft zu.“⁸

Mit den von Fricke vorgetragenen Argumenten und Ermahnungen sowie den sehr guten wirtschaftlichen Erfolgen der ersten Molkereigenossenschaften waren die Widerstände aber noch längst nicht überwunden. Gerade für kleine Landwirte, die die Milcherzeugung eher als Nebenerwerb betrachteten, gab es eine technische Neuerung, die das althergebrachte Wirtschaften begünstigte. Der schwedische Ingenieur Gustav de Laval hatte seit 1879 nicht nur Separatoren (Zentrifugen) für den Großbetrieb konstruiert, sondern brachte nun auch preiswerte handbetriebene Geräte für den Gebrauch auf dem Hof auf den Markt. Unglücklicherweise hatte ausgerechnet Fricke in seiner Schrift eine Werbung für solche Handseparatoren mit einer stündlichen Leistung von 70 – 375 Litern abgedruckt. Solche Geräte kosteten um 1900 etwa 120 Mark und waren auch für kleinere Bauern erschwinglich, die nun die Milch sofort auf dem Hof veredelten und die entrahmte Milch sogleich an ihre Kälber und Schweine verfütterten. Beim genossenschaftlichen Betrieb kam diese Molke oft erst nach vielen Stunden wieder zum Bauern zurück. Besonders in heißen Sommern ein kaum noch verwertbares Produkt.

Zudem konnten die Bauern nun ohne jede vertragliche Bindung wirtschaften, und so trieb das bäuerliche Autarkiedenken erneut Blüten. Diese Entwicklung beschreibt der Franzose Paul Roux, der 1904 und 1905 die Situation der Bauern im Kirchspiel Egestorf und ihre Anpassung an die moderne Entwicklung genau untersuchte.⁹ Viele Landwirte traten aus der Molkereigenossenschaft Garlstorf wieder aus und verschlechterten die Ertragslage der Genossenschaft. Ironischerweise dürften die austretenden Bauern die

⁸ August Fricke: *Die Molkerei-Genossenschaft, ihre Errichtung, genossenschaftliche Leitung und Buchführung*. Hannover 1898. Das Buch von Fricke wurde 1905 in 2. Auflage nochmals gedruckt.

⁹ Paul Roux: *Der Bauer in der Lüneburger Heide und seine Anpassung an die moderne Entwicklung* (1906). Ebestorf 1991, S. 39. Das erhaltene Protokollbuch der Molkereigenossenschaft Garlstorf erwähnt diese Austritte nicht – nur die Eintritte! *GenoArchiv* Signatur MOGA.02.01.

ökonomische Betrachtung der Milcherzeugung gerade in ihrer Zeit bei der Genossenschaft erst richtig gelernt haben, ebenso wie das Geld zur Anschaffung der Handseparatoren zum Teil aus den Erträgen ihrer Genossenschaftszeit stammte. Allerdings entsprachen wohl auch die natürlichen Ressourcen der Heideregion einer stetigen Ausweitung des Milchviehbestandes nicht ausreichend. Es gab nicht genug Wiesen- und Weideland, und der Zukauf von Futter machte die Milchviehhaltung zu einem nicht mehr lohnenden Wirtschaftszweig. Stattdessen nahm die Schweinemästung, zu der die Molke benutzt wurde, einen immer größeren Stellenwert ein. Die Bauakten der Zeit nach 1900 weisen einen deutlichen Anstieg an Bauanträgen für Massenschweinställe aus, die oft zwischen 60 und 100 Schweine aufnehmen konnten.

Am 25. Mai 1894¹⁰ gründete sich in Hannover die Butterverkaufs-Genossenschaft, die in den folgenden Jahren 44 Molkerei-Genossenschaften organisierte. Hauptbestreben war es, den englischen Markt zurückzuerobern, der durch Panschereien seitens einiger Hamburger Butterexporteure für deutsche Butter fast schon verloren war.¹¹ Aus den Landkreisen Harburg und Lüneburg beteiligten sich mit Ausnahme der Molkerei in Winsen alle zu dieser Zeit bereits existierenden Genossenschaften in Lüneburg, Wittorf, Echem, Pattensen, Tostedt, Garlstorf und Dahlenburg. Wegen innerer Zwistigkeiten löste sich die Genossenschaft zur Jahrhundertwende wieder auf, hatte aber zuvor die Rückeroberung des englischen Marktes erreicht.

Die genossenschaftlichen Molkereien verarbeiteten in der Zeit zwischen 1928-1930 ca. 76% der gesamten Milchmenge im Regierungsbezirk Lüneburg.¹²

Die Molkereigenossenschaften im Einzelnen¹³

Molkereigenossenschaft Winsen

Die Molkerei-Genossenschaft Winsen wurde bereits 1883 von 39 Bauern gegründet und war die älteste Genossenschaft im Landkreis Harburg. Sie war unter Nr. 1 des Genossenschaftsregisters beim Königlich Preußischen Amtsgericht Winsen a. d. Luhe eingetragen. Der erste Vorstand bestand aus: Kauf-

¹⁰ Laut vervielfältigtem Rundschreiben an die Gründungsmitglieder der Butterverkaufsgenossenschaft Hannover, GenoArchiv Signatur MOXX.06.01. Bei zur Linden, S. 37 wird irrtümlich das Gründungsjahr 1890 genannt.

¹¹ Zur Linden, S. 37f.

¹² Zur Linden, S. 57.

¹³ Zu allen hier aufgeführten Genossenschaften hat die Stiftung Genossenschaftliches Archiv eine Art Kataster mit Kurzporträts der Genossenschaften aus den Landkreisen Harburg, Lüneburg und Soltau-Fallingb. erstellt. Dieses ist im Internet unter <http://www.genoarchiv.de/html/standorte.htm> einsehbar.

mann Rudof Sievers, Winsen; Kassierer Barner, Winsen; Höfner Klockmann, Luhdorf; Höfner Heinrich Pahl, Stöckte; Höfner Peter Harms, Hunden; Höfner und Gastwirt Heinrich Rabeler, Borstel.

1884 nahm die Genossenschaft ihren Betrieb in der Bahnhofsstraße auf. Milchlieferanten waren Bauern aus den umliegenden Ortschaften bis nach Drage, Hunden, Luhdorf und Radbruch, die Genossenschaftsanteile besaßen. Ab 1936 agierte sie mit beschränkter Haftpflicht. 1939 wurde die Firma in Molkereigenossenschaft Winsen/Luhe eGmbH geändert. Der Mitgliederbestand erreichte 1948 mit 1100 seine größte Zahl. Danach sank zwar die Anzahl der Mitglieder, doch konnte die angelieferte Milchmenge nach 1950 auf 10 - 11 Millionen kg erhöht werden. Da aber auch die Winsener Molkerei in den 1960er Jahren nicht mehr die notwendige Größe besaß, um rentabel zu arbeiten, wurde der Betrieb 1968 eingestellt. Durch Verschmelzung mit der Hansa-Meierei Hamburg eGmbH ist die Firma laut Vertrag vom 23.11.1967 erloschen. Die Gebäude wurden abgerissen. Heute befindet sich dort ein Postübertragungs- und Fernsehturm.¹⁴

Die Molkerei- und Müllerei-Genossenschaft Pattensen

Die Molkerei- und Müllerei-Genossenschaft e.G.m.u.H¹⁵ zu Pattensen wurde am 7. Oktober 1883 gegründet. Zunächst stand vermutlich lediglich der Molkereibetrieb im Vordergrund. Dreißig Landwirte mit 125 Kühen zeichnen Anteilscheine. Ein Dampfkessel war von Anfang an vorhanden. 1888 war die Zahl der Genossen wohl auf 28 gesunken. Diese lieferten pro Tag 2.375 Pfund Milch bei der Molkerei ab, die die Weiterverarbeitung mit Hilfe von drei dänischen Zentrifugen betrieb.¹⁶ Mit der Molkerei verbunden war eine Schweinemast, die vermutlich die Molke verfütterte. Ein naheliegender zusätzlicher Geschäftszweig, der das Nebenprodukt sogleich an Ort und Stelle verwertete. Das war bei Molkereien zu dieser Zeit nicht unüblich. Doch war man in den Dörfern an diese Massentierhaltung nicht gewöhnt, wie aus einem Beschwerdebrief des Pattensener Superintendenten Parisius an den Amtshauptmann in Winsen vom 23.6.1884 hervorgeht. Dieser beklagt sich über den „pestinenzialischen Gestank, der die Einwohner zwingt, die Fenster geschlossen zu halten und die offene Luft zu meiden, ohne dass sie damit verhindern können, dass dieselbe bis in die Häuser dringt und alles

¹⁴ *GenoArchiv, Signatur: MOWI; Festschrift 100 Jahre Milchkontrollverein Lüneburg-Winsen*, Lüneburg 2004, S. 91; Heinrich Lindloff: *Winsen (Lube) und seine Umgebung. In: Heimatglocken (Winsener Anzeiger) Nr. 188/1952. Hauptstaatsarchiv Hannover Nds. 725 Winsen Acc. 41/91 Nr. 41. Gen.Reg. Winsen Band I Nr. 1.*

¹⁵ *e.G.m.u.H. = eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Die Mitglieder der Genossenschaft haften mit ihrem gesamten Privatvermögen für die Genossenschaft. Ab 1888 wurde auch die Möglichkeit der beschränkten Haftpflicht eingeführt. Die Genossenschaften firmierten danach als e.G.m.b.H., heute als eG.*

¹⁶ *Vergleiche O. zur Linden, S. 29 und 34.*

durchzieht.¹⁷ Auch liefe die dazugehörige Mistkuhle häufig über, so dass der Unrat sich bis auf die Straße verbreite. Nach einer Ortsbesichtigung durch den Amtshauptmann wurden zwar Anordnungen getroffen, die die größten Übelstände abstellen sollten, doch teilte die Königliche Landdrostei dem Superintendenten mit, dass derartige Geruchsentwicklungen nun einmal bei einem landwirtschaftlichen Betrieb unvermeidlich seien.¹⁸

Am 25. Oktober 1889 änderte die Genossenschaft ihre Satzung. Zum 1. November wurde ausdrücklich auch der Betrieb einer Mahlmühle auf gemeinsame Rechnung als Geschäftszweck eingefügt. Die 1890 bei der Druckerei von W. Ravens in Winsen gedruckte Satzung nennt nun die Namen von 104 Mitgliedern, die nicht nur aus Pattensen sondern auch aus den umliegenden Dörfern Scharmbek, Garlstorf, Wulfen, Tangendorf, Quarrendorf, Brackel und Thieshope kommen. An die Satzung angehängt ist ein Nebenvertrag, der unter den Mitgliedern geschlossen wurde. Darin wurden in sieben Paragraphen sehr detailliert die Pflichten der Milchablieferer hinsichtlich Fütterung und Reinlichkeit bei der Milchviehhaltung aufgeführt. 1891 ergänzte die Genossenschaft ihre wirtschaftlichen Aktivitäten um den Handel mit Mehl und anderen Futterstoffen.¹⁹ Ab dem 11. Juni 1891 übernahm der Vollhöfner Johann Peter Christoph Ravens das Vorstandsamt des ausgetretenen H. Maack.²⁰ Trotz des recht guten Anfangs dieser Molkerei hat man die genossenschaftliche Rechtsform offenbar 1897 aufgegeben. In diesem Jahr übernahm Christoph Ravens die Molkerei und baute einen zusätzlichen Dampfkessel ein.²¹ Auch die Mahlmühle ist offenbar weiter betrieben worden. Ravens führte den Betrieb mindestens noch nach 1921 weiter. 1933 wird er nur noch als Hof- und Mühlenbesitzer geführt.²²

Central-Molkerei Lüneburg eG

Schon im Januar 1884 eröffnete Theodor Erwing in der Lünertorstraße 13 in Lüneburg eine private Molkerei, die „Lüneburger Meierei“. Er kaufte Milch im Umland auf und bot Butter und Magermilch zum Verkauf an. Wenige Jahre darauf planten einige Landwirte die Errichtung einer Genossenschaftsmolkerei, aber erst im Februar 1893 kam es zur Gründung. Der neue Betrieb, der im Lüneer Weg 3 entstand, wurde am 14. Dezember 1893 eingeweiht und konnte täglich bereits 2.000 bis 3.000 Liter Milch verarbeiten. Erster Direk-

17 Brief in der Akte Kreisarchiv Landkreis Harburg (KrA-LkH), Signatur G-90/03.

18 Siehe Peter Dederke: *Pattensen. Geschichte eines Dorfes am Rande der Geest*. Ebstorf 2005, S. 193f.

19 Anzeige in den Winsener Nachrichten Nr. 61 vom 27.5.1891.

20 Anzeige in den Winsener Nachrichten Nr. 69 vom 15.6.1891.

21 Dampfkesselgenehmigung in der Akte KrA-LkH, Wi-I-352, vergleiche Dederke, S. 193. Ravens übernahm zeitgleich den Vorstandsvorsitz des 1896 gegründeten Spar- und Darlehnsvereins für Pattensen und Umgegend, eGmuH.

22 Im Adressbuch für den ehemaligen Kreis Winsen Stadt und Land von 1933, S. 170. Eine Molkerei in Pattensen wird nicht mehr erwähnt.

tor der „Central-Molkerei Lüneburg eG“ wurde Theodor Erwing, der seinen privaten Betrieb schloss.

Allerdings konnte der Betrieb sich anscheinend nicht gemäß den Erwartungen der Genossen entwickeln. Nach einem Bericht der „Winsener Nachrichten“ vom 14.9.1911 wurde die Genossenschaft trotz gesunder Finanzwirtschaft, aber zu geringen Milchaufkommens an ein Konsortium tat- und kapitalkräftiger Landwirte verkauft. 1915 wurde der Betrieb an Ludwig Stamer verpachtet, der ihn 1920 auch kaufte und in „Sanitätsmolkerei Lüneburg“ umbenannte.

Damit war zwar die genossenschaftliche Rechtsform der Molkerei Vergangenheit, doch die Molkerei nahm einen guten Verlauf. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm sie als erste Molkerei in Deutschland die Herstellung von Joghurt in größeren Mengen auf. Der Markenname „Lünebest“ wurde bundesweit bekannt. 1982 verkaufte Hans Stamer sen. seinen Betrieb an „Glücksklee“. Diese Marke wurde 1985 von Nestlé übernommen. Dieser Molkereibetrieb ist der einzige heute noch arbeitende im Landkreis Lüneburg.²³

Molkereigenossenschaft Echem

Die Molkereigenossenschaft Echem war die erste im Landkreis Lüneburg. Sie wurde am 5.7.1891 von zwölf Landwirten und Gutsbesitzern unter dem Vorsitz von Baron von Spörcken, Lüdersburg, gegründet. Am 8.12.1891 öffnete die Molkerei ihre Pforten. Wurden anfangs gerade einmal 800 Liter Milch täglich angeliefert, so stieg die Milchanlieferung bis 1914 auf über 1,5 Millionen Liter. Daraus wurden unter anderem 67.000 Pfund Butter gewonnen, die nicht nur in den regionalen Markt nach Hamburg ging, sondern per Versand auch nach Sachsen. Selbst Queensland in Australien wurde mit Butter aus Echem beliefert!

Der Weitertransport der Molkereiprodukte geschah überwiegend per Schiff auf der nahegelegenen Elbe. Auch die Nähe zur Eisenbahnstrecke Hannover-Lüneburg-Lübeck war für die Molkerei sehr nützlich. 1932 kam die Milchanlieferung an zwei Millionen Liter heran, 1941 kam man auf einen Höchststand von 5.150.000 Liter. Technische Neuerungen hielten Einzug. 1934 erfolgte die Umstellung der Maschinen auf Einzel-Elektroantrieb. Zwischen 1953 und 1958 wurden umfangreiche Erweiterungsbauten vorgenommen. 1968 übernahm die Genossenschaft einen Teil des Einzugsgebietes der Molkerei Brietlingen. Das Frischmilchaufkommen verdoppelte sich. Anfang der 1970er Jahre schloss die Molkerei Echem zunächst einen Kooperationsvertrag mit der

23 *GenoArchiv: Signatur MOLÜ und Festschrift Milchkontrollverein Lüneburg-Winsen, S. 90*

Hansa-Meierei in Hamburg.²⁴ Im Zuge der Konzentration der letzten Jahrzehnte wurden viele Molkereien verschmolzen. Der Betrieb in Echem wurde 1984 stillgelegt, 1993 war auch das Ende der Genossenschaft Echem gekommen.²⁵

Molkereigenossenschaft Garlstorf

Die Molkereigenossenschaft in Garlstorf wurde bereits 1889 gegründet und 1891 in das Genossenschaftsregister eingetragen. Das Statut ist vom 13. April 1890. Im ersten Vorstand waren Vollhöfner Gustav Thiede, Garlstorf (Direktor); Vollhöfner Carl Stein, Garlstorf und Gutsbesitzer Jagau, Garlstorf. Die Milchlieferanten kamen auch aus Nindorf, Schätzendorf, Sahrendorf, Egestorf, Evendorf, Lübbstedt, Eyendorf, Salzhausen, Oelstorf, Gödenstorf und Toppenstedt. Die Mitgliederzahl betrug schließlich 240, die angelieferte Tagesmenge an Milch erreichte 6.000 bis 7.000 l. Während der Zwangswirtschaft des Ersten Weltkrieges konnte ein ordnungsmäßiger Betrieb nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Molkerei wurde an den Verwalter verpachtet. Als in der Inflation von 1923 die Wirtschaft völlig zusammenbrach, wurde die Molkereigenossenschaft im Wege der Verschmelzung auf den neu gegründeten Kartoffel-Saatbau-Verein für die Winsener Geest (später Saatzucht) übertragen (1.6.1923). Die Molkerei wurde noch lange als Privatmolkerei weitergeführt. In der Verkaufsanzeige vom 3.4.1923, erschienen in den "Winsener Nachrichten", ist die Maschineneinrichtung detailliert aufgeführt.²⁶

Molkereigenossenschaft Tostedt

Die Molkereigenossenschaft in Tostedt wurde am 17.2.1884 gegründet und am 1.10.1898 beim Amtsgericht ins Genossenschaftsregister eingetragen (Meierei Tostedt). Sie entwickelte sich soweit, dass sie 1907 eine Dampfmaschine aufstellen konnte.²⁷

Betriebsleiter seit 1884 waren die Herren Hameister, Uhlig, Habermann, Dörutz und seit 1933 Karl Rossig. Die Molkereigenossenschaft wurde 1963 Mitglied bei der Saatzucht Winsener Geest, mit der sie gemeinsam eine Kartoffeldämpfanlage in Garlstorf betrieb. Am 1.3.1970 wurde die Genossenschaft geschlossen und auf die Molkerei in Sittensen übertragen.

²⁴ Heute hat die Hansa-Milch AG ihren Sitz im mecklenburgischen Upahl.

²⁵ Das Genossenschaftliche Archiv in Hanstedt verfügt über eine umfangreichen Archivbestand zur Molkereigenossenschaft Echem. Es handelt sich um die vollständigste archivalische Überlieferung einer Molkereigenossenschaft aus der von der Stiftung Genossenschaftliches Archiv betreuten Region.

²⁶ *GenoArchiv, Signatur MOGA; Antrag zur Errichtung einer Dampfmaschine von 1890 mit Zeichnung, KrA-LkH, Signatur Wi-II-182.*

²⁷ *Dampfkesselgenehmigung von 1907, KrA-LkH Signatur Wi-II-413.*

Molkereigenossenschaft Wittorf

Über diese Molkerei ist wenig bekannt, sie war 1894 Mitglied der Butterverkaufs-genossenschaft in Hannover.²⁸

Molkerei Dahlenburg

Die Genossenschaft wurde 1892 gegründet. Das erste Statut datiert vom 23.3.1892. Die Genossenschaft war zuerst eingetragen unter Nr. 1 der Zweigstelle Bleckede und ab 1975 unter Nr. 129 beim Amtsgericht Lüneburg. 1975 war als Gegenstand des Unternehmens eingetragen: Milchverwertung auf gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr, Errichtung und Erhaltung einer Gefriertrockenanlage, Unterhaltung einer Kartoffeldämpfanlage und Unterhaltung einer Trocknungsanlage. 1977 kamen Sprüh- sowie Gefriertrocknungsanlagen für die Herstellung von pulverförmigen Nahrungs- und Futtermitteln hinzu. Die Generalversammlung vom 1.12.1980 beschloss die Umwandlung der Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft. Unter Beibehaltung der Bezeichnung „Molda“ (Molkerei Dahlenburg) ist die heutige Molda AG inzwischen weltweit tätig.²⁹

Molkereigenossenschaft Hollenstedt

Die Molkereigenossenschaft Hollenstedt³⁰ wurde am 14. Dezember 1903 unter Anleitung des Wanderlehrers August Fricke von 52 Landwirten gegründet. Am 1. Juli 1904 nahm sie unter dem Leiter Fritz Krüger (bis 1911) den Betrieb auf; die erste Tagesanlieferung betrug 2.185 Liter Milch. Von 1911 bis 1953 leitete Johann Gooßen die Molkerei. 1928 wurde mit einem Erweiterungsbau begonnen. Die Milchlieferung im Juli 1929 betrug etwa 16.000 bis 17.000 kg pro Tag, die von 12 Milchwagen angeliefert wurde. Diese Milchmenge konnte von 2 Millionen Litern im Jahre 1905 auf mehr als das Doppelte im Jahr 1929 gesteigert werden. Über den Bahnanschluss nach Hamburg wurde auch die nur 50 Kilometer entfernte Großstadt mit Milch und Milchprodukten versorgt. Das 50-jährige Jubiläum wurde 1954 im Beisein des damaligen Bundesverkehrsministers Hans Seeböhm, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Harburg-Soltau, und über 600 Gästen gefeiert. Auf dem Gruppenfoto der Belegschaft sind annähernd 50 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu sehen.³¹ 1953 bis zu ihrer Stilllegung 1970 war Hermann Hustedt

28 Liste der Mitglieder der Butterverkaufs-genossenschaft Hannover (ohne Datum) GenoArchiv Bestand MOXX.

29 Siehe im Internet www.molda.de

30 Vergleiche Günter Uschtrin: *Der Niedergang der Molkereiwirtschaft im Landkreis (Harburg) am Beispiel Hollenstedt*. In: *Harburger Kreiskalender 2005*, S. 61-66. Im Genossenschaftlichen Archiv ist ein kleiner Bestand vorhanden, Signatur MOHO. Siehe auch „Nachrichten der Stiftung Genossenschaftliches Archiv“ Nr. 9, 2004.

31 Siehe das Foto bei Günter Uschtrin, S. 65.

Betriebsleiter. Zum 1.1.1970 wurde eine Fusion mit der Molkereigenossenschaft Tostedt vollzogen, die sich später (1.3.1970) an die Molkereigenossenschaft Sittensen anschloss.

Molkereigenossenschaft Brackel

Die Molkereigenossenschaft in Brackel wurde 1934 gegründet. Das erste Statut datiert vom 24.5.1934. Erster Vorstand waren die Bauern Eduard Köster, Brackel; Gottfried Neven, Pattensen; Heinrich Gerdau, Wulfsen; Wilhelm Isernhagen, Quarrendorf und Alfred Jobmann, Ramelsloh. 1934 betrug die Mitgliederzahl 437. Sie stieg bis 1951 bis 805 Mitglieder. Die Statuten schrieben die Übernahme je eines Genossenschaftsanteils pro Kuh vor. Während der NS-Herrschaft wurden durch die staatlichen Wirtschaftslenkungsmaßnahmen den einzelnen Molkereien bestimmte Stadteile in den Großstädten zugeteilt. Die Molkerei in Brackel war für die Versorgung von Hamburg-Wilhelmsburg „zuständig“.

Die Genossenschaft war eingetragen beim Amtsgericht Winsen unter Nr. 125. Sie wurde aufgelöst durch Beschluss der Generalversammlung vom 5.1.1972. Der Betrieb wurde am 1.7.1972 eingestellt und an die Molkerei Lüneburg verkauft. Die jährlich verarbeitete Milchmenge lag bei 7,3 Millionen Kilogramm. Als Spezialität galten neben Trinkmilch und Markenbutter auch Schlagsahne und Tilsiter Käse.³²

Meiereigenossenschaft Hoopte

Die Genossenschaft wurde am 23. März 1908 von 14 Milchbauern aus den Orten Hoopte, Laßrönne und Fliegenberg gegründet. Gleich nach ihrer Gründung schloss die Genossenschaft am 16.9.1908 einen Notariatsvertrag ab. Die Meierei-Genossenschaft Hoopte trat einem Vertrag bei, den der Centralverein der Milchproduzenten für Hamburg und Nachbarstädte e.V. bereits mit den Meierei-Genossenschaften zu Eidelstedt, Harburg, Langenhorn, Oldesloe und Wandsbek geschlossen hatte. Die Meierei verarbeitete zunächst nur die überschüssige Milch, die nicht als Trinkmilch nach Hamburg geliefert wurde. In der 1920er Jahren ruhte der Betrieb zeitweilig. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich die Molkerei nicht wesentlich vergrößern. Am 1. März 1968 fusionierte sie mit der Hansa-Meierei in Hamburg.³³

³² Lt. *Eigenwerbung der Molkerei im Harburger Kreiskalender 1958*, S. 137.

³³ *100 Jahre Milchkontrollverein Lüneburg-Winsen*, S. 94.

Molkereigenossenschaft Kirchgellersen und Umgegend

Die Molkerei Kirchgellersen wurde 1912 als privates Unternehmen errichtet und hatte bis zu ihrer Umwandlung in eine Genossenschaft 1928 zwei verschiedene Besitzer. Bei der Gründung der Genossenschaft hatten sich bereits 30 Milchlieferanten zusammengeschlossen. Nach Inkrafttreten des Ablieferungszwanges 1934 erhöhte sich die Zahl auf 200 Lieferanten, die in den drei Gellersen-Dörfern (Kirchgellersen, Westergellersen und Südergellersen), sowie in Heiligenthal, Oerzen und Wetzen ansässig waren.

Die Genossenschaft war eine der ersten Molkereien, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen wurden. Das Milchaufkommen war mit 3.000 bis 4.000 l pro Tag relativ niedrig, zudem boten die umliegenden Molkereien auf Grund der besseren Milchverwertung einen höheren Auszahlungspreis. Daher wurde der Betrieb auf Wunsch der Bauern und der Landesvereinigung für Milchwirtschaft in Hannover am 30.4.1953 stillgelegt. Seitdem belieferten die Landwirte die Molkereien in Salzhausen bzw. Lüneburg.³⁴

Molkereigenossenschaft „Hohe Geest“ Salzhausen

Am 10. Januar 1929 wurde die Milchverwertungsgenossenschaft „Hohe Geest“ in Salzhausen gegründet. Vorstandsvorsitzender wurde der Gutsbesitzer Kurt Jagau aus Garlstorf. Die Genossenschaft wurde umbenannt in „Molkereigenossenschaft Hohe Geest“. Am 17. August 1929 wurde der Grundstein zum neuen Molkereigebäude gelegt. Am 7. Januar 1930 lief der Betrieb mit einer Anlieferung von 4300 Litern Milch an. Die Genossenschaft entwickelte sich sehr günstig, 1953 erfolgte die Verschmelzung mit der Molkerei Kirchgellersen. 1958/60 wurde die Molkerei umgebaut und vergrößert. Die Kapazität lag kurz vor der Schließung 1972 bei 12 Millionen kg Milch pro Jahr. Doch ging die Milchviehhaltung in dieser Zeit zurück. Der Molkereibetrieb wurde an die Molkerei Stamer in Lüneburg verkauft und 1972 geschlossen. Das Grundstück und die Gebäude der Molkerei wurden unter anderem an eine Maschinenbaufirma verkauft.³⁵ Nach der Schließung gründeten die Milchbauern die „Milchlieferungsgenossenschaft Salzhausen“. Diese vermittelte die Milch an die Molkerei Lüneburg.

Molkerei Vastorf

Gründung und Bau des Betriebsgebäudes sind um 1919 zu verzeichnen. Das Einzugsgebiet war sehr klein, die entsprechende Milchmenge nicht sehr

³⁴ 100 Jahre Milchkontrollverein Lüneburg-Winsen, S. 95.

³⁵ GenoArchiv, Bestand MOA; Dampfkesselgenehmigung 1932 und Bauzeichnungen KrA-LkH, Signatur W-II-196; Bauakten über die Errichtung eines Neubaus der Molkerei (1929) mit Dampfkesselanlage und Schornstein im Bauaktenbestand Freilichtmuseum am Kiekeberg (FLMK), Signatur Salzhausen Nr. 557 und 558.

hoch. Der größte Teil der Milch wurde als Trinkmilch in die Stadt Lüneburg verkauft, der Rest zu Butter und Käse verarbeitet. Der Betrieb wurde 1938 auf Anordnung des Reichsnährstandes geschlossen, die Milch ging nun an die Molkerei Lüneburg.³⁶

Molkerei Bütlingen

Die Genossenschaft wurde 1910 gegründet. Die Zahl der Milchlieferanten und das Einzugsbiet dürfte sehr klein gewesen sein, da aus der Umgebung bis in die 1930er Jahre sehr viel Milch direkt nach Hamburg geliefert wurde. 1936/37 wurde der Betrieb stillgelegt.³⁷

Molkereigenossenschaft Bleckede

Die Genossenschaft ist die einzige Molkerei im Landkreis Lüneburg, die unter Förderung des Reichsnährstandes 1934/35 gegründet wurde. Das Einzugsgebiet wurde übergangslos von der privaten Molkerei Stamer, Bleckede, übernommen. 1954 hatte die Molkerei 430 Mitglieder. Zum 1. August 1963 fusionierten die Molkereigenossenschaften Bleckede und Dahlenburg. Die Betriebsstätte in Bleckede wurde stillgelegt.³⁸

Milchlieferungs- und Verwertungsgenossenschaften

Um die erzeugte Milch besser verwerten zu können, wurden in den Dörfern der Winsener Elbmarsch 1928 mehrere Milch-Tiefkühl- und Verwertungsgenossenschaften gegründet. Sie wurden jedoch nach einigen Jahren alle wieder aufgelöst.

Diese Milchverwertungsgenossenschaften konzentrierten sich vor 1930 auf den Alt-Kreis Winsen. In Drage, Drennhausen, Fahrenholz, Handorf, Laßrönne, Niedermarschacht, Oldershausen, Tönnhausen wurden teilweise Milchtiefkühleinrichtungen gebaut.³⁹ In Elbstorf folgte man 1930, die Milchlieferungsgenossenschaft in Brietlingen gründete sich erst 1935. Die Milchverwertungsgenossenschaften erfassten nur etwa 1% der Milchmenge im Regierungsbezirk Lüneburg.⁴⁰ Nach dem großen Molkereisterben der 1960er und 1970er Jahre gründeten sich erneut Liefergenossenschaften. Nach Auflösung der Molkereigenossenschaft Brackel gründeten deren Mitglieder, die noch Milch erzeugten, 1972 eine Erzeugergemeinschaft im Sinne von § 1 Ab-

36 100 Jahre Milchkontrollverein Lüneburg-Winsen, S. 96.

37 100 Jahre Milchkontrollverein Lüneburg-Winsen, S. 94.

38 100 Jahre Milchkontrollverein Lüneburg-Winsen, S. 92.

39 Zahlenangaben nach Thiele und zur Linden: Die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse der Molkereigenossenschaften im Reg.-Bezirk Lüneburg. Uelzen 1930, S. 47.

40 Zur Linden, S. 57.

satz 1 des Marktstrukturgesetzes als Milchlieferungsgenossenschaft Brackel. So konnte man gemeinsam mit den Groß-Milchverwertern wie Lünebest Lieferverträge aushandeln.⁴¹

In Salzhausen folgten die Milchbauern dieser Idee und 1977 auch die in Winsen. Diese Liefergenossenschaften existieren zum Teil noch heute.

Neben den hier dargestellten Molkereigenossenschaften gab es auch noch weitere private Molkereien, so in Jesteburg im Landkreis Harburg, sowie in Amelinghausen-Sottorf, Boltersen, Brietlingen und Drögenindorf (Käserei) im Landkreis Lüneburg.

Die privaten Molkereien hatten 1930 einen Anteil von etwa 23% der Milcherzeugung im Regierungsbezirk Lüneburg.

⁴¹ *GenoArchiv, Signatur MIBR. Die Originalunterlagen befinden sich im Gemeindearchiv Brackel.*

„Der Tilsiter und die Genossenschaften“

Als ich um einen Vortrag unter diesem Titel anlässlich der „5. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte“ gebeten wurde, erinnerte ich mich an meine lange gewünschte Reise nach Tilsit/Ostpreußen vor zwei Jahren. Für meine Mitreisenden war der „Tilsiter“ die Erinnerung an „alte Heimat“ oder an die Vorfahren als ehemalige Bürger dieser Stadt. Kaum jemand dachte dabei an den Käse. Für mich war der Tilsiter ausschließlich ein Käse und dabei noch der bekannteste Käse Norddeutschlands!

Ich bin nun davon ausgegangen, dass hier der „Tilsiter“ als Käse gemeint ist. Die Heimat des namentlichen „Tilsiter Käse“ ist durch eine Käserin begründet. Um 1840 wurde von Frau Emmi Westphal in Tilsit ein Käsetyp beschrieben, der sich wesentlich unter den gegebenen Bedingungen entwickelt hatte. Es gab damals noch keine Kühleinrichtungen, keine Laboratorien für Käse-reifebakterien und keine Pasteurisierung. Frau Westphal wusste wohl die natürlichen Voraussetzungen wie Klima, Milchbeschaffenheit und Reifebedingungen am besten zu nutzen. Denn offensichtlich ist ihr der Käse gut gelungen, und die Käserinnen auf den nachbarschaftlichen Höfen baten um ihre Rezeptur, die sich rasch verbreitete. So wurde der „Tilsiter Käse“ geboren, der weltweit als „German cheese“ mit der markanten „Tilsiter- oder Schlitzlochung“ bekannt ist. Führender Hersteller des klassischen Tilsiters ist derzeit wohl die genossenschaftliche Käserei Holtsee in der Nähe von Ekkernförde. Sie liegt wie die weiteren nennenswerten Tilsiter-Käsereien Sarzbüttel eG und die Privatkäserei Ostfeld an der „Käsestraße Schleswig-Holstein“.

Somit ist klargestellt, dass nachfolgend unter dem Begriff „Tilsiter“ immer der Käse gemeint ist. Er ist „der Käse des Nordens“, im maritimen Klimabereich entstanden, so wie im Süden der Schweizer oder Allgäuer Emmentaler und in Holland der Gouda oder Edamer und in Frankreich der Camembert, Brie oder Roquefortkäse.

Frau Westphal hatte ihre Käserei auf einem Meierhof. So wurde ein Bauerngehöft oder Gutshof genannt wo Milchwirtschaft betrieben wurde. Die Milchbe- und verarbeitung war Frauensache und erforderte viel Gefühl. Wie bei kaum einem anderen Lebensmittel hängt beim Käse die Eigenart, insbesondere der Geschmack aufs engste mit den landwirtschaftlichen Bedingungen zusammen. Mitte des 19. Jahrhunderts erkannten Wissenschaftler, dass dieses auch auf die unterschiedlichsten mikrobiologischen Gegebenheiten zurückzuführen ist. Gleichzeitig entwickelten sich mit der Pasteurisierung sowie mit der Erfindung der Zentrifuge und Dampfmaschine (Transmission) technische und technologische Veränderungen. Damit begann eine Zeit, in der das Käsen systematischer und wissenschaftlicher betrieben wurde. Aber es wurde auch mehr Kapital benötigt. In Schleswig-Holstein gab es diese beispielhafte Entwicklung:

Fortschrittliche Landwirte gründeten auf genossenschaftlicher Basis Mitte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts die ersten Sammelmeiereien, die oft aus den Gutsmeiereien bzw. Meierhöfen hervorgingen. Hinzu kamen die als „freie, rechtsfähige Meiereivereinigungen“ anerkannten Betriebe, bei denen sich das Stimmrecht schon damals nach der Kuhzahl richtete. Oft waren diese Zusammenschlüsse lediglich Milcherzeugergemeinschaften, die ihre Milchlieferungen geschlossen mit dem privaten Meiereibesitzer verhandelten. Andere Genossenschaften bauten den Betrieb und verpachteten diesen einschließlich der Milchlieferung zu ausgehandelten Bedingungen an private Betreiber.

Die erste Sammelmeierei in Schleswig-Holstein wurde bereits 1862 in Cismar errichtet. Die erste norddeutsche Genossenschaftsmeierei dürfte wohl 1865 von 10 Hofbesitzern auf der mecklenburgischen Insel Poel gegründet worden sein. Mit den 1874 gegründeten Genossenschaftsmeiereien in Voldewraa und in Boel-Schuby gewann in der deutschen Milchwirtschaft das Genossenschaftswesen rasch an Ausdehnung.

In den „Protokollen des Central-Ausschusses der Königlichen Landwirtschafts-Gesellschaft zu Celle“ sind Berichte über das „Molkereiwesen anno 1876“ enthalten. Im „Teil 1: Molkerei-Genossenschaften in Schleswig-Holstein“ wird von einem Herrn H.v.d. Hellen anhand eines Reiseberichtes die Situation um 1875 beschrieben. Als Mitglied einer offensichtlich niedersächsischen „Commission“ lautete der Auftrag, sich in Schleswig-Holstein „Kenntnis über die Errichtung von Molkerei-Genossenschaften und deren statutarische Bestimmungen“ zu verschaffen, sowie die Einrichtungen der Eis- und Wasser-Meiereien kennen zu lernen. Vorher war man in Dänemark und Schweden gewesen und hatte hier fortschrittliche Entwicklungen festgestellt. Daher war es wohl folgerichtig, sich insbesondere in der nachbarschaft-

lichen Landschaft Angeln umzusehen. Hier war der Umbruch von der hofeigenen Milchverarbeitung zu privat geführten Sammelmeiereien oder genossenschaftlichen Molkereien in vollem Gange. Interessant sind insbesondere die Bezahlungsmodalitäten für die Milch, da die Verwertung für die Milcherzeuger nicht mehr direkt beeinflussbar war.

Im kleinen Dorf Böhl gab es eine offensichtlich nicht registrierte Genossenschaft, die von 14 Besitzern mit ca. 100 Kühen gebildet wurde. Sie verpflichteten sich gegenüber dem privaten Meiereibesitzer Schmidt, „sämtliche Milch von ihren gehaltenen Kühen, nach Vorwegnahme ihres eigenen Bedarfs an frischer Milch, regelmäßig abends und morgens zur bestimmten Stunde zu liefern. Dieselben erhielten für 13 Liter Milch den Preis eines Pfundes Butter nach den höchsten Notierungen der Hamburger Börsenhalle vierteljährlich ausbezahlt. Außerdem war Herr Schmidt verpflichtet, auf Verlangen ausgerahmte Milch den Bauern für $\frac{1}{2}$ Sgr. (Silbergroschen) pro Liter zu überlassen.“

Im unweit von Böhl gelegenen Dorf Boeischuby „hatten Besitzer von 130 Kühen sich genossenschaftlich vereinigt und die nötigen Meiereigebäude nebst Schweineställen etc. erbaut sowie die Milchgerätschaft angeschafft. Der Meiereipächter, hier Holländer genannt, gab für die Milch denselben Preis wie Herr Schmidt in Böhl. Er musste aber das Anlagekapital von 5000 Thalern mit einem geringen Prozentsatz verzinsen. Dagegen bekam er von der Genossenschaft die nötige Streu für die Schweine geliefert, musste aber den Dung unentgeltlich zurückliefern.“

Die Entrahmung der Milch erfolgte noch in Milchsatten und durch Abschöpfen des Rahms. Der Rahm wurde verbuttert und aus der Magermilch Käse hergestellt. Dieser war fettarm, sehr fest und trocken und wurde wohl deshalb „Holsteiner Lederkäse“ genannt. Nach weiterer Technisierung und der Erwartung von einheitlich besseren Qualitäten wurde der Zwang zu größeren Produktionseinheiten größer. Herr H.v.d. Hellen kommt am Ende zu dem Ergebnis, „dass durch kleinere Grundbesitzer genossenschaftlich gebildete Molkereien unbedingt zu empfehlen sind, nicht nur weil durch die Verarbeitung der Milch einer größeren Anzahl von Kühen das Butterproduct ein besseres wird, sondern auch weil durch einen Meiereipächter, welcher seine Zeit ausschließlich diesem Fache widmet, mehr und bessere Butter erzielt werden kann und auch erzielt wird, als dieses von der Frau des einzelnen Viehhalters beim Arbeiten mit nicht genügend zweckmäßigen Kellern und Geräten erwartet werden darf. Außerdem wird aus dieser gemeinschaftlich verarbeiteten Milch in der Regel ein bedeutendes Mehr an Käse gewonnen, als solches durch die einzelnen Viehbesitzer geschieht, also eine unbedingte Mehreinnahme erzielt“.

Was die Käsebereitung anbetrifft, wird in dieser Schrift empfohlen, der Überproduktion des so genannten mageren Lederkäses vorzubeugen und die „intelligenteren Meierereibesitzer auf Bereitung anderer Käsesorten Bedacht zu nehmen haben, wenn der Ertrag aus diesem Zweige der Milchwirtschaft ein genügender und gesicherter bleiben soll.“ Somit dürfte der fettreichere Käse unter den gegebenen Bedingungen des maritimen Klimabereichs wohl vom mageren Holsteiner Lederkäse in Richtung des fettreicheren „Tilsiters“ gegangen sein. Trotzdem wurde zu diesem Zeitpunkt in Schleswig-Holstein immer nur von „Käse“ gesprochen. Obgleich es sich um einen geschütteten und nicht gepressten Käsebruch handelte und somit ein Tilsiter-Typ war, kam die Bezeichnung „Tilsiter Käse“ hier erst später.

Die Gründung größerer Molkereien wurde mit der Einführung der Entrahmung der Milch durch Zentrifugalkraft notwendig. Sehr förderlich wirkte das preußische Genossenschaftsgesetz von 1867, das mit Änderungen 1868 als Norddeutsches Bundesgesetz verkündet wurde, sowie später für Deutschland das Reichsgenossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889. Die Gründungswelle von Meiereigenossenschaften stellte eine Epoche dar, die etwa 50 Jahre dauerte. Im Jahre 1925 gab es in Schleswig-Holstein ungefähr 900 Meiereien. Davon waren 150 eingetragene Genossenschaften, 500 freie Vereinigungen und etwa 250 Privatbetriebe.

Am 2. November 1889 beschloss der Ostholsteinische Meiereiverband, eigene Butterversteigerungen einzurichten. Die erste, nun nicht mehr ausschließlich von Butterhändlern ausgerichtete Butterauktion fand am 12. Dezember 1889 in Hamburg im Keller des Hauses Höxter 7 statt. Das war die Geburtsstunde der Butter- und Eierzentrale Nordmark, später Meiereizentrale Nordmark, aus der 1992 die heutige Gut von Holstein GmbH stammt. Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein stellte 1923 einen „Käseinstruktor“ ein. 1926 schlossen sich Käsereien aus Angeln und Schwansen zur „Käseverwertung Schleswig-Holsteinischer Meiereien e.G.m.b.H.“ zusammen. Diese unterhielt zwei Reifungslager und ersparte damit den Mitgliedern den Bau eigener Käsereifekeller. Der Käse, vornehmlich „Tilsiter“, wurde frisch nach dem Salzen übernommen, zentral fertig gelagert und in Kommission für die Mitglieder verkauft. Im Jahre 1949 gründeten 14 Meiereien die „Käselagerungs-Genossenschaft Dithmarschen“. Damit begannen die wohl erfolgreichsten Jahre für den naturgereiften, d.h. mit natürlicher Käserinde im Keller gereiften „Tilsiter“.

Mit fortschreitender Industrialisierung der Milchverarbeitung kam die aufwändige Tilsiter-Produktion ins Stocken. Zunehmend wurde und wird den Verbrauchern der kostengünstigere foliengereifte „Schnittkäse mit Einheits-

geschmack“ angeboten. Dennoch bleiben den Liebhabern von vollmundig-aromatischen Käsesorten mit den jetzt wieder aktivierten Hofkäsereien ausreichend Alternativen. Der Tilsiter und ähnliche typische Käse sind Meilensteine der „KäseStraße Schleswig-Holstein“, deren Idee 1998 unter Mitwirkung von SlowFood Hamburg und Lübeck auf dem 1. Norddeutschen Käsemarkt im Freilichtmuseum am Kiekeberg, also auf niedersächsischem Boden, geboren wurde - eine tolle norddeutsche Gemeinschaftsleistung mit einem emotionalen Hintergrund.

Emotionen wirken sich auf das geschmackliche Empfinden und auf das Einkaufsverhalten der Verbraucher aus. Im Gegensatz zu dem „kühlen Norden“ nutzen die südlichen Länder die Gefühlslage ihrer potentiellen Kunden. Die Schweizer z.B. behaupten, dass der Tilsiterkäse von einem ihrer Vorfahren 1893 in Tilsit erstmalig produziert, die Rezeptur zurück in die Schweiz gebracht wurde und der Tilsiter Käse nun ein Schweizer Käse sei. Da er jedoch atypische runde Löcher hat, nennen sie ihn geschickt „Original Switzerland Tilsiter“. Da Tilsit in Ostpreußen nach dem 2. Weltkrieg russisch geworden ist und jetzt Sowjetsk heißt, nutzt man diese „Gunst“, um nunmehr einen Ortsteil der Gemeinde Bisseg im Kanton Thurgau, wo sich eine Switzerland Tilsiter-Käserei befindet, in „Tilsit“ umzubenennen. Jährlich feiert man am Schweizer Nationalfeiertag am 1. August unter großer öffentlicher Anteilnahme den Geburtstag und verkündet: Tilsit liegt jetzt in der Schweiz!

Leider sind unsere milchwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände so groß geworden, dass sie für diese Entwicklungen wenig Gespür haben. Deshalb ist es dem Verein KäseStraße Schleswig-Holstein e.V. mit den genossenschaftlichen Käserein Holtsee und Sarzbüttel sowie der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein zu verdanken, dass zumindest ein Antrag auf den geographischen Schutz für den „Holsteiner Tilsiter“, der dem ostpreußischen Tilsiter nach der Beschreibung von Frau Westphal hinsichtlich Geschmack und der Form der Käselochung am nächsten kommen dürfte, auf den Weg gebracht wurde.

„Gott schütze und behüte Salzhausens Krankenhaus!“

Das genossenschaftliche Krankenhaus Salzhausen¹

Von Sanitätsrat Meinberg ging die Initiative aus. Als in Salzhausen auf der ‚Hohen Geest‘ in der Nordheide ansässiger Landarzt hatte er nicht nur seine Heimatgemeinde, sondern auch zahlreiche Dörfer in der Umgebung zu versorgen. Auch wenn er der erste war, der in Salzhausen ein eigenes Auto hatte, überstieg dies seine Kräfte. So mietete er ab 1. Oktober 1897 im Hause des Barbiers Christoph Mestmacher drei Zimmer und richtete mit drei geliehenen Betten eine Krankenstation ein, um sich nun täglich um die Schwerkranken kümmern zu können. Die Pflege übernahm die Frau des Barbiers, die sich jedoch nach einigen Jahren bei Typhus-Patienten ansteckte und als Opfer ihres Berufes starb.²

Schon bald merkte Meinberg, dass selbst ein kleines Krankenhaus wie dieses seine Möglichkeiten überstieg. Daher wandte er sich an seinen Freund, den Pastor Bode aus Egestorf, der als Genossenschaftskenner weithin bekannt war. Dieser riet ihm, einen gemeinnützigen Krankenpflegeverein zu gründen, also eine Genossenschaft.

Am 13. Juni 1898 war es soweit, dass im Rütterschen Gasthof der ‚Krankenpflegeverein zu Salzhausen‘ gegründet werden konnte. Nach einem Jahr zählte der Verein bereits 36 Mitglieder, darunter sieben Gemeinden: Salzhausen, Eyendorf, Luhmühlen, Putensen, Oelstorf, Garlstorf und Egestorf. Ein Drittel der Mitglieder waren Bauern, im Übrigen überwiegend Handwerker und Gewerbetreibende.³

¹ Diese Darstellung beruht außer auf mündlichen Berichten und eigenen Erfahrungen des Autors als Mitglied der Genossenschaft und Patient des Krankenhauses auf der Chronik des Krankenhauses „100 Jahre Krankenhaus Salzhausen“, Chronik 1897 – 1947 von Kantor H. Schulz, Chronik 1947 – 1997 von Hermann Diek, Salzhausen 1997 und auf der Darstellung in der Magisterarbeit von Marcel Müller, *Dörfliche Modernisierung und Genossenschaftswesen in der Lüneburger Heide*, Hannover 2008.

² Chronik S. 15; Müller, S. 88 ff.

³ Müller, S. 83 ff.

Durch Hinzunahme des Dachgeschosses im Mestmacherschen Hause konnte die Zahl der Betten auf 12 erhöht werden, um der Nachfrage gerecht zu werden. Aber auch das Dutzend Betten im Haus des Barbiers erwies sich bald als viel zu kleines Provisorium. Für den Krankenpflegeverein ergab sich der glückliche Umstand, dass das 1857 erbaute königliche Amtshaus von den staatlichen Einrichtungen, u.a. der Polizei, nicht richtig genutzt werden konnte, weil es zu groß war. Nach zähen Verhandlungen des Vorstandes des Krankenpflegevereins wurde das repräsentative Gebäude, das noch heute als Hauptgebäude dient, für 10.000 Mark dem Verein überlassen. Nach den erforderlichen Umbauten konnte das neue Krankenhaus am 1. Oktober 1907 den Betrieb aufnehmen.⁴

Das Geld war beim Krankenpflegeverein eigentlich immer knapp. Aber immer fanden sich Spender, die die Lücken füllten, und nicht selten auch alte Leute, die aus Dankbarkeit für die gute Pflege das Krankenhaus in ihrem Testament bedachten. Und es war eine gute Sitte, dass die Bauern, vor allem zur Zeit des Erntedankfestes, mit ihren Gespannen vorfuhren und dem Krankenhaus den Keller mit Obst und Gemüse und anderen Sachspenden füllten.⁵

Einen tiefen Einschnitt brachte der Erste Weltkrieg. Zwölf Betten wurden Verwundeten von der Front vorbehalten. Im Schützenhaus war ein Lazarett eingerichtet worden, das vom Krankenhaus mit betreut werden musste. Im Krankenhaus wurde es eng, so dass die Tuberkulosekranken nicht mehr streng abgeschieden werden konnten, und Geschlechtskranke gänzlich abgewiesen wurden. Dass das Krankenhaus die Kriegsjahre überstanden hat, ist nur der außerordentlichen Spendenfreudigkeit der Bevölkerung zu verdanken, und dies trotz der immer drückender werdenden Umstände.⁶

Die nächste große Herausforderung kam mit der Inflation 1920 bis 1923.⁷ Wegen wachsender Defizite musste der Vorstand der Generalversammlung 1920 die Frage vorlegen, „ob der Betrieb des Krankenhauses aufrecht erhalten oder eingestellt werden soll“. Schließlich gab es genügend Spenden und Zuwendungen von den Mitgliedsgemeinden, um weiterzumachen. Völlig verrückt wurde die Situation 1923, als die Pflegesätze astronomische Höhen erreichten und doch die Kosten nicht decken konnten.

⁴ *Chronik S. 19 ff., Müller S. 90 ff.*

⁵ *Chronik S. 21 f.*

⁶ *ebd. S. 27 ff.*

⁷ *ebd. S. 29 ff.*

Die Pflegesätze zweiter Klasse betragen pro Tag ab

1.1.1923	1.500	RM
1.5.1923	14.000	RM
6.7.1923	35.000	RM
25.7.1923	70.000	RM
1.8.1923	120.000	RM
1.9.1923	4 Mio.	RM
8.9.1923	20 Mio.	RM ⁸

Gerade nun, als das Geld nichts mehr wert war, waren es vor allem die Lebensmittelpenden der Bauern, die dem Krankenhaus halfen, die wilde Zeit zu überstehen.

Salzhausen liegt nur 30 km von Hamburg entfernt. Es war schaurig anzusehen, wie die große Stadt im Juli 1943 im Feuersturm unterging. Kurze Zeit später kamen die ersten Überlebenden nach Salzhausen, nicht wenige mit Brandwunden und anderen Verletzungen aus dem Bombenhagel, die im Krankenhaus behandelt werden mussten.⁹

Am Ende des Krieges kamen die Flüchtlinge in großen Trecks, viele von ihnen in erbärmlichem Gesundheitszustand. Und wieder wurde es eng im Krankenhaus. Viele der Flüchtlinge blieben auf Dauer in der Gegend. So stieg die Einwohnerzahl in Salzhausen wie auch in den umliegenden Dörfern und mit ihr die Zahl der vom Krankenhaus zu versorgenden Menschen.¹⁰ 1946 wurde zur Unterstützung des Chefarztes Dr. Schäfer als Assistenzarzt eingestellt. Er infizierte sich mit Diphtherie und wurde nach wenigen Monaten der Tätigkeit ein Opfer seines Berufes,¹¹ das zweite nach der Krankenpflegerin Frau Mestmacher.

Durch mehrere Anbauten war das Krankenhaus vergrößert worden und verfügte nun über 60 Betten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren fast immer schwierig, aber das war nichts Neues für die, die sich – überwiegend ehrenamtlich – die Verantwortung für das Geld und das Funktionieren des Krankenhauses aufgeladen hatten. Sie wussten, dass sie sich in kritischen Situationen immer auf die Spendenfreude der Menschen auf der Hohen Geest verlassen konnten.

Der für die regelmäßige Prüfung der Genossenschaft zuständige Prüfungsverband sah das jedoch nicht so. Er hielt das Unternehmen in dieser Form

⁸ *ebd.* S. 30.

⁹ *ebd.* S. 38 ff.

¹⁰ *ebd.* S. 38 ff., 60 f.

¹¹ *ebd.* S. 43.

nicht für überlebensfähig und forderte dringend, nach einem anderen Träger zu suchen. Aber er biss bei den Gremien und den Mitgliedern auf Granit. Sie wollten nicht abhängig werden von einer fernen Kreisverwaltung oder einem noch fernerem Landesministerium, sondern selbst über ihre Krankenversorgung bestimmen.¹² Der Genossenschaftsvorstand schrieb an den Raiffeisenverband Hannover: *„Weiterhin wird von Ihnen – wie schon in vorhergehenden Prüfungsberichten – zum Ausdruck gebracht, dass Sie eine Weiterführung des Krankenhausbetriebes in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft nicht billigen, also eine Auflösung der Genossenschaft anstreben. Diese Ihre Bestrebung wird von unseren Verwaltungsorganen mit Betrübnis und großer Sorge beobachtet.“*¹³

Kritisch wurde es jedoch, als die niedersächsische Landesregierung 1974 beschloss, die kleine Salzhäuser Klinik aus dem Krankenhausbedarfsplan herauszunehmen,¹⁴ was eine schmerzhafteste Kürzung der öffentlichen Zuschüsse bedeutete. Die Antwort war nicht Resignation sondern ein trotziges *„Jetzt erst recht!“*. Es wurden zahlreiche neue Genossen geworben. Und wieder waren es Spenden, die die Existenz sicherten. In der Spendenaktion 1976 kamen allein 126.000 DM herein.¹⁵ Bis heute ist die Zahl der Genossenschaftsmitglieder auf über 1.100 gestiegen, aber es müssten noch entschieden mehr werden. Zu den wichtigen Spendern gehören die Werbegemeinschaft Salzhäuser, die Gemeinden des Versorgungsbereichs und die Volks- und Raiffeisenbanken sowie die regionalen Sparkassen.

Erheblicher Aufwand wurde betrieben, um das Haus attraktiv zu erhalten. 1995 wurde das Haus von Grund auf renoviert, was bei dem 150 Jahre alten Haupthaus großen Anstrengungen bedurfte. Inzwischen hatte aber die niedersächsische Landesregierung eingesehen, dass das kleine 80-Betten-Krankenhaus in der Nordheide hocheffektiv arbeitete und dass es eine Verschlechterung der Versorgung ohne nennenswerte Kosteneinsparung bedeutet hätte, würde man die Schließung zugunsten der großen Nachbarkrankenhäuser erzwingen. Und so wurde Salzhäuser 1980 wieder in den Krankenhausbedarfsplan aufgenommen und – mit einigen Einschränkungen – gefördert wie andere Krankenhäuser auch.¹⁶

Eine Kernkompetenz liegt im Bereich der Inneren Medizin und der Chirurgie. Die technische Ausstattung braucht einen Vergleich mit großen Krankenhäusern nicht zu scheuen. Der Stolz des Hauses ist ein Computertomograf. Die besondere Kompetenz der Chirurgie liegt im Bereich der Schulter.

¹² *ebd.*

¹³ *ebd.* S. 72, *Schreiben vom 28.8.1967.*

¹⁴ *ebd.* S 74.

¹⁵ *ebd.* S. 75 ff.

¹⁶ *ebd.* S. 79.

Ab 1977 wurde als neuer Bereich die Urologie aufgebaut, die im Landkreis Harburg nicht angeboten wurde. Auf diesem Feld hat sich das Krankenhaus inzwischen einen Namen gemacht. Regelmäßig organisiert es einen Urologenkongress, der aus dem ganzen Bundesgebiet besucht wird.

Zuletzt kamen die Bereiche der Lungenheilkunde mit den Einrichtungen für die Lungenfunktionsprüfung und ein Schlaflabor hinzu. Das Krankenhaus kann nicht für jeden der genannten Schwerpunkte eigene angestellte Ärzte vorhalten, sondern arbeitet mit vielen niedergelassenen Ärzten in der Region zusammen. Das Krankenhaus stellt sich so dar als der Mittelpunkt eines hoch qualifizierten medizinischen Netzwerkes und damit vielleicht als ein Modell für Gegenden, in denen es heute an der medizinischen Versorgung hapert.

Zur Zeit wird ein 6 Mio. € teurer Erweiterungsbau realisiert, in dem Operationssäle, eine Notfallambulanz und Arztpraxen untergebracht werden sollen.

Der genossenschaftliche Charakter des Krankenhauses wird auch daran deutlich, dass man sich nicht darauf beschränkt, Kranke zu behandeln und gesund zu pflegen. Gerade bei der wachsenden Zahl älterer Menschen besteht der Bedarf an Betreuung über die stationäre Pflege hinaus. Aufgrund dessen hat die Genossenschaft das Senioren- und Pflegeheim Heidmarkhof eingerichtet, wo 32 alte Menschen in 20 Einzelzimmern und sechs Doppelzimmern leben. Denjenigen, die zuhause bleiben wollen aber tagsüber gern Gesellschaft und Hilfe hätten, wird in Maschensfeld Tagespflege angeboten. Die NutzerInnen werden mit einem eigenen Fahrdienst zuhause abgeholt und wieder zurückgebracht. Und schließlich organisiert das Krankenhaus seit 1996 einen häuslichen Pflegedienst für die Pflegebedürftigen, die (noch) nicht ins Heim wollen, ihre Wohnung aber nicht mehr regelmäßig verlassen können oder wollen.¹⁷ Rund um die Uhr wird den häuslichen Patienten ein Notrufsystem angeboten und wer nicht mehr selbst kochen kann, wird vom Krankenhaus mit Essen auf Rädern versorgt. Von den Mitgliedern, die noch gut laufen können, kommen viele gern ins Krankenhaus, um an den Vortragsveranstaltungen zu gesundheitlichen und gesundheitspolitischen Fragen teilzunehmen.

Es wird deutlich, dass der Krankenpflegeverein zu Salzhausen eG für die Menschen in seinem Betreuungsbereich ein umfassendes Dienstleistungsangebot entwickelt hat, wie man es bei kaum einem anderen Krankenhaus in Deutschland findet. Aber dieses Krankenhaus ist ja auch das einzige, das als Genossenschaft geführt wird.

¹⁷ *ebd.* S. 102 ff.

Nicht vergessen darf man, dass das Krankenhaus mit 180 Beschäftigten zu den leicht überschaubaren Einrichtungen gehört und keine ‚Gesundheitsmaschine‘ ist. Die Patienten und Nutzer spüren dies an der persönlichen und freundlichen Betreuung, die schon viele veranlasst hat, nach ihrem Krankenhausaufenthalt Mitglied der Genossenschaft zu werden oder zu spenden.

Das Krankenhaus ist seit seiner Gründung gemeinnützig. Das bedeutet, dass die Mitglieder für ihre Beteiligung an diesem Werk der Nächstenliebe keine besonderen Vorteile genießen, außer dem guten Gefühl, etwas Nützliches, etwas Wichtiges für die Mitmenschen in der engeren Heimat getan zu haben und dazu beigetragen zu haben, dass eine vor über 100 Jahren gestartete großartige Initiative eine gute Chance hat, auch in der Zukunft noch lange zu bestehen.

Die Zuneigung der Menschen von der Hohen Geest zu ihrem genossenschaftlichen Krankenhaus findet rührenden Ausdruck in dem Gedicht von Frau M.F.:¹⁸

An Salzhausen.

*Es lebt in jedem Menschen
Ein Unhold frech und keck.
Man weiß nicht, was er vorhat,
Man kennt nicht seinen Zweck.*

*Wen er erst in den Klauen,
Der hat gar große Not,
Er quält die armen Menschen,
Bis still sie sind und tot!*

*Ob Alte oder Junge,
Ob Meier, Hinz und Kunz,
Verzweifelt schrien alle:
„Hilft niemand, niemand uns?“*

*Will niemand uns erretten
Vom Blinddarm fürchterlich,
müssen wir alle sterben,
erbarmet keiner sich?“*

¹⁸ ebd. S. 55.

*Dann endlich kam ein Helfer,
Ein Retter in der Not.
Er sah die Angst der Leute
Und schwur dem Unhold Tod!*

*Mit Messer und Pinzette
Rückt er ihm auf den Leib,
Vorbei war Angst und Leiden,
Laut jubeln Mann und Weib!*

*Wer gestern noch gejammert,
War auch die Sorge groß,
Der Retter half uns immer,
Den Unhold wurd' man los!*

*Nur durft man lang nicht warten,
Nur hin zum Doktor schnell,
Dann war man auch gerettet,
Er half uns auf der Stell'.*

*Und in Salzhausen sang bald
Ein Loblied Jedermann:
„Es lebe unser Doktor,
Uns' Doktor Ehlermann!“*

*Und einer noch gedenk ich –
Der kleinen Schwesterschar,
Die voller Lieb' und Güte
Und Trost im Leiden war.*

*Mit lieben, linden Händen,
So wehrten sie dem Schmerz,
Man lag so still geborgen,
wie einst am Mutterherz.*

*Drum segne Euch Gott, ihr Lieben,
Ihr Helfer drinn' und drauß',
Gott schütze und behüte
„Salzhausens Krankenhaus!“*

Ländliche Genossenschaften in Lateinamerika

Zum Beispiel Café Libertads Kaffee-Genossenschaften

[Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Kaffeepause mit unserem Kaffee für den täglichen Aufstand!]

Genossenschaften sind historisch gesehen auch Notwehr- und Selbsthilfe-Organisationen gegen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse¹ und sind und sie waren gleichzeitig eine Perspektive für eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft. Hier ein schönes Karl Marx-Zitat, das dies belegt und auf welches die politischen sozialistisch-kommunistischen Parteien heute keinen Bezug mehr nehmen:

„Wir anerkennen die Kooperationsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, die auf Klassengegensätzen beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, dass das bestehende despotische und Armut hervorbringende System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital verdrängt werden kann durch das republikanische und segensreiche System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“²

Für Marx war die Produktiv-Genossenschaftsbewegung also eine weitere ‚Schule des Sozialismus‘, gleichberechtigt neben den Gewerkschaften, die er als „unumgänglich für den täglichen Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit“³ ansah. Da die ‚Schulen des Sozialismus‘ ja als Kampforganisationen gegen den Kapitalismus längst auf dem Misthaufen der sozialdemokratischen Geschichte gelandet sind, freut es umso mehr, wenn hier in diesem Rahmen über ländliche Genossenschaftsmodelle und -ideen diskutiert werden soll.

¹ Robert Owen gilt als Begründer der modernen Genossenschaftsbewegung. 1799 begann er in seiner Baumwollspinnerei in New Lanark (Schottland) ein Experiment für menschenwürdigere Arbeits- und Lebensbedingungen. Dadurch entstand die erste eigenständige Arbeiter-Genossenschaft 1844 von 28 Arbeitern der dortigen Baumwollspinnereien gegründet. Die Rochdale Equitable Pioneers Society war eine Einkaufsgenossenschaft und sollte dadurch niedrigere Lebensmittelpreise ermöglichen

² Karl Marx, Forderungen der IAA, MEW 16, 195

³ Karl Marx, 1866, „Genfer Resolution“

Als Anarchosyndikalist bin ich davon überzeugt, dass eine grundlegende soziale Veränderung nur durch die vollständige Überwindung der kapitalistischen wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen kann. Für den rein politischen Kampf haben wir keine Zeit, er kostet zu viel Energien und beschränkt einen mehr oder weniger auf den parlamentarischen Kampf. Da wir eine Überwindung des Kapitalismus wollen, muss dieser an seiner Wurzel zerstört werden und kann nicht durch eine andere Politik im Kapitalismus niedergedrungen werden.

Nun, die Genossenschaften, von denen wir als Cafe Libertad in Lateinamerika Kaffee beziehen, sind ebenfalls ländliche Notwehr-Gemeinschaften gegen Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Ausgrenzung und kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung. Als genossenschaftlich organisiertes Kollektiv ohne Chef importieren wir von drei zapatistischen Kaffee-Genossenschaften aus dem süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas sowie einer aus Costa Rica und einer von Frauen organisierten und geleiteten Genossenschaft in Honduras. Außerdem importieren wir mit anderen Kollektiven T-Shirts aus Baumwolle von einer Frauenkooperative aus Nicaragua.

Der Widerstand der zapatistischen Genossenschaften, die hauptsächlich Rohkaffee –aber nicht nur– produzieren und vermarkten, liegt im Aufbau ihrer Autonomie gegenüber staatlichen Regierungsstellen und Behörden. Die Geburtsstunde der zapatistischen Genossenschaften geht ursächlich auf den Aufstand der indigenen Befreiungsbewegung der EZLN am 1. Januar 1994 zurück, als fast ein Drittel des Bundesstaates Chiapas von einem bewaffneten Heer erobert wurde. Bis in San Cristobal de Las Casas standen die mit wenigen Gewehren, dafür aber mit Macheten und Schlagstöcken bewaffneten Angehörigen und Anhänger dieser Bewegung, die sich ideologisch aus Befreiungstheologie, indigenen Traditionen und maoistisch-sozialistischen Linien über Jahre im Untergrund formiert hatte.

Zapatistische Genossenschaften, Chiapas/Mexiko

Seit elf Jahren importieren wir bio-zertifizierten Rohkaffee von vier Genossenschaften, die sich der zapatistischen Aufstandsbewegung zugehörig fühlen: Mut Vitz (1999-2007), Yachil Xojobal Chulchan (seit 2004), Yochin Tayel Kinal (seit 2005) und Ssit Lequil Lum (seit 2007).

Die erfolgreichste und erste zapatistische Kaffeegenossenschaft war Mut Vitz („Berg der Vögel“) – von der wir bis zu vier Container Kaffee von ihrer Gesamtproduktionsmenge von 10,5 Container à 17,25 Tonnen bezogen haben

[aktueller Importwert eines Containers Bio-Rohkaffees: knapp 70.000 Euro, für nichtzertifizierten Kaffee: 45.000 €]. Mut Vitz wurde leider durch den mexikanischen Staat bzw. das Finanzamt aufgelöst, weil angeblich Inlands-Umsatzsteuern nicht bezahlt wurden. Tatsache war, dass die Exporte durch den Steuerberater der Kooperative fälschlich als Inlandsumsätze gemeldet wurden – und dieser Fehler konnte nicht ausgegült werden bzw. der verantwortliche Genossenschaftsvorstand konnte das Problem nicht rechtzeitig durch Verhandlungen mit dem Finanzamt klären. Das lag sicherlich auch an der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Zapatisten, die jegliche Kontakte mit dem mexikanischen Staat bzw. dem bundesstaatlichen Finanzministerium ablehnten. Auch wurden die angebotenen Vermittlungsbemühungen unsererseits und das Hilfsangebot durch den DRGV in Mexiko von der Kooperative abgelehnt. Das führte dazu, dass die einzelnen Mitglieder heute ihren hervorragenden Biokaffee wieder über die altbekannten Kanäle vermarkten – sie verkaufen ihn direkt an der Haustür an die lokalen Zwischenhändler, die Kojoten, die natürlich keinen Bio- und schon gar keinen solidarischen Preis bezahlen.

Ein Problem ist auch die unterschiedliche Genossenschaftsrechtsform, die mal als Gesellschaften der Sozialen Solidarität (S. de S.S.) organisiert sind – oder eben als haftungsrechtlich beschränkte Genossenschaften (S.C. de R.L. - Sociedad Cooperativa de Responsabilidad Limitada).

Yochin Tayel Kinal hatte 379 Mitglieder, aktuell sind es nur noch 290 mit einer Kaffeeanbaufläche von 196 ha.

Yachil Xojobal hat 606 (davon 32 Frauen) Mitglieder in 52 Gemeinden und eine Kaffee-Anbaufläche von 616 ha. Es gibt insgesamt 15 Delegierte aus den Bezirken. Vor drei Jahren hatte Yachil noch 1.500 Mitglieder, viele haben die zapatistische Bewegung und damit auch die Kooperative verlassen.

Zahlungen an die Mitglieder

Vor Beginn der Kaffee-Annahme („acopio“) wird auf einer Generalversammlung von den Delegierten der Bezirke, die Schätzung über die zu erwartende Ernte zusammengetragen und festgelegt, welchen Anteil die Mitglieder bekommen sollen. Nach der Übergabe des manuell gesäuberten Rohkaffees an die Kooperative bekommen die Mitglieder den Hauptteil ihres Verkaufspreises. Während der Ernte 2008/09 wurden 25 Pesos pro Kilo bezahlt. Nach der Endabrechnung, wenn alle Zahlungseingänge da sind und alle Kosten gezahlt wurden, legt die Delegiertenversammlung fest, wie viel als Rücklagen einbehalten werden soll und anschließend wird die Höhe der Restzahlung

bestimmt. Im letzten Jahr waren es 8 Pesos je Kilogramm. Insgesamt zahlte die Genossenschaft ihren Mitgliedern also 33 Pesos, während die Zwischenhändler nur 26 Pesos zahlten [33 MXN sind derzeit 1,95 €, 26 Pesos nur 1,52 € pro kg Rohkaffee].

Ssit Lequil Lum (Tzeltal: „Frucht der guten Erde“) hat 409 Mitglieder. 2007 kaufte Café Libertad einen ersten Container bei ihnen – 2010 werden bereits jeweils ein Container an Progetto Tatawelo, Italien, an Intercambios Solidarios (Paris) und nach Hamburg exportiert.

Radiergummis

Um sich eine konkretere Vorstellung von den Bedingungen auf dem Lande in indigenen Gegenden zu machen, muss Mensch sich vor Augen halten, dass auf Kaffeeplantagen zu Hungerlöhnen (der staatlich festgelegte Mindestlohn liegt bei 10-12 Pesos pro Tag = 58-70 Cent!) von Sonnenauf- bis -untergang gearbeitet wird. Es gilt dabei ein Akkordsystem, denn es wird pro gepflückten Korb Kaffeekirschen entlohnt.

Auch bei zapatistische Kaffeegenossenschaften gibt es unterschiedliche Erntesysteme: während die eine Coop es zulässt, dass Familien mit einem größeren Stück Land Erntehelfer anheuern, regeln andere dies kollektiv durch gegenseitige Hilfe oder schlicht mit dem Verbot von zugekaufter Landarbeit. Alle Aufgaben innerhalb der Genossenschaften sind ehrenamtliche „Cargos“ (Ämter = Belastung), die die für zwei Jahre gewählten Mitglieder unentgeltlich zu erledigen haben. Das betrifft die Vorstandsmitglieder, die technischen Assistenten der Bio-Kontrolle, die internen Inspektoren sowie die Delegierten. Dass die Exportaufgaben, die einzelne Vorstandsmitglieder während der Erntezeit (Vorverträge abschließen, Zahlungseingänge überprüfen) dazu führen, dass sie in der eigenen Kaffee-Ernte fehlen, ist offensichtlich.

Passend zu dieser doppelten Belastung durch die Genossenschaftsarbeit ist auch die Bezeichnung „Radiergummis“ für diejenigen, die diese Papierarbeit machen. Für die Bauern ist das keine Arbeit. In dieser Geringschätzung der bürokratischen Verpflichtungen entstehen sicherlich viele Missverständnisse – ebenso aus der Tatsache, dass ein Bauer in Chiapas natürlich nicht verstehen kann, das in Hamburg eine Tasse Kaffee im Restaurant (das sind ca. 6 Gramm gerösteter und gemahlener Kaffee) soviel kostet, wie er für ein Kilogramm Rohkaffee über seine Genossenschaft Erlösen kann. Leider funktioniert diese Welt noch nicht ohne uns Radiergummis ...

Als Café Libertad Kollektiv besuchen wir seit dem Jahr 2000 die Genossenschaften und auch die zapatistischen autonomen Institutionen, die Guten Re-

gierungen in den Bezirken mit Kaffeekooperativen. Die Kommunikation halten wir per E-Mail und telefonisch konstant aufrecht, wobei sich diese meistens nur um geschäftliche Dinge handelt. Längere Diskussionen müssen vor Ort geführt werden – im Kreise der Vorstände oder großer Versammlungen mit den lokalen Delegierten der beteiligten zapatistischen Gemeinschaften.

Kaffeekooperative ComuCap, Honduras

Die Koordination Ländlicher Frauen von La Paz - COMUCAP wurde 1993 gegründet, um den Frauen eigene finanzielle Möglichkeiten für sich und ihre Familien zu erschließen. COMUCAP hat derzeit 254 Mitglieder und besteht aus 16 Frauengruppen in den vier Kleinstädten um das Provinzstädtchen Marcala herum, im Landkreis La Paz. Sie durchbrechen mit ihren Produktivgenossenschaften für Aloe Vera, Soja und Kaffee die traditionelle ökonomische Abhängigkeit von ihrem Mann, in dem sie eigenes Land bewirtschaften. Neben technischer Hilfestellung im landwirtschaftlichen Bioanbau gibt es eine eigene Radiosendung, Workshops und Hilfen beim Landkauf. Alle Kinder der COMUCAP-Frauen besuchen mittlerweile die Schule, eine wirkliche Ausnahme im ländlichen Honduras.

Aus der Erkenntnis heraus, dass Armut und Abhängigkeit nur mit einer eigenständigen ökonomischen Basis überwunden werden können, besteht das Hauptanliegen in der individuellen Unabhängigkeit. Die Koordinatorin von COMUCAP erklärte: „Und dann haben wir den ersten Hektar Land gekauft ...“ – und betont, dass auch heute noch die politischen Prioritäten von „damals“ gelten: zuerst die Verteidigung der Frauenrechte, dann – der politischen Arbeit zugeordnet – der Anbau und die Vermarktung biologisch angebauter Produkte. 75 Produzentinnen bauen auf 113 ha insgesamt ca. 123 Tonnen Rohkaffee an. Dass der Kaffee unter den Bioprodukten von COMUCAP eine zentrale Rolle einnimmt, liegt daran, dass Marcala zu den besten Kaffeeregionen von Honduras gehört. Der Biokaffee wird auf den eigenen Parzellen und einem Gelände in Kollektivbesitz angebaut, das die Frauen mit internationaler Unterstützung erwerben konnten: 40 Frauen sind hier beschäftigt. Die Gewinne aus dem Fairen Kaffee-Handel kommen allen Mitgliedern von COMUCAP zugute.

Ganz wichtig ist aktuell auch die Tatsache, dass selbst Genossenschaften, die sich aus rein ökonomischen Beweggründen wie COMUCAP gegründet haben, bei einer extremen politischen Situation – hier: Putsch in Honduras durch rechtsextreme Politiker, sich ihre Lage urplötzlich verändert. Aus einer emanzipatorischen Genossenschaft wird so möglicherweise ein politischer Gegner des Putschregimes ... mit all seinen Konsequenzen.

Bei einer Protestaktion am 31.7.2009 wurden u.a. vier Frauen der Genossenschaft festgenommen (insgesamt 116). Sie waren Tränengas ausgesetzt, wurden geschlagen und ins Gefängnis gebracht. Aufgrund der Intervention des Komitees der Verhafteten und Verschwundenen kamen sie aber schon nach 12 Stunden wieder frei.

Dass die Aktivitäten der Frauenkooperative durch ihre Auslandsreisen mit Vorträgen auch den Argwohn der Putsch-Regierung auf den Plan ruft, erleben wir gerade durch den dubiosen Kontaktaufnahme-Versuch durch die Botschaft und das Hamburger Konsulat von Honduras; die Vermutung der Ausspionierung der UnterstützerInnen der widerständigen Kaffeeproduzentinnen liegt hier mehr als nahe ...

Kaffeekooperative CoopeAgri und Longo Mai, Costa Rica

Die Zusammenarbeit der französisch-österreichischen Flüchtlingsinitiative Longo Mai mit NicaraguanerInnen, die auf der Flucht vor den Massakern der Somoza-Diktatur im Bürgerkrieg 1979 waren, ergab sich, weil wir als CLK nicht genügend zapatistischen Kaffee bekommen konnten, um alle unsere KundInnen zu beliefern (wir hatten bereits nach wenigen Jahren ein sogenanntes „Luxus“-Problem). Die Idee der europäischen Kooperative Longo Mai war und ist, den Flüchtlingen das Land zur Verfügung zu stellen und ihnen dadurch ein selbständiges Leben zu ermöglichen. In dem Bericht über die Kaffee-Ernte 2009/10 lesen wir: Zwölf Produzenten haben ihren Kaffee angeliefert und sie haben ca. 10% mehr für den Kaffee bekommen als ihnen die lokalen Kaffeebetriebe ausbezahlt hätten. 3.500 kg Rohkaffee wurden nach Hamburg exportiert. Große Umstände und auch finanziellen Aufwand verursacht die Messung des Feuchtigkeitsgehaltes des Kaffees. Dieser muss ziemlich exakt bei 12 % liegen, sonst leidet die Qualität. Zu den Spitzenzeiten der Ernte musste fast täglich ein Muster zu Coopeagri in 35 km Entfernung gebracht werden, was einen halben Tag in Anspruch nimmt. Cafe Libertad hat nun so ein Feuchtigkeitsmessgerät für ca. 1.500 US-Dollar gespendet.

Da auch die Finca Sonador von Longo Mai nicht genügend Rohkaffee anbieten konnte, kam es zur Zusammenarbeit mit einer der ältesten Genossenschaften im armee- und bürgerkriegsfreien Costa Rica, der CoopeAgri, und wir importieren so insgesamt jedes Jahr einen Container.

Frauenkooperative Nueva Vida, Nicaragua

Entstanden nach dem Hurrican „Mitch“ vor 12 Jahren (1998) begannen hier mehrheitlich Frauen, ihr Über-Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Um

aus der Obdach- und Arbeitslosigkeit herauszukommen, entschlossen sie sich, T-Shirts aus Bio-Baumwolle zu nähen. Sie bauten sich im übertragenen Sinne ihren eigenen SweatShop, ihre eigene Schwitzbude. Sie kauften sich Nähmaschinen und Baumwolle von benachbarten Bauern und fingen an, Unterhemden zu schneiden. Ermöglicht hat dies eine Anschubfinanzierung durch die Non-profit-Organisation Center for Development in Central America (CDCA) aus den USA.

In der Nähe der Hauptstadt Managua entstand so die selbstverwaltete Nähereikooperative, die Cooperativa Maquiladora Mujeres de Nueva Vida Internacional. Gebäude und Maschinen sind Eigentum der Arbeiterinnen, die sich selbst als „owner-workers“ (Arbeiter-Besitzerinnen) bezeichnen. Aktuell beschäftigt die Kooperative bereits 49 Arbeiterinnen in Vollzeit, kauft das Rohmaterial selbst ein und plant die Erweiterung durch eine Spinnerei. Alle Entscheidungen werden auf dem monatlichen Plenum, bei dem jedes Mitglied der Kooperative gleichberechtigt eine Stimme hat, getroffen. Gefasste Entscheidungen werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Neue Genossinnen müssen nach spätestens drei Monaten verpflichtend Mitglied der Kooperative werden, um ein Arbeiterinnen-Arbeitgeber-Verhältnis dauerhaft zu verhindern. Über eine Aufnahme in die Kooperative entscheidet nach einer Probezeit mit Ausbildung das Plenum.

Die Kooperative haftet für ihre Produktion mit vollem Risiko. Sie sichert sich selbst durch einen Ausfallfonds ab, der durch ein einmaliges Darlehen aller Arbeiterinnen und teilweise aus den Gewinnen gespeist wird. Weiterhin besteht für die Kooperative die Möglichkeit, einen neuerlichen Kredit zu erhalten. Gewinne werden teilweise auf ein festgelegtes Fondssystem (Ausfallfonds, Bildungsfonds, Investitionsfonds,...) verteilt, über 50% der Gewinne entscheidet jedoch das Plenum selbstständig.

Die Kooperative orientiert sich hier an den Prinzipien der International Fair Trade Association. Das garantiert höhere Löhne. Z.Zt. zahlen sich die Genossenschaftlerinnen das dreifache Pro-Kopf-Einkommen Nicaraguas. Weiterhin ermöglichen sie eine Sozial- und Krankenversicherung, einen bezahlten Mutterschutz (vier Wochen vor der Geburt, acht Wochen nach der Geburt), dreizehn bezahlte Urlaubstage, bezahlte Abwesenheit bei Krankheitsfällen in der Familie, Rückzahlung des eingebrachten Darlehens beim Ausscheiden aus der Kooperative, eine Gewinnbeteiligung am Jahresende, freie Wochenenden sowie eine maximale Wochenarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche. Im Falle von Überstunden zahlen sie sich den doppelten Lohn. Außerdem garantieren sie gesundheitlich sichere Arbeitsbedingungen und unterstützen soziale Projekte in der Region, wie z.B. Altenheime, Schulen

oder Hilfen für Drogensüchtige. Aktuell arbeiten sie an einer Kinderbetreuungseinrichtung. In der Kooperative werden nur Erwachsene eingestellt.

In konkreten Zahlen: In den Maquiladoras müssen die Arbeiterinnen für den Tageslohn von 29 Córdobas (circa. \$ 1.80) eine Tagesleistung von 2.500 bis dreitausend Stück produzieren. Bei Nueva Vida sind 500 Einheiten das tägliche Minimum, der Tageslohn beträgt umgerechnet \$ 3.40 (gezahlt in Landeswährung, aber gekoppelt an den Dollar, um der Inflation vorzubeugen). Wer mehr verdienen will, produziert mehr als das Minimum-Soll.

Die Naturata-Genossenschaft in der Vermarktung genossenschaftlicher Gewürzproduktion aus dem Kongo

Mein Name ist Jürgen Sauer. Ich bin von der Firma Naturata Logistik in Grünsfeld. Wir sind ein Logistikdienstleister und Logistikspezialist für Naturkostlebensmittel und der Naturkostbranche.

Naturata wurde 1979 als Genossenschaft für den Handel mit Naturprodukten von Demeter-Verarbeitern und Bioläden aus ganz Deutschland in Lauda gegründet und 2003 zur Logistikfirma umgewandelt. Als eine der wichtigsten Naturkostfirmen hat Naturata entscheidend zur heutigen Bedeutung der Naturkostbranche beigetragen und immer wieder Impulse zur Gestaltung der Branche gegeben. Naturkost steht als Synonym für Gesundheit, Ökologie und Lebensmittel von hoher Qualität. Bereiche, die unserer Gesellschaft eine große Verantwortung abverlangen. Die Naturata Logistik eG trägt dazu bei, das Wertesystem Transparenz, Vertrauen, Qualität vom Anbau bis zum Verbraucher zu stärken. Aus diesem Bewusstsein heraus wurde ein umweltfreundliches, energiesparendes Lager-, Logistik- und Bürogebäude errichtet, das in seiner Konsequenz von der Anpassung an die Landschaftsform bis zur ökologischen Bauweise bis ins kleinste Detail beispielhaft ist, Baujahr des Gebäudes war 1999. Die zentrale Lage des Logistikzentrums an der BAB 81 zwischen Würzburg und Heilbronn ist ein idealer Standort für das EU-weite Engagement der Naturata Logistik eG. Wir bieten individuelle und maßgeschneiderte kundenspezifische Leistungspakete, die mit den Anforderungen des Marktes und somit unserer Kunden weiter wachsen. Als Spezialist für den Warenstrom im Naturkostbereich sorgen wir für produktgerechte, umweltfreundliche Lagerung, regelmäßige Qualitätskontrolle, effiziente Lagerverwaltung, Kommissionierung zur Auslieferung an den Groß- und Einzelhandel und an Verarbeiter, eine EU-weite schnelle Distribution und vieles mehr. Aus der langjährigen Erfahrung und durch die Konzentration auf den

Naturkostmarkt ergeben sich Synergieeffekte und Imagetransfers, von denen unsere Kunden profitieren. Erfolgreiche starke Marken im europäischen Naturkost-Großhandel zählen zu unseren Partnern. Wir bieten neben den logistischen Dienstleistungen auch viele administrative Serviceleistungen an wie z.B. Verwaltung der Lagerbestände, Auftragsbearbeitung, Lieferscheinerstellung, Sonderetikettierungen, Verkaufsabwicklungen, Logistikberatung, Optimierung von logistischen Abläufen, beratende Unterstützung bei Markterschließungen und Markteinführungen, Bestellabwicklung, Fakturierung, Umverpackungen, Warendisposition, Sonderverpackungen für Marketing und Verkaufsförderungsaktionen, Übernahme von Speditionsauftragsabwicklungen und Containerbestückungen. Des Weiteren übernehmen wir Inverkehrbringertätigkeiten in die EU und nach Deutschland wie z.B.: Abwicklung der Zollangelegenheiten, wettbewerbsrechtliche Verantwortung, Kennzeichnungspflicht, EU-Biozertifizierung und Deutsches Biosiegel, Fakturierung und Zahlungsüberwachung, Übernahme der lebensmittelrechtlichen Verantwortung, Verantwortlichkeit nach dem Produkthaftungsgesetz, Einholung von Importgenehmigungen und Verpackungsmittelentsorgung. Wir verfügen über drei Hallen mit insgesamt 4.500 m² Fläche und ca. 4.000 Regal Plätzen. Wir haben 32 Mitarbeiter, davon sieben Auszubildende.

Was hat dies nun mit der Vanilleproduktion im Kongo und Uganda zu tun? Im Jahre 2007 besuchte uns Herr Clemens Fehr aus der Nähe von Freiburg und stellte sich bei uns vor. Er sagte, dass er Farmen in Uganda und Kongo betreiben würde und diese Produkte auch gerne direkt vermarkten möchte. Er suche nun dafür einen deutschen Partner. Schnell waren wir uns einig und beschlossen, das Thema gemeinsam anzugehen. Durch die Gründung unserer Tochtergesellschaft Grünsfelder Biologistik schufen wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür.

Die Demokratische Republik Kongo (früher Zaire) ist seit 1959 unabhängig. Sie nannte sich von 1971-1997 Zaire und litt unter der Diktatur von Mobutu. Von 1997-2003 gab es lang währende Bürgerkriege, die nur mit einem mühsamen Kompromiss endeten. Das Land verfügt über ein sehr diffuses politisches System. Es gibt sehr schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen wie z.B. eine schlechte Infrastruktur, einen geringen Bildungsstand und sehr große Korruption. Es ist de facto alles privatisiert, der Staat ist kaum präsent! Warum fiel nun die Wahl auf den Kongo? Es gibt dort sehr fruchtbare Böden und ein sehr gutes Klima. Es war sehr leicht möglich, sich dort zu etablieren, wenn auch unter sehr sehr schwierigen Rahmenbedingungen. Partner von Gourmet Gardens von Clemens Fehr in Uganda ist die Bauerngruppe Le Jardin im Grenzgebiet vom Kongo zu Uganda. Träger ist die Domaine Monts de la Lune (DML). Dort werden diverse Pflanzen und Gewürze angebaut und verarbeitet. Schwerpunkt ist der Vanilleanbau. Die Waren und Produkte

werden dann nach Uganda geliefert und von dort aus nach Deutschland, Europa und weltweit versandt. Die Vermarktung der Produkte erfolgt über eine integrierte Wertschöpfungskette. Warum dieses? Dadurch kann eine höhere Qualität, Effizienz und Zufriedenheit erreicht werden. Der teure Zwischenhandel wird ausgeschaltet und das Einkommen für die Kleinbauern dadurch erhöht. Dadurch ist auch ein nachhaltiges Wirtschaften möglich. Wie funktioniert die integrierte Wertschöpfungskette? Es erfolgt eine zentrale und gemeinsame Verarbeitung und die Wertschöpfung passiert dadurch aus einem Guss. Die Vermarktung erfolgt direkt an den Verbraucher bzw. Verarbeiter ohne viele Zwischenschritte. Die Marke nennt sich Mountains of the Moon: natürlich und rein, im Einklang der Natur, nachhaltig und fair! Die Marke ist Fairtrade zertifiziert nach den Imostandard „Fair for life“ und Bio zertifiziert nach den Standards der EU und der USA (NOP).

Wie sind nun die Strukturen? Es wurde darauf geachtet, genossenschaftsähnliche Strukturen herzustellen, auch wenn es diese Rechtsform im Kongo nicht gibt. Es sind momentan 500 Kleinbauern in 20 Dörfern mit ca. 800 km² für Gourmet Gardens bzw. DML tätig. Dazu kommen fünf Berater zuzüglich 10 Angestellter zuzüglich 30-150 Saisonhelfer! Das heißt, dass mindestens 2000-2500 Personen von diesem Betrieb leben! Das Unternehmen ist registriert als gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, da die Rechtsform der Genossenschaft im Kongo bisher nicht bekannt ist. Mitglieder dürfen nur Bauern mit Bio- und Fair Trade Zertifizierung sein. Organe sind die Jahreshauptversammlung und der Direktor mit seinen Stellvertretern. Zukünftig soll es auch Delegierte geben. Das Unternehmen handelt nach den Fair Trade Richtlinien. Das heißt faire Preise und Gehälter (Mindestlohn), keine Ausbeutung der Mitarbeiter, einen Aufschlag von 15% auf den Verkaufspreis für Gemeinschaftsprojekte wie Schule, Gemeinschaftsgebäude, Brunnen, Gesundheitsstation und Einhaltung des Arbeitsrechtes. Außerdem wird versucht, die Sozial- und Hygienestandards und die Gesundheitsauflagen sowie das örtliche Arbeitsrecht einzuhalten und keine Kinderarbeit zuzulassen. Das geltende Staatsrecht und die Arbeitnehmerrechte werden weitgehend eingehalten, auch wenn dies teilweise sehr schwierig ist. Das Ganze ist ein sehr schwieriger Entwicklungsprozess, auch gezeichnet von Neid und mangelnder Solidarität. Es entstehen sehr große Probleme durch fehlende staatliche Strukturen im Kongo, z.B. gibt es ein total veraltetes Arbeitsrecht von 1950 und die Sozialversicherung ist nur in der Theorie vorhanden. Vorgenommene Einzahlungen führen nur selten zur späteren Rentenauszahlung!

Gourmet Gardens deckt momentan noch alle Kosten des Unternehmens wie Bio-Zertifizierung, Überwachung der Standards, Beratung der Bauern usw. selbst ab. Entwicklungsziel ist die Schaffung einer Kooperative als direkten

Verhandlungspartner von Gourmet Gardens als Trägergesellschaft in Uganda und dadurch der Entfall der Verhandlungen mit zahlreichen Einzelbauern.

Es werden bisher die folgenden Produkte angebaut: Vanilleschoten mit Verarbeitung zu Pulver, Paste und Extrakt für die Belieferung von Endverbrauchern, Einzelhandel, High End Gastronomie und industriellen Verarbeitern. Des Weiteren wird in limitierten Mengen Kakao angebaut und Chili, als Endprodukte gib es inzwischen auch eine eigene Schokolade in Zusammenarbeit mit der Firma Blanxart in Spanien. Grundlage jeden Rohstoffes und Produktes ist eine hohe Qualität. Nach vier Jahren der Aufbauarbeit gibt es schon die ersten Erfolge, z.B. eine feste Etablierung im Markt, mit namhaften Kunden wie z.B. Zotter, Blanxart, Fuchs und zahlreiche andere Firmen.

Garant für diese gute Arbeit war das Unternehmen Gourmet Gardens mit seiner Marke Mountains of the Moon, die Grünsfelder Biologistik mit der Naturata Logistik eG in Grünsfeld und die Bauerngruppe Le Jardin. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen hoffen wir auf eine weiterhin gute Entwicklung des Unternehmens und weitere Etablierung im Markt.

Über 100 Jahre Wasserleitungsgenossenschaften in der Lüneburger Heide

Zu meiner Person: Mein Name ist Heinrich Tödter. Vor gut einem Monat wurde ich 70 Jahre jung. Ich bin bereits in eine Genossenschaftsfamilie hineingeboren. Großvater und Vater im Banken- und Wasserbereich sowie in der politischen Gemeinde. Ich selbst war 45 Jahre aktiver Volksbänker: Zuerst Vorstand bei kleiner Spar- und Darlehnskasse, nach der Fusion zuletzt Organisation und EDV bei der Volksbank Nordheide. Ehrenamtliche Buchführung für Wasserleitung seit 1963, jetzt Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der Wasserleitungsgenossenschaft Brackel. Vorstandsmitglied der Stiftung Genossenschaftliches Archiv in Hanstedt seit deren Gründung 2002.

Und nun zur Sache: Über 100 Jahre Wasserleitungsgenossenschaften in der Lüneburger Heide.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert begann man, die primitiven Verhältnisse der Hausbrunnen, die jegliche Rücksicht auf Hygiene außer Acht ließen, vielerorts als untragbar zu erachten. Entsprechende Horrorthemen kann man in den damals von den Lehrern zu führenden Schulchroniken nachlesen.¹ Zum Beispiel Originaltext Rudolf Lüer, Evendorf um 1900.² Alle Brunnen waren offen oder nur ganz mangelhaft zugedeckt. Bei uns schwammen einmal Haare auf dem Brunnenwasser, wie sich herausstellte Katzenhaare. Plötzlich fiel uns ein, dass unsere Katze seit einigen Wochen verschwunden war. Auf langen Leitern stieg man die 15 Meter hinab. Tatsächlich, zwei Katzen, schon ziemlich von Haaren entblößt, schwammen auf dem Brunnenwasser, wovon wir wochenlang getrunken hatten. Doch nicht nur an der Hygiene haperte es. In den Sommern fielen viele Brunnen oftmals

¹ Vorliegend: Brackel, Egestorf, Evendorf und Nindorf.

² Herausgegeben von der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft Egestorf [1982], Seite 3-4.

trocken. Die Bevölkerungszahl wuchs, die Viehbestände wurden größer und die Dorfbewohner stellten langsam wachsende Ansprüche. Es lag daher nahe, nach Wegen einer gemeinsamen besseren Wasserversorgung zu suchen. So entstanden an vielen Orten Gemeinschaften. Geografisch bedingt wegen Höhenunterschiede in manchen Orten auch in mehreren Ortsteilen nebeneinander. Als Rechtsform wurde die eingetragene Genossenschaft -mit unbeschränkter Haftpflicht- gewählt, um Kredite für die Finanzierung des Materials und der Handwerkerleistungen zu erhalten. Die erforderlichen Erdarbeiten für die Rohre wurden von den Mitgliedern selbst per Spaten und Schaufel erledigt. Zur Frostsicherheit mindestens 1,10 m tief. Wie glücklich man anschließend war, geht beispielhaft aus den „Winsener Nachrichten“ vom 9.1.1905 hervor: (gekürzt) In diesen Tagen wurde auch die letzte der Brackeler Wasserleitungsgenossenschaften fertiggestellt. Durch diese drei Leitungen wird das Wasser in 56 Häuser geleitet. Mehrere Bewohner, die anfangs der Sache skeptisch gegenüberstanden, ließen sich durch das tadellose Funktionieren und bestes Trinkwasser überzeugen und werden auch beitreten. Auf der Versammlung zur Regulierung der Restfinanzierung am Vortage in der A. Buhrschen Gastwirtschaft wurde auch beschlossen, „der Freude über die Fertigstellung der Leitung durch Ueberweisung von 20 Mark an das Krankenhaus Bethesda zu Winsen an der Luhe Ausdruck zu geben. Dieser Betrag wurde vom ausführenden Klempnermeister Jacobsen noch um fünf Mark aufgestockt“.

Im Verzeichnis des Verbandes hannoverscher landwirtschaftlicher Genossenschaften von 1907 erscheinen als älteste Wasserleitungsgenossenschaften die von Sülbeck/Stadt Einbeck (gegr. 1891) und von Harber (gegr. 1893). 1904 setzte im ehemaligen Landkreis Winsen (Luhe) -heute der Ostteil des Landkreises Harburg, hier südlich der Elbe an Hamburg angrenzend- eine wahre Gründungswelle ein. In der Festschrift zum 100jährigen Bestehen des land- und forstwirtschaftlichen Provinzialvereins für das Fürstentum Lüneburg von 1930, die sich auch mit dem Genossenschaftswesen befasst, werden für den Regierungsbezirk Lüneburg im Jahre 1913 = 26 Wasserleitungsgenossenschaften genannt, davon finden wir 24 allein im ehemaligen Kreis Winsen.³ Die Zahl stieg hier stetig weiter. In der Provinz Hannover ansonsten in größerer Dichte nur noch im Kreis Osterode im Harz zu finden. Es lässt sich nicht ergründen, warum gerade in diesen beiden Gegenden gemeinsame Wasserleitungen in der Rechtsform der Genossenschaft bestanden. Der Genossenschaftsverband Hannover-Braunschweig geht in seinen Festschriften 1939, 1954 und 1964 auf diesen Genossenschaftstyp nur am Rande ein. Es

³ *Festschrift aus Anlass des 100jährigen Bestehens des land- und forstwirtschaftlichen Provinzialvereins für das Fürstentum Lüneburg e.V. 22. März 1830-1930. Seite 461.*

heißt dort lapidar: „Als Rechtsträgerin für die Erbauung einer Wasserleitung kommt in erster Linie die politische Gemeinde in Frage.“⁴ So ist es ja auch vielerorts geschehen. Auch Frau Rump, die morgen einen Zwischenbericht zu ihrem Dissertationsprojekt vorstellen wird, hat bei ihren Recherchen in der Walsroder Zeitung von 1890 - 1930 trotz der dortigen kargen und sandigen Heideböden keinen Hinweis auf Wasserleitungsgenossenschaften gefunden.

Ich komme daher jetzt speziell auf den alten Landkreis Winsen (Luhe) zurück. Zu den bereits genannten 24 Genossenschaften kommen bis 1914 noch fünf Neugründungen hinzu. Für alle 29 Wasserleitungsgenossenschaften liegen mehr oder weniger vollständige Unterlagen im Genossenschaftlichen Archiv in Hanstedt vor. Wer Interesse hat, kann sich alle vorhandenen Unterlagen im Ortskataster oder Findbuch auf unserer Homepage www.GenoArchiv.de anzeigen lassen. In weiteren anderen Orten gab es zentrale Wasserversorgungen durch eingetragene Vereine,⁵ BGB-Gesellschaften⁶ oder Kommunen.⁷

Aus den noch im GenoArchiv vorliegenden Unterlagen, Bilanzen oder Protokollbüchern lassen sich fast für alle Anlagen die Gesamtkosten noch ermitteln. Diese wurden fast vollständig durch Kreditaufnahmen finanziert. Die eingezahlten Geschäftsanteile waren verhältnismäßig klein (in den meisten Fällen 5,00 Mark), denn jedes Mitglied haftete ja einzeln unbeschränkt mit seinem gesamten persönlichen Vermögen. Auch als Einzelner für alle anderen mit. Die Kredite wurden nicht nur bei Banken aufgenommen.⁸ Teilweise auch als Privatdarlehen bei den Handwerkern.⁹

Doch wie gelangte das Wasser zu den Verbrauchern?

Elektrizität war noch nicht vorhanden. Man nutzte fast überall die physikalischen Gesetze, wenn auch Skeptiker meinten, Wasser kann doch nicht die Wand hochlaufen. Höher gelegene Quellgebiete wurden eingefasst, das Wasser in Behältern oder Brunnen gesammelt und durch Rohre mit natürlichem Gefälle in die Haushalte geleitet. Wo das nicht möglich war, wurde Quellwasser gesammelt und mit dieselbetriebenen Aggregaten,¹⁰ Dampfpumpen,¹¹

4 50 Jahre ländl. Genossenschaftsarbeit in Hannover und Braunschweig, Dr. Meyerholz Hannover 1939, S.154.

5 Eingetragene Vereine: 2 x Ohlendorf (1910 + 1913).

6 GB: Schätzendorf und Evendorf (1935).

7 Kommunen: Winsen (1926), Salzhausen (1930er).

8 Egestorf: Spar- und Darlehnskasse (Spadaka) Egestorf 20.000 M, Stelle: Spadaka Stelle 5.000 M, Eyendorf: Spadaka Salzhausen 35.000 M, Garlstorf: Spadaka Garlstorf 20.000 M, Gördenstorf: Spadaka Garlstorf 2.400 M, Tangendorf: Spadaka Tangendorf 20.000 M, Hoopte: Spadaka Hoopte, Holtorfslöh: Kreissparkasse 4700 M, Undeloh: Kreissparkasse 10.000 M.

9 Z.B. Brackel: 3.000 M durch Klempnermeister Vincke, Salzhausen, Ollsen: Apotheker Dr Th. Meinecke, Winsen (als Grundbesitzer in Ollsen und Dorfförderer).

10 Thieshope.

11 Fliegenberg.

Widder¹² oder Windrädern¹³ in Hochbehälter gepumpt, um wiederum mit natürlichem Gefälle die Haushalte zu erreichen. In Brackel wurde Quellwasser in teerbeschichteten Mannesmann-Eisenrohren mit wenig Gefälle um einen halben Berg herum zum auf der anderen Bergseite gelegenen Hochbehälter geleitet. Soweit kein Behälter auf einer Anhöhe gebaut werden konnte, wurden Wassertürme dicht bei den Häusern errichtet.¹⁴ Diese stehen heute unter Denkmalschutz.¹⁵ Wobei der in Stöckte an der Elbe als komfortable Individual-Wohnung genutzt wird.

Wie ging es weiter?

Fast alle Genossenschaften konnten in den 1920er Inflationsjahren ihre Schulden bezahlen. Um dem „Joch“ und Kosten der Prüfungsverbände zu entkommen, lösten sich viele Genossenschaften auf. Auf der gleichen Versammlung wurde dann ein neuer Zusammenschluss als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet. So kam man mit einer einfachen Einnahme- Ausgabenrechnung aus. Fünf davon wurden später wieder in eine Genossenschaft oder eingetragenen Verein umgewandelt, weil für neuzeitliche Investitionen wieder Kredite benötigt wurden.¹⁶ In Hanstedt und Brackel bestanden mehrere Versorger. Als es später technisch bedingt möglich war, wurden sie zusammengeschlossen.

Am 9.6.1953 gründete die Gemeinde Hittfeld und fünf umliegende kommunale Orte,¹⁷ die keine zentrale Wasserversorgung hatten bzw. deren Versorgung wegen des enormen Bevölkerungszuwachses von Flüchtlingen, bombengeschädigten Hamburgern sowie des Ausweises neuer Wohngebiete nicht mehr ausreichte, den Wasserbeschaffungsverband Harburg mit Sitz in Hittfeld auf der Grundlage der Wasserverbandsordnung als kommunalen Verband. Dieser Wasserbeschaffungsverband ist zwar keine Genossenschaft im eigentlichen Sinne, jedoch auch ein Instrument der Selbstverwaltung. Bis zur Gebietsreform 1972 wuchs die Zahl auf 45 Mitgliedsgemeinden an. Auf gleicher Basis wurde auch in der Winsener Elbmarsch der Wasserbeschaffungsverband Elbmarsch gegründet.

Gab es bei kleineren Versorgern Probleme mit der Technik oder der Wasserqualität, haben sie sich oftmals freiwillig dem Wasserbeschaffungsverband als leistungsfähigerem Unternehmen angeschlossen. Es wurde eventuell auch manchmal von Landkreisseite in den 1960er Jahren von der unteren Wasser-

¹² Gödenstorf, Widder, heute technischen Denkmal als Außenstelle des Freilichtmuseums Kiekeberg, Egestorf Göpel.

¹³ Egestorf, Holtorfslob, Fliegenberg, Hoopte.

¹⁴ Eyendorf, Stelle, Fliegenberg.

¹⁵ Eyendorf, Stelle, Fliegenberg.

¹⁶ Asendorf, Asbausen, Dierksbausen, Wesel, Thieshope e.V.

¹⁷ Tötensen, Fleestedt, Beckedorf, Emmelndorf, Metzendorf und Hittfeld (Homepage WBV/Chronik).

behörde bzw. dem Gesundheitsamt etwas Druck ausgeübt. In den meisten Fällen wurde Zug um Zug übergeben. Anschlussgebühren wurden nicht fällig. Der Verband legte die Überlandleitungen und übernahm das vorhandene Ortsnetz -auch wenn es nicht immer im besten Zustand war-.

Und heute?

Zwischen dem Wasserbeschaffungsverband Harburg im Nordwesten des Landkreises Harburg und dem Wasserbeschaffungsverband Elbmarsch im Osten befindet sich weiterhin ein Landstreifen mit neun Genossenschaften, die fast alle ihr 100jähriges Bestehen feiern konnten. Darunter als größere Unternehmen Stelle mit 1503 Mitgliedern, ca. 2.000 Anschlüssen, Förderung 357.000 m³ p.a., Hanstedt mit 775 Mitglieder, über 900 Anschlüssen, Förderung 195.000 m³ p.a., Brackel mit 553 Mitgliedern und 624 Anschlüssen. Förderung 92.000 m³ p.a.

Im Landkreis Harburg besteht ein friedliches Nebeneinander. Das ist aber nicht überall so: Im jetzigen Oktoberheft des Genossenschaftsblattes aus Mitteldeutschland las ich, in der Gemeinde Mittelherwigsdorf im Kreis Görtitz besteht die Wasserleitungsgenossenschaft seit 1900. Im Kommunalen Abgabengesetz wird - monopolisierend - ein Anschluss- und Benutzerzwang an den Zweckverband Oberlausitzer Wasserversorgung festgelegt, dem auch die dortige Gemeinde angehört. In manchen Straßen liegen nun eben zwei Wasserleitungen nebeneinander, und das bis zu den Hausanschlüssen.

Alle verbliebenen Genossenschaften bei uns liefern Wasser bester Qualität, haben neueste Technik im Einsatz. In vielen Fällen sind hydrologische Wasserschutzgebiete ausgewiesen. Wo diese noch fehlen, hängt es mit unserem „Big Brother“, den Hamburger Wasserwerken (HWW) zusammen. Diese fördern in unserem Gebiet, obwohl die erste Genehmigung von 1974 nach 30 Jahren in 2004 ablief, ohne Verlängerung der Genehmigung jährlich 15,7 Millionen cbm Heide-Wasser. Es wurde lediglich ohne Antragsverfahren von der damals zuständigen Bezirksregierung Lüneburg kurz vor deren Auflösung eine Erlaubnis erteilt. Die HWW brauchten bisher aber auch noch kein Wasserschutzgebiet auszuweisen. Also zögerten die restlichen Genossenschaften auch ihr Verfahren hinaus. Es besteht die Hoffnung, dann auch die vorliegenden hydrologischen Auswertungen der Hamburger nutzen zu dürfen. Auf den derzeitigen brisanten Streit um Wasserentnahmen aus der Heide -auch auf Länderebene Hamburg/Niedersachsen- möchte ich hier nicht eingehen.

Die Wasserleitungsgenossenschaften sind jedenfalls für die nächsten 100 Jahre gerüstet.

Deutschland und Österreich im Dialog: Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Gustav Marchet und die ersten ländlichen Genossenschaften in Österreich

I. Einleitung

Als Friedrich Wilhelm Raiffeisen die ersten der sich bis heute auf ihn beziehenden Genossenschaften schuf, zunächst als auf Wohltätigkeit basierende Einrichtungen wie den Weyerbuscher Brodverein (1846/47) und den Flamersfelder Hilfsverein (1849),² war nicht absehbar, wie rasch der Erfolg dieser Idee sich ausbreiten würde. Doch bereits zu seinen Lebzeiten hatte sich die Idee innerhalb Europas ausgebreitet. Dazu trugen auch zahlreiche persönliche Kontakte von Raiffeisen bei. Eine dieser Kontaktpuren führt nach Österreich, zu Gustav Marchet. Marchet dürfte als einer der ersten Österreicher bereits seit 1872 in direktem persönlichem und sehr bald sogar freundschaftlichem Kontakt mit Raiffeisen gestanden haben.

Einige Jahre später, im Jahr 1885, beschloss der Niederösterreichische Landtag auf Antrag des Abgeordneten Josef Ritter von Mitscha Märheim, „zu erheben, in welcher Form ländliche Spar- und Darlehens-Cassen-Vereine ins Leben zu rufen wären“.³ Eine Studiendelegation reiste im Auftrag des Landtages 1886 in den deutschen Westerwald, um den Kontakt zu Raiffeisen zu suchen. Zu diesem Zeitpunkt gab es schon Erfahrung mit dem 1873 in Kraft getretenen österreichischen Genossenschaftsgesetz, und die erfolgreichen Aktivitäten Raiffeisens dürften aus Aufsätzen und Vorträgen bekannt gewesen sein, nicht zuletzt durch den landwirtschaftlichen Kongress 1883 in Budapest. Auf Basis des positiven Berichts der Studiendelegation wurde die Gründung von

¹ Dr. Holger Blisse, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fachbereich für Genossenschaftswesen im Institut für Betriebswirtschaftslehre der Universität Wien, Wasagasse 12/2/1, 1090 Wien, Österreich; Email: holger.blisse@univie.ac.at.

² Vgl. Klein (1997): S. 48-53, 60ff.

³ Zitiert nach o. V. (2010).

Genossenschaften nach dem System Raiffeisen wenig später auf Beschluss des Landtages am 21. Jänner 1887 eingeleitet, und die Gründungen breiteten sich, ausgehend von Niederösterreich, in anderen Kronländern der Monarchie aus. Schon 1884 hatte der Salzburger Landtag als erster in Österreich das Thema der Raiffeisen-Kassen behandelt, sich aber mit Blick auf die damit für das Land verbundenen Kosten gegen eine Unterstützung ausgesprochen.⁴

Einen ganz wesentlichen Beitrag dazu, dass wir heute vieles zur Entwicklung(sgeschichte) der Raiffeisenidee in Österreich weiter aufgearbeitet vorfinden, leisten in vielfältiger Weise die Arbeiten von Wolfgang Werner. Er hat viele Jahre im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Österreich gearbeitet und nicht nur eine umfassende Gesamtschau der österreichischen Raiffeisen-Bewegung erarbeitet,⁵ sondern u. a. auch zu Jubiläen von Raiffeisen-Organisationen Festschriften erstellt.⁶ Für diesen Beitrag erweist es sich als wertvoll, dass er den Briefwechsel zwischen Raiffeisen und Marchet auf Basis der Briefe Raiffeisens an Marchet dokumentiert und kommentiert hat.⁷

II. Gedankenaustausch Raiffeisen und Marchet

Marchet dürfte um 1869 von Raiffeisens Ideen aus der Literatur und/oder im niederösterreichischen Gewerbeverein erfahren haben, erstmalig belegt ist ein Hinweis auf Raiffeisen in der Korrespondenz von Marchet in einem Brief eines Züricher Rechtsanwalts an Marchet vom 31. März 1870.⁸ Zu dieser Zeit hatte Marchet, der am 29. Mai 1846 in Baden bei Wien geboren wurde und am 27. April 1916 in Schlackenwerth in Böhmen während eines Reiseaufenthaltes starb,⁹ bereits seine Studien in Rechtsphilosophie, Nationalökonomie, Verwaltungslehre und Finanzwissenschaft in Wien abgeschlossen und 1870 in Graz promoviert. Er hatte im landwirtschaftlichen Departement des Ackerbauministeriums volontiert und war seit 1869 Assistent an der Forstakademie in Mariabrunn, wo er 1870 Honorar-dozent mit den Fächern Nationalökonomie und forstliche Gesetzeskunde wurde und 1872 außerordentlicher Professor für diese Fächer. 1875 wird er, nach Schließung der Forstakademie, als außerordentlicher Professor für Gesetzeskunde und Verwaltungslehre an die neu errichtete Hochschule für Bodenkultur in Wien berufen, wo er zuvor schon als Honorar-dozent für Agrarrecht gewirkt hatte. 1882 erhielt er das Ordinariat, bereits seit 1876 führte er den Titel eines ordentlichen Profes-

4 Vgl. Werner (1993): S. 73f.

5 Vgl. Werner (2005).

6 Vgl. z. B. Werner (o. J.) und Bruckmüller, Werner (1998).

7 Vgl. Werner (1988).

8 Vgl. Werner (1988): S. 33.

9 Vgl. Bittner (o. J.): S. 8, 290.

sors.¹⁰ Später sollte er sich politisch betätigen, Abgeordneter im Parlament werden und das Amt des Unterrichtsministers bekleiden.¹¹

Anfang 1872 wurde ein agrarischer Kongress durch den K. K. Ackerbauminister von Chlumetzky vorbereitet, um u. a. sich den Fragen zu widmen, wie eine Verallgemeinerung der Genossenschaften möglich wäre, um die landwirtschaftliche Produktion zu verbessern, und wie die Vergabe landwirtschaftlicher Kredite erleichtert werden könnte. Im März 1872 bewarb sich Marchet schriftlich beim Ackerbauminister, ihn bei den Vorbereitungen zum Kongress einzubinden, und verwies auf einschlägige wissenschaftliche Vorarbeiten.¹² Er bat, ihm eine Dienstreise zu Raiffeisen in das Rheinland zu bewilligen. Dieses Ansuchen muss positiv vom Minister beschieden worden sein. Denn das Ministerium gewährte Marchet im August des Jahres einen Reisekostenzuschuss und stellte ihm ein vom Minister unterzeichnetes Empfehlungsschreiben¹³ an die Behörden des Rheinlandes aus.¹⁴ Als Folge der Begegnung mit Raiffeisen im Herbst 1872 in Heddesdorf ist über die Ferne eine freundschaftliche Beziehung entstanden, die bis zu Raiffeisens Tod bestand und in einer Korrespondenz zwischen Raiffeisen und Marchet gewachsen ist, wie Gustav Marchet in seinem Nachruf auf Raiffeisen schreibt.¹⁵

1. Auffindung des Briefwechsels und wissenschaftliche Dokumentation

Für die Festschrift zum 100. Gründungsjubiläum der niederösterreichischen Raiffeisen-Organisation hatte Wolfgang Werner die besondere Rolle Marchets dokumentiert, die diesem für die Bekanntmachung der Raiffeisenidee in Österreich zukommt.¹⁶ Zwei Hinweise waren dafür leitend.¹⁷ Weitere Dokumente schienen ihm damals nicht recherchierbar, da die in Berlin gesammelten Raiffeisen-Dokumente in den Kriegswirren und danach verloren gegangen waren.¹⁸ Werner erhielt jedoch einen Hinweis auf mögliche Informationen im Nachlass von Marchet, der im Österreichischen Staatsarchiv verwahrt wird. Bei der Sichtung konnte er u. a. 20 Briefe finden, die Raiffeisen zwischen 1872 und 1884 an Marchet gerichtet hatte. Sie sind geschrieben von der Hand von Raiffeisens Tochter Amalie, Raiffeisen hat wegen seines Augenleidens nur unterschreiben können.¹⁹ Auf diese Briefe aus

10 Vgl. Bittner (o. J.): S. 15-19.

11 Vgl. insgesamt zum Leben von Gustav Marchet Bittner (o. J.).

12 Das Schreiben ist im Original abgedruckt bei Werner (1988): S. 34.

13 Das Schreiben ist im Original abgedruckt bei Werner (1988): S. 35.

14 Vgl. Werner (1988): S. 33, 36.

15 Vgl. Marchet, G. (1888): F. W. Raiffeisen †, in: Wiener landwirtschaftliche Zeitung, 17. März, S. 158, zitiert in Werner (1988): S. 31.

16 Vgl. Werner (o. J.): S. 4f., 7.

17 Vgl. Werner (1988): S. 11 (Hinweise fanden sich im Literaturverzeichnis der Raiffeisen-Jubiläumsschrift von 1938 und in der Schrift zum 60. Geburtstag von Marchet).

18 Vgl. Koch (1986): S. 11.

19 Vgl. Werner (1988): S. 28.

dem Archiv greift bereits Gertrud Bittner in ihrer Dissertation zu Gustav Marchet zurück,²⁰ scheint diese aber nicht systematisch erfasst zu haben, sondern bezieht sie nur stellenweise als Belege heran.²¹ Bittner hat den Nachlass beim Österreichischen Staatsarchiv, der aus Schachteln und Bänden besteht, vollständig dokumentiert, aber die Briefe von Raiffeisen nicht ausdrücklich erwähnt.²² Werner hat mit seiner Veröffentlichung den Briefwechsel erstmals vollständig wiedergegeben und zusätzlich mit vielen Hintergrundinformationen bereichert und wissenschaftlich kommentiert.²³

Dies und die Briefe selbst regen an, einzelne Themen, über die sich Raiffeisen und Marchet ausgetauscht haben, zu klären und dabei einzubeziehen, inwieweit auch Marchets Vorstellungen Raiffeisen beeinflusst haben könnten. Den nach dem Treffen ersten Brief dürfte Marchet an Raiffeisen geschrieben haben, dieser antwortete am 19. Oktober 1872, dem Datum des ältesten der Briefe im Nachlass. Noch unklar ist, ob es weitere Begegnungen gegeben hat.²⁴

2. Ausgewählte Themen

Gegenstand der Korrespondenz waren z. B. der „Systemstreit“ zwischen Raiffeisen und Schulze-Delitzsch, die Idee der Gründung der „Deutschen landwirtschaftlichen Generalbank“ (1874), die nie ihre Tätigkeit aufnehmen konnte und zu der Raiffeisen Marchet die Statuten übersandte,²⁵ um seinen Kommentar einzuholen, oder die religiöse Ausrichtung der Vereine, der Marchet eher zurückhaltend begegnete.²⁶ Am Beispiel des Systemstreits soll ein kurzer Einblick in die Rolle von Marchet gegeben werden. Vorangestellt sind einige Hintergrundinformationen:²⁷ Im Nachlass von Marchet befindet sich eine Gegenüberstellung in Form einer „Übersicht der wesentlichen Unterschiede zwischen den Darlehenskassen-Vereinen und den Schultze’schen Volksbanken“.²⁸ Die Raiffeisenkassen waren nicht nur als reine Banken gedacht, sondern sollten auch die Verhältnisse der Mitglieder und der arbeitenden Klasse heben. Sie waren auf möglichst kleine Einzugsbereiche angelegt und hatten dementsprechend eine kleine aber aktive Mitgliedergruppe, die auch an den Versammlungen des Vereins teilnehmen sollte. Darlehen konnten durchaus längere Laufzeiten haben. Leitungs- und Kontrollfunktionen

20 *Werner ist diese Quelle auch bekannt, vgl. Werner (1988): S. 11.*

21 *Vgl. Bittner (o. J.): S. 51ff.*

22 *Vgl. Bittner (o. J.): Quellen- und Literaturverzeichnis, S. I-IV.*

23 *Vgl. Werner (1988).*

24 *Den Wunsch danach drückt Raiffeisen bereits im ersten Brief vom 19. Oktober 1872 aus, vgl. Werner (1988): S. 30.*

25 *Vgl. Werner (1988): S. 101.*

26 *Vgl. Werner (1988): S. 79.*

27 *Vgl. Werner (1988): S. 90-101.*

28 *Diese handschriftliche Übersicht dürfte von Direktor Capaun-Karlowa, Sektion Volkswirtschaft des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, stammen und ist bei Werner (1988): S. 90-95 abgedruckt.*

wurden ehrenamtlich erbracht. Der Solidarhaft kam auch die Funktion zu, eine enge Verbindung der Beteiligten herbeizuführen. Es waren keine Geschäftsanteile und keine Gewinnverteilung vorgesehen. Das Vereinskapital entstammte dem Gewinn aus dem Zins- und Provisionsgeschäft, nur einige Vereine erhoben ein Eintrittsgeld. Das Vereinsvermögen war unteilbar und sollte den ausscheidenden Mitgliedern oder bis zur Auflösung des Vereins verbliebenen Mitgliedern nicht zustehen.

Marchet sah beide Systeme als wertvoll an, hielt aber Raiffeisens Ansatz für die Erfordernisse auf dem Lande für geeigneter,²⁹ während sich das System von Schulze-Delitzsch „auf die Förderung des Wohles der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden gerichtet hatte“³⁰ und nahm Raiffeisen in Schutz: „so scheint es innerlich berechtigt, dass man nicht dahin trachte, den Namen Raiffeisen bei Durchführung der Bewegung zu beseitigen.“³¹ Er bezog auch Position zugunsten Raiffeisens beim vierten allgemeinen Verbandstag der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich im September 1876 in Prag.³²

3. Marchets Rolle bei der Entstehung der ersten Raiffeisen-Genossenschaften in Österreich

Marchet hatte in zahlreichen Veröffentlichungen für die Raiffeisenidee in Österreich geworben, er stand Raiffeisen persönlich nahe und leistete 1876 wesentliche Vorarbeiten zu an Raiffeisens Beispiel orientierten Musterstatuten für vom Ackerbauministerium beabsichtigte Gründungen.³³ Ideale Voraussetzungen, um bei den Vorbereitungen zur Einführung von ländlichen Genossenschaften in Österreich eine wichtige Rolle zu spielen. Dennoch fehlt ein Hinweis auf seine Veröffentlichungen sowohl in den Dokumenten, die der Niederösterreichische Landtag für seine Entscheidung zur Initiierung von Genossenschaften nach dem Raiffeisen-System herangezogen hatte (1887), als auch innerhalb der Landtagsdebatte über den Antrag von Mitscha Märheim (1885). Ganz zu schweigen davon, dass Marchet selbst in dieser Phase gehört worden wäre.

Dies geht nach Werner vor allem darauf zurück, dass Marchet in Widerspruch zu den Landwirtschaftsgesellschaften getreten war,³⁴ die über ihre

²⁹ Vgl. Werner (1988): S. 90.

³⁰ Marchet, G. (1878): *Der Kredit des Landwirthes*, in: Nathusius, H. und Thiel, H. (Hrsg.): *Landwirthschaftliche Jahrbücher, Zeitschrift für wissenschaftliche Landwirthschaft und Archiv des Königlich Preussischen Landes-Ökonomie-Kollegiums, Siebenter Band*, Berlin, zitiert nach Werner (1988): S. 100.

³¹ Marchet, G. (1878): *ebd.*, zitiert nach Werner (1988): S. 100.

³² Vgl. Werner (1988): S. 100.

³³ Vgl. Werner (1988): S. 106.

³⁴ Vgl. Werner (1988): S. 106.

regionalen Vertretungen bei der Gründung von Darlehenskassen-Vereinen mitwirken wollten. Als Anhänger der Verfassungspartei und dann wichtiger Vertreter einer deutsch-liberalen Politik trat er für andere Positionen als die Mehrheit der Genossenschaftsgründer ein, die zur christlichsozialen Bewegung zählten. Auch Mitscha Märheim dürfte die Kritik Marchets an seinem Versuch, den Personalkredit zu verbessern, nicht entgangen sein und sich nicht veranlasst gefühlt haben, Marchet einzubinden.³⁵

III. Erste Raiffeisen-Gründungen in Österreich

1. Raiffeisenkassen bilden das Fundament

Der erste Spar- und Darlehenskassenverein wurde in Mühlendorf bei Spitz in der Wachau schon 1886 gegründet. Er orientierte sich an einer Gründung im gleichen Jahr in Roswein bei Marburg (Maribor, Slowenien). Als erste Gründung in Folge des niederösterreichischen Landtagsbeschlusses gilt die Raiffeisenkasse in Neustift-Scheibbsbach, deren Gründung 1887 erfolgte.³⁶ Auch für die späteren Gründungen in den anderen deutschsprachigen Ländern der Donau-Monarchie bildeten zumeist Impulse der Landesvertretungen den Ausgangspunkt, die materiell und ideell die Bevölkerung bei den Gründungen unterstützten. Vorbildlich war die niederösterreichische Satzung, die in § 2 als Zweck nicht nur die Darlehensgewährung und Entgegennahme von Spareinlagen vorsah, sondern auch den Auftrag an die Darlehenskassen-Vereine enthielt, andere Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in ihrem Gebiet zu fördern. Dieses Bekenntnis, die Genossenschaft als Organisation auch in anderen Wirtschaftsbereichen einzuführen, fehlte im Statut für die oberösterreichischen Gründungen, an deren Vorbild sich auch die Gründungen in der Steiermark anlehnten.³⁷ In beiden Fällen jedoch sollte mit den neuen Raiffeisenkassen zugleich ein Beitrag geleistet werden, um sozialistische politische Strömungen und deren Lösungsideen für die sozialen Probleme zurückzudrängen. Ihnen wurde aktives christliches Denken und Handeln entgegengesetzt, das die Menschen zu Nächstenliebe, Sittlichkeit und Solidarität anhielt. Die überaus überzeugende Praxis der Raiffeisenkassen gerade auch auf diesem Gebiet erklärt möglicherweise, warum sich die Kassen so rasch ausbreiteten und besonders aktive Förderer in den Geistlichen³⁸ und Lehrern sowie Wanderlehrern³⁹ fanden. Die bei den österreichischen Gründungen am Anfang stehende Staatshilfe war dabei nicht nur ein erfolgreiches

35 Vgl. Werner (1988): S. 125.

36 Vgl. Werner (1988): S. 135.

37 Raiffeisenkassen entstanden 1889 in Oberösterreich, Tirol, Kärnten und Vorarlberg, 1891 in Salzburg sowie 1893 in der heutigen Steiermark, es folgte 1922 das Burgenland und 1961 die Raiffeisenbank in Wien, vgl. Werner (1988): S. 135.

38 Vgl. Bauert-Keetman (1970): S. 131.

39 Vgl. Werner (1988): S. 42f., 102.

Mittel, sondern schien auch verträglich mit Raiffeisens eigenen Vorstellungen zu sein, der selbst einen staatlichen Beitrag zugunsten seiner Gründungen anerkannte und einbezog,⁴⁰ wohl aber zugleich eine Grenze sah, dass nämlich „die Königliche Staatsregierung, bzw. die dieser unterstellten Behörden energisch mitwirken und, wie ich schon öfters erwähnt habe, alle Hindernisse zur Selbsthilfe der Bevölkerung wegräumen, der letzteren aber alles Übrige, namentlich die freie Vereinstätigkeit allein überlassen.“⁴¹

2. Warengenossenschaften ergänzen die Geldorganisation – Lagerhausgenossenschaften

Raiffeisenkassen, die ihren Kunden auch Waren des landwirtschaftlichen Bedarfs anboten, entstanden ab 1899 zuerst in Tirol, 1900 in der Steiermark. Früher entstanden auf das Warengeschäft, gemäß der Offenbacher Richtung der Raiffeisenkassen (Wilhelm Haas),⁴² spezialisierte Genossenschaften mit Lagerhausbetrieb für Bezug und Absatz, so genannte Lagerhausgenossenschaften. Auch sie sollten dem wucherischen Landesproduktenhandel entgegenwirken. Bis heute bündeln sie die bäuerlichen Lieferungen, schaffen dafür Lagerkapazitäten und können für den späteren Absatz dieser größeren Mengen höhere Preise erzielen.⁴³ Die Lagerhausidee setzte sich fast nur in Niederösterreich durch und wurde durch ein Förderprogramm gestützt; bis 1899 gab es 14 dieser Genossenschaften. Die staatliche Förderung von Seiten des K. K. Ackerbauministeriums zugunsten des ländlichen Genossenschaftswesens, die anfänglich nur für Niederösterreich galt und erst später auf andere Länder ausgedehnt wurde, ging auf einen Antrag des Niederösterreichischen Landesausschusses zurück, der die positive Entwicklung der Raiffeisenkassen als Begründung anführte. Die Förderung bestand aus Zuschüssen, um die Revisionskosten zu decken und Investitionen zu tätigen. Probleme bei den niederösterreichischen Lagerhausgenossenschaften waren ein wichtiger Grund dafür, dass in den anderen Ländern nur sehr wenige Lagerhausgenossenschaften entstanden.⁴⁴ Bedeutsam waren noch die Lagerhausgenossenschaften in Wels und St. Florian-Enns (beide Oberösterreich).⁴⁵

40 Vgl. Brazda, Blisse (2010).

41 In einem Brief Raiffeisens an Dr. Hugo Thiel, Ministerialdirektor und Wirklicher Geheimer Rat im preußischen Landwirtschaftsministerium, aus dem Jahre 1881, vgl. Koch (1988): S. 251.

42 Vgl. Faust (1977): S. 390.

43 Vgl. z. B. Czaika (2008): S. 130–137, 149ff.

44 Zum einen handelte es sich um ein risikoreiches und kapitalintensives Geschäft, zum anderen beteiligten sich Lagerhausgenossenschaften 1903 am spekulativen Börsenterminhandel und erlitten Einbußen. Der Börsenterminhandel wurde im gleichen Jahr verboten. Die Lagerhausgenossenschaften benötigten etwa vier Jahre, um sich zu erholen. Außerhalb Niederösterreichs war das Warengeschäft zumeist mit der Geldorganisation verbunden. In Niederösterreich bestand auch eine Zentralgenossenschaft, vgl. insgesamt Werner (2005): S. 32.

45 Vgl. Werner (2005): S. 26–33.

3. Verwertungsgenossenschaften

Genossenschaften, die bestimmte landwirtschaftliche Produkte von ihren Mitgliedern sammelten und verwerteten, entstanden für verschiedene Bereiche mit z. T. regionalen Schwerpunkten:⁴⁶

a) Milch und Molkerei: Ausgangspunkt waren Verwertungs-/Sammelvereine für Milch, die erst gegen Ende des 19. Jh. Genossenschaften wurden und vielfach in der Nähe größerer Städte ihren Sitz hatten, z. B. nahe Graz (seit 1879), Linz (1895), Wien (1900) und Innsbruck (1904). Früh wurden auch zentralgenossenschaftliche Einrichtungen aufgebaut.

b) Viehverwertung: Eine größere Zahl von Rinderzuchtgenossenschaften war Ende des 19. Jh. in der Steiermark anzutreffen, hier bildeten sich auch zentrale Verbandsstrukturen aus.

c) Wein: Im Jahr 1900 nahm die bereits 1898 gegründete erste Winzergenossenschaft ihren Betrieb in Niederösterreich auf. Eine Zentralgenossenschaft wurde für Niederösterreich 1898 errichtet, geriet aber in finanzielle Schwierigkeiten und konnte trotz Staats- und Landeshilfe nur bis 1908, dem Jahr ihrer Liquidation, bestehen. Landesübergreifende Aktivitäten setzten erst wieder in den 1930er Jahren ein. In diese Zeit fallen auch die meisten Gründungen im Burgenland. Die Winzergenossenschaften in Österreich haben aber bis in die heutige Zeit nicht die Bedeutung erfahren, die diese Genossenschaften in Deutschland besitzen. In Österreich wurden sie von ihren Mitgliedern oft nur subsidiär beliefert, im Vordergrund stand bei den Mitgliedern der direkte Absatz der eigenen Produktion.⁴⁷

d) Karden und Obst: Den Schwerpunkt der Gründungen bildete die gemeinschaftliche Verwertung, die in einer Reihe von Ländern der Monarchie Genossenschaften übernahmen. Die 1896 entstandene Verkaufsgenossenschaft der oberösterreichischen Kardenbauern verkaufte für die Mitglieder Karden, ein Distelgewächs, das in der Stoffherstellung benötigt wurde.

e) Zuckerrüben: Eine landesumfassende Gründung ist für das Jahr 1905 belegt, als der Rübenbauernbund für Niederösterreich und Wien entstand, in dem sich bäuerliche Betriebe gegen die Konkurrenz der Großbetriebe organisierten.

⁴⁶ Vgl. Werner (2005): S. 33–36.

⁴⁷ Vgl. auch Werner (2005): S. 104f., 249f.

IV. Fazit

Auch wenn es Gustav Marchet bei der Gründung von ländlichen Genossenschaften nach dem System Raiffeisen in Österreich, angefangen mit den niederösterreichischen Aktivitäten, verwehrt blieb, unmittelbar eine Rolle zu spielen, so sind seine Vorarbeiten und Veröffentlichungen, die das Wissen um die Raiffeisenidee hoben, unbestreitbar verdienstvoll. Zu Lebzeiten wird sein Rat von anderen Stellen eingeholt⁴⁸ und nach seinem Tode ist sein Beitrag unvergessen: „wenn heute das landwirtschaftliche Kreditwesen auch bei uns eingeführt ist und segensreich wirkt, so gebührt an dieser Errungenschaft ihm ein wesentlicher Anteil“,⁴⁹ und er wird als „einer der Organisatoren des landwirtschaftlichen Kreditwesens“⁵⁰ gesehen und hat „wie kein anderer in Österreich nimmermüde auf die Raiffeisen’schen Darlehenscassenvereine als die Lösung der Personalcreditfrage im ländlichen Bereich“⁵¹ hingewiesen.

Die bemerkenswerte Entdeckung und Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Raiffeisen und Marchet unterstreicht den engen Austausch zwischen dem deutschen Genossenschaftspionier und dem österreichischen Gelehrten. Der mit der Arbeit von Werner (1988) dokumentierte Briefwechsel lädt ein, vertiefend weitere Forschungsfragen zu identifizieren. Die damals aktuellen Themen, die auch die Briefe behandeln, sind bis heute immer wieder Gegenstand von Reflexionen über die Grundideen Raiffeisens. Wie an anderer Stelle hervorgehoben,⁵² war Raiffeisen offen für Anregungen aus seinem Umfeld, auch wenn er am Ende seinen Standpunkt dann möglicherweise doch eher beibehielt. Wie aufgeschlossen er gewesen ist, zeigt sich auch an dem unbefangenen und herzlichen Umgang mit dem jungen Marchet, der sehr früh das Potenzial der Gründungen in Deutschland erkannt hatte und bemüht war, es auf Österreich zu übertragen. Zugute kamen ihm seine einschlägige Ausbildung und berufliche Nähe zum Ackerbauministerium. In gewisser Weise bündelte die niederösterreichische Landtagsinitiative dann die individuellen Vorarbeiten, und es tritt der Staat als Promotor an den Anfang der Raiffeisen-Genossenschaftsbewegung in Österreich, die mit der Gründung von Kreditinstitutionen begann, sehr bald aber auch Absatz- und Beschaffungsfunktionen für die Landwirtschaft umfasste. Bei diesen Gründungen handelt es sich nicht um die ersten ländlichen Gründungen, aber um die, welche sich am stärksten ausbreiteten und am beständigsten waren.

⁴⁸ Vgl. mit Beispielen (*böhmischer Landtag, Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften Mährens und Schlesiens, Anfragen aus Bukarest und Budapest*) Werner (1988): S. 126.

⁴⁹ O. V. (1916): *Gustav Marchet †*, in: *Wiener landwirtschaftliche Zeitung*, 6. Mai, S. 236, zitiert nach: Werner (1988): S. 126.

⁵⁰ Bittner (o. J.): S. 291.

⁵¹ Werner (o. J.): S. 4.

⁵² Vgl. mit Beispielen z. B. Klein (1997): S. 78–91.

Ländliche Genossenschaften und ihr Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Lüneburger Heide (1890-1930)

Zwischenbericht eines Dissertationsprojektes

Diese Untersuchung zum Themenkreis der Ländlichen Genossenschaft entsteht zurzeit an der Universität Hamburg im Fachbereich Geschichte, Schwerpunkt Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Als mein Doktorvater fungiert Prof. Dr. Franklin Kopitzsch und als Zweitgutachter wurde Prof. Dr. Norbert Fischer benannt. Die Dissertation schreibe ich in enger Zusammenarbeit mit dem Genossenschaftlichen Archiv in Hanstedt, in dem die Geschichte der Genossenschaften in den niedersächsischen Kreisen Harburg, Lüneburg und Soltau-Fallingb. dokumentiert wird.

Die zurzeit entstehende Arbeit besteht aus zwei Teilen. Zum einen habe ich ein neues Instrument entwickelt, um gesammelte Daten aus systematischer Zeitungsrecherche optimal zu nutzen und auswertbar zu machen. Dieses neu entwickelte Computerprogramm GenoZA wird nach Beendigung des Promotionsverfahrens den Kollegen und Besuchern des GenoArchivs Hanstedt zur weiteren Forschung zur Verfügung stehen. Bei der technischen Umsetzung wurde ich dabei von Lars Steinberg, dem Software-Entwickler des Freilichtmuseums am Kiekeberg unterstützt. Zum anderen werden die gewonnenen Daten für die Dissertation in der schriftlichen Arbeit genutzt. Deren Themenkreise werde ich zum Ende ausführen.

Quellen

Als Quellengrundlage dienen erstens die Ergebnisse einer systematischen Zeitungsrecherche der Jahrgänge des Zeitraums 1890 - 1930 der Winsener Nachrichten (Landkreis Harburg) und der Walsroder Zeitung (Landkreis

Soltau-Fallingbostel). Hierbei stellt sich die Quellenlage sehr unterschiedlich dar. Während kein Jahrgang aus der Walsroder Zeitung fehlt, sind einige Jahrgänge der Winsener Zeitung leider nicht mehr erhalten oder nur auf Mikrofilm einsehbar. Diese konnte ich glücklicherweise beim Institut für Zeitungsforschung Dortmund ausleihen. Mit den Quellen ergibt sich auch die geografische Einschränkung: Ich untersuche alle Genossenschaften, die in den heutigen Landkreisen Harburg, Lüneburg und Soltau-Fallingbostel in den oben genannten Zeitungen genannt wurden. Weiterhin dienen als Quelle die Akten der Genossenschaften (Genoarchiv Hanstedt und Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv) sowie die Unterlagen zu den in diesem Gebiet ansässigen land- und forstwirtschaftlichen Vereinen. Dazu gehören in erster Linie Berichte von Versammlungen, zum Teil ebenfalls aus den Zeitungen heraus fotografiert in Zeitungen und in der Datenbank verzeichnet, dazu die Protokolle der Vereine selber und Festschriften.

Zeitungsrecherchen

Bei der systematischen Recherche wurden die Jahrgänge einzeln durchgesehen und alle Hinweise im Anzeigen- und im redaktionellen Teil der Zeitungen digital fotografiert und in einer Datenbank dokumentiert. Dies waren zum überwiegenden Anteil Jahresbilanzen und jährliche Einladungen zu Generalversammlungen. Weniger oft fanden sich Berichte der Generalversammlungen, da diese nicht von einem anwesenden Redakteur geschrieben, sondern nur auf freiwilliger Basis erstellt und bei der Zeitung eingesandt wurden. Berichte über Gründungen und Auflösungen sind ebenfalls selten aber dann besonders aufschlussreich, da sie über Begleitumstände und mögliche Erfolge und Schwierigkeiten bei der Entstehung einer Genossenschaft informieren, die sich damit erstmals erschließen.

Die Anzahl der Fundstellen schwankt jahrgangswise zwischen 60 und 200, bedingt durch die tatsächlichen Aktivitäten der Genossenschaft. Aufgrund der fehlenden Jahrgänge der Winsener Nachrichten können zu vier Jahren 1890 / 1892 / 1895 / 1896 keine Aussagen gemacht werden.

Diese Zeitungsrecherchen lieferten einerseits weitere Informationen zu schon bekannten Genossenschaften und sorgten für die Entdeckung von „neuen“ Genossenschaften, also der Wiederentdeckung schon verschollener Genossenschaften im Genoarchiv Hanstedt. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich der Anteil der bekannten Genossenschaften und der Anteil der Genossenschaften mit Unterlagen signifikant erhöht. Anzumerken ist, dass dieser Zuwachs der bekannten Genossenschaften im Genoarchiv auch, aber nicht nur, auf die Auswertung der von mir durchgeführten Zeitungsrecherchen zu-

rückzuführen ist. Er fußt zudem auf die seitens des Genoarchiv durchgeführten Recherchen in den Genossenschaftsregistern im Niedersächsischen Staatsarchiv Hannover sowie auf zusätzliche Onlinerecherchen im Unternehmensregister.

Jahr 2005	2007	2010	
Bekannte Genossenschaften	300	330	420
Genossenschaften mit Unterlagen	80	125	290

Entwicklung der bekannten Genossenschaften aus den Landkreisen Harburg, Lüneburg und Fallingb. im Genoarchiv Hanstedt

GenoZA

Das neue Auswertungsprogramm GenoZA ist auf der Grundlage einer Access-Datenbank entstanden, in der zu den Fundstellen 13 Kriterien, wie Datum, Genossenschaftstyp, Inhalt, Name, Quelle etc. (siehe hierzu folgende Tabelle), aufgenommen wurden. Hinterlegte Listen in den Spalten helfen, um beispielsweise bei der Spalte Genossenschaftsnamen auch bei unterschiedlichen Schreibweisen der Genossenschaften oder Namensänderungen den Überblick zu behalten.

Mit dem Auswertungsprogramm GenoZA entstanden nun neue und erweiterte Recherche- und Auswertungsmöglichkeiten (Listen und Grafiken) im Gegensatz zur bislang praktizierten Listenauswertung. Das Programm greift so auf etwa 6500 Zeitungsfundstellen zu, welche zum Teil aus mehreren Abbildungen bestehen.

Listen

Für die qualitative Auswertung lassen sich Listen mit den Veröffentlichungen zu einzelnen Genossenschaften, zu den Genossenschaftstypen, den Veranstaltern und Rubriken filtern und ausdrucken. Hierbei können Ort und Zeit eingeschränkt werden. Die Abbildungen zu den Fundstellen sind immer angehängt und sind ebenfalls direkt zu öffnen und auszudrucken. Ohne großen Aufwand können so Informationen zu der Entwicklung einzelner Themen zusammengestellt und ausgewertet werden.

Spaltenname der Access-Datenbank (Dokumentationskriterien)	Kommentar
Schlüsselfeld (z. B. WN 1891-04-17)	Name der Abbildung ist gleichzeitig Fundstelle in der Zeitungsausgabe: in diesem Fall: 17.04.1891 in den Winsener Nachrichten
Datum	Für die zeitliche Auswertung
Genossenschaftstyp	Hinterlegte Liste z. B.: Spar- und Darlehnskasse / Molkerei / Eier- und Geflügelverkaufsgenossenschaft. Diese Einteilung in Genossenschaftstypen hilft Genossenschaften gleichen Typs zu untersuchen.
Rechtsform eG	eingetragene Genossenschaft oder nicht
Status	(z. B. eGmbH oder eGmuH)
Ort	Hinterlegte Liste für die räumliche Zuordnung
Name der Genossenschaft	Hinterlegte Liste hilft bei unterschiedlichen Schreibweisen und Namensänderungen
Bemerkungen	Hinterlegte Liste (z. B. Auflösung, Gründung, Namensänderung...)
Veranstalter	Hinterlegte Liste (z. B. Landwirtschaftliche Vereine und andere Organisationen, auf deren Versammlungen z. B. Genossenschaften thematisiert werden)
Rubrik	Hinterlegte Liste Verschlagwortung des Fundstellenthemas, wenn es sich nicht um eine Genossenschaft handelt (z. B. Energie, Feldbestellung, Kartoffel)
Inhalt	Thema der Fundstelle
Quelle	Fundort und Zeitungsname
Veröffentlichungsform	Bericht oder Anzeige

Grafiken

Für die quantitative Auswertung lassen sich in einer zweiten Maske die Veröffentlichungen von einzelnen Genossenschaften, von Genossenschaftstypen und die Gründung und Auflösung von Genossenschaften in Abhängigkeit von Zeit und Ort in Form von Grafiken sichtbar machen.

Genossenschaftstypen

In der Datenbank finden sich für den Zeitraum 1890 – 1930 Fundstellen zu 103 Genossenschaften im Landkreis Harburg, 19 Genossenschaften im Landkreis Lüneburg und 58 Genossenschaften im Landkreis Soltau-Fallingb. Diese lassen sich in 29 Genossenschaftstypen klassifizieren: Bau / Bau + Spar / Bezug + Absatz / Elektrizität / Fischerei / Geflügelzucht- und Eierverkauf / Handwerk / Hausrat / Imker / Kartoffelabsatz / Kartoffelflocken / Konsum / Konsum, Bau + Spar / Kraftwagen / Krankenpflege / Löscher + Ladeplatz / Milchverarbeitung / Molkerei / Molkerei + Müllerei / Obstverwertung / Reit + Fahrschule / Saatzucht / Schweinezucht / Viehverkauf / Viehverkauf + Produktion / Viehverwertung / Viehweide / Wasserleitung

Genossenschaftstyp	Landkreis Harburg	Landkreis Lüneburg	Landkreis Soltau-Fallingb.
Bezug + Absatz	16	3	6
Kartoffelflocken	0	0	3
Wasserleitung	28	0	0

Hier zum Beispiel die Verteilung von drei Genossenschaftstypen in den Landkreisen für den Zeitraum 1890-1930.

Auswertung

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Zeit des aufblühenden Genossenschaftswesens. Besonders ab 1890 entstehen vor allem in den ländlichen Regionen diverse Genossenschaftsarten. In der Region der Lüneburger Heide werden im Untersuchungszeitraum (1890 – 1930) außerordentlich viele Genossenschaften gegründet. Es drängt sich die Frage auf, warum gerade in der Lüneburger Heide die Modernisierung auf Grundlage der gemeinschaftlichen Selbsthilfe flächendeckend versucht wurde. So ist doch Lüneburger

Heide eine Region mit einer besonders schwierigen Ausgangslage zum Ende des 19. Jahrhunderts. Sie ist gekennzeichnet durch eine abgeschiedene Lage und sehr karge Bodenverhältnisse.

Im Folgenden stelle ich die Themenkreise vor, mit denen ich mich im Rahmen meiner Dissertation beschäftigen werde, d.h. ganz konkret an denen ich die Möglichkeiten und Grenzen meines neuen Auswertungswerkzeugs prüfen möchte.

Themenkreise

Lassen sich Gesetzmäßigkeiten bei der Gründung und Auflösung von einzelnen Genossenschaftstypen beobachten? Sind Gründungswellen von verschiedenen Genossenschaftstypen zu erkennen? In welcher Reihenfolge wurden die verschiedenen Genossenschaftstypen in einem Ort gegründet? Gab es wiederkehrende Muster? Manche Themen wie Molkerei, Geflügel- und Eierverkauf schienen gleichsam „in der Luft“ zu liegen, sie werden in manchen Zeiten öfter von den Zeitungen thematisiert und oftmals schließt sich daran eine Gründung des bestimmten Typs.

Grafik zu den Gründungen von Bezugs- und Absatzgenossenschaften der drei Landkreise Harburg, Lüneburg und Soltau-Fallingbostel

Wer gründete Genossenschaften und warum? Welche Beweggründe gab es bei der Gründung von Genossenschaften, welcher Personenkreis übernahm die Führung, welcher Personenkreis schloss sich an und wurde Mitglied? Thematisiert werden sollen die Rolle der genossenschaftlichen Wanderprediger und der Rolle des Staates bei den Genossenschaftsgründungen, den Landwirtschaftlichen Vereinen, aus denen heraus sehr viele Genossenschaften entstanden sind und die zum Teil in Personalunion geführt wurden. Wichtig erscheinen dabei ebenso die Landwirtschaftsschulen als Wegbereiter der Genossenschaften.

Ergebnismaske in GenoZA: Bei der Gründung des Kartoffelsaatbauvereins Kreis Fallingbostel ist eine entscheidende Beteiligung des Land- und forstwirtschaftlicher Vereins Ahlden WZ 1919-12-19 zu beobachten. Nutzer des Programm können dazu die betreffende Abbildung aufrufen.

Lassen sich tief greifende Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Situation auf dem Land an den Aktivitäten der Genossenschaften ablesen (i. Weltkrieg, Inflationszeit 1924) und sich so die Genossenschaften als Katalysatoren der Wirtschaft begreifen? Am Beispiel der Flockenfabrik Walsrode wird der Problembereich schnell deutlich: die Genossenschaft wurde kurz vor

Anfang des 1. Weltkrieges gegründet, konnte dann aber nicht in Produktion gehen. Die Lebensmittel wurden während des Krieges knapp und daher war es gesetzlich verboten Lebensmittel in Futter, also in dem Fall Kartoffelflocken, zu verarbeiten.

Wie veränderte sich das Landschaftsbild mit den Neuerungen, wie der Einsatz künstlicher Düngemittel, Wasserleitungen, Elektrizität, die durch die Genossenschaft eingeführt und deren Verbreitung vorangetrieben wurden? Mit den beiden Zeitungen aus Walsrode und Winsen habe ich jeweils eine Zeitung der Marsch und der Heide ausgewählt. So lassen sich die Genossenschaftsentwicklungen der beiden Regionen für den gleichen Zeitraum gegenüberstellen und Gegensätze sowie Gemeinsamkeiten thematisieren.

Ich hoffe zu allgemein gültigen Aussagen zur Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens und den sozialen und wirtschaftlichen Folgen ihres Wirkens in den benannten Regionen auf dem Land zu kommen.

Literatur

Bauert-Keetman, Ingrid (1970): Raiffeisen – Verwirklichung einer Idee. Tübingen.

Bittner, Gertrud (o. J.): Dr. Gustav Marchet. Diss. Univ. Wien (1950).

Brazda, Johann; Blisse, Holger (2010): „Einen kräftigen Bauerstand erhalten“ – Zu Friedrich Wilhelm Raiffeisens Verhältnis zur Hilfe durch den Staat. In: Raiffeisenzeitung, Nr. 22 (03.06.), S. 14.

Bruckmüller, Ernst; Werner, Wolfgang (Hrsg. im Auftrag des Österreichischen Raiffeisenverbandes) (1998): Raiffeisen in Österreich – Siegeszug einer Idee. St. Pölten.

Czaika, Philipp (2008): Mitgliederförderung in Raiffeisen-Lagerhausgenossenschaften – Die Entwicklung eines modernen Förderansatzes. Wiener Studien des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen, Neue Folge, Bd. 16. Wien.

Faust, Helmut (1977): Geschichte der Genossenschaftsbewegung – Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung in England, Frankreich und Deutschland sowie ihre weitere Entwicklung im deutschen Sprachraum. 3. Aufl., Frankfurt am Main.

Klein, Michael (1997): Leben, Werk und Nachwirkung des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) – Dargestellt im Zusammenhang mit dem deutschen sozialen Protestantismus. Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, Bd. 122. Köln.

- Koch, Walter (1986): F. W. Raiffeisen – Briefe 1875 – 1883. Wien.
- Koch, Walter (1988): F. W. Raiffeisen – Dokumente und Briefe 1818 – 1888. Wien.
- O. V. (2010): Ausweg aus der Schuldenfalle – Vor 125 Jahren wurde in Österreich die Gründung von Genossenschaften ermöglicht. In: Raiffeisenzeitung, Nr. 18 (06.05.), S. 2.
- Werner, Wolfgang (o. J.): 100 Jahre Raiffeisen in Niederösterreich 1886 – 1986 – Vom Eindringen einer Idee bis zu deren Verwirklichung. O. O.
- Werner, Wolfgang (1988): Raiffeisenbriefe erzählen Genossenschaftsgeschichte – Die Frühzeit der Raiffeisen-Organisation an Hand der Briefe von Raiffeisen an Marchet (1872-1884). Wien.
- Werner, Wolfgang (1993): Zur Vorgeschichte der österreichischen Raiffeisenbewegung. Forschungen zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialgeschichte, Bd. 2. Frankfurt am Main u. a.
- Werner, Wolfgang (2005): Auf der Straße des Erfolges – Zur Geschichte der österreichischen Raiffeisenbewegung von kleinen Ortsgenossenschaften zu international tätigen Netzwerken. Kooperation und Wettbewerb, Bd. 4. München, Mering.

„Das Netz muss engmaschig sein“

Die Kreditabteilungen (Bankabteilungen) der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften

(VdgB-BHG) in der DDR in der Zeit von 1950 bis 1990²

Nachdem aufgrund der Verordnung über die Gründung der Sächsischen Landesbank vom 14. August 1945 alle bestehenden Banken sowie die Reichsbankanstalten in Sachsen schließen mussten,³ erfolgte kurze Zeit darauf die Wiedenzulassung von landwirtschaftlichen Genossenschaften (einschließlich Kreditgenossenschaften) um die Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung zu überwinden.⁴

Insgesamt rund 6.300 Kreditgenossenschaften auf dem nachmaligen Gebiet der DDR, die im ländlichen Bereich tätig waren, nahmen somit ihren Geschäftsbetrieb umgehend auf. Der überwiegende Teil dieser Banken hatte neben den Bankabteilungen auch noch eine Warenabteilung und konnte u.a. durch diese Kombination die Zeit bis 1945 durchstehen. Die selbständige Weiterarbeit war jedoch bereits in dieser Zeit stark eingeschränkt. Denn mit der Verordnung über die „Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe“ auf der Grundlage der „Verordnung zur Bodenreform“ der SMAD vom 10. September 1945 wurden bereits die ersten Weichen dafür gestellt, dass die Genossenschaften zwar weiterhin arbeiten konnten, aber in das System der Überwachung und Kontrolle der SMAD (und später der DDR) eingebunden werden.

1 Pressesprecher Dresdner Volksbank Raiffeisenbank, Dresden 2010.

2 dieser Aufsatz basiert auf: Dieter Hoefler, Zum 100. – Die Geschichte der Dresdner Volksbank Raiffeisenbank und der genossenschaftlichen Banken in Dresden, Freital und Dippoldiswalde, Hrsg. Dresdner Volksbank Raiffeisenbank, Dresden 2010; hier können jedoch nur einige Eckpunkte der Entwicklung dargestellt werden.

3 Grundlage war der Befehl Nr. 10 der SMAD vom 23. Juli 1945.

4 20. November 1945; die Volksbanken wurden am 28. Januar 1946 wieder zugelassen.

Beginnende Umwandlung der ländlichen Genossenschaften in Dorfgenossenschaften ab 1947

Bereits ab ca. 1947 wurde auf die bestehenden ländlichen Genossenschaften eingewirkt, sich in Dorfgenossenschaften umzuwandeln. Vor dieser Umwandlung bestanden in Sachsen um 1947 noch 56 rein ländliche Kreditgenossenschaften mit 15.655 Mitgliedern und 361 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, die insgesamt 51.551 Mitglieder hatten.⁵ Die Grundlagen für die Umwandlungen wurden auf dem Kongress der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Berlin am 16./17. März 1949 geschaffen. Die bisher noch bestandene Vielfalt im ländlichen Bereich (Großbauern, Neubauern, landwirtschaftliche Genossenschaften mit Kredit- und Warenanteil, landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften) war den Verantwortlichen ein Dorn im Auge: »Die teilweise sehr unterschiedliche vorhandene Organisationsform im landwirtschaftlichen Genossenschaftssektor der Zone bedingt zu ihrer Vereinheitlichung eine möglichst zonale Durcharbeitung der Kongreßentschlösungen mit ihren Zielsetzungen sowohl in den wirtschaftlichen und politischen Aufgaben als auch in den Aufbau- und Reorganisationsfragen.«⁶

Auch die Ziele wurden deutlich formuliert: Teilung oder Zusammenlegung von Genossenschaften, Gründung von Dorfgenossenschaften, Gründung von Kreisgenossenschaften, Gebietsabgrenzungen. Dass dabei die zentralen Vorgaben nicht in Frage gestellt werden durften, zeigt folgende Aussage: »Die Landeszentralen haben weiterhin die Verpflichtung, bei falscher Auslegung der Beschlüsse oder in Weigerungsfällen für eine richtige Durchführung mit zweckentsprechenden Maßnahmen Sorge zu tragen.«⁷ Es sollte ein geschlossenes Netz von Dorfgenossenschaften entstehen, das ungefähr ein Gebiet von 800 bis 1000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche umfasst, als Ausgangspunkt für ein neues Leben auf dem Lande. Etwa zwei Dörfer sollten eine Genossenschaft umfassen. »Das Netz muß engmaschig sein.«⁸

Jede Dorfgenossenschaft sollte als Universalgenossenschaft auftreten, d. h., die klassischen Bankgeschäfte (Geldanlage, Kreditausreichungen) waren grundsätzlich integriert. »Eine Genossenschaft kann ohne gesetzliche Gründe nicht gezwungen werden, sich aufzulösen, es sei denn, daß die Generalversammlung dieses beschließt. Es ist auch unnötig, eine neue Dorfgenossenschaft zu gründen, wenn im gleichen Dorfe eine Raiffeisenkasse oder sonstige

5 zu BHG/VdgB siehe: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SHStA) 11513, hier: Nr.12.

6 SHStA 11513 (Nr. 25), hier: Richtlinien für den Aufbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der sowjetisch besetzten Zone, Hrsg. Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands, Deutscher Bauernverlag Berlin 1949 (vor dem 15.6.1949), Faltblatt A4.

7 ebenda.

8 ebenda.

Genossenschaft besteht. In solchen Fällen ist lediglich eine Umwandlung erforderlich. (...) Die formale Erledigung der Umwandlung geschieht am einfachsten durch die Annahme des neuen Musterstatutes für Dorfgenossenschaften ...«⁹ in der Generalversammlung. Die Zielvorgaben sahen vor, dass 100 Prozent der Bauern eintreten, Verweigerungen waren dem Landesprüfungsverband unverzüglich zu melden. Zum einen versuchte die Zentrale, in ihren Weisungen demokratische Spielregeln nicht anzutasten (eine Genossenschaft kann nicht aufgelöst werden), zum anderen aber wurden die Einführung des Musterstatutes festgelegt und Zwangsmaßnahmen ausgesprochen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft hatte schon längst begonnen.

Bei Zusammenlegungen von Genossenschaften stand die Zusammenlegung des Geld- und Warengeschäftes als Hauptaufgabe, damit die Zusammenfassung von Bezug und Absatz und Geldverkehr/ Kreditausreichungen gewährleistet waren. Die Ereignisse in diesen Jahren überschlugen sich jedoch. Nur ein Jahr später wurden schon wieder neue zentrale Richtlinien für die Arbeit auf dem Lande erlassen. Die Genossenschaften, die sich gerade erst gegründet hatten, zusammengelegt oder umgewandelt worden waren, mussten sich mit den Arbeitsgemeinschaften der VdgB zusammenschließen und die »Arbeitsgemeinschaft VdgB – Genossenschaft« bilden, aus der dann in kürzester Folge die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe – Bäuerliche Handlungsgenossenschaften (kurz: BHG) entstanden.¹⁰

Die Aufgaben der BHG im Warenbereich bestanden vor allem in der vorrangigen Versorgung der Landbevölkerung und der landwirtschaftlichen Betriebe (Einzelbauern, LPG) mit Waren des ländlichen Bedarfs und Produktionsmitteln. Sie errichtete aber auch vielfältige Gemeinschaftsanlagen, wie Bauhöfe oder später dann Agrochemische Zentren (ACZ). Die Hauptaufgabe im Bankbereich bestand in der Annahme von Spareinlagen der Bevölkerung, der privaten und geschäftlichen Kontoführung und der Gewährung von Krediten (vor allem an Firmen). Finanziert wurden Ställe und Gebäude, landwirtschaftliche Maschinen, Infrastruktur (u.a. Wirtschaftsstraßen, öffentliche Wege, Gleisanschlüsse und Märkte) aber auch Saatgut, Genossenschaftswohnungen, Dünger, Antennenanlagen und Kläranlagen. Über allem stand jedoch die politisch-ideologische Erziehung der Bevölkerung.

⁹ *ebenda*.

¹⁰ *ebenda* (Nr. 24) hier: *Anweisung für die Arbeitsgemeinschaft VdgB – Genossenschaft*, Hrsg. Landesverband der VdgB Sachsen und Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Dresden um den 1.3.1950, Faltblatt.

Probleme in der täglichen Arbeit nach 1950

Das geforderte flächendeckende Netz musste natürlich auch in dem vom Autor untersuchten Gebiet geschaffen werden.¹¹ Obwohl die Bestandsübersicht der Dorfgenossenschaften bzw. BHGs zurzeit um 1950 bereits 42 Genossenschaften erfasst, ist sie wahrscheinlich noch nicht vollständig: Davon waren zwölf BHGs Nachfolger von Genossenschaftsbanken und 30 BHGs (vermutlich) echte Neugründungen.

Mit der Gründung wurden mehrere Ziele verfolgt. Man hatte vor allem die Kontrolle darüber, was in den Orten passiert, was die einzelnen Bauern anbauen und ernten. Neubauern wurden Boden und Grundstücke zugewiesen und Vieh bereitgestellt. Man ermittelte den Kreditbedarf, um Klein- und Mittelbauern zielgerichtet Kredite gewähren zu können. Als einer der ersten Schritte in Richtung Kollektivierung wurden die Gemeinschaften mit Personen besetzt, die im Interesse der SMAD und der 1946 aus der KPD und SPD hervorgegangenen SED agierten und deren Parteilinie propagierten. Aber auch Mitglieder des FDGB und des im April 1948 gegründeten DBD wurden anfangs für Führungsaufgaben gewählt bzw. eingesetzt.

Nachdem die Dorfgenossenschaften um 1950 in die neu geschaffenen BHGs umgewandelt bzw. überführt worden waren, gab es vor allem Anfang der 1950er Jahre große Probleme bei der Leitung der Einrichtungen, nicht zuletzt auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Situation in der DDR. Es gab kaum Prüfungen des Bezirksvorstandes der BHG, in deren Berichten zu den einzelnen BHGs vor Ort nichts beanstandet wurde.¹² So gab es Probleme, weil Mitarbeiter plötzlich in den Westen gezogen waren, darunter auch leitende Angestellte. Mitarbeitern musste kurzfristig gekündigt werden, weil es Unregelmäßigkeiten in der Abrechnung gab. Die Berichte sprechen von Fahrlässigkeit und Unehrllichkeit. Dies hatte wiederum zur Folge, dass Fachkräfte fehlten. Des Öfteren traten Verluste im Warengeschäft auf, die auf Diebstahl, falsche Buchungen und falsche Warengaben zurückzuführen waren. Inventurdifferenzen waren an der Tagesordnung, ebenso wie falsche Kassenabrechnungen und Unregelmäßigkeiten bei Erstellung der Jahresbilanzen. Krasse Probleme wurden z. B. 1953 in Hermsdorf/E. aufgezeigt, wo Geld, Überweisungen und Belege in Briefumschlägen und Zigarrenkisten im Kassenschrank aufbewahrt worden waren. Außerdem kam es vor, dass Mitgliederlisten der Genossenschaft unvollständig geführt, Mitgliederbeiträge gar nicht oder nur teilweise entrichtet wurden. Die Kredit- und die Einlagengeschäfte der Bankabteilungen der BHGs waren überall auf niedrigem Ni-

¹¹ die ehemaligen, bis 1994 gültigen Kreise Dippoldiswalde und Freital (beide südlich von Dresden).

¹² SHStA 11514, hier: Nr. 212, 215, 321.

veau und betrogen meistens nur einige Tausend Mark. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass Kredite nur dann ausgezahlt würden, wenn die Antragsteller alle ihre Konten bei der BHG führten und nicht, wie vielfach üblich, auch bei anderen Banken bzw. der Sparkasse. Viele Bürger hatten aber Angst, ihr Geld bei den kleinen BHGs zu deponieren. Zum einen war es eine Frage der Sicherheit, zum anderen machte man sich darüber Gedanken, ob da nicht das Dorf am Ende wüßte, wie viel Geld man besitzt. Ein Zeitzeuge: »Wenn hier einer sein Geld zur Bank brachte, machte das schnell die Runde im Dorf.« Denn die Büroräume entsprachen in vielen Fällen nicht den Anforderungen zur Wahrung des Bankgeheimnisses. Die BHGs benötigten aber die Einlagen der Kunden, um Kredite auszureichen zu können. Teilweise wurde auch gegen geltendes Recht und buchhalterische Regeln verstoßen, wenn z. B. Kreditanträge nicht vom Vorstand genehmigt oder erst nach Auszahlung des Kredits ausgestellt worden waren. Überziehungen von Nichtmitgliederkonten und Mitarbeiterkonten wurden ohne weiteres zugelassen. Viele dieser Probleme führten dazu, dass die einzelnen BHGs nicht mehr rentabel arbeiteten und als Ausweg Zusammenschließungen und Verschmelzungen vorgenommen werden mussten.

Für die Leitungen der BHGs stellte sich, neben der Materialversorgung, die Arbeitskräftesituation als Hauptproblem dar. Immer wieder wurde festgestellt, dass die Prüfungen durch den Kreis sehr theoretisch und die Vorschläge zur Arbeit in den Genossenschaften praktisch kaum durchzuführen waren und vor allem viel ehrenamtliche Arbeit verlangten. So stellte man 1952 für Hartmannsdorf fest: »Aus Gründen der Rentabilität entlohnte die BHG die Arbeitskräfte mit 228,- [M] wodurch die Arbeitslust stark zurückgedrängt wurde, sodaß beide Angestellte kündigten. « Und bei Reichstädt musste man feststellen: »Das bisherige Personal ist durch die Aufarbeitung der Rückstände erschöpft und nicht fähig, weiter Überstunden zu leisten, ohne die Gesundheit zu gefährden.«¹³

Konzentration zwischen 1950 und 1960

Am 17. Juni 1953 kam es in vielen Städten der DDR, darunter auch in Dresden, zu massiven Protesten, Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Politik der Regierung. Inwieweit es in den Kreisen Dippoldiswalde und Freital ebenfalls zu derartigen »Ausschreitungen« kam, wie die Vorfälle von den Verantwortlichen der Bezirksdirektion genannt wurden, ist derzeit nicht zu recherchieren. Zumindest in den Situationsberichten dazu, betreffend die

¹³ ebenda, hier: Nr. 212/4.

Einrichtungen der BHGs in den genannten Kreisen, ist davon nichts erkennbar. Es brannten weder Scheunen und Schuppen, noch gingen Bauern auf die Straße. Eher ging es um den Kampfplan zur verlustlosen Einbringung der Ernte und die Zurückverlagerung der Geldgeschäfte von der Bauernbank auf die BHGs.¹⁴ Wahrscheinlich wurden nach 1950 die Bankgeschäfte auf die Bauernbank verlagert. Das würde zum Teil auch erklären, weshalb die BHGs in dieser Zeit trotz vielfältiger, langjährig gewachsener Strukturen nur geringe Einlagen und ein schwaches Kreditgeschäft verzeichnen konnten.

Dass der Verband aber auch massiv in das Leben der Genossenschaft eingriff, ist aus folgendem Beispiel ersichtlich. In Liebenau wurden der Vorstand und die Revisionskommission durch den Kreisvorsitzenden aufgelöst, da sie es ablehnten, keine Großbauern in die Leitungen zu wählen. Hilfe vom Kreis konnte auch kaum erwartet werden, wenn es um die materielle Ausstattung ging. So wurden Ersatzteile für Autos und andere Technik im Westen »schwarz« besorgt. Obwohl sich die BHGs zu helfen wußten, wurden sie zur Rechenschaft gezogen. Ohne die Ersatzteile hätten sie aber die vorgegebenen Ziele nicht erreichen können, denn vom Kreis gab es keine Bilanzanteile. Bis Mitte/Ende der 1950er Jahre gab es weitere Zusammenschlüsse. Dies alles genügte jedoch nicht, denn 1959 wurde von zentraler Stelle aus Berlin noch einmal auf die Zusammenschlüsse hingearbeitet. »Zusammenlegungen von BHG sind durchzuführen, wenn entsprechend den gegebenen örtlichen Bedingungen die Aufrechterhaltung der Tätigkeit von BHG ökonomisch und politisch nicht mehr vertretbar ist. Dabei kommt es darauf an, die politische Situation in den betreffenden Dörfern zu analysieren, die Vorschläge und Wünsche der werktätigen Bauern und der übrigen Dorfbevölkerung auszuwerten, eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen der Staatsmacht herzustellen und zu gewährleisten, daß die handelstechnische und finanztechnische Betreuung der Bauern und der gesamten Landbevölkerung verbessert wird.«¹⁵ Auch dies war ein Hinweis darauf, dass die Genossenschaftler selbst kaum noch eigenen Spielraum in der Gestaltung ihrer Genossenschaft hatten. Die ökonomischen Zwänge waren fast immer nachvollziehbar, aber die Formulierung »politisch nicht mehr vertretbar« zeigt deutlich die Einflussnahme des Staates. Den Kreisverbänden ist dabei nur bedingt ein Vorwurf zu machen, denn die politische Verantwortung trug der Bezirksverband, der nach Zustimmung des Rat des Kreises, der Kreisleitungen der SED, des LPG-Beirates, der BHG selbst und des Kreisvorstandes der BHG die Zusammenlegung genehmigte. Es genehmigte also jenes Organ die Zusammenlegung, das sie im Vorfeld angewiesen hatte. Mit demo-

¹⁴ *ebenda*, hier: Nr. 86.

¹⁵ VdgB-Zentralvorstand (Zweite Anleitung über Zusammenlegungen von Bäuerlichen Handelsgenossenschaften), Berlin 20.11.1959 – basierend auf einer Anleitung vom 30.6.1953.

kratischen Regeln hatte dies nichts zu tun. Ende 1959 bestanden noch 13 BHGs im Untersuchungsgebiet, 1962 dann nur noch neun.

Politisch-ideologische Arbeit als wichtigster Bestandteil der täglichen Arbeit

Auch nach 1962 wurde viel Wert auf die politische Einstellung der hauptamtlichen BHG-Mitglieder gelegt. Immer wieder stellte man fest, dass zwar eine gute fachliche Arbeit geleistet werde, es in politisch-ideologischer Sicht es jedoch noch viel Nachholbedarf gebe. So sahen es zumindest die Verantwortlichen der Verbände in den Kreisen und im Bezirk Dresden. Altenberg: »In der BHG wird die Meinung vertreten, daß auf Grund der vielen fachlichen Arbeit keine Zeit für politisch-ideologische Arbeit [und deren] Auseinandersetzungen vorhanden sei. Der Grund jedoch dürfte in der Einstellung der genannten Kollegen liegen.«¹⁶ Höckendorf: »... daß der Hauptbuchhalter und Handelsleiter kirchlich stark gebunden sind. Wobei der Handelsleiter Kirchenvorstandsvorsitzender ist. Er leistet eine gute fachliche Tätigkeit, wird aber in massenpolitischer Hinsicht nicht wirksam. «Aber auch positive Beispiele wurden angesprochen: Bärenhecke: » Positiv wirkt sich hier das Bestehen einer Betriebs-Partei-Organisation der SED aus. « Hermsdorf/E.: »Dabei versteht es der...BHG-Leiter ... die Politik mit der Ökonomie zu verbinden.« Die Leiter der BHG Dippoldiswalde, Bärenhecke, Hermsdorf/E., Lauenstein und Schlottwitz behandeln regelmäßig als Tagesordnungspunkt 1 politisch-ideologische Probleme. « Es wäre ja auch ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, alles nur negativ darzustellen, zumal der Kreis sich selbst in Frage hätte stellen müssen. Dabei wurde nicht mit Kritik – manchmal sehr deutlicher – am Bezirk gespart: »Die ungenügende politische Qualifizierung, insbesondere der Hauptbuchhalter und Handelsleiter ist ein Verschulden des Sekretariates, da bisher ... keine regelmäßigen Schulungen durchgeführt wurden. Dem Bezirksvorstand ist dringend zu empfehlen, im Winterhalbjahr wieder Kurzlehrgänge durchzuführen.«

Die BHGs waren in das städtische Bankenwesen der DDR integriert. Dabei wurden die BHGs vor Ort in einer Kreisdirektion zusammengefasst. Mehrere Kreisdirektionen ergaben eine Bezirksdirektion; die Bezirksdirektionen unterstanden wiederum dem Zentralvorstand.¹⁷

¹⁶ 23.1.1962 Kreisvorstand Dippoldiswalde an den Bezirksvorstand; SHStA 11514, hier und in den folgenden Zitaten.

¹⁷ 1990 bestanden 272 BHGs (mit 6.800 Verkaufseinrichtungen, 2.800 Bankstellen, 3.500 Ausleibstützpunkte), ca. 200 Kreisdirektionen und 15 Bezirksdirektionen.

Vereinheitlichung des Bankgeschäftes um 1970

Wie ging damals das Bankgeschäft praktisch vonstatten? Betrachtet man das Privatkundengeschäft, gab es keine wesentlichen Unterschiede zur Kontoführung in den Sparkassen der DDR. Man musste nicht unbedingt Mitglied bzw. Angestellter der BHG, der LPG, einer GPG oder einer anderen landwirtschaftlichen Einrichtung sein, um seine Konten »auf dem Dorfe« zu führen.

Werbung wurde dafür jedoch nicht gemacht, zumal es die staatlichen Organe nicht unbedingt als erstrebenswert ansahen, dass gerade genossenschaftliche Banken über überdurchschnittliche Einlagen verfügten. Sparkonto, Girokonto, Spargirokonto, Teilnahme am Freizügigkeitsverkehr, Ausstellung von Schecks zur Barzahlung bzw. zur Verrechnung – alles das gab es ebenso.

Eine der Hauptaufgaben der Bank war die Auszahlung von Lohngeldern. Die BHG-Mitglieder sowie die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erhielten anfangs zweimal pro Monat ihren Lohn in der Lohntüte: am 15. des Monats einen Abschlag und am 30. dann das Restgeld. Lagen Feiertage an, wurden die Zahltage nach vorn verschoben. Diese wurden dann zentral festgelegt. Die Auszahlung von Prämien wie Jahresendprämien, Kampagnenprämien, Sonderprämien in der Erntezeit oder Prämien im Rahmen der Neuererbewegung wurden ebenfalls übernommen. Mit Umstellung der Abrechnung auf EDV sollten Lohngelder dann direkt auf das Giro- bzw. Spargirokonto überwiesen werden, um Zeit und Kosten einzusparen. Das scheiterte jedoch vielfach, da die Arbeiter und Angestellten ihren Lohn immer noch bar erhalten wollten. Der Kompromiss sah dann vor, dass der Abschlag bar ausgezahlt wurde und der Rest per Überweisung auf das Konto kam. Die BHGs hatten wiederum ihre Konten bei den BLN und refinanzierten sich über diese, wenn die eigenen Einlagen nicht ausreichten bzw. die Grundsätze des Bankgeschäftes dies vorsahen. Die Aufbauorganisation der BLN war ähnlich der BHG-Organisation und umfasste Kreis- und Bezirksdirektionen und einen Bundesverband, sodass jeweils die einzelnen Ebenen der BHG und der BLN miteinander arbeiteten.

Da in der BHG immer nur ein kleiner Kassenbestand vorhanden war, mussten größere Beträge, die ausgezahlt werden sollten, vorher bei der BLN angemeldet werden. Das Geld wurde dann von einem Boten der BHG abgeholt, ohne Begleitschutz oder Polizei. Wenn Not am Mann war, übernahmen das auch der BHG-Vorsitzende oder der Hauptbuchhalter selbst, wie ein Zeitzeuge berichtete. Da ging es anfangs mit dem Motorrad und dem Rucksack auf dem Rücken zur BLN, und das bei Wind und Wetter.

Einbrüche in Bankabteilungen der BHGs versprachen bei den kleinen Kassenbeständen kaum größeren Erfolg. Trotzdem versuchten es Anfang der 70er Jahre einmal zwei Personen in der BHG Lauenstein. Nachdem sie jedoch am Tresor gescheitert waren, untersuchten sie die Räume. Kleidungsstücke, einige Bockwürste und eine Intarsienarbeit, ein Wandbild mit russischem Motiv, waren die ganze Beute. Zu guter Letzt wurden die Diebe sogar geschnappt.

Große BHGs hatten für ihren Bankbereich einen oder sogar zwei hauptamtliche Mitarbeiter. In den kleinen übernahm die Arbeit eine Kollegin oder ein Kollege, immer entsprechend dem Arbeitsanfall. Wurden Lohnelder bearbeitet, kamen eben einfach noch weitere Kollegen hinzu. Im Geschäftskundenbereich sah es ebenfalls nicht anders aus. Geldein- und auszahlungen wurden an der Kasse vorgenommen. Bei größeren Beträgen ging es direkt zur BLN. Das Kreditgeschäft wurde meistens vom BHG-Leiter und dem Hauptbuchhalter bearbeitet, im Zusammenhang mit der BLN, da die Hauptfinanzierung bei größeren Krediten über die BLN lief. Kredite wurden nur dann genehmigt, wenn der Kreisverband und die Kreisleitung der SED zugestimmt hatten. Investitionskredite waren vor allem deshalb zustimmungspflichtig, da für die vorgesehene Investition auch Bilanzanteile bereitgestellt werden mussten. Wenn für einen Neubau weder Holz, Zement, Elektrokabel oder andere Baustoffe vorhanden waren, nutzte der Investitionskredit auch nichts. Im Kreis und im Bezirk, bis hin zum Bundesverband, wurden deshalb jedes Jahr Investitionspläne aufgestellt, die die Belange aller genossenschaftlichen Einrichtungen berücksichtigen mussten. Da gab es ständig Reibereien, denn die »Decke war immer zur kurz«. Aber auch Sonderkreditaktionen wurden über die BLN durch die BHGs realisiert. Vor allem in den 50er und 60er Jahren mussten neben den normalen Investitionskrediten und den Umlaufmittelkrediten, die für Dünger und Saatgut verwendet wurden, Sonderkreditaktionen begleitet werden. Die Älteren erinnern sich bestimmt noch, unter welchen Schlagworten diese propagiert wurden. Da gab es das »Quadratnestpflanzverfahren« im Kartoffelanbau und die einseitige Orientierung auf den Mais als die »Wurst am Stengel«. Als in Liebenau ein »Rinderoffenstall« gebaut werden sollte, verweigerte die BHG gemeinsam mit der BLN des Kreises die Kreditvergabe. Diese übernahm dann der Bezirk, weil er sich nicht gegen Parteibeschlüsse stellen wollte. Als die Kühe in einem kalten Winter teilweise anfroren, wurden Schuldige gesucht, obwohl aus fachlicher Sicht schon vorher vieles gegen diesen Stalltyp gesprochen hatte. Alle Aktionen hatten ihre Grundlagen und Vorbilder in der sowjetischen Landwirtschaft, denn auch hier hieß es: Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen.

Vorgeschrieben wurde ebenfalls, dass die freien Gelder der Bank nur bei der Staatsbank, zu einem genau festgelegten Zinssatz, angelegt werden durften. Die Genossenschaftsbanken erhielten jedoch 0,5 Prozent Zinsen weniger als alle anderen Banken und Sparkassen. Auch bei der Gewinnausschüttung (Rendite) an die Mitglieder gab es staatliche Vorgaben. Maximal vier Prozent durften es pro Jahr sein. Die Vereinheitlichung des Banksektors ging immer weiter voran. Nicht nur, dass die Höhe der Kreditzinsen vorgegeben wurde, auch im Giro- und Sparbereich wurden einheitliche Zinssätze eingeführt. Es ging soweit, dass täglich verfügbare Girokonten mit dem gleichen Zins von drei, später mit 3,25 Prozent verzinst wurden, ebenso wie Sparbücher.

1962 konnte noch aus verschiedenen Sparformen gewählt werden. Spareinlagen mit verschiedenen Kündigungsfristen (und dadurch unterschiedlichen Verzinsungen), Prämiensparen, Obligationen und Inhaberspareinlagen wurden angeboten. Bereits zehn Jahre später gab es nur noch das Sparkonto mit Sparbuch.

Bedeutungsverlust in den 1970er und 1980er Jahren

1989 führten die DDR-Bürger zu 90 Prozent ihre Privatkonten bei der Sparkasse, zu ca. sechs Prozent bei den Genossenschaftskassen und nur noch zu ca. vier Prozent bei den örtlichen BHGs. Die BHGs im Untersuchungsgebiet verloren von 1950 bis 1989 ca. 2/3 ihrer Privatkunden.¹⁸

Als Ursachen können sechs Gruppen ausgemacht werden:

Persönliche Bindungen

Die Bankmitarbeiter der BHGs um 1950 waren vielfach Mitarbeiter, die bereits vorher Bankangestellte waren und auch im gleichen Dorf wohnten. Es bestanden vielfältige, vor allem langjährige persönliche Bindungen zwischen Mitarbeiter und Kunden. Diese gehen jedoch im Laufe der Jahrzehnte zurück. Vielfach wurde aber auch gerade Anonymität nachgefragt, damit nicht jeder im Dorf um die finanzielle Situation des Einzelnen wusste.

Bankbetrieb

Der Bankbetrieb wurde anfangs auch außerhalb der Öffnungszeiten durchgeführt (persönliche Bindungen). Mit der Einführung neuer Sicherheitsstandards und der strikteren Einhaltung von betrieblichen Anweisungen beschränkte sich der Bankbetrieb zunehmend auf die Öffnungszeiten.

18 der Wert beruht auf ersten Untersuchungen und Schätzungen und muß noch weiter untersucht werden.

Mobilität

Anfangs waren die kurzen Wege auf dem Dorf wichtig. Vor allem durch schlechte Busverbindungen und nur wenige zugelassene Privat-PKW wurden die Stellen der BHGs intensiv genutzt. Mit der Zunahme der Mobilität der Landbevölkerung (Ausbau Busnetz und Einführung kürzerer Taktzeiten, Neuzulassung Privat-PKW) konnten auch Banken in der Stadt einfacher genutzt und Einkauf und Bankwege verbunden werden. Vor allem junge Leute suchen Arbeit in der Stadt und führen da auch gleich ihre Bankgeschäfte durch, leben aber weiterhin auf dem Dorf. Die nach 1980 beginnende Ausreisewelle in die BRD (vor allem im Bezirk Dresden und in Berlin) machte auch nicht Halt vor der Landbevölkerung.

Bankprodukte

Die Vielfalt der Bankprodukte nahm nach 1970 rigoros ab. Es wurden keine besonderen Produkte bei der BHG angeboten; somit war es völlig egal, bei welcher Bank man sein Konto führte und sein Geld anlegte.

Bargeldversorgung

Die Bargeldversorgung durch die BHGs war anfangs sehr wichtig. Mit der stärkeren Durchsetzung von Scheckverkehr, der Einführung der Überweisung (z.B. Lohn) wurde das Bargeld immer mehr zurückgedrängt. Die ersten Geldausgabautomaten, die ab 1986 in den Kreis- und Bezirksstädten aufgestellt wurden, gehörten alle zur Sparkasse.

Technik

Anfangs dominierte vor allem die Handarbeit. Spürbare Verbesserungen durch Einsatz von Technik wurde vor allem in den Sparkassen erreicht. Auch die Ausstattungen der BHGs (Beratungsraum, Kassenzone etc.) waren teilweise schlechter als die der Sparkassen.

Nachdem in der zweiten Jahreshälfte 1989, rückwirkend zum 1. Juli, die GBB-Kreisfilialen (vormals BLN-Kreisfilialen) auf die BHGs mittels Geschäftsübernahmeverträge übertragen wurden, konnten die nunmehr deutlich größeren BHGs sich weiter entwickeln. Innerhalb kurzer Zeit trennten sich fast überall Waren- und Bankbereich. Die Warenbereiche behielten teilweise ihre Namen und firmieren heute noch unter Bäuerliche Handelsgenossenschaft, aber ohne Bankbetrieb. Der Bankbereich wurde fast überall zur Raiffeisenbank umfirmiert, das genossenschaftliche Modell blieb erhalten. Damit endete die rund vierzigjährige Geschichte der BHGs und ihrer Bank/Kreditabteilungen.

Die ländlichen Genossenschaften in der Wende 1989/1990

Aufgrund der konträren gesellschaftspolitischen Ausgangspositionen von Bundesrepublik Deutschland und DDR waren die wirtschaftlichen Strukturen von Unternehmen und Märkten zum Zeitpunkt des Mauerfalls 1989 ebenfalls grundverschieden. Besonders gravierend waren diese Systemunterschiede im Bereich der Land- und Agrarwirtschaft. Während es im industriell-gewerblichen Sektor auf Seiten der DDR erhebliche Rückstände u. a. in der technologischen Entwicklung und der Weltmarktgängigkeit der Produkte gab, waren die Unternehmensstrukturen nicht so fundamental unterschiedlich von denen in der Bundesrepublik. Ganz anders im Agrarbereich: Neben der Verstaatlichung der landwirtschaftlichen Betriebe, die lediglich einen pseudo-kooperativen Charakter behielten, hatte sich das sozialistische Gesellschaftssystem – wie in allen Staaten des Ostblocks – bemüht, auf betrieblicher Ebene der Landwirtschaft aus gesellschaftspolitischen Gründen quasi industrielle Strukturen herzustellen.

So wirtschafteten in Ostdeutschland 4.500 LPG'en auf 6 Mio. ha, während in Westdeutschland 620.000 Familienbetriebe auf 12 Mio. ha wirtschafteten. Auch die Strukturen in der Vermarktung wiesen ähnliche Unterschiede auf. In der Bundesrepublik dominierten freiheitliche, unabhängige Genossenschaften und andere private Unternehmen diesen Sektor, während in der DDR für die rund 20 regionalen Verwaltungsbezirke jeweils volkseigene Kombinate für die einzelnen Verarbeitungsbereiche geschaffen wurden.

Eine Besonderheit gab es in der DDR: Es arbeiteten dort 270 bäuerliche Handelsgenossenschaften, 72 Molkereigenossenschaften und zwei Winzergenossenschaften, die weitgehend in die volkseigenen Kombinate integriert waren, aber auf die vor dem 2. Weltkrieg in Ostdeutschland tätigen ländlichen Genossenschaften zurückgeführt werden konnten. Darin kam zugleich zum Ausdruck, dass die systematische Industrialisierung und Vergesellschaftung

der Landwirtschaft in der DDR nie konsequent durchgeführt worden ist. Der Boden wurde – abgesehen von der Enteignung der Betriebe mit über 100 ha nach dem 2. Weltkrieg – nicht enteignet. So konnte er von den Eigentümern nach der Wiedervereinigung schnell wieder in die eigene Verfügung genommen werden.

Die beiden so unterschiedlichen Agrarsektoren der BRD und der DDR galt es nun, in kürzester Frist in dem sich abzeichnenden gemeinsamen Staatswesen zu integrieren. So wurde die DDR noch vor der staatlichen Wiedervereinigung am 03.10.1990 in agrarpolitischer Hinsicht bereits am 01.07.1990 Teil des EU-Agrarmarktes und Objekt der agrarpolitischen Regelungen in der EU. Deshalb konnten bereits ab Frühjahr/Sommer 1990 die Instrumente der EU-Marktordnungen eingesetzt werden, um die Marktverwerfungen auf dem ostdeutschen Agrarmarkt nach dem Fall der innerdeutschen Grenze aufzufangen und abmildern zu können.

Für die Umwandlung der LPG'en wurde noch von der letzten – demokratisch gewählten – DDR-Regierung als Grundlage das Landwirtschaftsanpassungsgesetz erlassen, das dann im wiedervereinten Deutschland fort galt. Folgende Prinzipien wurden dem notwendigen Umstrukturierungsprozess zugrunde gelegt:

- Gleichheit der Eigentums- und Wirtschaftsformen
- Umwandlung der LPG in eG, GmbH, AG etc. bis 31.12.1991
- Privatisierung des Bodens durch Rückgabe an die Eigentümer.

Das Genossenschaftsgesetz wurde als wichtiger Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftsgesetzgebung für die Unternehmen ebenfalls bereits am 01.07.1990 in Ostdeutschland in Kraft gesetzt und bildete damit einen wichtigen Orientierungsrahmen für diejenigen, die ihre bisherige pseudo-genossenschaftliche bzw. kooperative Arbeit in Gemeinschaftsunternehmen auch nach der Wiedervereinigung fortführen wollten. Das Interesse an Genossenschaften westlicher Prägung war gerade im ländlichen Raum mit seinen sozialistisch ausgerichteten Genossenschaften besonders groß. Verschiedentlich gab es noch Erinnerungen an die Arbeit der Raiffeisen-Genossenschaften, die nach dem Krieg von den Machthabern der DDR liquidiert worden waren.

Ein weiterer wichtiger Faktor bei der Herstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse auf der Basis von Eigentum und Selbstbestimmung war die Privatisierung der volkseigenen Kombinate durch die Treuhandanstalt. Damit waren die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, an denen sich die Unternehmen und Menschen in der DDR bei der Neuausrichtung ihrer Aktivitäten orientieren konnten, klar vorgegeben.

Rückblickend hat sich die schnelle Wiederherstellung der staatlichen Einheit in Deutschland als der einzige Weg erwiesen, die politische Wende in der DDR und den Zusammenbruch des kommunistischen Systems in einer neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung aufzufangen. Die Genossenschaften in der damaligen DDR mussten sich in kürzester Frist in einer sich ständig beschleunigenden Entwicklung auf die marktwirtschaftlichen Verhältnisse vorbereiten und einstellen. Diese überstürzte Entwicklung stellte außergewöhnliche Anforderungen an die Genossenschafts-Organisation, die Unternehmen sowie die Verbände auf regionaler und nationaler Ebene.

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, die vielfältigen Ereignisse, Begegnungen und Entwicklungen in dem deutsch-deutschen Einigungsprozess auf der Ebene der Genossenschaften und ihrer Verbände zu dokumentieren.

Den damals erforderlichen Wandel in den genossenschaftlichen Unternehmen hat Professor Münkner in folgenden Punkten zusammengefasst:

- Entpolitisierung, d. h. die Ablösung von Partei und Staat, und Aufbau eigener autonomer Verbundstrukturen;
- Dezentralisierung, d. h. die Ablösung von der zentralen Planung und Aufbau eigener Managementkapazität, um in dem neu entstehenden Wettbewerb überleben zu können;
- Mitgliederorientierung, d. h. die Besinnung der Genossenschaften auf die Interessen ihrer Mitglieder, die einhergehen muss mit einer Neuorientierung der Mitglieder in ihrem Verhältnis zu ihrer Genossenschaft;
- Wiederbelebung genossenschaftsinterner demokratischer Kontrollmechanismen, die auf die Bindung der Genossenschaftsleitung an den Förderungszweck ausgerichtet sind;
- Anpassung der Genossenschaftsstrukturen und der Denkweise der Leiter und Mitarbeiter in diesen Strukturen an die neuen Rahmenbedingungen, die als Arbeitsrecht, Mitbestimmungsrecht, Wettbewerbs- und Kartellrecht weitgehend aus dem System der Bundesrepublik übernommen wurden.

Die Genossenschaften in der DDR wurden damit zu Vorreitern bei der Umwandlung der sozialistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft. Wie in den Gründerzeiten der Genossenschaften vor 150 Jahren hat sich die organisierte Selbsthilfe in der Gruppe als geeignete Formel erwiesen, die Probleme des schnellen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und technologischen Wandels zu lösen. Mittel dazu waren die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten auf freiwilliger Basis, die Bündelung von Angebot und Nachfrage,

der Aufbau von Gegenmacht gegen Großunternehmen und Konzerne, die Öffnung des Zugangs zu Ressourcen sowie zu Beschaffungs- und Absatzwegen und die Zusammenarbeit mit anderen Genossenschaften in der Bundesrepublik.

Wenn wir nach nunmehr 20 Jahren auf die Ergebnisse der 1990 initiierten Entwicklungen schauen, können wir feststellen, dass die Genossenschaften ein wichtiger Teil der Land- und Agrarwirtschaft auch im wiedervereinigten Deutschland sind. Der Schwerpunkt genossenschaftlicher Unternehmen in Ostdeutschland liegt eindeutig in der landwirtschaftlichen Urproduktion. Aus den rund 4.500 LPG'en sind viele juristische Personen unterschiedlicher Rechtsform hervorgegangen. 2007 zählte die Agrarstatistik 2.844 juristische Personen, die etwas mehr als die Hälfte der Agrarfläche Ostdeutschlands bewirtschaften. Darunter finden sich 1.458 eingetragene Genossenschaften, die knapp 30% der Fläche bewirtschaften. Eine weitere Zuordnung von Flächen oder Kapazitäten in der Tierproduktion zu den verschiedenen Rechtsformen, insbesondere der GmbH, erweist sich wegen des Vorhandenseins von Tochterunternehmen als schwierig. Es ist jedoch davon auszugehen, dass angesichts der vorherrschend diversifizierten Struktur der Agrar-genossenschaften diese sicherlich mehr als die Hälfte der Tierproduktion in den neuen Bundesländern verantworten.

Mit den Agrar-genossenschaften ist eine neue Gruppe von Genossenschaften in die Raiffeisen-Organisation hineingewachsen. Diese Rechtsform erlaubte es den Mitgliedern, auf freiwilliger Grundlage in einer vertrauten Form gemeinsam weiter zu arbeiten. Dabei wird vielfach eine klare Trennung von drei Rechtsebenen – Mitgliedschaft, Arbeitsverhältnis und Landnutzung - vorgenommen. Trotz manch gegenteiliger Erwartungen haben sich die Agrar-genossenschaften organisatorisch und betriebswirtschaftlich unter den neuen Bedingungen konsolidiert. Aufgrund verbesserter Erträge und Leistungen sowie strenger Kostenkontrolle haben sie zu wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gefunden. Das hat maßgeblich auch die allgemeine Akzeptanz für diesen neuen Typ von Genossenschaft als tragendes Element der Agrarstruktur in den neuen Bundesländern gefördert.

Der originäre Kompetenzbereich der Raiffeisen-Genossenschaften, die genossenschaftliche Vermarktung wurde in enger Partnerschaft zwischen west- und ostdeutschen Genossenschaften entwickelt. Die besondere Agrarstruktur in Ostdeutschland mit gänzlich anderen betrieblichen Größenverhältnissen als in Westdeutschland bedingt eine sehr viel stärkere Konzentration auf der vor- und der nachgelagerten Stufe. Hinzu kommt, dass seit dem Beginn der 90iger Jahre und damit parallel zum deutschen Vereinigungsprozess auf Brüsseler Ebene entschlossene agrarpolitische Schritte zu

einer Liberalisierung der EU-Agrarpolitik ergriffen wurden. Dieser Kurs wurde langfristig angekündigt und umgesetzt. Auch das waren wichtige Orientierungsmarken für die strukturelle Ausrichtung der land- und agrarwirtschaftlichen Unternehmen.

Genossenschaftliches Leben in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) der DDR – innerbetriebliche Organisation und Arbeitsweise

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit erhalte, Ihnen die Funktionsweise einer LPG nahe zu bringen und darzustellen, wie das genossenschaftliche Leben auf dem Lande ablief. Zum Verständnis der Besonderheiten der LPG ist es notwendig, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie das angestrebte Leitbild der sozialistischen Landwirtschaft zu beschreiben.

Einige Worte vorab zur Gründungsgeschichte der LPG. Nach der Bodenreform von 1945 hatten sich bis 1952 auf dem Gebiet der DDR über 600.000 einzelbäuerliche Wirtschaften mit durchschnittlich neun Hektar Landwirtschaftsfläche herausgebildet. Ab 1952 kam es zu LPG-Gründungen, zu Beginn freiwillig. Die ersten Gründungsversuche waren ihrer Zeit noch voraus und wurden vom Staat unterbunden, später setzte sich dieser an die Spitze der Gründungsbewegung und übte dabei, wie allgemein bekannt, massiven Druck aus. Im Jahr 1960 wurde offiziell verkündet, dass das Ziel der vollen Vergenossenschaftlichung erreicht wurde. Es waren knapp 20.000 LPG mit durchschnittlich 280 Hektar Landwirtschaftsfläche entstanden. Der Prozess der Kooperation zwischen LPG und der weiteren Konzentration setzte sich auch danach unvermindert fort. Bereits Ende der 60er Jahre hatten die LPG Betriebsgrößen von 800 bis 1.500 Hektar erreicht. Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre wurde die Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion vollzogen. Im Jahr 1990 gab es 3.844 LPG Pflanzenproduktion (LPG (P)) mit durchschnittlich 4.530 Hektar und 2.682 LPG Tierproduktion (LPG (T)) mit durchschnittlich 1.767 Rindern, 3.252 Schweinen und 732 Schafen. Zum bes-

seren Verständnis sei hier darauf hingewiesen, dass die damaligen LPG damit etwa dreimal so groß wie heutige Agrargenossenschaften waren und ein Mehrfaches der heutigen Tierbestände hielten. Die LPG bewirtschafteten ca. 85% der Landwirtschaftsfläche. Die restlichen Flächen wurden von Volkeigenen Gütern (VEG), Zwischengenossenschaftlichen oder Zwischenbetrieblichen Einrichtungen (ZGE/ZBE) und wenigen einzelbäuerlichen Wirtschaften genutzt. Darüber hinaus gab es Kombinate für industrielle Mast (KIM) für die Schweinemast und Geflügelhaltung, die heutigen gewerblichen Mästereien und Geflügelgroßanlagen entsprechen und nicht der Landwirtschaft im engeren Sinne zuzurechnen waren.

Die Landwirtschaft war einer der wichtigsten Teile der Volkswirtschaft der DDR, was in der Bezeichnung „Arbeiter- und Bauernstaat“ zum Ausdruck kam. Damit wurde der Vorrang der Arbeiter und werktätigen Bauern in der Gesellschaft beschrieben. Die LPG-Entwicklung war infolgedessen für die sozialistische Politik von besonderer Bedeutung. Die Rechtsgrundlagen der LPG bildeten das LPG-Gesetz sowie Musterstatuten und -betriebsordnungen der LPG, auf deren Basis die LPG ihre individuellen Statuten und Betriebsordnungen gestalteten. Es gab demzufolge ein eigenständiges LPG-Recht, das nicht für andere Genossenschaften galt und die sozialistische Ausprägung der Genossenschaft in der Landwirtschaft regelte. Das Genossenschaftsgesetz wurde nicht formell aufgehoben, kam für die LPG aber nicht zur Anwendung. In Artikel 46 der Verfassung der DDR und § 1 des LPG-Gesetzes wurden die LPG definiert als „freiwillige Vereinigungen der Bauern zur gemeinsamen Produktion, zur besseren Befriedigung ihrer materiellen und kulturellen Bedürfnisse und zur Versorgung der Bevölkerung, die ihre Arbeits- und Lebensbedingungen auf der Grundlage von Gesetzen eigenverantwortlich gestalten“. Abgesehen von der Formulierung „freiwillig“, deren Unrichtigkeit historisch belegt ist, trifft diese Definition durchaus den Kern. LPG waren nicht nur Gemeinschaften zur Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, sondern ebenso soziale Gemeinschaften der Genossenschaftsbauern.

Die LPG waren keine Genossenschaften im Sinne des heutigen deutschen Genossenschaftsgesetzes, sie wiesen jedoch wichtige genossenschaftstypische Merkmale auf wie den Vorrang der Person vor dem Kapital und den genossenschaftlichen Förderzweck. Die Regelungen des LPG-Gesetzes zu den Rechten und Pflichten der Genossenschaftsbauern und zur innergenossenschaftlichen Demokratie waren genossenschaftskonform und belegen die genossenschaftliche Grundsubstanz der LPG. Andererseits wurde die Genossenschaftsidee in einigen wichtigen Punkten verfremdet, auf die ich im Folgenden näher eingehen möchte.

- Das genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln war den Genossenschaftsbauern weitgehend unzugänglich. Die LPG besaß das umfassende und dauernde Nutzungsrecht am Boden, das laut LPG-Gesetz von keinem privaten Eigentümer beschränkt werden durfte. Boden konnte weder gekauft noch verkauft werden, Vererbung war möglich, jedoch blieb es beim uneingeschränkten Nutzungsrecht der LPG auch in solchen Fällen, in denen der Erbe nicht LPG-Mitglied war.
- Die LPG wurde von Staat und Partei (SED) instrumentalisiert. Im LPG-Gesetz war geregelt, dass die LPG ihre Aufgaben auf der Grundlage der Beschlüsse der SED und der Rechtsvorschriften eigenverantwortlich lösen und ihre wirtschaftliche Tätigkeit auf der Basis von staatlich bestätigten Plänen organisieren. Der Einfluss der SED wurde dadurch gesichert, dass LPG-Mitglieder und meist auch der LPG-Vorsitzende Genossen waren. In allen LPG gab es Betriebsparteiorganisationen. Der Betriebsplan wurde vom Rat des Kreises bestätigt, dieser nahm auch den Jahresabschluss ab. Es gab staatliche und politische Anleitungen durch den Rat des Kreises und die SED-Kreisleitung, die auch intern oder öffentlich Kritik an der Arbeit der LPG übten.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden dadurch bestimmt, dass die Funktion des Marktes und die betriebliche Gestaltungsfreiheit de facto ausgeschaltet waren. Statt Produkt – Markt – Preis galt Planvorgabe – Produktion – Festpreis – garantierter Absatz. Die Produktionsstruktur wurde überwiegend durch das staatliche Aufkommen bestimmt, das waren vorgegebene Produktmengen für die Mehrzahl der Fruchtarten. Verfügungsfreiheit bestand für maximal 5 – 15% der Ackerfläche. Darüber hinaus wurde die Eigenversorgung des Territoriums mit Obst, Gemüse und Kartoffeln angestrebt, was teilweise dazu führte, dass klimatische Voraussetzungen oder notwendiges Erfahrungspotential missachtet wurden.

Es gab feste Preise für Agrarerzeugnisse, Betriebsmittel und Investitionsgüter, was einerseits eine gewisse Planungssicherheit schaffte. Andererseits waren Betriebsmittel und Investitionsgüter knapp und wurden teilweise staatlich zugewiesen. Der wirtschaftliche Erfolg einer LPG hing demzufolge nicht allein vom Können der Leiter und Genossenschaftsbauern ab, sondern auch von der Faktorbereitstellung und der staatliche Zuweisung von Bilanzanteilen. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Preisen für Agrarerzeugnisse und den Einzelhandelsverkaufspreisen bestand nicht. Zur Stimulierung der Produktion bestimmter Erzeugnisse konnten bewusst höhere Preise festgelegt werden. Gewinne wurden gesteuert, indem einerseits die Produktion auf ungünstigen Standorten steuerlich gestützt wurde, andererseits LPG auf besseren Standorten besondere Abgaben leisten mussten.

Dies sollte der uneingeschränkten Durchsetzung des Leistungsprinzips dienen. Trotz dieser Beschränkung der betrieblichen Gestaltungsfreiheit der LPG bestanden grundlegende Unterschiede zu den Volkseigenen Betrieben (VEB). Auf diese Differenzierung wurde in der DDR Wert gelegt, denn sie war Ausdruck eines unterschiedlichen Grades der Vergesellschaftung des Eigentums und der Produktion. Zwischen den Auflagen für LPG und den Weisungen an VEB lag ein erheblicher Gestaltungsspielraum, der von den LPG-Vorsitzenden einfallsreich und teilweise bis an die Grenzen der Legalität genutzt wurde. Die LPG hatten, wie es für eine Genossenschaft typisch ist, Kollegialorgane, während in den VEB das Prinzip der Einzelleitung durch Direktoren galt. Dementsprechend war auch die Stellung der Beschäftigten der LPG durch komplexe Vermögens-, Arbeits- und Mitsprachebeziehungen bestimmt, während in den VEB reine Arbeitnehmer beschäftigt wurden. Die Spielräume für die Gewinnverwendung waren in LPG wesentlich größer als in VEB. Auch bei der Vergütung gab es erhebliche Unterschiede. Arbeitnehmer der VEB wurden nach einheitlichen Tarifverträgen entlohnt. In den LPG entschied die Vollversammlung in Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Ergebnissen über die Arbeitseinheiten und die Jahresendvergütung, so dass die Differenziertheit der Vergütung zwischen den LPG relativ groß war.

Ab Anfang der 70er Jahre wurde das Leitbild der industriemäßigen Landwirtschaft propagiert. Diese sollte vor allem gekennzeichnet sein durch die Herstellung großer Partien qualitativ einheitlicher Erzeugnisse, durch den Komplexeinsatz von Großmaschinen auf Schlägen zwischen 50 und 300 Hektar und durch Schichtarbeit spezialisierter Arbeitskräfte. Es wurde nicht nur eine konsequente Arbeitsteilung und Spezialisierung zwischen Pflanzenproduktion und Tierproduktion realisiert, sondern auch die Auslagerung solcher Bereiche wie Düngung und Pflanzenschutz, Landtechnik, ländliches Bauen, Melioration sowie Lagerung, Aufbereitung und Vermarktung in spezialisierte zwischengenossenschaftliche bzw. zwischenbetriebliche Einrichtungen. Mehrere solcher Einrichtungen konnten mit den LPG des Territoriums in Agrar-Industrie-Vereinigungen zusammengefasst werden, dies wurde jedoch nicht flächendeckend umgesetzt.

Die Spezialisierung der LPG in wirtschaftlich und juristisch getrennte Pflanzenproduktions- und Tierproduktionsbetriebe brachte auch Probleme mit sich. Der Überblick über das Gesamtgeschehen und die aktive Mitgestaltung wurden erschwert, logistische Probleme traten auf. Der staatlich proklamierte Vorrang der Pflanzenproduktion vor der Tierproduktion und die unterschiedliche Interessenlage der Pflanzen- und Tierproduktion führten zu Problemen bei der Futtermittellieferung und Gülleverwertung sowie bei der

Investitionspolitik. Durch die Schaffung von Kooperationsräten, in denen Vertreter der im Territorium gemeinsam agierenden LPG (in der Regel eine LPG (P) und mehrere LPG (T) oder ZGE/ZBE) zusammenarbeiteten, sollten diese Probleme gelöst werden. Da die Kooperationsräte juristisch nicht selbständig waren und ihre Entscheidungen auf der Basis einstimmiger Beschlüsse fassten, war dies nicht immer einfach.

Die DDR-Landwirtschaft vor der Wiedervereinigung war infolge der beschriebenen Situation geprägt durch Großbetriebe mit industriemäßigen Methoden in der Pflanzenproduktion auf der einen Seite und nicht so weit entwickelte, eher kleinere Ställe in den LPG (T) auf der anderen Seite. Es gab relativ wenige Großanlagen der Tierproduktion. Der Beschäftigungsgrad in den LPG war hoch, trotz der starken Spezialisierung auch in Hilfs- und Nebenbereichen. Hektarerträge und Tierleistungen, Effektivität und Arbeitsproduktivität waren deutlich niedriger als in der BRD.

Die LPG (P) hatten durchschnittlich 357, die LPG (T) 168 Mitglieder. Insgesamt gab es 866.000 LPG-Mitglieder. Diese hatten teilweise weder Land eingebracht noch Genossenschaftsanteile gezeichnet. Arbeiter und Angestellte der LPG waren den Genossenschaftsmitgliedern gleichgestellt. Die LPG-Mitarbeiter waren überaltert, der Anteil nicht oder nicht ständig Beschäftigter, vor allem Rentner, war hoch. Hervorzuheben sind der relativ hohe Frauenanteil (38% der Beschäftigten) und der hohe Qualifikationsgrad (92% mit abgeschlossener Berufsausbildung, auch bei den Frauen). Nur gut die Hälfte (55%) der von der LPG bewirtschafteten Flächen waren Eigentum der LPG-Mitglieder, dazu kamen 17% Eigentumsflächen von Nichtmitgliedern und 28% volkseigene Flächen. Die bei LPG-Gründung ursprünglich vorgesehenen Bodenanteile wurden nach einigen Jahren fast überall abgeschafft, es gab also kein angemessenes Nutzungsentgelt für den Boden. Pro Familie konnten jedoch maximal 0,5 Hektar Ackerland persönlich genutzt werden, auch Viehhaltung war möglich. Diese individuellen Hauswirtschaften spielten eine große Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung. Bis zu einem Drittel des Gesamtverkaufs einzelner Landwirtschaftserzeugnisse im Einzelhandel stammten aus der Individualwirtschaft, zum Beispiel Obst und Eier je 33%, Gemüse 13%, Geflügel- und Kaninchenfleisch 25% und Schweine 15%.

Eingangs wurde erwähnt, dass die LPG nicht nur Produktionsgemeinschaften, sondern auch soziale Gemeinschaften waren. Sie waren maßgeblich an der Organisation und Finanzierung des ländlichen Lebens beteiligt. Die Lehrlingsausbildung lag überwiegend in den Händen der LPG. Sie waren Träger von Sozialeinrichtungen (Kindereinrichtungen, Gemeinschaftsküchen, Ferieneinrichtungen), Kulturhäusern, Gaststätten und Dorfläden, sie unterhielten Freizeitangebote und veranstalteten Feste und Ausflüge. Ihnen

oblag die Unterhaltung von Einrichtungen der Gemeinde (Straßen, Grünanlagen, Friedhöfe) sowie der Gewässer- und Landschaftsschutz. Eine besonders große Rolle spielten die LPG im Wohnungsbau. Allein von 1971 bis 1988 wurden von den LPG 164.800 Wohnungseinheiten errichtet. LPG-Mitgliedern standen viele dieser Angebote verbilligt zur Verfügung, man sprach hier von der „zweiten Lohntüte“.

Die Organe der LPG entsprachen im Wesentlichen denen der heutigen Genossenschaften. Wichtigstes Instrument der innergenossenschaftlichen Demokratie war die Vollversammlung, die mindestens zweimal jährlich stattfand und über alle Grundfragen der Entwicklung und Tätigkeit der LPG beschloss. Zu ihren Ausschließlichkeitsrechten gehörten Beschlüsse über das Statut, über Perspektivfragen, den Betriebsplan, den Jahresabschlussbericht, Arbeitsnormen, die Wahl des Vorsitzenden und der Revisionskommission, die Entscheidung über Mitgliedschaften und die Wahl der vom Vorstand vorgeschlagenen Leiter. Von besonderer Bedeutung war die Jahreshauptversammlung, die vor allem der Rechenschaftslegung, der Auszeichnung besonderer Leistungen und der Festlegung der Jahresendverteilung diente und regelmäßig einen Höhepunkt im genossenschaftlichen Leben darstellte. Eine Durchbrechung genossenschaftlicher Prinzipien ergab sich daraus, dass die Beschlüsse der Vollversammlung nicht nur für die LPG-Mitglieder, sondern auch für die Arbeiter und Angestellten der LPG verbindlich waren. Die Revisionskommission, der fünf bis sieben Mitglieder angehörten, war hinsichtlich ihrer Aufgaben, Rechte und Pflichten mit dem Aufsichtsrat vergleichbar. Der Vorstand war mit 12 bis 18 Mitgliedern etwas größer als heute üblich. Er wurde durch mindestens neun, häufig aber deutlich mehr Kommissionen in seiner Arbeit unterstützt. Dadurch wurde eine große Zahl von Mitgliedern in die Vorstandsarbeit einbezogen. Der LPG-Vorsitzende hatte das Weisungsrecht gegenüber allen Genossenschaftsbauern und Arbeitern. Er wurde zwar von der Vollversammlung gewählt, dies erfolgte jedoch grundsätzlich in Abstimmung mit den örtlichen Organen der Partei- und Staatsführung. Er war nicht nur der Vollversammlung und dem Vorstand rechenschaftspflichtig, sondern auch dem Kooperationsrat und der örtlichen Volksvertretung. Dem LPG-Vorsitzenden standen weitere Einzeleiter zur Seite (Produktionsleiter, Abteilungsleiter, Brigadeleiter). Die Arbeit in der LPG war nach dem Brigadeprinzip organisiert. Die Leistungsnormen wurden von der Vollversammlung beschlossen. Die Bewertung der Arbeit erfolgte nach Arbeitseinheiten. Die Vergütung umfasste neben Geld auch Naturalien. Wettbewerb und Leistungsvergleiche innerhalb der LPG und überregional waren ein wesentliches Element der Stimulierung und Motivation.

Die meisten LPG-Mitglieder nahmen Anteil an der Entwicklung ihrer Genossenschaft. Sie sahen sich nicht als Landarbeiter, sondern als Genossenschaftsbauern. Im Laufe der Zeit waren das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Identifikation mit der LPG gewachsen. Dies galt allerdings für alle Beschäftigten der LPG, die Unterschiede zwischen LPG-Mitgliedern und Arbeitern hatten sich verwischt. Ungeachtet des ursprünglich bei der LPG-Gründung ausgeübten Zwangs hatten sich die LPG-Mitglieder Ende der 80er Jahre überwiegend mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen arrangiert und sich in der Genossenschaft eingerichtet. Dies dürfte einer der Gründe dafür sein, dass sich viele LPG nach der Wende in Agrar Genossenschaften umwandelten und bis heute eine wichtige Säule der Agrarstruktur der neuen Bundesländer sind.

Quellen zum Vortrag „Die LPG der DDR...“:

Buchsteiner, Ilona; Siegfried Kuntsche (Herausg.): Agrar Genossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart, Rostocker Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Band 12, Universität Rostock 2004

Gollnick, Heinz; Wissing, Peter; Heinrich, Jürgen: Die Landwirtschaft der DDR Ende der 80er Jahre, Agrarwirtschaft Sonderheft 126, Verlag Alfred Strothe 1990

Jahn, Wolfgang: Probleme und Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft der DDR und den neuen Bundesländern

Kleine Enzyklopädie Land-, Forst-, Nahrungsgüterwirtschaft und Gartenbau, VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1978

Schmidt, Klaus: Landwirtschaft in der DDR, Agrimedia GmbH 2009

Steding, Rolf: Die Rechtsentwicklung der LPG in der DDR, Neue Landwirtschaft, Briefe zum Agrarrecht 7/07

Steding, Rolf: Produktivgenossenschaften in der ostdeutschen Landwirtschaft.

Ursprung und Anspruch, Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen, Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin 1993

Steding, Rolf: Waren die LPG Genossenschaften im Rechtssinn oder eine Perversion der Genossenschaftsidee? Neue Landwirtschaft, Briefe zum Agrarrecht 6/99

Elektrizitätsgenossenschaften im ländlichen Raum, dargestellt am Beispiel Teutoburger Energie Netzwerk eG (TEN eG)

Vorbemerkungen

Die innova eG (www.innova-eg.de) ist ein bundesweit agierender genossenschaftlicher Zusammenschluss von Organisationen mit Hauptsitz in Leipzig. Schwerpunkte ihrer Aktivitäten liegen gegenwärtig in den neuen Bundesländern in Sachsen, in Nordrhein-Westfalen und zunehmen in Baden-Württemberg. Sie initiiert und begleitet neue Genossenschaftsformen. Beispielsweise entwickelt und unterstützt sie Modelle dauerhafter Beschäftigung für sozial Benachteiligte. Im Mittelpunkt stehen Qualifizierungsmaßnahmen sowie Beratungen und Expertisen. In den letzten Jahren steht verstärkt die Begleitung von Energiegenossenschaften im Mittelpunkt. Meistens sind dies Produktionsgenossenschaften im Bereich Photovoltaik.

Allerdings steigt im Zusammenhang mit dem Auslauf der Konzessionsverträge in vielen Kommunen in den kommenden Jahren auch das Interesse an Energiegenossenschaften, die eine eigene Stromversorgung und ein eigenes Netz betreiben. Hier kommen verschiedene Anfragen und Anforderungen auf die innova eG zu. Eine Variante sieht vor allem die Form genossenschaftlicher Bürgerbeteiligung als zu bevorzugende Variante an, in der vor allem Geld für die Sicherung der Netze durch ein kommunal verankertes Unternehmen in der Region zur Verfügung gestellt wird. Ein Beispiel hierfür ist die Energie in Bürgerhand eG (www.energie-in-buergerhand.de). Die andere Ausprägung wäre der Rückkauf der lokalen Energienetze durch eine Genossenschaft. Ein modernes Beispiel hierfür sind die EWS Schönau, die seit neuem rechtlich als Netzkauf EWS eG genossenschaftlich organisiert ist. (<http://www.ews-schoenau.de/genossenschaft-kopie-1.html>, Zugriff vom 28.01.2010; ausführlich Janzing 2008).

Vor dem Hintergrund solcher zukunftsweisenden Genossenschaftskonzepte erscheint es zweckmäßig, sich noch bestehende genossenschaftliche Energiegenossenschaften aus den ersten Gründungsbooms im letzten Jahrhundert anzusehen. Sie sind seit nun teilweise mehr als hundert Jahren in genossenschaftlicher Form vor allem in ländlichen Regionen erfolgreich als Energieversorgungsunternehmen präsent. Diese Ansätze können als Vorbild und Lernmodell für neue Gründungen dienen. Das Lernen aus der Geschichte bekommt so eine aufklärerische Funktion mit dem Charakter einer Handlungshilfe für innovatives Handeln. Deshalb ist es sehr sinnvoll, sich erfolgreiche Beispiele anzusehen und historisch und aktuell etwas genauer zu analysieren. Dies soll in den folgenden Ausführungen vorrangig anhand der TEN eG Teutoburger Energie Netzwerk eG (www.ten-eg.de) geschehen.

Geschichte mit Zukunft: traditionelle Elektrizitätsgenossenschaften

Energiegenossenschaften sind alte und neue Genossenschaften sehr unterschiedlicher Ausrichtung im Energiesektor. Die Bezeichnung charakterisiert also erst einmal eine Branchenzuordnung unabhängig davon, wer die Mitglieder, wie der Förderauftrag und was der Unternehmensgegenstand ansonsten noch beinhaltet. Die Vielfalt der Energiegenossenschaften veranschaulicht die Komplexität, Bandbreite und Innovationsvielfalt dieser Branche. Sie können als Zukunftsprisma dienen, wie sich der Energiesektor entwickeln wird.

Wer sich historisch mit Energiegenossenschaften beschäftigt, kommt nicht darum herum, das Thema Macht und Prozesse der Machtbildung zu thematisieren. Es gibt keinen weiteren Wirtschaftssektor dessen Geschichte so ausgeprägt Züge eines Wirtschaftskrimis um Besitz, Verrat sowie Verflechtung von Politik und Wirtschaft aufweist. Dies gilt für die Gegenwart genauso wie für die Geschichte. „Keine andere deutsche Branche fühlt sich im Umgang mit dem Staat so mächtig und stark wie die großen Energieversorger. Keine andere Branche weiß die Bundes- und Landesbürokratie so zu steuern wie die Stromriesen - sei es durch stille Manipulation oder durch offene Konfrontation. Die Energiekonzerne verfügen nämlich nicht nur über ein verzweigtes Leitungssystem, durch das sie zwischen Flensburg und Garmisch jede Menge Strom und Gas leiten - darüber hinaus haben sie ein engmaschiges Netzwerk geknüpft, um die Politik ganz in ihrem Sinne zu lenken“ (Munsberg 2007).

Entsprechend lässt sich auch festhalten: Viele der traditionellen Elektrizitätsgenossenschaften lösten sich nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen auf.

Intensive Bemühungen, Genossenschaften zur Aufgabe zu bewegen bzw. sich den kapitalstarken Großunternehmen zu „unterwerfen“, lassen sich bei Betrachtung der Geschichte herausarbeiten: „Somit zielten die regionalen Großunternehmen nicht allein auf den Aufbau eines Übertragungsnetzes, sondern strebten vor allem danach, die organisationale Zusammenfassung der Produktionsstufen Erzeugung, Übertragung und Verkauf an Stromverteilungsunternehmen – die Überland- und Stadtwerke – unter ihrem Dach zu vereinen“ (Schneider 1921, S. 16ff.). „Die Etablierung einer solchen Großversorgung sollte die atomisierte Versorgungsstruktur, wie sie historisch entstanden war, überwinden. Dies geschah im Versorgungsgebiet der Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt AG dadurch, dass der Staat – wie etwa auch in Sachsen – die bestehenden Überlandwerke entweder aufkaufte, mittels Kapitalbeteiligung steuerte oder, indem die Großunternehmen durch Zusicherung von Krediten und die Einflussnahme auf die Besetzung der Vorstandspositionen, die privatwirtschaftlichen oder genossenschaftlichen Unternehmen domestizieren konnte“ (Bleicher 2006 S. 96).

Die Elektrizitäts- bzw. Stromgenossenschaften, wie sie auch oft genannt werden, sind eine besondere Form der Genossenschaften, die sich historisch in erster Linie mit der Erzeugung und dem Vertrieb von Strom befassen. Viele ermöglichten Anfang des 20. Jahrhunderts eine Versorgung vor allem ländlicher Räume mit Elektrizität. Beispielsweise gründeten im Jahr 1912 die Bürger der badischen Gemeinde Hauingen die Energiegenossenschaft Hauingen (www.egh-hauingen.de). Sie entstanden also häufig auf Initiative der späteren Nutzer im ländlichen Bereich, die sich von den etablierten Anbietern ausgegrenzt fühlten. Ziel war ihre Energieversorgung überhaupt sicher zu stellen oder durch billigere, beziehungsweise effizientere Organisation zu verbessern.

Die meisten Stromgenossenschaften wurden mit der beginnenden Elektrifizierung im ländlichen Raum gegründet, um diese durch die Bürger auf dem Lande selbst in die Hand zu nehmen. Ursprünglich waren sie fast immer Produktionsgenossenschaften. Erst durch die Entstehung großer effizienterer Elektrizitätskraftwerke entwickelten sie sich zu Verteiler- bzw. Konsumgenossenschaften. Aufgrund der technologischen Veränderungen kauften sie den Strom immer häufiger ein und führten diesen durch Errichten der notwendigen örtlichen Verteilernetze ihren Mitgliedern, den Kunden, zu. Bis heute haben sich in Deutschland rund 40 solcher Strom- bzw. Elektrizitätsgenossenschaften gehalten, die noch offiziell und öffentlich in den entsprechenden Stromanbieterlisten aufgeführt werden. Dies bedeutet, dass sie noch eigenständig ihre Leistungen verkaufen (www.verivox.de/power/carriers.aspx?fl=all, Zugriff vom 27.01.2010).

Zeitweise gab es über ihre Existenz nur wenige Informationen, meist nur noch über die Genossenschaftsverbände, denen sie angeschlossen sind. Durch die heutigen Veröffentlichungspflichten für alle Energieversorgungsunternehmen betreiben alle eine eigene Website, so dass zumindest rudimentäre Informationen erhältlich sind. Einige weitere über die 40 hinaus existieren noch, sind aber nicht in den Anbieterlisten aufgeführt. Zu vermuten ist, dass von diesen die Stromversorgung an Dritte ausgelagert wurde.

Dies legt auch der Geschäftsbericht des Bayerischen Genossenschaftsverband nahe, nach dem 2009 allein für diese Region 42 bayerischen Elektrizitätsgenossenschaften genannt werden mit 10.065 Mitgliedern und 281 Beschäftigten. Sie erwirtschafteten Umsatzerlöse von 165,3 Millionen Euro (plus 7,5 Prozent). In Bayern existieren noch die meisten traditionellen Elektrizitätsgenossenschaften. Viele von ihnen schlossen sich zur gemeinsamen effektiveren Gestaltung ihrer Leistungen (Beschaffung, Absatz, Organisation etc.) zu einer Sekundär-genossenschaft zusammen, der Einkaufsgemeinschaft Energieversorgungsunternehmen EGEVU eG mit Sitz in Traunstein-Wolkersdorf (König 2001).

Diese Zahlen sind ernüchternd. Schließlich gab es historisch in der Aufbau- und Blütezeit der Elektrizitätsgenossenschaften tausende. Laut dem Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften waren es 1919 kurz vor dem zweiten Gründungsboom 1.030. In der Weimarer Republik wurden 1930 immerhin 5.841 Elektrizitätsgenossenschaften genannt. Später wurden sogar über 6.000 gezählt. Unter den Nationalsozialisten nahm ihre Zahl rapide ab. Trotzdem gab es in der Aufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg im Jahre 1948 immerhin noch 522 (Boelke 1980, 18).

Mit der Einigung zwischen der staatlichen PreussenElektra und dem privaten Großkonzern RWE setzte sich die Festlegung von Gebietskartellen durch und wurde in der Zeit des Dritten Reiches mit dem Energiewirtschaftsgesetz von 1935 zementiert. Die Energieversorgung wurde als „natürliches Monopol“ (kostendeckende Versorgung durch ein Unternehmen) angesehen und „volkswirtschaftlich schädigende Auswirkungen des Wettbewerbs“ sollten verhindert werden. Zwischen den Jahren 1900 und 1944 war die Stromerzeugung in Deutschland von 0,246 Mrd. kWh auf 45 Mrd. kWh gestiegen. Die zunächst dezentral organisierten und weitgehend privaten und genossenschaftlichen Strukturen der Stromerzeugung und Energieversorgung wurden bis 1944 zunehmend zu Gebietsmonopolen im Verbund. Ziel des Energiewirtschaftsgesetzes war „die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten.“ Dies sollte durch den Erhalt einer dezentralen Energieversorgung - damit war der Netzbetrieb und die Energielieferung gemeint - erreicht werden. Bei der Energieerzeugung wurde für die flächendeckende Versorgung zuneh-

mend auf große zentrale Kraftwerke im Besitz weniger großer Verbundunternehmen gesetzt (Lange 2009).

Nur wenige der heute noch bestehenden Elektrizitätsgenossenschaften weisen eine Größenordnung auf, die sie als Lernfeld für künftige genossenschaftliche Stadtwerke interessant machen. Drei von ihnen, vermutlich die größten, lassen sich hervorheben:

- Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG (www.albwerk.de)
- Unterfränkische Überlandzentrale eG (www.uez.de)
- TEN eG Teutoburger Energie Netzwerk eG (www.ten-eg.de).

Durch ihr modernes genossenschaftliches Marketing fällt die TEN eG Teutoburger Energie Netzwerk eG auf. Sie ist ein Zusammenschluss ursprünglich einzelner kleinerer Stromgenossenschaften. In den Gemeinden Bad Laer, Glandorf, Hilter und Hagen a.T.W. wurden, wie typisch für diese Zeit, um 1920 Elektrizitäts-Genossenschaften gegründet, die für die jeweiligen Orte Netze aufbauten und ihre Mitglieder mit Strom versorgten. Es handelte sich hier eindeutig um genossenschaftliche Selbsthilfe, weil die Niedersächsische Kraftwerke AG (NIKE) nicht bereit war, die ländlich strukturierten Gebiete mit elektrischer Energie zu versorgen. Durch den Zusammenschluss zur TEN (Teutoburger Energie Netzwerk eG) reagierten die vier genossenschaftlichen regionalen Anbieter im Jahr 2000 auf die Öffnung der Energiemärkte und den damit verbundenen Wettbewerb. Heute werden ca. 40.000 Einwohner und Betriebe sowie mehr als 140 Großabnehmern sicher und günstig mit elektrischer Energie versorgt. Sie beliefert die TEN über eine rund 200 Quadratkilometer große, ländlich strukturierte Region mit Hilfe eines eigenen Versorgungsnetzes mit elektrischer Energie (<http://www.ten-eg.de/unternehmen/ten-hagen-atw/historie>; Zugriff vom 24.02.2011).

Um die Entwicklung und das heutige Bestehen der TEN eG zu verstehen, zu würdigen und aus deren Geschichte lernen zu können, soll nachfolgend vor allem anhand einer ihrer Vorläufergenossenschaften, der Elektrizitätsgenossenschaft Bad Laer eG, die Wurzeln zurückverfolgt und beschrieben werden. Als Grundlage dient dafür vor allem deren Jubiläumsschrift zum 75-jährigen Bestehen, die von der TEN eG zur Verfügung gestellt wurde. Ergänzend wird auch die Jubiläumsschrift zum 75-jährigen Bestehen der Elektrizitätsgenossenschaft Hilter als historisches Material hinzugezogen.

Gründung und Aufbau der Elektrizitätsgenossenschaft Bad Laer eG

Die vier Vorläufergenossenschaften der TEN eG gründeten sich erst in der zweiten Gründungswelle der Elektrizitätsgenossenschaften nach dem ersten Weltkrieg. Alle wurden zwischen 1920 und 1922 initiiert. Das Umfeld und somit die Gründungssituation in Laer lässt sich damals folgendermaßen beschreiben: Kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges verfügten die meisten Wohnhäuser in den Dörfern der Region über einen Strom- Anschluss, wie auch Kirche, Schule und Krankenhaus. In den Wintermonaten wurde durch „genügend“ Lampen für eine elektrische Straßenbeleuchtung gesorgt. Entsprechend ging es weniger um den Aufbau einer eigenen Stromerstellung wie bei der ersten Gründungswelle, sondern nach dem Krieg war das Ziel eigene Verteilernetze zu errichten zwecks Strombezugs von den Überlandzentralen oder den großen Erzeugern.

In Laer, einem der Gründungsorte, hatte schon Anfang des 20sten Jahrhunderts die Einführung eines kleinen privaten Elektrizitätswerkes in den alten Betriebsräumen der Branntweinbrennerei Heimsath für eine deutliche Verbesserung der gewerblichen Bedingungen, wie auch der Wohnverhältnisse geführt. Bei der Bauernschaft aber verzögerte sich die Elektrifizierung (Sautmann 2002, S. 287f.). Erst nach der Gründung der Elektrizitätsgenossenschaft im Jahre 1921 in Laer, die den Strom von der Niedersächsische Kraftwerke AG (NIKE) abnahm, setzte sich diese auch hier durch. Hintergrund für die Gründung: Die NIKE war nicht bereit, die ländlichen Gebiete mit Energie zu beliefern bzw. dort ein Netz aufzubauen.

Offensichtlich verliefen damals die Gründungen und Eintragungen von Genossenschaften erheblich schneller und unkomplizierter als heute. Nach sorgfältigen Überlegungen und Vorarbeiten trafen sich am 06. Januar 1921 interessierte Laerer Bürger (Landwirte, Handwerker und Kaufleute) im Saal Bierbaum (Elektrizitätsgenossenschaft Bad Laer eG 1996, S. 4ff; Elektrizitätsgenossenschaft Hilter eG 1996, S. 5ff.). Zweck der Versammlung war die Gründung einer Genossenschaft, um die Elektrizitätsversorgung in eigener Verantwortung zu übernehmen. Zu dieser ersten einberufenen Versammlung waren 18 Lichtinteressenten erschienen. Die dem Amtsgericht Bad Iburg eingereichten Gründungspapiere führten zur Eintragung in das Genossenschaftsregister am 26. Februar 1921. Die Firmenbezeichnung lautete: Genossenschaft für Licht- und Kraftversorgung e.G.m.b.H. Laer Bez. Osnabrück.

In den ersten Aktivitäten ging es darum, überhaupt den Geschäftsbetrieb in Gang zu bringen. Dafür mussten eine Reihe von „Vorleistungen“ erbracht werden. Erst einmal ging es darum nach der Gründung, ein neues Netz auf-

zubauen, da das vorhandene Netz nicht mehr brauchbar war. Um die Stromversorgung in eigener Regie durchführen zu können, wurde eine eigene Trafostation erstellt. Das hierfür benötigte Grundstück erwarb die Genossenschaft vom Bäcker W. Dreyer am Bach für 1.200,00 RM. Den Bauauftrag für das erste Trafogebäude erhielt der Bauunternehmer Möllering, Glane, zu einem Festpreis von 17.690,00 RM. Nach Erstellung der Trafostation erfolgte der Ausbau des Versorgungsnetzes. Beauftragt mit der Planung und Projektierung des Freileitungsnetzes wurde das Ingenieurbüro von Kempfski und Mohr, Osnabrück.

Am 25. September 1921 wurde die erste außerordentliche Generalversammlung einberufen, an der bereits 56 Mitglieder teilnahmen. Das Interesse an der Genossenschaft nahm somit offensichtlich zu. Dem Protokoll lässt sich entnehmen, dass die Geschäftsentwicklung und auch der Ausbau des Versorgungsnetzes gute Fortschritte machten. Trotzdem gab es Schwierigkeiten. Darauf verweist, dass am 08. Dezember 1921 eine zweite außerordentliche Generalversammlung einberufen wurde. Aus der kurzen Zeitabfolge lassen sich erhebliche noch zu lösenden Probleme vermuten, aber auch ein großes Interesse der zukünftigen Stromabnehmer. „Es bleibt zu vermerken, dass die Benachrichtigung der Mitglieder zur Generalversammlung in ortsüblicher Weise durch den Gemeindediener Brinkwerth gemäß Statut erfolgte.“ (Elektrizitätsgenossenschaft Bad Laer eG 1996; auch zum Folgenden)

Letztlich übernahm die Genossenschaft gemeindenützige Aufgaben. Für die Einspeisung der Mittelspannung 10 kV war die NIKE, die Niedersächsischen Kraftwerken AG mit Sitz in Osnabrück zuständig, mit der auch die notwendigen Verhandlungen geführt werden mussten. Vor Inbetriebnahme der ersten Trafostation wurde vorab ein Stromlieferungsvertrag zwischen der NIKE und der „Gemeinde Laer“ am 08. Juli 1921 abgeschlossen, vertreten durch den Gemeindevorsteher Lauhoff. Der Vertrag hatte eine Laufzeit von 25 Jahren. Die Versorgungsaufgaben wurden der Genossenschaft als verantwortliche Erfüllungsgehilfin von der Gemeinde übertragen.

Typischerweise standen damals wie heute bei Genossenschaftsgründungen das Finanzierungsproblem im Vordergrund. Um die Finanzierung des Netzausbaues sicherzustellen, galt es, „Baukostenzuschüsse“ für Neuanschlüsse und Geschäftsanteile für die Neumitglieder festzusetzen. Auch die Strompreise mussten nach eigener Kalkulation errechnet werden. Die Festsetzung des „Eintrittsgeldes“ (Baukostenzuschüsse und Anteile) blieb der Entscheidung von Vorstand und Aufsichtsrat vorbehalten. Die Finanzierungssituation wurde durch die Inflation erheblich erschwert. Um dies hinzubekommen, wurden, dies ist den Protokollen zu entnehmen, Strompreise und allgemeine Kosten alle vier Wochen in Vorstandssitzungen neu festgesetzt. Der Strom-

preis wurde nach Lichtstrom und Kraftstrom bemessen: Im Jahre 1935 betrug der Strompreis für Licht 30 Pfg./kWh und für Kraft 19 Pfg./kWh.

Über den Stromumsatz von 1926 bis 1934 liegen noch einige aufschlussreiche Zahlen vor. Sie verdeutlichen zweierlei. Zum einen eine relativ dynamische Entwicklung. Immerhin verdreifachte sich der Stromverkauf innerhalb von acht Jahren. Gleichzeitig waren die Stromverluste bei der Stromübertragung erheblich. Zeitweise lagen sie fast bei 20%. Sie erforderten zusätzliche Investitionen für eine bessere Effizienz der Stromnetze. Diese dürften in einigen Fällen Anlass dafür gewesen sein, dass kleine Elektrizitätsgenossenschaften, ihre Netze schließlich verkauften.

Charakteristisch für viele Elektrizitätsgenossenschaften war das Phänomen, das auch in Laer zu beobachten war, das hohe unbezahlte Engagement. Die ehrenamtliche Geschäftsführung der Genossenschaft wurde bei der Gründung Herrn August Knemeyer übertragen, der das Amt bis zu seinem Tod 1940 innehatte (Elektrizitätsgenossenschaft Bad Laer eG 1996, S. 10ff.). Sein Sohn Johannes Knemeyer vertrat laut Protokoll als geschäftsführendes Vorstandsmitglied die Interessen der Genossenschaft bis zum Kriegsende. Am 01. Januar 1960 wurde schließlich Herr Siegfried Freye als hauptamtlicher Geschäftsführer eingestellt. Sein Aufgabenspektrum erfuhr eine Erweiterung und umfasste nun neben der kaufmännischen Tätigkeit auch technische Tätigkeiten. Er war zuständig für die Planung und Projektierung des Versorgungsnetzes einschl. der Straßenbeleuchtung. Seine Frau wurde für die Erledigung der Stromabrechnung sowie anderer anfallender Büroarbeiten eingestellt. Nach 30-jähriger Tätigkeit schieden Herr und Frau Freye am 30.09.1989 aus. Nachfolger wurde am 01.10.1989 Herr Hubert Kaumkötter.

Zum Zeitpunkt ihres 75-jährigen Bestehens gehören der Genossenschaft neben dem Geschäftsführer noch zwei Monteure, sowie eine Vollzeit- und eine Halbtagskraft im kaufmännischen Bereich an. Kostengünstiges Wirtschaften kann somit als wichtiger Bestandteil der Mitgliederförderung interpretiert werden. Insofern trifft die nachfolgende Aussage in der Festschrift zum 75-jährigen Bestehen aus heutiger Sicht noch immer voll: „Die Organe der Genossenschaft haben streng darüber gewacht, dass sich die Verwaltungs- und Instandhaltungskosten stets auf ein Mindestmaß beschränkten und von allen übrigen Vorteilen ausschließlich die Stromabnehmer profitierten.“ (Elektrizitätsgenossenschaft Bad Laer eG 1996, S. 15)

Viele weitere Entwicklungsschritte der Genossenschaft lassen sich aus der Festschrift und anderen Dokumenten nicht erkennen. Für den langfristigen Bestand der Genossenschaft als besonders positiv erwies sich aber vorausschauende, kluge kommunale Politiker. Sie erkannten sehr früh, dass es für

die kommunale Wertschöpfung von erheblicher Relevanz war, dass die Energieversorgung in der Hand eines lokal verankerten Unternehmens lag. Als die Verträge zwischen dem RWE und der Gemeinde 1994 ausliefen, sprach sich der Gemeinderat einstimmig für die Versorgung durch ein kommunales Unternehmen aus. Entsprechend wurde am 20. März 1989 mit Unterschreiben des Konzessionsvertrages die Stromversorgung für den ganzen Ort der Elektrizitätsgenossenschaft Laer übertragen.

Diese Rekommunalisierung führte dazu, dass die Elektrizitätsgenossenschaft verstärkt in Konzepte investierte, die der lokalen Wirtschaft positive Impulse gaben. Sie betreibt seit 1990 Blockheizkraftwerke (BHKW's) an verschiedenen Standorten und versorgt die Gemeinde Bad Laer niederspannungsseitig mit Strom. Darüber hinaus bedient die Genossenschaft mit der in ihren BHKW's anfallenden Wärme das installierte Fernwärmenetz (12 km). Angeschlossen sind Freibad, Therapiebäder, Schulen, Kindergarten, Haushalte, Kurmittelhaus und Blombergklinik. Auch wurden einige wichtige Schritte gegangen, die Grundlage für den Zusammenschluss zu einer wirtschaftlich zweckmäßigen Größenordnung waren:

- 1989: Gründung eines gemeinsamen Tochterunternehmens der Elektrizitätsgenossenschaften in Bad Laer, Glandorf, Hagen a.T.W. und Hilter a.T.W.: die Energieerzeugungs- und Energiebezugs- GmbH Teutoburger Wald (EuE GmbH)
- 1990: Inbetriebnahme von Blockheizkraftwerken zur Fernwärmeversorgung
- 1999: Übernahme der Konzession für die örtliche Gasversorgung
- 2000: Zusammenschluss zur TEN eG mit den Zielen:
 - Wettbewerbsposition auf dem liberalisierten Energiemarkt zu stärken genossenschaftliche Strukturen zu erhalten
 - angemessene Rückvergütungen für Mitglieder zu sichern.
- 2003: Verschmelzung der EuE GmbH mit der TEN Eg.

TEN eG: ein modernes kommunales Energieversorgungsunternehmen

Aus den vier Elektrizitätsgenossenschaften, zu denen auch die beschriebene Elektrizitätsgenossenschaft Laer gehört, die sich im Jahre 2000 zum Teutoburger Energienetzwerk TEN eG zusammenschlossen, ist ein wirtschaftlich, ökologisch und sozial erfolgreiche Energieversorgungsunternehmen hervorgegangen. Die TEN hat sich zu einem Querverbundunternehmen mit Dienstleistungen und Produkten in verschiedenen Energiearten und Sparten entwickelt. Kerngeschäfte sind der Bau und der Betrieb örtlicher Verteilnetze.

Zurzeit werden in fünf Kommunen Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserverteilnetze betrieben (Teutoburger Energie Netzwerk eG 2010; auch im Folgenden). Darüber hinaus gehören aber eine Reihe weitere Tätigkeitsfelder zur Geschäftstätigkeit der Genossenschaft:

Eine rund 255 qkm große ländlich strukturierte Region mit ca. 60.000 Einwohnern bzw. Betrieben wird von der TEN durch ein Versorgungsnetz mit elektrischer Energie beliefert. Die Größe des Netzgebiets umfasst ca. 255 qkm, im Einzugsgebiet leben rund 60.000 Einwohner und die Anzahl der Kunden umfasst beim Strom 25.000, beim Gas 5.000, bei der Wärme 400 und beim Wasser 11.000.

Mitte 2010 sind 2.836 Mitglieder Eigentümer der TEN mit 15.410 Geschäftsanteilen, davon viele Bürger, Gewerbebetriebe und öffentliche Einrichtungen. Die Genossenschaft macht etwa 20% ihres Umsatzes mit Mitgliedern. Sie praktiziert das genossenschaftliche Prinzip der Rückvergütung an die Mitglieder der Genossenschaft (www.ten-eg.de/index.html, Zugriff vom 28.01.2010). Errechnet wird die Rückvergütung umsatzbezogen auf dem Überschuss aus dem Umsatz mit dem jeweiligen Mitglied. Gemäß Satzung werden 50 % der Rückvergütung dem Geschäftsguthaben des einzelnen Kundenmitglieds gutgeschrieben, die übrigen 50 % werden ausgezahlt. Mitglied der TEN eG kann jede natürliche und juristische Person werden, unabhängig davon, ob sie Kunde ist. Geworben wird mit Mitwirkung auf der jährlichen Generalversammlung und einer Dividendenausschüttung, die im Jahr 2008 immerhin 8 % betrug. Eingezahlt werden muss mindestens 100 Euro. Dies sind 10 % eines Geschäftsanteils in Höhe von 1.000 Euro.

Bei der TEN beschäftigt sind zurzeit (Stand 07.06.2010) 70 Mitarbeiter, davon vier Auszubildende in verschiedenen Fachdisziplinen. Das Eigenkapital beträgt rund 10 Mio. €. Die Genossenschaft erzielte in den letzten vier Geschäftsjahren folgende Umsatzerlöse: 33,0 Mio. Euro in 2006, 41,3 Mio. Euro in 2007, 51,4 Mio. Euro in 2008 und 53,3 Mio. Euro in 2009.

Als wichtiges wirtschaftliches Standbein bemüht sich die TEN schon seit längerem Fuß in der Energieproduktion zu fassen und diesen Geschäftsbereich kontinuierlich auszubauen. Starkes Engagement bei der Energieerzeugung gibt es besonders in der rationellen Kraft-Wärme-Kopplung und im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Erzeugung der benötigten Wärme zur Versorgung der Wärmekunden erfolgt hauptsächlich durch energiesparende Wärmerückgewinnung in den örtlichen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Die Stromproduktion im Gas- und Dampfkraftwerk Hamm-Uentrop, einem Großkraftwerk von 28 unabhängigen kommunalen Werken mit 800 MW Leistung, wurde zum 01.01.2008 in den Dauerbetrieb überführt.

Zusätzlich ist die TEN bei der größten Freiflächen-Photovoltaikanlage Niedersachsens engagiert (O.V. O.J., S. 10):

Sie baut in Glandorf auf einer Fläche von 20 ha Photovoltaikanlage mit einer Gesamtleistung von bis zu 8.000 kW.

Die ersten zwei MW wurden bereits am 29.12.2009 eingespeist.

Bei einer Leistung von 8.000 kW werden jährlich ca. 7,4 Mio. kWh Strom erzeugt. Das entspricht dem Verbrauch von 2.400 Durchschnittshaushalten mit einer CO₂-Emission von 4.600 t/Jahr.

Als abschließende Aussage über die Zukunftsfähigkeit von Energiegenossenschaften im Allgemeinen und der TEN eG im Besonderen können eine Interviewaussage des Vorstandsvorsitzenden der Genossenschaft Helmut Eikler angesehen werden. Auf die Frage „Wie schaffen Sie es, sich gegen die großen Energiekonzerne zu behaupten?“ antwortet er:

„So eine Bewegung für eine unabhängige Region kann nur funktionieren, wenn man die Idee nachhaltig verkauft. Bei den anderen Netzbetreibern und Energieversorgern handelt es sich vor allem um Konzerne, die keinen großen Anspruch haben, ihre eigenen Erzeugungsressourcen zu verändern – sprich, Atomkraftwerke abzustellen und dafür Photovoltaikparks zu bauen. Wir sind diesen Trend hin zu erneuerbaren Energien nicht nur mitgegangen, wir sind dem Zeitgeist vorausgeeilt und haben den Trend mit begründet. Das heißt, wir waren und sind wesentlich innovativer als die großen Energiekonzerne. Man kann die Menschen dafür begeistern, indem man sie vor Ort überzeugt und mitnimmt. Wenn man das lange genug macht und die Leute feststellen, dass das Ganze nicht nur der Beruhigung des öko-logischen Gewissens dient, sondern auch wirtschaftlich sein kann, dann bekommen Sie nicht nur Zuspruch, sondern auch das nötige Kapital zusammen. Wir konnten zeigen, dass Ökologie und Wirtschaftlichkeit durchaus kompatibel sind – sowohl in Bezug auf unser Unternehmen als auch für unsere Kunden.“ (essenzio Beratungsgesellschaft mbH o.J.)

Literatur

- Bader, Werner (1992): Elektrizitätsgenossenschaften, in: Eduard Mändle, Walter Swoboda (Hrsg.): Genossenschafts-Lexikon, Wiesbaden, S. 171
- Bleicher, André (2006): Die Institutionalisierung eines organisationalen Feldes – das Beispiel der Elektrizitätswirtschaft, Dissertation Universität Cottbus, Cottbus
- Boelke, Willi Alfred (1980): Landwirtschaftliche Genossenschaften (Geschichte) in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), Bd. 5, Göttingen 1989, S. 15-18
- Elektrizitätsgenossenschaft Bad Laer eG (1996): Elektrizitätsgenossenschaft Bad Laer eG 75 Jahre 1921 – 1996, Bad Laer

Elektrizitätsgenossenschaft Hilter eG (1996): Elektrizitätsgenossenschaft Hilter eG 75 Jahre 1921 – 1996. Erinnerungsschrift, Hilter

essenzio Beratungsgesellschaft mbH (O.J.): Interview mit Helmut Eicker, Vorstandsvorsitzender des Teutoburger Energie Netzwerk eG, www.essenzio.de/index.php?id=227 Zugriff vom 1.11.2010

Flieger, Burghard (1997): Partizipative Umweltunternehmen - Lernfelder für die Politik und Wirtschaft von morgen, in: netz (Hrg.): Ökologie und Partizipation, Bonn.

Flieger, Burghard (2000): Energie-Einkaufsgenossenschaft - Eine Zukunftsinvestition zur Absatzsicherung von Ökostrom?, in: Unternehmensgrün (Hrsg.) Mit neuer Energie in die Zukunft, Neu-Ulm / München, S. 106-114

Flieger, Burghard (2004): Energiegenossenschaften: Strom - Hauptsache grün?, in: Zeitschrift CONTRASTE, Heft, S. 7-10

Flieger, Burghard / Klemisch, Herbert (2008): Eine andere Energiewirtschaft ist möglich – Pionierfunktion neuer Energiegenossenschaften, in: WIDERSPUCH, Heft 54, Energie und Klima, 28. Jg./ 1. Halbjahr, Zürich, S. 105-110

Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften

König, Franz (2001): Geschichte und Gegenwart - bayrische Stromgenossenschaften als Kooperationsmodell, in: BzFdG – Genossenschaftliche Informationen 2 / 2001, Bonn (www.genossenschaftsgedanke.de/documents/2001_2_GENO_INFO.pdf, Zugriff vom 22.01.2010)

Lange, Jörg (2009): Energieunternehmen – vom „natürlichen“ Monopol zur Rekommunalisierung, in: CONTRASTE, , 26. Jg., November 2009, Heft 302.

Munsberg, Hendrik (2007): Energie und Macht, in: Berliner Zeitung, 03.07.2007 <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/spezial/dossiers/klimawandel/81208/index.php>, Zugriff vom 1.11.2010

O.V. (O.J.): Solarpark Schwege Solarkraftwerk der Superlative, in: F&S solar concept GmbH (Hrsg.): Photovoltaik. Investition Zukunft, Euskirchen (Prospekt), S. 10

Roller, Helmut (1980): Elektrizitätsgenossenschaften, in: Eduard Mändle / Hans Werner Winter (Hrsg.): Handwörterbuch des Genossenschaftswesens Wiesbaden, Spalte 398-402

Sautmann, Richard (2002): Die Samtgemeinde Laer. Verwaltung und Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zwischen 1850 und 1975, in: Sautmann, Richard: Ländliche Alltagsgeschichte und lokale Geschichtsvermittlung: die Bad Laer Geschichte in der Neuzeit, Dissertation Universität Oldenburg, Oldenburg S.232-428

Schleupen AG (2005): ÜZ Lültsfeld: Flexibler Abrechnen mit Schleupen.CS, Pressemitteilung vom 21.06.2005 (www.openpr.de/news/51280/UeZ-Luelfeld-Flexibler-Abrechnen-mit-Schleupen-CS.html, Zugriff vom 28.01.2009)

Schneider, Ruppert (1921): Die Elektrizitätsgroßwirtschaft in der Provinz Sachsen, Halle

Teutoburger Energie Netzwerk eG (2010): Das Unternehmensprofil, unveröffentlichte Powerpointpräsentation, zur Verfügung gestellt von der TEN eG www.verivox.de/power/carriers.aspx?fl=all., Zugriff vom 27.01.2010

Das Beispiel einer ländlichen Konsum-Genossenschaft

Der Haushaltsverein und die Konsum-Genossenschaft in Wennigsen 1886 - 1994

- I. Die Coop-Geschichtsgruppe - wir über uns**
- II. Entscheidend ist die Wertschöpfung**
- III. Die Gründungen ländlicher Konsum-Genossenschaften**
 - 1. Gründungswelle vor 1900
 - 2. Einige Unterscheidungen auf Einzelhandelsebene
- IV. Situation im Deisterland und andere Regionen**
 - 1. Industrialisierung um 1890
 - 2. Vorbilder aus Schöningen, Sachsen und anderswo
 - 3. Der Haushaltsverein Wennigsen in einer kurzen Übersicht
 - 4. Örtliches Marktpotential
- V. Gründerjahre in Wennigsen - Selbsthilfe in allen Lebensbereichen**
 - 1. Leitbild und Grundsätze
 - 2. Selbstverwaltung und örtliche Zielsetzungen
- VI. Systemergänzungen**
 - 1. Örtliche Unruhen und Streiks
 - 2. Weiterentwicklung in den Krisenjahren
 - 3. Neue Leistungen und hohe Rückvergütungen
- VII. Staatliche Liquidation**
 - 1. "Staatsziele und Gleichschaltung"
 - 2. Umgründungen im ländlichen Raum

VIII. Wiederaufbau in der Nachkriegszeit

1. Allgegenwärtige Mangelsituation
2. Unterstützung durch die Siegermacht
3. Neuanfang - der Krieg hatte Lücken gerissen
4. Wagnisse und Änderungen - weitere Filialen vor Ort
5. Neue Wirtschaftsordnung

IX. Handelskonzentration oder das Ende der Ehrenamtlichkeit

1. Mobilität, Ladensterben und neues Nachfrageverhalten
2. Nahversorgung kontra Einkaufszentrum
3. Coop-Markt - letzte Neueröffnung 1968
4. Unternehmens-Verkauf

X. Lokale Kaufkraft - das Zukunftsproblem im ländlichen Raum

I. Coop- Geschichtsgruppe - wir über uns

Die Tagung zur Genossenschaftsgeschichte findet nunmehr bereits zum fünften Mal statt. Aus der Vielfalt unserer Themenkomplexe wurde diesmal das Thema <Ländliche Genossenschaften> festgelegt. Dies ist zunächst eine alltagsspezifische Perspektive, die jedoch aufgrund der sich abzeichnenden Verödung des ländlichen Raumes in neue Zusammenhänge gestellt werden muss. Unser primäres Geschichtsthema ist also gleichermaßen eine aktuelle Thematik.

Die Coop-Geschichtsgruppe-Niedersachsen wurde 1992 von den Mitarbeitern der Coop-Gruppe gegründet. Die Mitglieder (aktive und ehemalige MitarbeiterInnen, auch Interessierte anderer Einzelhandelsbranchen) haben das Geschichtswerk ehrenamtlich erarbeitet.

Unser Auftrag

Die Konsumgenossenschaften waren Zusammenschlüsse von Familien, die in eigener Regie den Einkauf, häufig auch die Produktion, von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern organisierten. Hier griff man auf allgemeine englische Erfahrungen und praktischer Vorbilder aus Sachsen und Schöningen/Helmstedt zurück. Diese Handelsgeschichte ist in weiten Teilen zugleich eine So-

zialgeschichte, denn wichtige gesellschaftliche und gemeinnützige Entwicklungen wurden in diesen Perioden von ihren Mitgliedern erarbeitet und zu hoher Effektivität entwickelt.

Die Coop-Geschichtsgruppe hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Entwicklung als eine *durchgehende Bildgeschichte* darzustellen. Seit 1990 wurden dazu die Dokumente zusammengetragen und im Jahr 1994 erstmalig einem breiten Publikum präsentiert. Diese Materialien standen anschließend immer wieder Interessierten (Studenten, Archiven, Heimatmuseen, Mitarbeitern) zur Verfügung. Eine letzte Präsentation mit einer breiten Palette von Dokumenten erfolgte im Jahr 2005. Anschließend wurde das Geschichtswerk digitalisiert und mit unterschiedlichen Schwerpunkten vorgeführt.

Konsum - Coop - Depot - PLAZA in Niedersachsen

Der <Konsum>, so die Bezeichnung im Sprachgebrauch, war in Stadt und Land vertreten. Die Konsumgenossenschaften prägten den Einzelhandel in Niedersachsen seit deren ersten Gründungen im Jahre 1867 bis hin zum Marktaustritt im Jahre 1994 wesentlich mit. Von einigen Ausnahmen abgesehen sind nun die Konsumgenossenschaften sowie deren Nachfolger – jetzt in der Rechtsform der AG – im Verlaufe der Handelskonzentration ausgeschieden, wie zahlreiche andere Filialunternehmen unseres Landes ebenfalls. In der heutigen Präsentation fokussieren wir auf die *Ländliche Konsumgenossenschaft*, die im Rahmen der Geschichtswahrung vernachlässigt wurde.

Archiv

Die Bildgeschichte ist auf zwei CDs abgelegt und steht den Interessierten zur Verfügung. Neben einigen genossenschaftlichen Kapiteln liegt das Schwergewicht auf der Tätigkeit der Konsumgenossenschaften in Niedersachsen.

II. Entscheidend ist die Wertschöpfung

Das Genossenschaftswesen ist eine nahezu europaweite Entwicklung, die landestypische Schwerpunkte aufweist. In unserer Volkswirtschaft erlebte das Genossenschaftswesen in der Kaiserzeit seine ersten Höhepunkte. Um 1920, also in der Zeit der <Weimarer Republik>, der Inflation und großen Krisen, wurden etwa 50.000 Unternehmen gezählt. Die Konsumgenossenschaften waren mit 5% in diese Wirtschaftsordnung einbezogen.

Die Haushaltsvereine und Konsumgenossenschaften konnten einen wirtschaftlichen Marktanteil von 10 bis 15% an sich binden. Der wahre Erfolgsfaktor kann rückblickend aber mit den Begriffen <Sicherung der Lebensqua-

Genossenschaften / Konsum-Genossenschaften, um 1921

Kredit-Genossenschaften, Darlehnskassen	20.447	43%
Rohstoff-Genossenschaften	6.105	13
Werkgenossenschaften, Eltwerke	5.665	12
Produktions-Genossenschaften, Molkerei-Genoss.	5.123	11
Bau- und Wohnungsgenossenschaften	3.278	7
Konsumvereine, etc.	2.435	5
Wareneinkaufs-Vereine	1.329	3
Zunft-Genossenschaften	826	
Sonstige Genossenschaften		6
total Ende 1921	47.618	100%

lität>, <bescheidener privater Wohlstand> und <Wohlfahrt für das Bonum Commune> umschrieben werden.

Kleine Genossenschaften

Die Geschichte der Konsumgenossenschaften in Niedersachsen wird erfahrungsgemäß auf die Genossenschaften in den Städten abgestellt, da diese aufgrund der großen Mitgliederanzahl ihre Entwicklung papiermässig dokumentierten. Die konsequente Einbindung der Mitglieder in das Genossenschaftsleben wurde in einem Leitbild fixiert und wurde anschließend geradlinig und nachdrücklich umgesetzt. So zählen Protokolle, Jubiläumsschriften und kleinere Bildabhandlungen zum Instrumentarium der genossenschaftlichen Kommunikation. Ein Jahrhundert später steht uns für diesen Sektor noch ausreichendes Material zur Verfügung.

Dagegen ist eine andere Situation im ländlichen Bereich vorherrschend, die praktisch unkommentiert ist. Allerdings stellten sich die „kleineren“ Genossenschaften im Rahmen von Verbandstagungen oder auf Einkaufsveranstaltungen nicht hinten an, sondern wurden als vollwertige Mitglieder in den Gremien anerkannt. Der Reiz und die Dynamik der kleinen Erst-Gründungen lassen sich in den Verbandsschriften überzeugend und mit einem gewissen Glanz nachvollziehen.

Ländliche Konsumgenossenschaften

So genannte „kleine“ Genossenschaften brachten Anträge ein, entwickelten

Strategien zur Entwicklung ihres Wirtschaftsraumes und verwiesen auf sozial-gesellschaftliche Problemstellungen. So sind beispielsweise die KG Nordey (veräußert um 1998), die KG Bokeloh bei Wunstorf, die KG Siber am Harz und zahlreiche andere in Wahrung ihrer Rechte „in der ersten Linie aufgetreten“. Einige Bilder dieser Zeit erinnern an das Leben auf dem Lande, welches sich in allen Merkmalen von Stadtleben abhob. Selbst noch in den Jahren der Regionalisierung um 1970 entstand der Eindruck, dass gerade diese Gruppe häufig zur Rechtfertigung anderweitiger Entscheidungen herangezogen wurde.

Die betriebswirtschaftliche Größe einer Konsumgenossenschaft wurde bereits zu Kaiserzeiten beileibe nicht als Ordnungsmaßstab anerkannt - dennoch sind gravierende Unterschiede zwischen Konsumgenossenschaften in den Städten und Dörfern seiner Zeit zu dokumentieren. Dementsprechend wurde für die heutige Geschichtstagung aus der Liste der kleineren KG stellvertretend der <Haushaltsverein Wennigsen> herausgenommen. Es ist eine Alltagsgeschichte, welche den Förderauftrag für und mit den Mitgliedern in differenzierten Phasen darstellt.

III. Die Gründungen ländlicher KG

1. Gründungswelle vor 1900

Als Beispiel einer ländlichen Konsumgenossenschaft wurde die <KG Wennigsen> ausgewählt, welches südlich von Hannover gelegen ist. Dies ist eine typische Gründung von 1886/1893, die sich in der Umgebung ähnlich abspielte. Dazu einige vergleichbare Gründungstermine, wobei die Orte mit einer Einwohneranzahl unter 1.000 mit einem x gekennzeichnet sind; die direkt angrenzenden Orte sind mit einem o markiert.

2. Einige Unterscheidungen auf Einzelhandelsebene

Die klassischen Unterschiede <Stadt-Land> sind heute weitgehend nivelliert und letztlich unbedeutend. In der Zeit der Gründungen, also um 1900, sind gleichwohl einige schwerwiegende Differenzen zu bedenken, die den Gründungsprozess und die Weiterentwicklung betreffen. Dies sind beispielsweise/ auszugsweise folgende Profile für die Zeit um 1910:

Mitgliederstruktur

- in der Stadt: aus allen Bereichen der so genannten “Mittelschicht”; auch

Altenhagen-I Haushaltsverein	x	1910
Barsinghausen HV 1870 und	1894	
Barsinghausen Östlicher HV	1894	
Bokeloh bei Wunstorf HV	x	1905
Bredenbeck/Deister	o	1915
Egestorf (Deister) HV	o x	1893
Einbeckhausen HV	1895	
Gehrden	o	1880
Nenndorf HV	1894	
Hagenburg eGmbH	x	1896
Hohnhorst eGmbH	x	1896
Hohenbostel	x	1897
Laatzen eGmbH	1900	
Lehrte KV	1908	
Langreder HV	x	1895
Linden bei Hannover KV	1885	
Loccum bei Hannover	x	1899
Nienstedt bei Einbeckhausen	x	1895
Peine KV	1908	
Springe HV	o	1904
Steinhude KV	1893	
Wülfel bei Hannover KV	x	1902
Wennigsen (Deister)	1886 und 1893	
Wunstorf eGmbH	1899	
und zahlreiche weitere mehr	x	

Sozialkritiker, Gönner und (Bahn-, Post-)Beamte.

- auf dem Land: überwiegend Arbeitskräfte aus Handwerk und Industrie, Bergleute der Kali-, Gips- und Kohlenbergwerke.

Geldwirtschaft - Kaufkraft

- in der Stadt: regelmäßige Einkommen, Münzen und Geldumlauf, Kreditwesen, Bankhäuser und Filialen. Erste statistische Analysen bezüglich der landesweiten Kaufkraftunterschiede.
- auf dem Land: Zahlungsmittel sind ungebräuchlich, ersetzt durch Tauschwirtschaft. Die Löhne werden häufig verspätet ausgezahlt. Überwiegend befristete und allfällige Arbeitsverhältnisse.

Allgemeine Geschäftsentwicklung

- in der Stadt: die planbare Bevölkerungsentwicklung führt zu gestaltbaren

Geschäftsfeldern. Es bilden sich Nachfragesegmente gleicher Einkommensgruppen.

- auf dem Land: Trennung von Wohn- und Arbeitsort führt zu variablen Situationen. Abhängigkeiten persönlicher Art charakterisieren die Geschäftsentwicklung.

Einsatz von Werbemitteln

- in der Stadt: reich verteilte Plakatwände und Litfass-Säulen. Werbung für Markenartikel auf Bahnhöfen und in Verkehrsmitteln. Regelmäßige Zeitungswerbung.
- auf dem Land: Mundpropaganda, Mitteilungen der Handels-Reisenden.

Schwerpunkte der Kunden-Nachfrage

- in der Stadt: standardisierte Nahrungs- und Genussmittel, auch chemisch-technische Produkte, Importwaren.
- auf dem Land: aufgrund der Selbstversorgung geringe Nachfrage im Lebensmittelbereich. Großer Bedarf an Werkzeug, an technischem Verbrauchsmaterial, Kleidung, Gebrauchsgütern. Gleichzeitiger Anschluss an die GEG und Raiffeisen-Genossenschaft.

Arbeitsabläufe in der KG

- in der Stadt: wöchentliche Belieferung der Verteilstellen mit eigenem Pferdegespann, später LKW. Eigenproduktion der KG im Bereich der Gattungsartikel. Abfüllanlagen für Getränke und Küchenhilfsmittel. Autarkie gegenüber den Produzenten von Markenartikeln.
- auf dem Land: 14-tägige Belieferung mit Bahn-Stückgut. Die Eigenproduktion beschränkte sich meist auf die Schrotmühle zur Haustierfütterung.

Betriebs-Demokratie

- in der Stadt: ein ausgebautes System entsprechend der Genossenschafts-idee. Sitzungen mit Protokollen. Einrichtung von Arbeitsgruppen und Kommissionen zur Behandlung von aktuellen Fragen. Gründung von Frauengilden für spezifische Themen. Mitgestaltung und Mitbestimmung als Basis-Leitbild.
- auf dem Land: Gesprächsrunden mit allen Mitgliedern, fallweise Versammlungen.

IV. Situation im Deisterland und anderen Regionen

1. Industrialisierung um 1890

Not macht erfinderisch - diese uralte Volksweisheit traf im so genannten <Wilhelminischen Zeitalter> in besonderem Maße für die ersten Opfer der Industrialisierung zu. In der heutigen unruhig-dynamischen und technisierten Zeit erscheint die Kaiserära als eine Epoche der Ausgeglichenheit, der Satttheit und des Arbeitsfriedens. Jedoch trafen diese Verhältnisse nur für eine absolute Minderheit der Bevölkerung zu.

Die industrielle Entwicklung jener Zeit leitete in Deutschland einen wirtschaftlichen und sozialen Wandel ein. Die lang anhaltenden und wiederkehrenden Wirtschaftskrisen in den Jahren bis 1890 führten zu einem grundlegenden ideellen und materiellen Strukturwandel - und zu einem endgültigen Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Die Unternehmen <Hanomag>, <Conti>, <Hansa-Silberberg>, <Eisenwerke Wülfel> und zahlreiche andere Werke suchten Handwerker im ländlichen Bereich bei expandierender Beschäftigung.

Im Deisterland¹ wird dieser Wandel dokumentiert durch die Krisen im Bergbau der großen und kleineren Gesellschaften, durch die Gründung von Arbeiterparteien (in Wennigsen: SPD um 1905, KPD) und Gewerkschaften, durch das stetige Anwachsen der verschiedenen Hilfsvereine (heutige Bezeichnung Arbeiterwohlfahrt, DRK-Wennigsen,..) und dem etappenweisen Bau der Eisenbahnstrecke nach Linden und Hannover.

2. Vorbilder aus Schöningen, Sachsen und anderswo

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde bereits 1867 in der Salzstadt Schöningen ein Hilfsverein gegründet, der sich nach den englischen Vorbildern organisierte. Durch landesweite Gründung von Genossenschaften, die zu einer gesteigerten Wertschöpfung auf praktisch allen Lebensgebieten führte, wurde ein höherer Lebensstandard erreicht. Der Haushaltungsverein-Wennigsen war eine derartige Selbsthilfeeinrichtung, die von den Mitgliedern eigenverantwortlich geführt wurde.

Preisstabilität lautete die Forderung jener Zeit, die bis heute noch an Bedeutung gewonnen hat. Stabilität wurde seinerzeit als die unverzichtbare Basis für Wohlfahrt und Entwicklung angesehen. Die Leitidee der Konsum-Genossenschaft lautet: Wir wollen unsere Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen.

¹ Siehe dazu beispielsweise die Ausführungen in der CZ vom 18.06.98 über die historische Freilichtaufführung in Barsinghausen.

Später wurden die Konsumgenossenschaften in einzelnen Betrieben (Konsum Hanomag um 1885, Conti um 1900,..) oder für geschlossene Ortschaften (Barsinghausen 1870, Gehrden 1880, Hannover-Oststadt 1888,..) oder ganze Landstriche wie 1886 in Wennigsen als <Haushaltsverein für den Ort Wennigsen, Argestorf, Bönningden und Mark> gegründet. In der angrenzenden Gemeinde Bredenbeck wurde ebenfalls eine Konsumfiliale eröffnet, die vom stark expandierendem <Konsum-Verein Hannover> bereits um 1915 beliefert wurde.

3. Der Haushaltsverein Wennigsen in einer kurzen Übersicht

Im Rückblick auf 125 Jahre der Konsumgenossenschaften in Niedersachsen wird ein Ausschnitt der ländlichen Situation im Calenberger Land, der Gemeinde Wennigsen, dargestellt. Mit diesem Beitrag sollen die Lücken der Regionalgeschichte geschlossen werden, die den arbeitenden Menschen, seine Familie und deren soziale Umgebung nicht immer entsprechend symbolisiert.² Ein Teil dieses Lebens vollzog sich innerhalb der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die neben der Lebensmittelversorgung und Erwachsenenbildung auch kulturelle und gemeinwirtschaftliche Ziele verfolgte.

Die Gemeinde Wennigsen (siehe Deckblatt) ist heute ein Grundzentrum innerhalb der Region-Hannover. Rund 15.000 Einwohner leben in neun Ortschaften, die handelsmässig höchst unterschiedlich bedient werden. Die Handelssituation um 1900 kann mit „geschlossener Wirtschaft“ bezeichnet werden, die Kaufkraftentwicklung der Ist-Zeit ist durch extreme Abwanderung in höhere Zentren definiert.

Konsum-Genossenschaften waren (um 1900) örtliche Zusammenschlüsse von Bürgern, um durch die gemeinsame Beschaffung von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern einen höheren Lebensstandard zu erreichen. (Sinngemäß: Haushaltsvereine, Konsumvereine, Selbsthilfegenossenschaft, oder Konsum-Vorwärts).

Der <Haushalts-Verein Wennigsen> wurde 1886 gegründet und 1893 als Haushalts-Verein eingetragen. Eine stetige Aufwärtsentwicklung kennzeichnet den Verein. Nach Verbot und Wiedergründung (als Konsumverein 1947) wurden die Geschäfte mit Nahrungs- und Genussmitteln, Brennstoffen und Gebrauchsgütern bis 1994 fortgesetzt. Die Firmierungen in der KG-Wennigsen und seinen Filialen lauteten im Zeitablauf: Haushaltsverein, Konsum, Coop, Depot.

² Beispielsweise wurde im Programm der Region-Hannover <Arbeitswelten - Spurensuche - Industriekultur erleben> die Arbeitswelt auf die Erwerbstätigkeit beschränkt. Siehe Dokumentationen 2004.

Der <Konsum Bredenbeck> stellt in weiten Teilen eine eigene Entwicklung dar. Diese Ortschaft³ wurde ab 1915 vom <Konsumverein-Hannover> als <Filiale Nr. 54> geführt, 1938 enteignet und in die Wiedergründung 1947 miteinbezogen.

4. Örtliches Marktpotential

Jahr	Einwohner ca.	Mitglieder Konsum-Genossenschaft			Versorgungsanteil für Einwohner (2)	Entwicklungsphase
		Anzahl	Info	% der Einw.		
1886	1.700	45	(1)	ca. 2,6	250 - 300	Gründung
1893	1.750	70	(1)	4,0	400 - 500	
1900	2.400	86	(1)	3,6	500 - 550	
1916	2.500	129	(1)	5,2	600 - 650	1. WK
1924	2.550	301		11,8	1.000	Inflation
1939	2.750	250	(3)	9,0		2. WK
1945	5.100		(4)			
1948	5.200	125		2,4	500	Währungsreform
1950	5.400	170		3,3	600 - 650	
1957	4.900	700	(5)	14,2		
1994	7.000		(6)			Unternehmensverkauf

(1) Anzahl Familien, so genannte Vollmitglieder (2) Versorgungsanteil einer Mehrgenerations-Familie. Nicht identisch mit dem heutigen Begriff <Marktanteil Lebensmittel>.

(3) Mangelbewirtschaftung mit Lebensmittelkarten u.ä. (4) Teilweises Ende der kriegswirtschaftlichen Verstaatlichung des Handels (5) Konsumgenossenschafts-Mitglieder und die Inhaber von Rabattmarken-Heften. Der Verkauf an <Jedermann> wurde 1954 gesetzlich festgelegt. (6) Der landesweite Marktanteil beträgt 10 - 15%. Die Ausgabe von Rabattmarken wurde 1970 eingestellt.

³ Bevölkerungsentwicklung; Quelle: Haushaltsentwurf der Gemeinde Wennigsen, 2003 Wennigsen 1871: 1.644 1939: 2.780 1950: 5.436 1970: 5.651 Bredenbeck 1.245 1.314 2.454 2.737

V. Gründerjahre in Wennigsen - Selbsthilfe in allen Lebensbereichen

I. Leitbild und Grundsätze

Neben den Konsumgenossenschaften wurden in diesen Jahren auch Genossenschaften für Wohnen und Bauen, für die Berufs-Ausbildung oder -Fortbildung und als Hilfe in Todesfällen, im Kulturbereich, gegen die Risiken der Haustierhaltung sowie vielen weiteren Lebenssituationen gegründet. Insgesamt entwickelten sich diese Aufgabenbereiche selbständig weiter; aber meist verschmolzen diese Aktivitäten um die Jahrhundertwende zum allgemeinen Konsumverein. Der Konsum wurde über Epochen der Bewährung, der Krisenjahre, des staatlichen Verbots, der Wiedergründung durch die Britische Militärverwaltung 1945 bis hin zum Übergang in andere Konzerne (1994) wirtschaftlich und sozial-gesellschaftlich tätig.

Die Förderung der Mitglieder, sei es materiell oder ideell, war das höchste und allein stehende Ziel. Das Leitbild wurde häufig prosaisch dargelegt: „Wir leben von Werten, die jeder einzelne von uns nicht geben kann“.

Grundsätze der Konsumgenossenschaften

1. Wir verkaufen nur Qualität
2. Wir vermeiden den Zwischenhandel
3. Wir kombinieren Ehrenamtlichkeit mit Professionalität
4. Wir beteiligen unsere Mitglieder und Kunden am Erfolg
5. Wir verhalten uns demokratisch und solidarisch
6. Wir schaffen ein nachhaltiges Gemeinwesen

Der Haushaltungsverein wurde zunächst 1886 von Bergleuten gegründet, die <das Schicksal in die eigene Hand> nehmen wollten. Ähnlich anderer Gründungen in Niedersachsen wurde dieser Versuch zunächst nur geduldet, da insbesondere das öffentliche Leben⁴ gegen derartige <Eigenmächtigkeiten der Arbeiter> eingestellt war. Es handelte sich um einen Verein mit unbeschränkter Haftung, der seinerzeit durch die „Obrigkeit“ noch zu genehmigen war. Dies erfolgte dann 1893 als Haushaltsverein.

Nicht nur der im ländlichen Raum bedeutsame Markt- und Hökerhandel, sondern auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und kaufmännischen Handelsvereinigungen⁵ hatten aus den Konsum-Erfolgen in anderen

⁴ Siehe unter anderem die Gründungsurkunden und weitere Geschäftsberichte, z.B. vom 29.08.1953.

⁵ Schwerpunkt des Lebensmittelhandels in Wennigsen waren zahlreiche Ausgabestellen für Milch sowie die handwerklichen Läden für Fleisch; die Bäcker beherrschten die Preissituation. Kolonialwaren wurden als Nebenbetrieb der Gaststätten vertrieben. Im Jahre 1887 wurde der heutige Edekamarkt Nolting gegründet, zeitversetzt das Kaufhaus Heitmüller. Die Gartenversorgung und die Hausschlachtungen prägten die Versorgung mit Frischwaren.

Landesteilen gelernt und kämpften gegen die neue Konkurrenz vehement an.

Dem ersten Vorstand (gemäß Gesetz) gehörten sieben Bürger an, dies waren: A. Brandes, Wilhelm Fries, Wilhelm Frömmling, W. Knolle, Heinrich Rokahr, Ludwig Rokahr. Fr. Schultze. Insgesamt 45 Mitglieder, eines pro Haushalt (Herdstelle) oder Familie, zahlten die Anteile ein, die mit dem landesüblichen Zinssatz (häufig 4-5%) jährlich verzinst wurden und zusätzlich mit einer weiteren Gewinnausschüttung verbunden war.

Nachdem sich das Vertrauen in die Konsumgenossenschafts-Bewegung in Stadt und Land gefestigt hatte, und sich nachprüfbar Erfolge vor Ort einstellten, wurde am 1. Oktober 1893 eine erste <Verteilstelle> eingerichtet. Insgesamt hatte sich unterdes eine parteifreie Ideologie ausgebreitet.

2. Selbstverwaltung

Da es sich um eine Selbstverwaltung handelte, musste zeitgleich der Aufsichtsrat gebildet werden. Dies waren der Schmied Wilhelm Fries und die Bergleute Knolle und Schultze. Alle Tätigkeiten (mit Ausnahme des Lagerhalters) erfolgten ehrenamtlich. Das Prinzip <Ehrenamtlichkeit> wurde jahrzehntelang weitergegeben, sogar nach Abschluss der Fusionen wurden personalintensive Tätigkeiten (wie Ladenumbau, Jahresinventuren) von den "Ehrenamtlichen" durchgeführt.

Neben dem Vorstand und Aufsichtsrat wurden auch in späteren Jahren Mitgliederbeiräte gegründet, die das ständige Mitspracherecht der noch wachsenden Mitgliederanzahl garantierten.

Aufgrund der dauerhaften Erfolge und der landesweiten positiven Erfahrungen wurde nunmehr ein größerer Laden (bezeichnet als Verteilstelle) betrieben, der sich im Hause des Schmiedemeisters Rokahr in der Neustadtstraße 25 befand. Das Sortiment beschränkte sich auf einige Dutzend Artikel wie Zucker, Nahrungsmittel, Kolonialprodukte, Kerzen und Petroleum, Reparaturmaterial für Schuhe und Bekleidung, Haushaltsöl, Seifenflocken und ähnlichem mehr.⁶

Besonderes Merkmal der Epoche war ein ständiges Ansteigen der Mitgliederanzahl, da im Konsum mit den so genannten Borgebüchern auch gegen Kredit eingekauft werden konnte - obwohl die Barzahlung angestrebt wurde.

6 Siehe dazu die Gesamtdarstellung in <Konsum Wennigen - Ein Stück Wirtschafts- und Sozialgeschichte>, 1999.

VI. Systemergänzungen

1. Örtliche Unruhen und Streiks

Die Entwicklung des Genossenschaftsprinzipes setzte sich trotz aller Gegenbewegungen positiv fort. Ausgelöst durch die Größenvorteile der städtischen Genossenschaften schlossen sich die ländlichen Konsumgenossenschaften zu Einkaufsgemeinschaften zusammen. Somit konnte man sich allenortes auf das Verkaufen an die Mitglieder konzentrieren, welches sich in den Kriegsjahren einmal mehr bewährte. Bereits im ersten Kriegsjahr 1914 traten erhebliche Versorgungslücken auf, die anschließend zur Kontingentierung von allen Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen führte.

Der Zulauf zum Konsum, so nun die sprachgebräuchliche Bezeichnung, wuchs schlagartig auf 129 Mitglieder an, da hier keine schwarzmarktähnlichen Preisaufschläge geduldet wurden. Die unzureichende Ernährungslage führte 1917 zu Unruhen und Streiks, da die Brotration wiederholt kriegswirtschaftlich gekürzt wurde. Noch heute wird der Begriff <Steckrübenwinter> stellvertretend für die extreme Notsituation angewendet. Im Deisterland sind streikähnliche Unruhen wiederholt zu verzeichnen.

2. Weiterentwicklung in den Krisenjahren

Den Kriegsjahren (1914-1918) folgten die Krisenjahre (1919-1923). In der schlimmsten Phase reichte der Tagesverdienst eines Facharbeiters bei der <Hanomag> für den Einkauf eines einzigen Margarinewürfels. In dieser Zeit bewährte sich das Solidarprinzip der <Konsumler>, welche die Mangelsituation durch den direkten Vertriebsweg von der Eigenproduktion zur Filiale ausgleichen konnte. In ländlichen Gemeinden, so auch in Wennigsen, sind derartige Engpässe nicht gravierend aufgetreten, da sich durch die Ernten der Hausgärten und den organisierten Tauschhandel mit dem Hannoverschen Konsumverein ideale Bedingungen ergaben.

Der HV-Wennigsen zählte 1924 insgesamt 301 Mitglieder. Die Verkaufsstelle wurde aufgrund des Wachstums von der Neustadtstraße in die Hirtenstraße verlegt und „neuzeitlich“ eingerichtet. Es wurde eine elektrisch gekühlte Milchkammer eingerichtet, womit das Sortiment erheblich erweitert werden konnte. Die Konsumgenossenschaftler stellten sich der Konkurrenz, obwohl landesweit⁷ Strafandrohungen und Schikanen folgten, die vom damaligen Mittelstandsprotektionismus getragen wurden.

⁷ Siehe dazu die Heimatliteratur; auch: *Illustrierte Geschichte...*, ISBN 3-8012-0111-2 1985, Seite 80 ff.

Als Reaktion schloss sich der Haushaltsverein Wennigsen der Einkaufsvereinigung Deister⁸ an, wobei der Förderungsgedanke der Genossenschaften schlagartig weiter verbreitet und aufgewertet wurde. Die Kooperation erwies sich letztendlich höherwertig als die Fusion zu größeren Geschäftseinheiten.

3. Neue Leistungen und hohe Rückvergütungen

Die Bekämpfung der Volksnot (Bezeichnung: Wohlfahrtspflege) war in diesen Jahren ein Hauptziel der Kommunalpolitik. Darüber hinaus wurden auch in Wennigsen in der Inflationszeit <Gutscheine> als Geldersatz herausgegeben, welche im Umland akzeptiert wurden. Als allgemeiner Wahlspruch wurde das Motto geprägt:

*Immer strebe zum Ganzen!
Kannst Du selbst ein Ganzes nicht sein,
so schliesse dich als dienendes Glied dem Ganzen an!*

Aufgrund der Vorteile aus der in- und ausländischen Vernetzung und des Verzichts auf den damals noch verteuernenden Zwischenhandel konnte eine jährliche Rückvergütung von 6-7% ausgezahlt werden. Dies erfolgte wohlge-merkt auf einer Basis von Verkaufspreisen, die weit unter dem Konkurrenz-niveau in Wennigsen lagen. Die Worte des Leitbildes standen für die Taten der Jahrzehnte.

Das Vertrauen in die eigene Kraft führte im Jahre 1930 zu einer erheblichen Investition. Der Haushaltsverein erwarb das (bisher bereits teilweise ange-mietete) Grundstück in der Hirtenstraße (heutige Hausnummer 23), welches auch heute noch aufgrund Satzung und Vertrag sozial-gesellschaftlichen Zwecken zu dienen hat.

In Protokollen⁹ ist die weitere Entwicklung in Wennigsen nachzulesen. „Mit dem Besitz eines eigenen Grundstücks begann eine rasche Aufwärtsentwick-lung, da .. sich die Verteilstelle in absolut zentraler Lage des Dorfes befand. Die Anfeindungen der privaten Geschäftswelt waren natürlich hier, gleich wie in anderen Orten, sehr groß. Mit der Machtergreifung durch die Natio-nalsozialisten begann auch für unsere Genossenschaft ein dornenvoller Weg.“

⁸ Zusammenschluss der Konsumgenossenschaften aus Bantorf, Barsinghausen, Egestorf, Gebrden, Hobenbostel, Kirch-dorf, Wennigsen.

⁹ Geschichtssammlung Friedrich Gleue sen., Ausstellung 1985 im Schulzentrum Wennigsen

VII. Staatliche Liquidation

1. "Staatsziele und Gleichschaltung"

Der Leitgedanke der Konsumgenossenschaften, nämlich die <Selbstverwaltung> stand im absoluten Widerspruch zum Staatsziel des Naziregimes. Es folgten demzufolge Phasen der Agitation¹⁰ gegen alles, was in diesem Unternehmen demokratisch, sozialfortschrittlich und in seiner Grundhaltung international ausgerichtet war. So wurden Mitglieder unter Druck gesetzt und zum Austritt gezwungen. Ferner wurde gesetzlich geregelt, die jährliche Rückvergütung auf höchstens 3% zu beschränken.

Im Kerngebiet Niedersachsens (Minden-Celle-Göttingen) wurden 206 Konsumgenossenschaften mit 1.787 Filialen betrieben. Zusätzlich die Firmen-Konsumanstalten, die in der Hanomag, Conti, Eisenwerk Wülfel etc. um die Jahrhundertwende in Eigenverwaltung gegründet wurden. Diese Solidargemeinschaft, welche durch seine gestaffelte Struktur mit einer modernen Organisation vom Wirtschafts-Abschwung glücklicherweise nur tangiert wurde, war dem Regime total suspekt. Insbesondere war die praktizierte Unternehmens-Demokratie absolut systemfeindlich. Unter der Hand wurde von den „Staatsfeinden“ gesprochen - und mannigfach anderen Bezeichnungen mehr.

Im Rahmen der staatlichen Wirtschaftspläne und der planmäßigen Hinwendung zur Kriegswirtschaft erfolgten weit reichende Reglementierungen, die aber keineswegs zu einer Versorgungsverbesserung unserer Bevölkerung führte. Ein weiteres Gesetz¹¹ im Jahre 1935 schränkte die Handelsfreiheit ein. Nach Einführung der Lebensmittelmarken (1938), also der allgemeinen Reglementierung der Versorgung von Haushalten, wurde die Liquidation des <Konsum Wennigsen und Umland> eingeleitet.¹²

2. Umgründungen im ländlichen Raum

Nach der zwangsweise angeordneten Umgründung in <Ländliche Wirtschaftsgenossenschaft Wennigsen/Deister> waren die konsumgenossenschaftlichen Grundgedanken ausgehebelt. Die letzte Generalversammlung wurde am 14.02.1943 abgehalten; anschließend wurde das Sach- und Grundvermögen beschlagnahmt und durch die Deutsche Arbeitsfront wegen angeblicher Staatsfeindlichkeit eingezogen.

¹⁰ Siehe dazu die *Wirtschaftsliteratur*, auch: *Konsumgenossenschaften - Aspekte ihrer Entwicklung*, Hamburg 1974, Seite 12 ff; oder andere Chroniken.

¹¹ *Gesetz über Verbrauchergenossenschaften*, wobei gezielt die Sparkassen und die Wohnungsbau-Einrichtungen der Konsumgenossenschaften liquidiert wurden. Ferner wurden Beauftragte zwecks Durchsetzung des Staatszieles in die Vorstände und Beiräte berufen.

¹² *Weitergehende Literatur: Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften*, Erwin Hasselmann, Hamburg 197, Kapitel-7. *Weitergehende Dokumente: Bildgeschichte der KG in Niedersachsen*, CD-1, Kapitel 2,3, 8,3

Mit diesem Federstrich wurden so die Mitglieder der Konsumgenossenschaft ihrer Sachwerte beraubt, welche in jahrelanger Gemeinschaftsarbeit „zum Wohle und zur Förderung seiner Mitglieder“ aufgebaut worden waren. Diese Enteignung war mit einigen Besonderheiten verbunden, die der Restitution ab 1948 entgegenstanden.

Ein überregionaler staatlicher Versorgungsring löste die Leistungsfähigkeit und Individualität der örtlichen Konsumgenossenschaft ab. Der Laden in der Hirtenstraße wurde verpachtet, die Produktionseinrichtungen (wie Schrotmühle, Abfüllanlage, Kohlenwaagen, Fuhrwerk,..) wurden demontiert.

VIII. Wiederaufbau in der Nachkriegszeit

1. Allgegenwärtige Mangelsituation

Mit dem Einzug der Alliierten (08.04.1945) war der Krieg für die Wenninger Bevölkerung zunächst abgeschlossen. Die Britische Militärverwaltung ordnete das Zivilleben weitgehend nach Vorkriegsverhältnissen. Insbesondere im Lebensmittelbereich war eine absolute Mangelsituation vorhersehbar. Als erste Maßnahme wurde daher die Fortsetzung der Rationierung angeordnet und anschließend der Wiederaufbau der Handelsorganisationen, eingeschlossen die Konsumgenossenschaften, ab 1946 eingeleitet.

In der allgemeinen Orientierungslosigkeit der ersten Nachkriegsperiode begannen aktive Genossenschaftler und Demokraten, die Konsumgenossenschaft in Wennigsen wieder aufzubauen. Es schien als ein fast hoffnungsloses Unterfangen, denn die Bevölkerung unseres Ortes hatte sich auf über 5.000 Einwohner verdoppelt. Aber die Internationalität der Konsum-Bewegung führte zu einer raschen, wenn auch nur vorübergehenden Notlösung.

Im Juni 1945 wurde auf Anweisung der Militärregierung einige Not-Genossenschaften eingerichtet. Die Aufträge ergingen aus dem <Headquarter Hannover> über die Militärpolizei an die Genossenschaftler Wilhelm Tendeler, Heinrich Körner und August Anger, die als Garanten einer demokratischen Entwicklung erkannt wurden. Mit dieser Maßnahme sollte der überhandnehmenden, unkonzepzionellen Gründung von Flüchtlingsgenossenschaften und anderer Einrichtungen entgegengewirkt werden. Die bald einsetzende Flüchtlingswelle rechtfertigte diese Entscheidungen der Britischen Militärregierung.

Ferner hatten im Stadtbereich Hannover die zahlreichen Antifa-Komitees bereits die ungesetzliche Re-Privatisierung von Geschäften vorangetrieben, allerdings um der Not der Bevölkerung entgegenzuwirken. Darüber hinaus

hatte sich zwischenzeitlich eine Schwarzmarktmentalität breitgemacht, der durch die zügige Wiedergründung alter Handelsstrukturen entgegengewirkt werden sollte.

2. Unterstützung durch die Siegermacht

Ansprechpartner war in dieser Situation der britische Beauftragte Mr. Watkins, der sein Büro im <Headquarter Hanover>, in den Nissenhütten am Maschsee-Nordufer, eingerichtet hatte. Diese Stelle organisierte kooperativ den Wiederaufbau, wobei an die jahrzehntelange Internationalität der Konsum-Bewegung angeknüpft wurde.

Die segensreiche Hilfe setzte sich (auf einer anderen Ebene) im allgemeinen Programm der Schulspeisung und der Volksküche fort - und wurde mit der <The Bridge>, der Kulturbrücke, langfristig abgerundet. Von dieser Gesamtentwicklung profitierte der ländliche Konsum-Wennigsen -wie er sich nun nannte- erheblich. Nicht zu vergessen: Lebensmittel, Kleider, Schuhwerk, Heiz- und Kraftstoffe wurden auf rationierten Karten eingekauft, die Geldwährung war ein zweites Mal in kurzer Zeit wertlos geworden.

3. Neuanfang - der Krieg hatte Lücken gerissen

Die Not der Bevölkerung ist an dieser Stelle nicht noch einmal anzusprechen. Die Stichworte wie Rationierung, Kontingentierung, Bezugsscheine, Schwarzmarkt und Schiebereien, Kälte- und Hungertote, Tuberkulose, unversorgte Kriegsoffer, Meldewesen für Haustierhaltung und Schlachtgenehmigungen seien stellvertretend für den Mangel an allem angeführt. Das Landeswirtschaftsamt regelte den Lebensmittelverkauf über das Markensystem und Sonderzuteilungen.

Die Fragen der Gerechtigkeit bleiben unbeantwortet. Dieses Thema ist ausufernd in der Literatur dargestellt, häufig vereinfachend unter dem Titel <Schwarzmarkt-Mentalität>. An dieser Stelle ist es sicherlich angebracht, an den Literaten Wolfgang Borchers zu erinnern, der in seinem bewegenden Theaterstück <Draußen vor der Tür> die materielle und ideelle Situation eingefangen hat.

Die führenden Genossenschaftler unseres Ortes waren sich einig, dass man bei der geplanten Wiedergründung nicht dort ansetzen konnte, wo man vor einem Jahrzehnt gezwungenermaßen aufhören musste. Da die neue, von den Besatzungsmächten getragene, deutlich konkurrenzorientierte Wirtschaftsordnung erst allmählich erkennbar war, verzögerte sich die Aufbauarbeit der Konsumgenossenschaften erheblich. Am 12.10.1947 wurde die Neugründung der <Konsumgenossenschaft Wennigsen und Umgegend> von 84 Personen

vollzogen und Wilhelm Tendeler als Vorstandsvorsitzender bzw. Aufbauvorsitzender bestätigt.

Der ehemalige Laden in der Hirtenstraße, der seit der Enteignung privatrechtlich geführt wurde, setzte den Verkauf fort. Die rechtsbindende Verpachtung wurde erst 1949 aufgehoben und das Anwesen restituiert.

Auf Anordnung der Britischen Militärregierung erfolgte am 25.01.1948 eine außerordentliche Generalversammlung, die einiges Aufsehen im Orte verursachte. Streitpunkt war die Auslegung der Statuten, die von der Besatzungsmacht unter dem Prinzip der Marktwirtschaft vorgegeben waren. Die Ergebnisse wurden in einem englischsprachigem Protokoll abgefasst, dem Headquarier anschließend zur Genehmigung zugestellt und später in deutscher Sprache veröffentlicht.

4. Wagnisse und Änderungen - weitere Filialen vor Ort

Der Verkauf von Lebensmitteln über Bezugsscheine konnte durch freiwillige Leistungen ergänzt werden. Hier bot sich eine Lösung an, von der viele Bürger auf Basis der damals begehrten Naturalwirtschaft profitierten: man verdingte sich zur Trümmerräumung beim Konsum Hannover (allerdings nur sonntags) und wurde mit Spenden der britischen Konsumgenossenschaften wie Fette, Seife, Schreibpapier, Zucker oder sonstigen Mangelprodukten entlohnt.

Der Laden-Verkauf wurde in Wennigsen zunächst in einem Provisorium durchgeführt, dann ab Juni 1949 in einem behelfsmäßigen Laden in der Neustadtstraße. Zum Jahreswechsel konnte dann der zwangseingekaufte Laden im <Konsumhaus Hirtenstraße> wieder zur Versorgung der Bevölkerung übernommen werden. Der Kohlenhandel und die Schrothmühle soll in dieser Kurzdarstellung nicht unerwähnt bleiben.

Da die Mitgliederzahl nach der Währungsreform (1948) sprunghaft anstieg, wurden neue Filialen eröffnet.

1951: Filiale im Siedlungsgebiet <Lutterbrink>;

1952: Filiale in Degersen,

195?: Filiale in Bredenbeck.

Zwischenzeitlich wurde das saisonale Kataloggeschäft eingeführt, wobei die bestellte Ware in den Filialen porto- und verpackungsfrei abgeholt werden konnte. Also eine Forderung, die heute wieder auflebt.

5. Neue Wirtschaftsordnung

Im Jahr 1957 versorgten sich über 700 Mitglieder über „ihre“ Konsumgenossenschaft mit Lebensmitteln, wo dann bereits im Selbstbedienungs-System eingekauft wurde. Zeitweise wurden Rabattmarken ausgegeben, die zum Jahreswechsel als stille Sparkasse eingelöst werden konnten.

Die Ära des reinen Mitgliederhandels, nämlich der ausschließliche Verkauf an eingetragene Genossen, wurde aufgrund neuer Gesetze im Jahre 1954 eingestellt. Damit wurde das Leitbild der Solidarität durchbrochen - häufig auch als Herausbrechen eines tragenden <Ecksteines unseres Konsumhauses> bezeichnet. Diese neue gesetzliche Grundlage wurde über zwei Jahrzehnte diskutiert.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft setzte sich zunehmend um, in den ländlichen Regionen zeitversetzt. Das Versorgungsprinzip wurde durch die Aspekte einer breiten Bedarfsdeckung abgelöst. Neue Sortimente (wie Tiefkühlung, Frischobst, Gebrauchsgüter, Schreibwaren, Zeitschriften,..) veränderten die Ladenkultur auch in Wennigsen. Seit etwa 1955 prägten Frauen das Genossenschaftsleben in allen Regionen und Gremien, was sich auch in der Mitarbeiterstruktur ausdrückte.

IX. Handelskonzentration oder das Ende der Ehrenamtlichkeit

1. Mobilität, Ladensterben und neues Nachfrageverhalten

Im Ballungsgebiet Hannover setzte die erste Welle des Ladensterbens ein, kurzfristig gefolgt von der zweiten Strukturänderung, dem Discountprinzip. Die Kaufkraftabwanderung aus unserem „ländlichen“ Ort in übergeordnete „städtische“ Zentren war unübersehbar, in dessen Folge die Filialen in Degeresen und Bredenbeck ersatzlos geschlossen wurden. Die Eröffnung einer Filiale in Argestorf, dort vehement jahrelang gefordert, wurde nicht mehr realisiert.

Die Grenzen eines ehrenamtlichen Managements wurden in Umrissen in diesen Jahren bereits erkennbar. Zeitgleich und zusätzlich: der Kapitalbedarf konnte von den Mitgliedern für die immer größeren Läden nur noch schwerlich aufgebracht werden. Auch aus dieser Sicht brach eine Zeit an, die sich nunmehr als ein Start in eine totale Anonymität herausstellte.

2. Nahversorgung kontra Einkaufszentrum

In den Folgejahren wurde die heute existierende Einzelhandelsstruktur eingeleitet: das System der Nahversorgung wurde durch die standardisierte Mas-

sendistribution ersetzt. Dieser Entwicklung konnte sich die Konsumgenossenschaft nicht entziehen. Bereits 1968 wurde ein zeitgemäßer Supermarkt unter der Bezeichnung <Coop - mit dem blauen Quadrat> in der Argestorfer Straße eröffnet und kurzfristig sogar nochmals vergrößert.

Auch logistisch wurden weitere Konsumgenossenschaften des Landkreises (wie Gehrden, Barsinghausen und Steinhude oder das weiträumige Weser-Leineland) in das Verteilzentrum Hannover integriert.

Die Konsumgenossenschaft <Wennigsen> fusionierte sodann mit <Coop Hannover> zur <Coop Niedersachsen>, die dann im Wirtschaftsraum Niedersachsen unter den Firmierungen <coop> und <depot> sowie <Plaza> und <in> später als Aktiengesellschaft tätig wurde. Die Fusionswelle setzte sich ungebremst fort, die Wirtschaftsräume der <Coop-Niedersachsen> umfassten später zusätzlich Hamburg und Bremen.

3. Coop-Markt - letzte Neueröffnungen 1968

Die eingangs (im Kapitel 3.2) aufgezeigten Unterscheidungen des “städtischen” und “ländlichen” Lebens nivellierten sich über Jahrzehnte hinweg. Dieser Entwicklung folgend veränderte sich gleichfalls die Absatzpolitik der Konsum-Gruppe und demzufolge auch die Verkaufstechnik. Dazu einige Beispiele, die in der letzten Neueröffnung eines Coop-Supermarktes in Wennigsen mit einer Verkaufsfläche von 550 m² (später Erweiterung auf 880 m²) realisiert wurden.

- Warengruppen

Der Coop-Markt an der Argestorfer Straße führte alle Warengruppen inklusive einer Fleischabteilung, einer Obst- und Gemüseabteilung. Das Kohlen-geschäft war seit Jahren aufgegeben, neu war im Sortiment die Warengruppe <Freiverkäufliche Arzneimittel> , <Fotoarbeiten> und <Schreibwaren> sowie zahlreiche Saisonartikel. Insgesamt wurden 85 Warengruppen geführt

- Logistik

Die Belieferung erfolgte vom Zentrallager-Laatzten wöchentlich zwei- bis dreimal. Das Bestellverfahren wurde ab 1982 unter Einsatz der Mobilien Datenverarbeitung abgewickelt. Zusätzlich lieferten die Direktlieferanten ausgesuchte Artikelgruppen.

- Werbung

Die Werbung erfolgte zweimal wöchentlich in der Tageszeitung, zusätzlich wurden Werbezettel verteilt. In der TV-Werbung führte Coop Gewinnausschreiben durch, mit Hauptpreisen von Autos und Reisen.

Die Bevölkerung differenzierte das Lebensmittelsortiment mittlerweile in <Diskountartikel> und <Markensortimente>, die um die Gunst der Kunden konkurrierten. Daraus ergaben sich Konsequenzen hinsichtlich Einzugsgebiet und Ladengrößen. Demzufolge wurde der Coop-Markt im Jahr 1986 an den Bahnhof (Heisterweg) verlegt und dort als Depot-Verbraucher-Markt (Marktgröße 1.350 m²) mit erweiterten und ergänzten Sortimenten weitergeführt. Damit war die Ära der Nahversorgung abgeschlossen.

In diesem Markt wurde übrigens erstmalig für Niedersachsen ein Kundenparlament eingeführt, welches an die ursprüngliche Mitbestimmung der Genossenschaftsmitglieder anknüpfte.

Insgesamt ist festzuhalten: Der Bedeutungsverlust der Konsumgenossenschaft (landesweit und in Wennigsen) kann auf drei Hauptursachen zurückgeführt werden:

- die *operationale Ebrenamtllichkeit* zur Leistungserstellung und die damit verbundene Wertschöpfung endeten in Jahren um 1975. Diese Feststellung betrifft zahlreiche gesellschaftliche Bereiche gleichermaßen noch heute.
- die *Kapitalbeschaffung in den Mitgliederkreisen* (bei denen sich die Stamm-Anteile an Wochenlöhnen orientierten) engten die Finanzierungsmöglichkeiten ausweglos ein.
- die *Entwicklung von Mobilität, Einkommen* und Nachfrageverhalten generierte Situationen, die unabänderlich dem Solidarprinzip entgegenstanden.

4. Unternehmens-Verkauf

Im Jahr 1994 wurde die Unternehmens-Veräußerung an die <Asko-Metro> abgeschlossen. Damit endet die Geschichte der Konsumgenossenschaft Wennigsen. Ein organisches Wachstum über Jahrzehnte ist durch die Veräußerung zum Abschluss gebracht worden.

Die typischen ländlichen Konsumgenossenschaften unserer nächsten Umgebung sind häufig bereits nach wenigen Geschäftsjahren (wie Springe, Weetzen) ausgeschieden, einige liquidierten freiwillig (wie Barsinghausen), die Mehrzahl fusionierten, wobei der Verlust der genossenschaftlichen Grundidee billigend kalkuliert wurde.

Die Landesplanung und ebenso in Handelskreisen sucht man heute nach Lösungen, um die mit „Lebensmitteln und Service schwach versorgten Ortsbereiche“ zu aktivieren. Auf die Leistungsbereiche der damaligen Konsumgenossenschaften fokussiert bedeutet dies einen Wiederanfang auf der Basis

allzubekannter - doch auch kongruenter neuer - Problemlagen. Es bleibt abzuwarten, ob Hoffnungen (wie um 1900) zu Lösungen werden können.

X. Lokale Kaufkraft - das Zukunftsproblem im ländlichen Bereich

Heute beherrschen einige wenige Unternehmen den Lebensmittelhandel in Wennigsen, die sich an den Strategien der Konzernzentralen orientieren und deren Zielsetzungen folgen. Die neue Herausforderung ist für Wennigsen eine städtebaulich orientierte Gesamtplanung, die aufgrund der eingeleiteten Langfristentwicklung der Region-Hannover durchaus zu realistischen Ergebnissen kommen wird.

Die Gemeinde Wennigsen, wie diese für die Gründerjahre der ländlichen Konsumgenossenschaft umschrieben wurde, hat sich aus der damaligen Agrarsituation völlig gelöst. Das Prinzip <Wohnort-Arbeitsort> wurde aufgelöst und generiert nun drei Hauptprobleme¹³ mit vordringlicher Bedeutung. Dies sind:

Die Gemeinde zerfällt in zwei Wohnschwerpunkte

- Die Handelsstandorte konzentrieren sich auf zwei entwickelte Zentren im Hauptort
- Die deutliche Kaufkraftabwanderung (Jahr-1975 mit 30%, im Jahr-2000 um 50%) führt zu explosiven Entwicklungen.

Abschluss

Der geschichtliche Rückblick auf die "ländliche" <Konsumgenossenschaft in Wennigsen> steht stellvertretend für eine verantwortungsbewusste und dynamische Gesellschaftsentwicklung. Mit Blick auf die Einzelhandels-Verödung im ländlichen Raum könnte dies ein Denkansatz für neue Systeme darstellen. Hilfreich ist dabei eine Sozialstaatsreform mit einem genossenschaftlichen Kern, so dass die Eigeninitiativen von vernünftigen Rahmenbedingungen ausgehen könnten. In jedem Fall sind als "Ersatz" der damaligen Erfolgsmodelle nunmehr pragmatische Lösungen notwendig

¹³ *Einkaufen in Wennigsen - wo und wie, Vortrag des Autoren am 12.03.2002 in der Ortsplanungskommission Wennigsen, am 29.01.2004 in der Reihe Daseinsvorsorge in Wennigsen.*

Abkürzungen:

HV = Haushalts-Verein, KG = Konsum-Genossenschaft / KV = Konsum-Verein,
BK Betriebskonsum

Zur Zeit verfügbare CDs:

CD-1 Bildgeschichte der Konsumgenossenschaften in Niedersachsen, von
1867 bis 1994

CD-2 Archiv mit 1.250 Dokumenten aus den Jahren 1867 bis 1994

CD-3 Präsentation: Ideen, Kräfte und die Wertschöpfung (Vortrag mit 80
Dokumenten)

CD-4 Präsentation: Die Kraft und die Zusammenarbeit (Vortrag mit Aus-
wahl von 100 Dokumenten)

Pietismus und Pragmatismus

Lebensbilder der ländlichen Genossenschaftsgründer Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Wilhelm Haas

Wenn vom Werden des deutschen Genossenschaftswesens die Rede ist, dann verbinden sich damit fast selbstverständlich zwei Namen: Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Schulze-Delitzsch steht für das gewerbliche Genossenschaftswesen,¹ das aber auch noch durch Karl Korthaus geprägt wurde. Korthaus gründete Anfang des 20. Jahrhunderts einen gewerblichen Genossenschaftsverband und gab damit Schulzes Erbe neuen Schwung und eine neue, stärker am Staat orientierte Ausrichtung.² Umgekehrt verhält es sich bei Raiffeisen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts positionierte sich Wilhelm Haas gegen Raiffeisens staatsorientiertes und stark religiös durchsetztes Erbe. Das landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaftswesen bestand vor allem aus waren- und kreditgenossenschaftlichen Leistungsbereichen. Zur Galerie genossenschaftlicher Gründerväter zählen auch Persönlichkeiten, die andere Sparten initiierten. Eduard Pfeiffer³ importierte aus England die Idee der Konsumgenossenschaften. Dort hatten sich bereits Endverbraucher zu Genossenschaften zusammengeschlossen, um bessere Waren zu günstigen Preisen zu bekommen. Ende des 19. Jahrhunderts erlangten in Deutschland die Wohnungsbaugenossenschaften Bedeutung. Ihr Gründervater war Victor Aimé Huber.

Im Folgenden wird die Lebensleistung der beiden Protagonisten des ländlichen Genossenschaftssektors näher beleuchtet. Die beiden Gründerväter

¹ Vgl. *Denken. Handeln. Hermann Schulze-Delitzsch*, hrsg. v. *Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband - DGRV*, Bonn 1983.

² Peter Gleber, *Die "Oebringr Privatspar- und Leib-Kasse" von 1843. Der Mittelstand greift zur Selbsthilfe*, erscheint in: *Hans Pohl u. a., Weichenstellungen der Banken- und Finanzgeschichte, Frankfurt am Main vorr.* 2012.

³ Vgl. Peter Gleber, *Sozial verantwortlich. 175 Jahre Eduard Pfeiffer*, in: *Bankinformation*, 11 (2010), S. 74-75. Ders., *125 Jahre Eduard Pfeiffer*, in: *Perspektive Praxis*, 4 (2010), S. 8.

übten unterschiedlichen Einfluss auf den Aufbau der Genossenschaftsorganisation aus. Ihre biographischen Determinanten prägten die Gestaltung und Ausrichtung des ländlichen Genossenschaftsmodells in Deutschland.

Friedrich Wilhelm Raiffeisen - Einer für alle. Alle für einen

Friedrich Wilhelm Raiffeisen wird am 30. März 1818 in Hamm/Sieg als siebtes von neun Kindern des Bürgermeisters Gottfried Friedrich Raiffeisen geboren.⁴ Die Familie hat schwäbisch-pietistische Wurzeln, der Großvater Johann Carl Ludwig Raiffeisen war evangelischer Pfarrer. 1819 wird Raiffeisens Vater als Hammer Bürgermeister abgesetzt, weil er an „Verstandesschwäche“ leide. Seine Alkoholprobleme machten nicht nur die Amtsausübung unmöglich, er konnte sich auch nicht mehr um die Großfamilie kümmern. Fortan wurde die tiefgläubige Mutter Amalie Susanne zum Familienoberhaupt und zur Hauptbezugsperson des jungen Friedrich Wilhelm. Die bürgerliche Familie gerät in die soziale Schieflage. Weil der hochbegabte Raiffeisen sich das Gymnasium nicht leisten kann, übernimmt Pfarrer Seippel die schulische Ausbildung. Mit 17 Jahren tritt Raiffeisen in Köln den Militärdienst an, weil die Offiziersausbildung mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt kostenlos ist. Schnell pflegt er Kontakte mit akademischen Eliten, wird Mitglied des Freundschaftsbundes Eupteria, gehört neben Ernst Moritz Arndt, Konrad Duden und Friedrich von Bodelschwingh zu den Gründungsmitgliedern des christlichen Studentenbundes Wingolf. Wegen eines Augenleidens muss Raiffeisen seine Tätigkeit als Militärinspekteur aufgeben. Er lässt sich als Verwaltungsbeamter in Koblenz ausbilden und beginnt 1845 seine kommunalpolitische Laufbahn als Bürgermeister von Weyerbusch im Westerwald. Später nimmt er Bürgermeisterstellen in Flammersfeld und Heddesdorf an. Dort erlebt er die Not der Bevölkerung, ausgelöst durch „wucherisches Treiben ...“, das den „goldenen Mittelstand ... zu Grunde“ richtet.

Nach einer Missernte im Winter 1846/47 gründet Raiffeisen den „Weyerbuscher Brodverein“, um die Bewohner vor dem Hungertod zu retten. Die Idee ist einfach: die wohlhabenden Bürger stellen Geld für den Kauf von Mehl zur Verfügung; die Armen erhalten Brot gegen Schuldscheine. Die Kredite werden mit geringen Zinsen zurückgezahlt.

⁴ Gleber, *Vertrauen in die eigene Kraft. Biographische Notizen zu den Genossenschaftsgründern Schulze-Delitzsch, Raiffeisen und Haas*, in: *Bankinformation* 5 (2005), S. 73f. Faust, Helmut: *Geschichte der Genossenschaftsbewegung*, 3. überarbeitete und stark erw. Aufl., Frankfurt am Main 1977, S. 323ff. Ludwig Hüttel, *Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Leben und Werk*, München 1988; Michael Klein, *Bankier der Barmherzigkeit. Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Neukirchen-Vluyn 1999*. Michael Klein, *Leben und Werk des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen*, Köln 1999.

Auch das zweite soziale Projekt, der 1854 von Raiffeisen gegründete „Heddendorfer Wohltätigkeitsverein“, basiert auf gemeinschaftlicher Finanzierung. In den folgenden Jahren trennt er sich jedoch in einem schmerzhaften Prozess vom Gedanken einer ausschließlich auf Christenpflicht und Nächstenliebe gegründeten Wohltätigkeitsorganisation. Eine Kreditgenossenschaft – den Darlehenskassenverein Anhausen gründet er erstmals 1862. Zehn Jahre später fasst er diese Organisationen zur Rheinischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank zusammen. 1874 entsteht die Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank. Aus dem 1877 gegründeten „Anwaltschaftsverband Ländlicher Genossenschaften“ geht elf Jahre später der Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften hervor.

Mit 47 Jahren beginnt Raiffeisen zu erblinden und muss sich zur Ruhe setzen. Doch er lässt sich nicht entmutigen. Seiner Tochter diktiert er ein Buch über Darlehenskassen-Vereine, das 1866 erscheint. Raiffeisen stirbt am 11. März 1888 in Heddesdorf bei Neuwied. Eines seiner letzten Ideen ist die „Caritas-Gesellschaft“, eine ordensähnliche überkonfessionelle Gemeinschaft von zölibatär lebenden Mitgliedern. Dieses letzte Projekt belegt eindrucksvoll, dass Raiffeisen „in erster Linie ein Christ“ war, „der unter die Sozialreformer gegangen ist“.

Wilhelm Haas – Vertrauen in die eigene Kraft

Karl Friedrich Wilhelm Haas wird am 26.10.1839 als Sohn des evangelisch-lutherischen Gymnasiallehrers und Dolmetschers Friedrich Heinrich Haas im hessischen Darmstadt geboren.⁵ Der Vater ist Schweizer Staatsbürger und beherrscht zwölf Sprachen, die Mutter stammt aus dem Odenwald. Nach dem Besuch des Gymnasiums studiert Haas Rechtswissenschaften in Gießen. Seine Leistungen sind überdurchschnittlich, er gerät aber oft in Konflikt mit seinen Lehrern, weil er ein unbeschwerter lebensfroher Freigeist ist, der sich ungerne unterordnet. Als Student wird er in 26 Fällen wegen „Übertretung der Feierabendstunde“ und nächtlicher „Ruhestörung“ nach ausgiebigen Kneipenbesuchen zu Geldbußen und Karzerhaft verurteilt.⁶ Dennoch durchläuft er anschließend mühelos den Höheren Verwaltungsdienst in verschiedenen kommunalen Behörden Hessens. Zuletzt ist er als Kreisrat in Offenbach am Main tätig.

⁵ Rudolf Maxeiner, *Vertrauen in die eigene Kraft. Wilhelm Haas. Sein Leben und Wirken*, Wiesbaden 1976, S. 23ff.; Gleber, *Vertrauen in die eigene Kraft*. S. 74f. Faust: *Geschichte der Genossenschaftsbewegung*, S. 387ff.

⁶ Adalbert Feineisen, *Wilhelm Haas, Frankfurt am Main 1956*, S. 18f.

Der vielseitig begabte Organisator fördert zunächst das hessische Genossenschaftswesen. Zeitgenossen berichteten, wie Haas „als junger Kreisassessor bei Dienstgeschäften in den Bauerndörfern die Gemeinderäte anfeuert, sich zusammenzuschließen zum gemeinsamen Bezug ihrer Bedarfsstoffe.“ Sein Credo: „Die Genossenschaft bedeutet Freiheit, Freiheit auch insbesondere in wirtschaftlicher Beziehung.“⁷ 1872 gründet Wilhelm Haas die Landwirtschaftliche Bezugsgenossenschaft Friedberg. Andere regionale Initiativen folgen, bevor er 1879 den Verband hessischer landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften initiiert. Die Vereinigung der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften organisiert er 1883 und wird deren erster Präsident. Die hessische Staatsverwaltung kritisiert fortwährend das genossenschaftliche Engagement des liberalen Querdenkers. Haas entscheidet sich deshalb 1900 für den Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand, auch um für seine zahlreichen genossenschaftlichen Ämter mehr Zeit zu haben. 1907 übernimmt er schließlich den Vorsitz des neugegründeten Internationalen Bundes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Wilhelm Haas betätigt sich auch als einflussreicher liberaler Politiker. Der Zweiten Kammer des Hessischen Landtags gehört er zwischen 1881 und 1911 als Vertreter der Nationalliberalen Partei an. Seit 1887 ist er Präsident der Kammer. Als Reichstagsabgeordneter (1898 bis 1912) wirkt der hessische Genossenschaftsgründer an den Beratungen über das 1889 verabschiedete Genossenschaftsgesetz mit.⁸

Für seine großen Verdienste um das Genossenschaftswesen verleiht ihm 1896 der fortschrittlich gesinnte Hessische Großherzog den Titel eines Geheimen Regierungsrates. Am 8. Februar 1913 wird Haas in seiner Heimatstadt plötzlich dem Leben entrissen.

Persönlichkeits- und Genossenschaftsstrukturen

Ausgehend von den Lebensläufen lassen sich bei Raiffeisen und Haas unterschiedliche Strukturmerkmale feststellen. Raiffeisen war durch die harten Umstände seiner Kindheit und seines sozialen Aufstiegs diszipliniert und leidensfähig. Er baute auf die Selbstbestimmung des Menschen. Das ist aber kein Indiz für aufgeklärtes Denken, sondern es gründet eher in der christlichen Ideologie des bereits in der frühen Neuzeit von Justus Georg Schottelius

7 Maxeiner, *Vertrauen in die eigene Kraft*, S. 40.

8 Gleber: *Genossenschaftsbanken als Pflanzstätten der Demokratie*, in: *Bankinformation*. 5 (2009), S. 38–41.

formulierten „Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott“.⁹ Als Christ und als Angehöriger der Preußischen Armee war Raiffeisen Gehorsam gegenüber der Obrigkeit gewohnt und er verlangte auch in der Genossenschaftsorganisation Gefolgschaft.

Ganz anders war Wilhelm Haas strukturiert. Er stammt aus einem bildungsbürgerlichen, liberalen Umfeld. Bei ihm waren Selbstbestimmung und Selbstbewußtsein mit Humor, Leidenschaft und Lebensfreude gepaart. Haas war ein aufgeklärter demokratisch-liberaler Bürger. Raiffeisen gelang es, die Vorurteile der konservativen Eliten und Bevölkerungsteile gegenüber der Genossenschaftsform zu zerstreuen. Bismarck, der den zeitgenössischen Konservatismus maßgeblich prägte, sah in den Genossenschaften „die Kriegskassen der Demokratie“¹⁰ und verglich sie mit der Sozialdemokratie. Raiffeisen gelang es, diese Bedenken zu zerstreuen und das Genossenschaftswesen den konservativ-protestantischen Kreisen ebenso nahezubringen wie dem katholischen Klerus.¹¹ Ihm ist es zu verdanken, daß viele katholische und protestantische Geistliche in den einzelnen deutschen Regionen zu Gründervätern und Multiplikatoren der Genossenschaftsbewegung wurden. Haas ging einen anderen Weg. Er engagierte sich politisch im deutschen Liberalismus und entwickelte sich in den Parlamenten und in der Genossenschaftsorganisation zum unverzichtbaren pragmatischen Interessenvertreter und Netzwerker.

Raiffeisen erfand den Typus der dörflichen Spar- und Darlehnskasse, deren Adressaten kleine und mittlere Landwirte der autonomen Dorfgemeinschaft waren. Geld, Ware und Dienstleistung waren in einer Primärgenossenschaft umfassend organisiert. Raiffeisens Idee verbreitete sich zu seinen Lebzeiten vor allem in Rheinpreußen. Haas hingegen war ein wirtschaftlich denkender Dienstleister. Er „erfand“ die nach Branchen gegliederte ländliche Spezialgenossenschaft. Sein Ziel war die Schaffung leistungsfähiger Banken für den ländlichen Raum nach dem Prinzip von Schulze-Delitzschs Volksbanken. Das Haassche System verbreitete sich vor allem in Hessen, der Pfalz sowie in Baden und Württemberg. Viel stärker als Raiffeisen achtete Haas auf die effektive Vernetzung der kleinen Primärgenossenschaften. Neben der Schaffung von nationalen und internationalen Verbandsstrukturen gelang Haas auch die Gründung überlebensfähiger Zentralbanken. Während die Raiffeisenzentralbanken insolvent wurden oder sich aus anderen Gründen liquidier-

⁹ Justus Georg Schottel, genannt: Schottelius war ein deutscher Philosoph und lebte von 1612–1676. Das Zitat lautet im Original: „Mensch, hilf dir selbst, so hilft Gott mit“.

¹⁰ Bismarck stellte 1866 fest „Die Kreditgenossenschaften sind die Kriegskassen der Demokratie, die unter Regierungskontrolle gestellt werden müssen!“

¹¹ Eine wissenschaftliche Analyse des Themas Christentum und ländliches Genossenschaftswesen ist wünschenswert. Zur Zeit erarbeitet Ulrich Gelb am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin eine Magisterarbeit zum Thema Interkonfessionelle Beziehungen in der Raiffeisenbewegung.

ten, gründen die DZ BANK in Frankfurt am Main¹² und die WGZ BANK in Düsseldorf¹³ auf Haassche Zentralbanken in Darmstadt und Münster.

Das Ergebnis - Zusammen geht mehr

Das Geschäftsmodell der Ländlichen Selbsthilfeorganisationen basiert zu gleichen Teilen auf Friedrich Wilhelm Raiffeisen und auf Wilhelm Haas.¹⁴ Raiffeisen gelang es, in der konservativen Wertegemeinschaft des ländlichen Raumes Fuß zu fassen und Mitstreiter zu gewinnen, die die Idee des Genossenschaftswesens in den verschiedenen konservativen Sozialmilieus des ländlichen Raumes implementierten. Das Genossenschaftswesen war für Raiffeisen eine Möglichkeit, seine christlichen Werte in eine pragmatische Organisationsform zu bringen. Für Haas waren ländliche Genossenschaften in erster Linie Wirtschaftsbetriebe zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung als Hilfe zur Selbsthilfe. Haas hat vor allem das Geschäftsmodell der modernen Kreditgenossenschaft geprägt. Raiffeisen erlebt dagegen in den Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas eine Renaissance. Dort ist der christliche Reformator ein Synonym für moderne Entwicklungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe.

Das Erfolgsmodell der ländlichen Genossenschaften beruht auf der Symbiose konservativer ethisch-religiöser Grundwerte, wie sie Friedrich Wilhelm Raiffeisen vertrat und dem Geschäftsmodell des modernen genossenschaftlichen Wirtschaftsbetriebs, das wir maßgeblich Wilhelm Haas zu verdanken haben.

¹² Vgl. *Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele. Eine Zeitreise durch das Morgen, Heute und Gestern*, hrsg. v. DZ BANK AG - Deutsche Zentralgenossenschaftsbank, Frankfurt am Main o.J. [2008], S. 37f.

¹³ Vgl. Fabian Engel, *Die ländlichen Wurzeln der WGZ-Bank*, S. **.

¹⁴ Maxeiner, *Vertrauen in die eigene Kraft*, S. 9f.

Vom Bauernverein zum genossenschaftlichem Banking in NRW- die ländlichen Wurzeln der WGZ BANK

Was hat eine national und international agierende Bank mit einer ländlichen Molkereigenossenschaft zu tun?

Unter ländlichen Genossenschaften versteht man zunächst Molkerei-, Viehverwertungs- oder Raiffeisengenossenschaften. Doch muss man sich darüber klar werden, dass diese Genossenschaften nur die primäre Ebene des ländlichen Genossenschaftswesens darstellen. Gerade die Raiffeisengenossenschaften haben im Laufe der Zeit eine große Anzahl von Zentralgenossenschaften aufgebaut. Zu diesen Zentralgenossenschaften zählen die Zentralen Wareneinkaufsgenossenschaften und die Zentralbanken. Die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank (kurz: WGZ BANK) ist ein gutes Beispiel für eine solche ländliche Zentralbank. So weist die aktuelle Mitgliederstruktur der WGZ BANK aus, dass von den 214 angeschlossenen Kreditinstituten 200 sich als ländliche Genossenschaften bezeichnen. Dieser dominierende Anteil der ländlichen Genossenschaften innerhalb der WGZ BANK ist keinesfalls dem Zufall geschuldet, sondern historisch gewachsen. Diese Entwicklung wird im Folgenden genauer betrachtet. Zuvor werde ich aber die Frage: „Wozu benötigen die ländlichen Genossenschaften eine Zentralbank?“ erörtern.

Diese Frage wurde in der Geschichte der Genossenschaften in Deutschland heftig diskutiert und war hauptsächlich verantwortlich für den sogenannten Systemstreit zwischen Raiffeisen und Schulze-Delitzsch.¹ Die Hauptaufgabe einer solchen Einrichtung könne zunächst nur im Geldausgleich zwischen den einzelnen Kreditgenossenschaften bestehen. Doch dies würde nach

¹ Vgl. *Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: 100 Jahre genossenschaftliche Zentralbank im Rheinland und in Westfalen*. S. 17f.

Schulze-Delitzsch gar nicht erst nötig werden, wenn die Genossenschaften einen großen Kundenstamm und eine differenzierte Mitgliederstruktur in Bezug auf die Berufszugehörigkeit hätten. Diese Voraussetzungen waren für Raiffeisen nicht mit seinen Vorstellungen zu vereinbaren. Er wollte für jedes Dorf eine eigene Kasse, womit schon einmal ein großer Kundenstamm ausgeschlossen wurde. Und die Mitgliederstruktur konnte in den ländlichen Gegenden nicht differenziert gestaltet werden. Die möglichen Mitglieder waren immer zum überwiegenden Teil Bauern. Daher war für die Raiffeisenvereine eine Zentralbank überlebenswichtig.²

Im Laufe der Zeit wurden immer mehr Aufgaben auf die Zentralbanken übertragen. So sind sie heute nicht mehr nur dafür zuständig eventuelle Liquiditätsengpässe auszugleichen, sondern helfen den einzelnen Kreditgenossenschaften auch bei Geschäftsabwicklungen, Risikomanagement, Großkrediten und Auslandszahlungsverkehr.³ Sie kommen damit dem Auftrag der Förderung der Mitglieder nach, genauso wie es die einzelne Primärbank gegenüber ihren Mitgliedern tut. Dass die Mitgliedsförderung einen besonderen Stellenwert genießt, erkennt man daran, dass dieses Prinzip in die Satzung der WGZ BANK aufgenommen wurde.⁴

Mit den Satzung ist man auch schon bei dem historischen Werdegang der WGZ BANK. Im Jahr 1970 schlossen sich die folgenden drei unabhängigen Zentralkassen zusammen: die Ländliche Centralkasse mit Sitz in Münster, die Genossenschaftliche Zentralbank Rheinland mit Sitz in Köln und die Zentralkasse westdeutscher Volksbanken mit Sitz in Münster und Köln.⁵ Da in dieser Abhandlung von den ländlichen Wurzeln der WGZ die Rede ist, wird die Entwicklung der beiden erstgenannten Zentralinstitute aus dem ländlichen Raum schwerpunktmäßig betrachtet.

Die Ländliche Centralkasse

Der westfälische Bauernverein hatte, unter der Leitung von Freiherr von Schorlemer-Alst, seit 1882 aktiv die Errichtung von ländlichen Kreditgenossenschaften in Westfalen gefördert und sich immer wieder als Impulsgeber profilieren können. Weil es zunehmend mehr ländliche Kreditgenossenschaften gab, wurde der Ruf nach einer Zentralbank immer lauter. Beim Bauernverein hatte man aber gegenüber dem Geschäftsmodell der deutschlandweit

² Vgl. Faust, Helmut: *Geschichte der Genossenschaftsbewegung*. S. 291ff.

³ Vgl. Kluge, Arnd Holger: *Geschichte der deutschen Bankgenossenschaften. Zur Entwicklung mitgliederorientierter Unternehmen*. S. 269f.

⁴ Vgl. *Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: Satzung von 1974*. S. 3.

⁵ Vgl. *Unternehmensarchiv der WGZ BANK: Sammelmappe zur Geschichte der Rheinischen Landesgenossenschaftskasse II. Verschmelzungsvertrag 1970. A-WGZ-576*.

agierenden landwirtschaftlichen Central-Darlehnskasse von Raiffeisen Bedenken. So nahm man zum Beispiel Anstoß an der extremen Zentralisierung und der Verquickung von Geld und Ware bei der Centralen-Darlehnskasse. So kam es, dass 1884 in Münster die Ländliche Centralkasse als eigenständige Zentralbank gegründet wurde.⁶ Mit diesem Datum gilt sie als das älteste Vorgängerinstitut der WGZ BANK.

Die Gründung musste noch in der Rechtsform einer AG stattfinden, weil es Genossenschaften noch nicht erlaubt war, selbst genossenschaftliche Zentralinstitute als eGmbH oder eGmuH zu gründen. Dies änderte sich erst mit dem Genossenschaftsgesetz von 1889.⁷ Die Ländliche Centralkasse erwies sich in der folgenden Zeit als erstaunlich stabil und hatte bis 1970 nur zwei erwähnenswerte Einschnitte. Zum einen die Umfirmung 1900 in eine eGmbH zum anderen die massiven Eingriffe durch die Nationalsozialisten. Sie tauschten die komplette Führungsriege aus und bauten den Betrieb nach den Richtlinien der Deutschen Arbeiterfront zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb um.⁸ Des Weiteren wurde sie im Zweiten Weltkrieg herangezogen, um die Kriegsfinanzierung zu gewährleisten. Bei den anderen Vorgängerinstituten der WGZ BANK wurden ähnliche Maßnahmen ergriffen, erreichten aber nie die Ausmaße wie bei der Ländliche Centralkasse. Ansonsten blieb die Ländliche Centralkasse vor weiteren Einschnitten oder Brüchen verschont.⁹

Im Gegensatz zur geradlinigen Geschichte der Ländliche Centralkasse von 1884 bis 1970 ist der Weg der Zentralbank Rheinland von zahlreichen Fusionen und umwälzenden Veränderungen geprägt. Die letzte Fusion vor dem Zusammenschluss zur WGZ fand erst zwei Jahre zuvor statt: 1968 fusionierten die Rheinische Landesgenossenschaft mit Sitz in Köln und die Raiffeisen Zentralbank aus Koblenz.¹⁰ Beide Institute wiederum sind aus zahlreichen Fusionen entstanden.

6 Vgl. *Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: 100 Jahre genossenschaftliche Zentralbank im Rheinland und Westfalen*. S. 25.

7 Vgl. *Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Vom 4 Juli 1868 und Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Vom 1. Mai 1889*.

8 Vgl. *Unternehmensarchiv der WGZ BANK: Geschäftsberichte der Ländlichen Centralkasse; Geschäftsberichte 1932 und 1933. A-WGZ-215*.

9 Vgl. *Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: 100 Jahre genossenschaftliche Zentralbank im Rheinland und Westfalen; Düsseldorf, 1984*. S. 64ff.

10 Vgl. *Unternehmensarchiv der WGZ BANK: Verschmelzungsvertrag 1968. A-WGZ-599*.

Die Entstehung der Rheinischen Landesgenossenschaft

1892 wurde die Hauptgenossenschaftskasse für Rheinpreußen mit Sitz in Bonn gegründet. Einer der Mitbegründer war Wilhelm Haas. Die Hauptgenossenschaftskasse benannte sich 1906 in Genossenschaftsbank für Rheinpreußen um. Zur gleichen Zeit wie Haas die Hauptgenossenschaft gründete, wurde der Rheinische Bauern-Credit-Verein in Kempen durch den Rheinischen Bauernverein ins Leben gerufen.¹¹ Dies ist eine klare Parallele zu Westfalen. In beiden Fällen spielten die Bauernvereine eine entscheidende Rolle im Genossenschaftswesen im Allgemeinen und bei der Gründung von Zentralbanken im Speziellen.

1901 spaltete sich die Kölner Filiale der Ländliche Central-Darlehnskasse ab. Die Central-Darlehnskasse wurde schon im Zusammenhang mit der Gründung der ländlichen Centralkasse erwähnt. Die Abspaltung erfolgte aufgrund von Meinungsunterschieden bezüglich der regionalen Selbstständigkeit der Filialen. Da man jedoch eine weitere Zersplitterung der Zentralbankenlandschaft verhindern wollte, beschloss man, sich dem Bauern-Credit-Verein anzuschließen. Dieser firmierte daraufhin um in Rheinische Bauern Genossenschaftskasse und verlegte seinen Hauptsitz nach Köln.¹²

Die Genossenschaftsbank für Rheinpreußen und die Rheinische Bauern Genossenschaftskasse fusionierten 1924 miteinander, nachdem beide Kassen in Folge der Ersten Weltkrieges und der Hyperinflation in Schwierigkeiten geraten waren. Die neue Zentralbank wurde Rheinische Landesgenossenschaftskasse eGmbH genannt und hatte ihren Hauptsitz in Köln.¹³ Die Rheinische Landesgenossenschaftskasse war nun die einzige ländliche Zentralbank im Raum Köln-Bonn und verfügte somit über ein ausreichend großes und stabiles Geschäftsgebiet, was weitere Fusionen vorerst unnötig machte. Erst 44 Jahre später fusionierte die Rheinische Landesgenossenschaftskasse mit der Raiffeisen-Zentralkasse Koblenz eGmbH, als erste Vorstufe zur endgültigen Gründung der WGZ BANK.¹⁴

¹¹ Vgl. *Rheinische Landesgenossenschaft eGmbH: 75 Jahre Rheinische Landesgenossenschaftskasse eGmbH Köln*. S.9.

¹² Vgl. *Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: 100 Jahre genossenschaftliche Zentralbank im Rheinland und Westfalen*. S. 44 und S. 52.

¹³ Vgl. *Unternehmensarchiv der WGZ BANK: Sammelmappe zur Geschichte der Rheinischen Landesgenossenschaftskasse. Auszug aus dem Genossenschaftsregister. Verzeichnet als: A-WGZ-285*.

¹⁴ Vgl. *Unternehmensarchiv der WGZ BANK: Sammelmappe zur Geschichte der Rheinischen Landesgenossenschaftskasse II. Verschmelzungsvertrag. Verzeichnet als: A-WGZ-576*.

Die Entstehung der Raiffeisen-Zentralkasse Koblenz

1895 gründeten 13 Ortsbanken den Trierischen Genossenschaftsverband.¹⁵ Dieser Verband übernahm zunächst Verbandsaufgaben, fungierte aber zunehmend als Zentralbank. Um diesen Zustand Rechnung zu tragen, wurde 1920 eine Umbenennung in Landesgenossenschaftsbank Trier vorgenommen.¹⁶

In den 20er Jahren geriet die schon früher erwähnte ländliche Central Darlehnskasse, welche nun Deutsche Raiffeisenbank hieß, immer stärker unter Druck und musste 1929 liquidiert werden. Dies bewirkte, dass auch die Filiale der Deutschen Raiffeisenbank in Koblenz ihren Betrieb einstellen musste. Um diese Lücke zu füllen, wurde von den Ortsbanken die Rheinische Raiffeisenbank gegründet, welche aber schon ein Jahr darauf mit der Landesgenossenschaftsbank Trier fusionierte. Aus diesem Zusammenschluss ging die Genossenschaftliche Zentralbank eGmbH Koblenz hervor. Diese Zentralbank nannte sich 1943 in Raiffeisen-Zentralkasse um. Dies sollte bewirken, dass die ländliche Verwurzelung und der angestrebte Kundenkreis deutlicher herausgestellt werden. 1950 ersetzte man den Begriff „Kasse“ mit der geläufigeren Bezeichnung „Bank“.¹⁷

Bei genauerer Betrachtung dieser Entwicklungsgeschichte sind zwei Dinge besonders hervorzuheben:

Von der wechselvollen Geschichte der Vorgängerinstitute hebt sich die ländliche Zentralkasse mit Ihrer Beständigkeit ab, welche nicht zuletzt in den klaren ländlich geprägten Strukturen begründet liegen dürfte.

Die Vorläuferinstitute waren weniger den Prinzipien von Schultze-Delitzsch oder Korthaus verpflichtet, eher denen von Raiffeisen. Tatsächlich orientierten sie sich jedoch vielmehr an dem vierten großen Genossenschaftsgründer in Deutschland, an Haas.

Aus diesem Grund beruft sich die WGZ- Bank auch auf Haas als Gründer. Die WGZ BANK war 1970 mit 1303 angeschlossenen Kreditgenossenschaften und einer Bilanzsumme von 3,7 Mrd. DM, die größte regionale genossenschaftliche Zentralbank. Das Geschäftsgebiet umfasst noch heute Nordrhein-Westfalen und die nördliche Hälfte von Rheinland-Pfalz. Es erstreckt sich von der Porta Westfalica bis zur Porta Nigra.¹⁸

¹⁵ Vgl. Unternehmensarchiv der WGZ BANK: Sammelmappe zur Geschichte des Trierischen Genossenschaftsverband Auszug aus dem Genossenschaftsregister. Verzeichnet als: A-WGZ-284.

¹⁶ Vgl. Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: 100 Jahre genossenschaftliche Zentralbank im Rheinland und Westfalen. S. 25.

¹⁷ Vgl. Raiffeisen-Zentralbank eGmbH Koblenz: 25 Jahre Raiffeisen-Zentralbank Koblenz. S.13.

¹⁸ Vgl. Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: Geschäftsbericht 1970. S. 16 und S. 19ff.

Um die Historie der WGZ BANK zu vervollständigen, muss man noch ein paar entscheidende Vorgänge betrachten, die nach 1970 geschehen sind. So setzte eine immer stärkere Konzentration auf den Standort Düsseldorf ein, indem man die Niederlassungen in Münster reduzierte und die in Köln ganz aufgab. 2005 wurde aus der eingetragenen Genossenschaft WGZ BANK eine Aktiengesellschaft.¹⁹ Nun stellt sich die Frage warum man diesen Schritt gegangen ist. Der Hauptgrund für den Wechsel der Rechtsform ist schnell gefunden: Man wollte die Mitgliedsbanken an der Wertsteigerung der WGZ BANK teilhaben lassen. In der Form einer Genossenschaft kann eine solche Beteiligung nur über die Dividendenausschüttung geschehen, Bei einer AG hingegen spiegelt sich eine Wertsteigerung in dem Aktienpreis wider, und somit auch in den Bilanzen der Anteilseigner. Ein weiterer Grund für den Wechsel der Rechtsform waren frühe Überlegungen über eine mögliche Fusion mit der DZ BANK, die in Form einer AG besteht. Denn eine Vereinigung zweier Aktiengesellschaften miteinander gestaltet sich wesentlich einfacher als die Fusion zweier Unternehmen mit unterschiedlichen Rechtsformen, wie zum Beispiel einer AG mit einer eG.

Das Genossenschaftsprinzip („ein Kopf – eine Stimme“)

Trotz des Rechtsformwandels behielt man das Urprinzip der Genossenschaften „one man one vote“ bei. Dies erreichte man dadurch, dass man ein Höchststimmrecht einführte. So hat jeder Anteilseigner nur eine Stimme. Da gesetzlich bei einigen Abstimmungen vorgeschrieben wird, dass nach den Aktienanteilen abgestimmt werden muss, sah man sich gezwungen, eine Sonderform zu finden, die verhindert, dass kleineren Genossenschaften mit weniger Aktienanteilen übervorteilt werden. Hierzu wurde eine KG (Kommanditgesellschaft) gegründet, in welche die Banken 87% ihrer Aktien auslagerten. Im Gegenzug erhielten sie entsprechende Anteile an der Kommanditgesellschaft. In dieser Gesellschaft hat jeder Kommandit ebenfalls eine Stimme. So ist das Prinzip „one man one vote“ erhalten geblieben.²⁰

Um die wirtschaftliche Entwicklung der WGZ BANK in den letzten 40 Jahren besser verdeutlichen zu können, werden zwei Parameter betrachtet: die Anzahl der angeschlossenen Kreditgenossenschaften und die Bilanzsumme.

Die WGZ BANK hat heute 214 Mitgliedsbanken. Mit Blick auf die 1303 Mitgliedsbanken von 1970 erscheint dies als enormer Schwund. Doch die verringerte Anzahl der Banken ist nicht auf eine Insolvenzwellen oder gar in Abwanderungen der Mitgliedsgenossenschaften zu anderen Zentralbanken

¹⁹ Vgl. *Westdeutsche Genossenschaftszentralbank eG: Geschäftsbericht 2005*. S. 42.

²⁰ Vgl. *ebd.* S. 42.

zurückzuführen. Dieser „Schwund“ ist auf eine allgemeine Fusionswelle innerhalb der Kreditgenossenschaften zurückzuführen, welche besonders nach der Verbändeneugliederung von 1972 einsetzte. Im gleichen Zeitraum veränderte sich die Anzahl der genossenschaftlichen Primärinstitute in Deutschland von 7111 im Jahre 1970 auf 1156 im Jahre 2009. Die Anzahl der Mitgliedsbanken ist somit kein geeigneter Indikator für eine Bewertung einer Entwicklung.²¹

Der zweite Parameter, also die Bilanzsumme, verdeutlicht wesentlich besser das wirtschaftliche Wachstum der WGZ BANK seit ihrer Gründung. So hat sich die Bilanzsumme gegenüber 1970 von 3,7 Mrd. DM auf 46,6 Mrd. Euro im Jahr 2009 extrem gesteigert.²² Hier erkennt man, dass die WGZ BANK eine wachsende Bedeutung innerhalb der Gruppe der Volksbanken und Raiffeisenbanken inne hat.

Dieser Rolle trägt die WGZ BANK Rechnung, indem sie auch bei der Aufarbeitung ihrer Geschichte eine Vorreiterrolle einnimmt. In diesen Kontext fällt der Aufbau des Unternehmensarchivs. Das Archiv umfasst etwa. 60 lfd. Meter Akten, 30.000 Fotos und eine große Anzahl von Exponaten. Die historisch wertvollen Objekte sollen jedoch nicht nur für die Zukunft bewahrt werden, sondern auch für die Forschung zugänglich sein. Daher werden alle Exponate und Akten im Online-Portal GenoFinder verzeichnet. Der große Vorteil von GenoFinder ist die Onlinerecherche nach dem Prinzip einer Suchmaschine.

Dadurch können die Archivalien der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dies ist ein Meilenstein zur Erforschung der Geschichte der WGZ BANK AG und ein wichtiger Beitrag zur Konturierung der deutschen Genossenschaftsgeschichte.

Literatur und Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

Faust, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung; Frankfurt am Main, 1977 (dritte Auflage).

Kluge, Arnd Holger: Geschichte deutscher Bankgenossenschaften. Zur Entwicklung mitgliederorientierter Unternehmen; Frankfurt am Main, 1991.

Raiffeisen-Zentralbank eGmbH Koblenz: 25 Jahre Raiffeisen-Zentralbank Koblenz; Koblenz, 1955.

²¹ Vgl. Kluge, Arnd Holger: *Geschichte der deutschen Bankgenossenschaften. Zur Entwicklung mitgliederorientierter Unternehmen.* S. 475 und *BVR: Jahresbericht 2009.* S. 38.

²² Vgl. *Westdeutsche Genossenschaftszentralbank eG: Geschäftsbericht 2009.* S. 40 und S. 45.

Rheinische Landesgenossenschaft eGmbH: 75 Jahre Rheinische Landesgenossenschaftskasse eGmbH Köln; Köln, 1967.

Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: 100 Jahre genossenschaftliche Zentralbank im Rheinland und Westfalen; Düsseldorf, 1984.

Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: Satzung; Düsseldorf, 1974.

Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG: Geschäftsberichte; Düsseldorf, diverse Jahrgänge.

Gesetze:

Bundes-Gesetzesblatt des Norddeutschen Bundes: Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Vom 4. Juli 1868; 1868. S. 415-433.

Reichsgesetzblatt: Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Vom 1. Mai 1889; 1889. S. 55-93.

Quellen

Unternehmensarchiv der WGZ BANK

A-WGZ-215: Geschäftsberichte der Ländlichen Centralkasse. Geschäftsberichte für 1932 und 1933.

A-WGZ-284: Sammelmappe zur Geschichte des Trierischen Genossenschaftsverband Auszug aus dem Genossenschaftsregister.

A-WGZ-285: Sammelmappe zur Geschichte der Rheinischen Landesgenossenschaftskasse. Auszug aus dem Genossenschaftsregister.

A-WGZ-576: Sammelmappe zur Geschichte der Rheinischen Landesgenossenschaftskasse II. Verschmelzungsvertrag 1970.

A-WGZ-599: Verschmelzungsvertrag 1968.

Ländliche Kreditvereine des 19. Jahrhunderts am Beispiel Obernburg am Main

I. Rahmenbedingungen in der Ausgangssituation

Die Stadt Obernburg am Main kam 1814 zusammen mit dem Fürstentum Aschaffenburg zum Königreich Bayern. Die Kleinstadt, die 1835 rund 1.900 Einwohner und 284 Häuser zählte, stieg zur Bezirksamtsstadt mit Gericht, Landpolizei und Poststation auf. Neben Landwirtschaft und Handwerk prägten daher auch Verwaltungsfunktionen das Stadtbild.

Zum unterfränkischen Amtsbezirk Obernburg zählten Kommunen im Maintal und angrenzenden Spessart. Vor allem im Spessart litten die Menschen im 19. Jahrhundert durch Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Hunger.¹ Die Industrialisierung setzte im Amtsbezirk erst spät ein: 1890 wurde eine Obstverwertungsgenossenschaft gegründet, die eine Konservenfabrik betrieb. 1924 wurde die Bayerische Glanzstoff Fabriken AG, Obernburg, als Produktionsstätte für textile Viskose-Garne gegründet – vor allem um den Menschen des Umlandes Arbeit und Einkommen zu bieten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bemühte sich der Landwirtschaftliche Bezirksverein Obernburg um die Bekämpfung von Armut und Überschuldung in der ländlichen Bevölkerung.

II. Beschreibung der Entwicklung ländlicher Kreditvereine

Durch starkes Bevölkerungswachstum und Industrialisierung verarmten breite Bevölkerungsschichten in Deutschland. Neben der neu entstandenen Klasse der Arbeiter, waren auch die ländliche Bevölkerung und das Handwerk betroffen. Industrielle Produktion und Einfuhren aus dem Ausland er-

¹ vgl. Rudolph Virchow: „Die Noth im Spessart“, Würzburg 1852.

höhten den Wettbewerb für Handwerker und Bauern. Ein Hindernis für die dringend notwendigen Modernisierungsinvestitionen dieser Bevölkerungskreise war die unzureichende Kreditversorgung. Großbanken und Sparkassen gewährten kaum Kredite. Einzige Kreditquelle waren oft private Geldverleiher, die nicht selten sehr hohe Zinsen verlangten und viele Höfe in den Ruin trieben.² Auch im Bezirk Obernburg wurde über Wucher geklagt.³

Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchte man vielerorts dem Problem mit der Gründung von Kreditvereinen zu begegnen – oft auf gemeinnütziger Basis. Der entscheidende Durchbruch gelang allerdings erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit Kreditvereinen auf Basis der Genossenschaftsidee. Vor allem Hermann Schulze-Delitzsch, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Wilhelm Haas initiierten die Gründung erster Kreditgenossenschaften als Selbsthilfeeinrichtungen sowie die dazugehörigen Zentralbanken und Verbände. Die erfolgreiche Umsetzung der Genossenschaftsidee wurde massenhaft nachgeahmt. Bis Ende des 19. Jahrhunderts entstanden mehr als 11.000 Kreditgenossenschaften in Deutschland.

In der Stadt Obernburg am Main entstanden im 19. Jahrhundert drei Kreditvereine: der Credit-Verein von 1831/32, der Landwirtschaftliche Kreditverein von 1875 und der Darlehenskassenverein von 1900.

1. Credit-Verein von 1831/32

Auf Initiative des Stadtmagistrats wurde zu Beginn der 1830er Jahre ein Credit-Verein gegründet.⁴ Mit Unterstützung des königlich bayerischen Landgerichts wurden alle Schuldner und Gläubiger systematisch erfasst. Eine Auflistung aus dem Jahr 1832 umfasst 252 Kreditnehmer⁵ und damit einen Großteil der Privathaushalte der Kleinstadt. Der Verein kümmerte sich um die Vermittlung von Kreditgebern. Im Magistratsbeschluss werden fünf Kategorien von Kreditgebern genannt, die sich auch in den Schuldnerlisten wieder finden:

- Familien untereinander
- die Stadtkasse
- Stiftungen, wie der städtische Almosenfonds oder der Kirchenfonds
- christliche Privatpersonen, wie vermögende Bürger, Adelige oder hohe Militärs
- jüdische Privatpersonen

² vgl. Michael Stappel: „125 Jahre DZ BANK – zur Geschichte der Verbundidee“, Internet: www.giz.bvr.de Rubrik Publikationen.

³ vgl. „Der landwirtschaftliche Bezirks-Verein im Jahre 1878“, in: *Obernburger Bote*, Nr. 24 vom 22. März 1879.

⁴ vgl. Stadtmagistrat Obernburg, Beschluss Nr. 35/36 vom 26. Oktober 1832, den einzuführenden Credit-Verein betreffend, Dokument des Stadtarchivs Obernburg am Main.

⁵ vgl. Verzeichnis der in der Stadtgemeinde Obernburg befindlichen Hypothekenschuldner am 5ten Juli 1832, Anhang des Beschlusses Nr. 35/36 des Stadtmagistrats Obernburg vom 26. Oktober 1832.

Bei den Schuldnern handelt es sich um Bürger der Stadt – meist Landwirte, Handwerker und andere Gewerbetreibende. Ein Großteil der in den Schuldnerlisten genannten Namen gibt es heute noch in Obernburg. Zu den Schuldnern gehörte auch die Stadtkasse, wahrscheinlich um Gelder für Kreditnehmer zu beschaffen, die keine anderen Kreditgeber fanden.

Der Credit-Verein trat nicht selbst als Vertragspartner auf. Das Ziel bestand in der Koordination von Kreditnachfrage und –angebot. Es ging vor allem darum, Kreditwucher zu bekämpfen. Als Zinssätze waren vier Prozent und fünf Prozent vorgesehen. In der Praxis wurden aber fast ausschließlich Kredite zu fünf Prozent vergeben. Für die Gläubiger wuchs die Sicherheit der Kreditengagements. Wie lange der Credit-Verein erfolgreich als Kreditvermittler aktiv war, ist leider nicht bekannt.

2. Landwirtschaftlicher Kreditverein von 1875

1875 wurde der Landwirtschaftliche Kreditverein Obernburg gegründet. Anders als der Credit-Verein von 1831/32 hatte der neue Verein die Kreditversorgung für Landwirte und Handwerker im gesamten Amtsbezirk zum Ziel.⁶ Die Kreditgenossenschaft, die sich am Modell von Hermann Schulze-Delitzsch orientierte und dem Fränkischen Verband der Vorschuss- und Kreditgenossenschaften angehörte, wurde auf Initiative des Landwirtschaftlichen Bezirks-Vereins Obernburg gegründet. Vorstand wurde der Bürgermeister der Stadt Obernburg am Main, Peter Krefß. Zu den Gründungsmitgliedern zählten vor allem Handwerker, Landwirte und Mitglieder des Stadtmagistrats.

Peter Krefß, Bürgermeister der Stadt Obernburg sowie Gründungsmitglied und erster Vorstand des Landwirtschaftlichen Kreditvereins

Anders als der Credit-Verein von 1831/32 trat der Landwirtschaftliche Kreditverein als direkter Vertragspartner der Kreditnehmer auf. Als Selbsthilfeorganisation deckte sich der Kreis der Schuldner weitgehend mit dem der Genossenschaftsmitglieder. Dem Verein ging es vor allem um die Erschließung von Kreditquellen für Landwirtschaft und Handwerk. Bis Ende des 19. Jahrhunderts suchte man vor allem externe Kapitalanbieter. Die Einführung des Sparverkehrs als Refinanzierungsquelle erfolgte erst später.

Der Verein entwickelte sich erfolgreich. So wuchs die Mitgliederzahl bis 1897 auf 270 Personen, darunter 131 Landwirte, 48 Handwerker und 29 Kaufleute und Händler. Ausleihungen in Form von Wechseln, Bürgschafts- und Hypo-

⁶ vgl. „Der Landwirtschaftliche Bezirks-Verein Obernburg im Jahre 1878“, in: *Obernburger Bote* Nr. 22 vom 15. März 1879.

thekarkrediten erreichten im gleichen Jahr ein Volumen von 154.000 Mark. Bis 1907 ging die Mitgliederzahl zwar auf 174 zurück, das Kreditvolumen stieg jedoch auf 190.000 Mark. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts konzentrierte sich der Kreditverein stärker auf das Handwerk. Bis 1915 wuchs die Mitgliederzahl wieder auf 237.⁷ Später wurde in Eschau im Spessart eine Filiale errichtet und der Sparverkehr eingeführt.

3. Darlehenskassenverein von 1900

In der Stadt Obernburg am Main agierte der Landwirtschaftliche Kreditverein im 19. Jahrhundert erfolgreich. Es gelang dem Verein jedoch nicht richtig, in anderen Gemeinden des Bezirks Fuß zu fassen. Daher begann der Landwirtschaftliche Bezirks-Verein Obernburg ab 1878 damit, Darlehenskassenvereine nach dem Modell von Friedrich Wilhelm Raiffeisen zu initiieren.⁸ Bis Ende des Jahrhunderts wurden 26 Raiffeisen'sche Kreditgenossenschaften in den Gemeinden des Bezirks errichtet.⁹ Zu den ersten Gründungen zählt der Darlehenskassenverein Wörth am Main. Der Anstoß zur Gründung dieser Kreditgenossenschaft mit Warengeschäft kam vom Bezirksamt Obernburg aufgrund einer Empfehlung der bayerischen Staatsregierung und mit Unterstützung des Landwirtschaftlichen Bezirks-Vereins. Die Errichtung der Genossenschaft wurde auch vom Wörther Fabrikanten Julius Fuchs unterstützt – einem Schwiegersohn von Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Fuchs wurde erster Aufsichtsratsvorsitzender. Zu den weiteren Förderern und Aufsichtsratsmitgliedern zählte der Pfarrer Adam Haus. Erster Vorstandsvorsitzender war Jakob Schaab, Bürgermeister der Stadt Wörth am Main.¹⁰

In Obernburg wurde ebenfalls eine Raiffeisen'sche Kreditgenossenschaft errichtet – allerdings erst im Jahr 1900. Die Gründung des Darlehenskassenvereins erfolgte relativ spät, weil in der Stadt bereits der Landwirtschaftliche Kreditverein bestand. Dieser hatte jedoch auch zahlreiche Handwerker und Gewerbetreibende als Mitglieder und Kunden. Der Mitgliederbeitrag war mit 100 Mark je Geschäftsanteil vergleichsweise hoch, was ein Problem für kleine Landwirte bedeuten konnte. Der neue Darlehenskassenverein begnügte sich mit 3 Mark je Geschäftsanteil.¹¹ Außerdem bot er den Sparverkehr an – gerade auch mit Kleinstbeträgen aus den Erlösen landwirtschaftlicher Produkte wie

7 vgl. *Statistische Anhänge*, in: *Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften*, Ausgaben für die Jahre 1897 bis 1915.

8 vgl. „Der landwirtschaftliche Bezirks-Verein im Jahre 1878“, in: *Obernburger Bote*, Nr. 24 vom 22. März 1879.

9 vgl. *Preußische Central-Genossenschaft-Casse*: *„Genossenschaftskataster für das Deutsche Reich. Die eingetragenen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am 1. Januar 1903“*, Berlin 1904, S. 572 u. 573.

10 vgl. *Otto Berninger*: „100 Jahre Raiffeisenbank Wörth am Main“, in: *Heimatkundliche Beilage zum Amtsblatt der Stadt Wörth am Main*, Nr. 227 vom 17.11.1978, sowie *Artur Stappel*: „Vom Darlehenskassenverein zur Raiffeisenkasse“, in: *Heimatkundliche Beilage zum Amtsblatt der Stadt Wörth am Main*, Nr. 2 vom 25.10.1969.

11 vgl. *Preußische Central-Genossenschaft-Casse*, a. a. O., S. 572 u. 573.

dem Milchgeld. Der Landwirtschaftliche Kreditverein konzentrierte sich in der Folge noch stärker auf Handwerk und Gewerbe. Während der Landwirtschaftliche Kreditverein nach einer Umbenennung in Kreditbank Obernburg in den 1930er Jahren aufgelöst wurde, besteht der Darlehenskassenverein als Hauptstelle der Raiffeisenbank Großostheim-Obernburg eG fort.

Für die Tatsache, dass die Ausdehnung des Landwirtschaftlichen Kreditvereins auf andere Kommunen des Amtsbezirks im 19. Jahrhundert nicht gelungen ist, spielt auch die unbeschränkte Haftung der Mitglieder (e. G. m. u. H.) eine Rolle. Der Beitritt in solch eine Kreditgenossenschaft setzt ein hohes Maß an Vertrauen voraus, das in der örtlichen Gemeinschaft gegeben war, jedoch offenbar nicht bei Personen aus unterschiedlichen Kommunen des Bezirks. Dass die Haftung eine wichtige Rolle spielt, zeigt die 1890 gegründete Obstverwertungsgenossenschaft Obernburg e. G. m. b. H. (OVGO), bei der die Haftsumme auf 250 Mark je Geschäftsanteil beschränkt war. Die OVGO war eine der ersten und größten Obstverwertungsgenossenschaften in Deutschland. Der Mitgliederkreis erstreckte sich auf Landwirte aus zahlreichen Kommunen des Amtsbezirks. Die Mitgliederzahl wuchs bis Anfang 1903 auf 583 Personen.¹² Damit war sie die mit Abstand größte und wirtschaftlich bedeutendste Genossenschaft des Amtsbezirks.

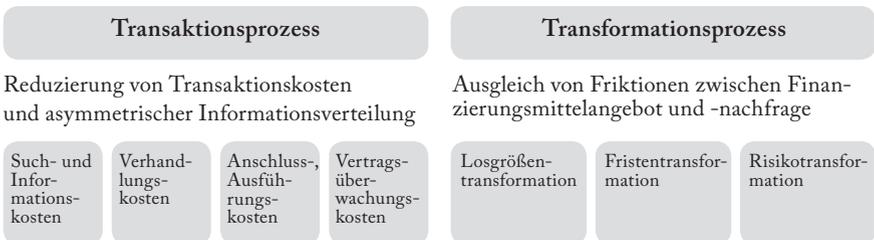
Von der Obstverwertungsgenossenschaft Obernburg (OVGO) errichtetes Verwaltungsgebäude mit Restaurant

III. Kreditvereine als Innovation in mehreren Stufen

Ländliche Kreditvereine können als Innovation verstanden werden. Die Idee besteht in der Einschaltung von Finanzintermediären auf Selbsthilfebasis bei der Koordination von Kreditangebot und -nachfrage im ländlichen Raum.

Banken als Finanzintermediäre

Funktionen



¹² vgl. Preußische Central-Genossenschaft-Casse, a. a. O., S. 572 u. 573.

1. Funktionen von Banken

Für die Koordination von Kapitalangebot und –nachfrage gibt es grundsätzlich zwei Koordinationsmechanismen: Finanzbeziehungen können entweder direkt zwischen den Wirtschaftssubjekten entstehen, indem sich beispielsweise Kreditnachfrager selbst Kreditgeber suchen bzw. Anleger Wertpapiere kaufen, oder indirekt, unter Einschaltung von Finanzintermediären wie Banken. Diese nehmen Einlagen entgegen und stellen sie Kapitalnachfragern in Form von Krediten zur Verfügung.¹³

Aus Sicht der Kapitalnachfrager besteht zunächst das Problem, Kreditgeber zu finden. Außerdem müssen Verträge ausgehandelt, abgeschlossen und überwacht werden. Das ist mit Kosten verbunden. Durch die Einschaltung von Banken können Transaktionsprozesse effizienter gestaltet werden. Im ländlichen Raum tragen Kreditgenossenschaften zur Reduzierung von Transaktionskosten bei. Ohne Einschaltung von Banken bestünde darüber hinaus das Problem, dass das Kapitalangebot und die Kapitalnachfrage der einzelnen Wirtschaftssubjekte im Hinblick auf Losgrößen, Laufzeiten und Risiken in der Regel nicht zueinander passen. Banken sorgen im Transformationsprozess für einen Ausgleich solcher Friktionen zwischen Finanzierungsmitteleintrag und –nachfrage

2. Innovation in mehreren Stufen

Moderne Kreditgenossenschaften wurden allerdings nicht in einem Schritt geschaffen. Vielmehr haben sie sich in einem mehrstufigen Prozess entwickelt. So wie das erste Auto äußerlich stark einer Pferdekutsche ähnelte und sich erst im Laufe der Zeit die Grundstrukturen des heutigen Aussehens entwickelten, so orientierten sich die ersten Kreditvereine des ländlichen Raums an der Situation vor Einführung dieser Innovation.

IV. Privater Geldverleih zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es in Deutschland keine Finanzintermediäre im ländlichen Raum. Landwirte und Handwerker mussten sich selbst geeignete Kreditgeber suchen, hatten jedoch oft Schwierigkeiten, überhaupt Geldgeber zu finden. Es bestand die Gefahr von Wucher. Viele Landwirte haben durch Überschuldung ihre Betriebe verloren. Aus Sicht der Kreditgeber bestand die Gefahr hoher Kreditausfälle.

¹³ vgl. Michael Stappel: „Bankmodell und Kreditversorgung“, in: DZ BANK (Hrsg.), *Konjunktur und Kapitalmarkt Special*, vom 17.6.2010, S. 13.

Der Credit-Verein von 1831/32 schaltete sich in die Finanzierungskreisläufe der Kommune ein, indem er als Vermittler von Krediten wirkte und zum Teil Konditionen festlegte. Der Verein trat jedoch nicht selbst als Vertragspartner auf. Von den Funktionen moderner Kreditgenossenschaften übernahm der Credit-Verein lediglich Such- und Informationsdienstleistungen sowie einen Teil der Vertragsverhandlungen. Die übrigen Funktionen wie Vertragsabschluss, –ausführung und –überwachung sowie Losgrößen-, Fristen- und Risikotransformation blieben weitgehend das Problem der Kreditanbieter und –nachfrager.

Der Landwirtschaftliche Kreditverein von 1875 trat dagegen selbst als Vertragspartner der Kreditgeber und der Kreditnehmer auf. Im Mittelpunkt stand jedoch nach wie vor die Suche von Kreditgebern. Wie die meisten anderen Kreditgenossenschaften des Fränkischen Verbandes der Vorschuss- und Kreditgenossenschaften bot der Landwirtschaftliche Kreditverein Obernburg kein Spargeschäft. Außerdem war er keiner genossenschaftlichen Zentralbank angeschlossen, die für einen Liquiditätsausgleich mit anderen Kreditgenossenschaften hätte sorgen können. Ein Ausgleich von Friktionen zwischen Finanzierungsmittelangebot und –nachfrage war daher nur eingeschränkt möglich.

Erst mit dem Darlehenskassenverein von 1900 wurde in Obernburg eine moderne Universalbank mit Einlagen- und Kreditgeschäft geschaffen, die zudem der Bayerischen Zentraldarlehenskasse e. G. m. b. H., München, angeschlossen war. Dadurch konnte sie vom Liquiditätsausgleich unter den Kreditgenossenschaften profitieren. Außerdem hatte die Zentralkasse einen Zugang zum Geldmarkt.

Ähnliche Entwicklungen waren im 19. Jahrhundert überall im ländlichen Raum in Deutschland zu beobachten. Moderne Kreditgenossenschaften sind in einem mehrstufigen Prozess entstanden: Die erste Stufe besteht in der Einschaltung von Kreditvereinen als Vermittler von Kreditnachfrage und Angebot. In der zweiten Stufe treten Kreditgenossenschaften selbst als Vertragspartner von Kreditnehmern und externen Kapitalanbietern auf. Die abschließende vierte Stufe ist durch die Einführung des Sparverkehrs und die Verbindung zu Zentralbanken gekennzeichnet. Beides macht Kreditgenossenschaften unabhängiger von externen Kapitalgebern und stärkt den genossenschaftlichen Selbsthilfedanken.

Kurzbiographien der Autorinnen und Autoren

[nach den Referaten]

PROF. EM. DR. GÜNTHER RINGLE; Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Saarbrücken und Hamburg (1961-1965), Promotion zum Dr. rer. pol. in Hamburg (1968), Habilitation an der Universität Freiburg/Schweiz (1980), Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, dort Leiter des Arbeitsbereichs Genossenschaftswesen (1993-2005). Seit 2001 Mitherausgeber der Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen.

DR. PHIL. MARTIN KLEINFELD, Historiker, geb. 1958 in Berlin. Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Hamburg. Promotion 2000 über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Lauenburg/Elbe vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Abteilungsleiter Archive in der Stiftung Freilichtmuseum am Kiekeberg und Kreisarchivar für den Landkreis Harburg, seit 1. April 2003 auch Vorstandsvorsitzender der Stiftung Genossenschaftliches Archiv in Hanstedt (Landkreis Harburg).

DETLEF MÖLLGAARD, Bauernsohn aus Nordfriesland, 1959 Lehre in der Genossenschaftsmeierei Bredstedt, anschl. kfm. Ausbildung bei der Hauptgenossenschaft in Husum und Dipl.Ing. für Milchwirtschaft in Hannover. Mitarbeit beim Aufbau der Marke „Hansano“ in Lübeck, Geschäftsführer „Meierei-Frischdienst Nordmark“ und ab 1992 „Gut von Holstein“. 1999 Gründung des Familienunternehmens „Meierhof Möllgaard – Käsegeschmack wie früher“ und im März 2000 „KäseStraße Schleswig-Holstein e.V.“.

DR. BURCHARD BÖSCHE, geb. 1946, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V. sowie der Heinrich-Kaufmann-Stiftung, Rechtsanwalt, zuvor Vorstandssekretär der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Geschäftsführer der NGG-Verwaltungsstelle Frankfurt/Main, stv. Leiter des Bildungszentrums Oberjosbach, kfm. Ausbildung, Betriebswirtschafts- und Jura-Studium. E-Mail: boesche@kaufmann-stiftung.de

FOLKERT MOHRHOF, geb. 1955, Initiator der 1999 gegründeten Café Libertad Kollektiv eG, Geschäftsbereich: Buchhaltung. Aktiver anarchosyndikalistischer Gewerkschafter, Ausbildung zum Verlagskaufmann. E-Mail: Folkert.Mohrhof@gmx.net

JÜRGEN SAUER, geb. 1957 in Karlsruhe. Nach Abschluss der Realschule Ausbildung zum Finanzbeamten, dann von 1981 bis 1986 Geschäftsführer mehrerer Jugendorganisationen. 1986 Wechsel in die gewerbliche Wirtschaft und Aufbau einer Baufirma und eines Bauträgerunternehmens. 1996 Verkauf der beiden Firmen und Beginn der Tätigkeit als Unternehmensberater und freier Mitarbeiter bei Unternehmenssanierungen und Insolvenzabwicklungen bei 2 Rechtsanwälten. Im Rahmen dieser Tätigkeiten ab 2002 Sanierung Naturata e.G. und ab 2003 Vorstand bei Naturata Spielberger AG in Brackenheim (bis Ende 2004) und Naturata Logistik e.G. in Grünsfeld (bis heute) sowie ab 2006 Geschäftsführer bei Grünsfelder Biologistik GmbH. Ab 2010 auch noch Vorstand bei Bürgerenergie Zabergäu e.G.! E-Mail: jue.sauer@t-online.de

HEINRICH TÖDTER, geb. 1940 in Brackel, 45 Jahre Bankkaufmann, Vorstand der Spar- und Darlehnskasse Brackel, nach Fusion Organisationsleiter Volksbank Nordheide. Seit 2002 Vorstandsmitglied der Stiftung Genossenschaftliches Archiv in Hanstedt. Ehrenamtlicher Vorstand und Geschäftsführer Wasserleitungsgenossenschaft Brackel eG. E-Mail: info@genoarchiv.de

DR. HOLGER BLISSE, Bankkaufmann, wirtschaftswissenschaftliches Studium (Freie Universität Berlin), Promotion zum Dr. rer. pol. (Universität Potsdam, 2005), Tätigkeiten u. a. im Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, in der DG/DZ BANK und im Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich für Genossenschaftswesen bei Prof. Dr. Johann Brazda, Universität Wien, Institut für Betriebswirtschaftslehre. E-Mail: holger.blisse@univie.ac.at

KAI RUMP M.A., Freiberufliche Sozial- und Wirtschaftshistorikerin / Volkskundlerin, geb. 1971. Fachgebiet: Sozial- und Genossenschaftsgeschichte mit Schwerpunkt genossenschaftliche Bankengeschichte. Laufendes Dissertationsverfahren zum Thema: „Ländliche Genossenschaften und ihr Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Lüneburger Heide (1890-1930)“ E-Mail: rump@ostseehaus.de

DIPL.-ING. OEC. DIETER HOEFER, geb. 1953 in Meißen, Facharbeiter für Datenverarbeitung, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der TU-Dresden, Tätigkeiten in der Datenverarbeitung und landwirtschaftlichen Bereichen, Gründungs- und Vorstandsmitglied des Dresdner Geschichtsvereins, Vorsitzender des Presseclubs Dresden, heute Pressesprecher der Dresdner Volksbank Raiffeisenbank, E-Mail: dieter.hoefer@DDVRB.de

DR. VOLKER J. PETERSEN, geb. 1954; Agrarökonom; stellvertretender Generalsekretär beim Deutschen Raiffeisenverband e. V., Berlin; Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), Brüssel.

E-Mail: petersen@drv.raiffeisen.de

Adresse: Pariser Platz 3; 10117 Berlin

DR. CORNELIA WUSTMANN, geb. 1958 in Erfurt, Vorstandsvorsitzende des Fachprüfungsverbandes von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e.V. Halle/S., Studium der Volkswirtschaft und der Betriebswirtschaft, Promotion zum Dr. agr. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, www.fpv-halle.de, E-Mail: C.Wustmann@fpv-halle.de

DR. BURGHARD FLIEGER, Vorstand und wissenschaftlicher Leiter der innova eG, Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften. Arbeitsschwerpunkt Qualifizierungen, Beratungen und Konzeptentwicklungen für neue Genossenschaften. Dozent an den Hochschulen in München und Freiburg; Kontakt: Erwinstrasse 29, 79102 Freiburg, www.innova-eg.de, E-Mail: Genossenschaft@t-online.de

DR. WOLFGANG SCHULZ (*1940) lebte in einer Familie von Einzelhändlern, die den Berufsweg vorzeichneten. Sein Leitbild war die Humanisierung des Arbeitslebens, welches er mit der Entwicklung und Einführung der <Mobilen Datenerfassung am Regal> in Teilen realisieren konnte. In den späteren Jahren konzentrierte sich der Autor auf die Komplexe der Solidarwirtschaft, die in einigen besonderen Fällen die Versorgungslücken im ländlichen Bereichen einschränken können. Der publizierte Beitrag ist der Geschichtswahrung gewidmet.

DR. PHIL. PETER GLEBER, Historiker, geboren 1965 in Bad Dürkheim, Studium der Neueren Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Politikwissenschaft (Univ. Mannheim), Zentralarchiv der Juden in Deutschland (Heidelberg), Ausbildung zum Höheren Dienst am Landesmuseum für Technik und Arbeit (Mannheim), Leiter der KZ-Gedenkstätte Sandhofen (Mannheim), seit 2005 Wissenschaftlicher Leiter des Genossenschaftshistorischen

Informationszentrums in Berlin. Seit 2009 Mitglied im Wiss. Beirat des Instituts für Bankhistorische Forschung (Frankfurt am Main), zahlr. Veröffentlichungen zur modernen Wirtschafts-, Kultur- und Sozialgeschichte. E-Mail: p.gleber@bvr.de

FABIAN ENGEL, 1986 geboren in Karlsruhe, 2006 Allgemeine Hochschulreife, 2006 - 2010 Studium der Wirtschaftswissenschaften und Geschichtswissenschaft in Erfurt (Bachelor of Arts), 2010-2011 Aufbau eines historischen Archivs bei der WGZ BANK, seit 2011 Master-Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Göttingen, dazu parallel seit 2011 Aufbau eines historischen Archivs bei der WL BANK. E-Mail: fabian.engel@wlbank.de

DIPL.-VW MICHAEL STAPPEL, Diplom-Volkswirt, geboren 1964 in Obernburg am Main, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Senior Economist im Bereich Research und Volkswirtschaft der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, Themengebiete: Banken und Finanzmärkte sowie Genossenschaftswesen einschließlich Genossenschaftsgeschichte, Autor/Gesamtverantwortlicher der jährlichen Publikation „Die deutschen Genossenschaften. Entwicklungen – Meinungen – Zahlen“.

E-Mail: michael.stappel@dzbank.de

Von folgenden weiteren Tagungen sind Tagungsbände erschienen:

„Miteinander geht es besser“

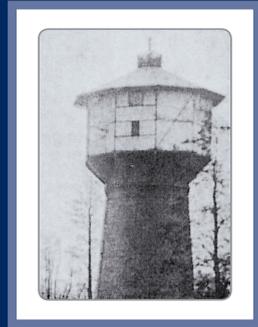
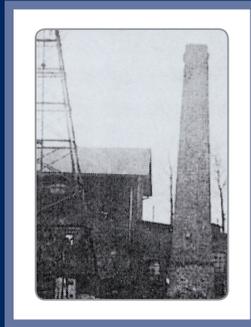
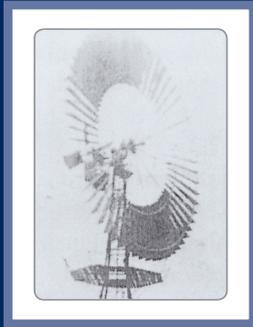
Beiträge zur 1. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
am 3. und 4. November 2006 im Warburg-Haus in Hamburg

**Genossenschaftsgründer und Genossenschaftsgründerinnen
und ihre Ideen**

Beiträge zur 2. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
am 2. und 3. November 2007 im Warburg-Haus in Hamburg

**Hermann Schulze-Delitzsch und die Konsum-,
Produktiv- und Wohnungsgenossenschaften**

Beiträge zur 3. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
am 25. und 26. April 2008 in Eden (Oranienburg)



Ländliche Genossenschaften

In diesem Tagungsband sind die Beiträge zur 5. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte zusammengefasst. Die Tagung fand am 5. und 6. November 2010 im Warburg-Haus in Hamburg statt.



ISBN 978-3-842-38353-1